

Geschäftsbericht 2013/2014

Inhalt

Brief des Vorstandsvorsitzenden	5
<i>Mittelstand im Fokus: Größere Mittelständler mit besonderer Wachstumsdynamik</i>	<i>7</i>
Bericht des Aufsichtsrats	8
Überblick.....	8
Die Themen im Aufsichtsratsplenum.....	8
Arbeit der Ausschüsse.....	11
Jahres- und Konzernabschlussprüfung.....	12
Prüfung und Billigung des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2013/14.....	12
Personalien – Aufsichtsrat.....	13
Personalien – Vorstand.....	13
<i>Mittelstand im Fokus: Verstärkung der internationalen Präsenz</i>	<i>15</i>
Zusammengefasster Lagebericht des Geschäftsjahres 2013/14	16
1. Grundlagen des Konzerns	17
2. Wirtschaftsbericht	19
Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen.....	19
Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum.....	21
Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage.....	24
Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren.....	28
3. Nachtragsbericht (Ereignisse nach dem 31. März 2014)	30
Aktienrechtliche Sonderprüfung.....	30
4. Risikobericht	31
Risikomanagement-Organisation.....	31
Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit.....	33
Risikostrategie.....	38
Adressenausfallrisiken.....	39
Liquiditätsrisiko.....	55
Marktpreisrisiko.....	57
Operationelle Risiken.....	60
IT-Risiken.....	64
Compliance-Risiken.....	65
Personalrisiken.....	66
Strategische Risiken und Reputationsrisiken.....	67
Geschäftsrisiken.....	68
Beteiligungsrisiken.....	68
Gesamtaussage zur Risikosituation.....	69
5. Chancenbericht	72
6. Prognosebericht	74
Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen	74
Vermögenslage	76
Teilnahme der Bank am Comprehensive Assessment der Europäischen Zentralbank.....	76
CRR und CRD IV-Bankenreformpaket (Basel III)	78
Valin Fonds	78
Liquiditätssituation	78
Leverage Ratio.....	79
Ertragslage.....	79
Gesamtaussage	80

7. Angaben gemäß § 312 AktG	81
<i>Mittelstand im Fokus: Aktuelle Finanzierungstrends</i>	82
Zusammengefasster Jahresabschluss des Konzerns und der IKB Deutsche Industriebank AG des Geschäftsjahres 2013/14	83
Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2014	84
Bilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2014	86
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2013 bis 31. März 2014	88
Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2013 bis 31. März 2014	90
Konzern-Kapitalflussrechnung	92
Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung	93
Anhang und Konzernanhang	94
Angewandte Rechnungslegungsgrundsätze	94
(1) Konsolidierungskreis	95
(2) Konsolidierungsgrundsätze	96
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	98
(3) Forderungen	98
(4) Wertpapiere	98
(5) Risikovorsorge	99
(6) Handelsbestand	99
(7) Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen/Sachanlagen/immaterielle Anlagewerte	100
(8) Leasingvermögen.....	101
(9) Wertpapierpensions- und Leihgeschäfte	101
(10) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	101
(11) Verbindlichkeiten.....	102
(12) Rückstellungen	102
(13) Eventualverbindlichkeiten.....	103
(14) Derivategeschäfte	103
(15) Währungsumrechnung	104
(16) Bewertungseinheiten.....	104
(17) Latente Steuern.....	105
Erläuterungen zur Bilanz	107
(18) Laufzeitgliederung ausgewählter Bilanzposten nach Restlaufzeiten	107
(19) Finanzinstrumente des Handelsbestands	107
(20) Bewertungseinheiten	108
(21) Anlagevermögen	109
(22) Börsenfähige Wertpapiere.....	111
(23) Angaben zu Investmentvermögen	111
(24) Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen.....	112
(25) Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	113
(26) Treuhandgeschäfte	114
(27) Nachrangige Vermögensgegenstände.....	114
(28) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	115
(29) Leasinggeschäft	115
(30) Wertpapierpensionsgeschäfte	115
(31) Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung	116
(32) Sonstige Vermögensgegenstände und Sonstige Verbindlichkeiten	116
(33) Rechnungsabgrenzungsposten	117

(34) Aktive latente Steuern	117
(35) Pensionsrückstellungen.....	118
(36) Nachrangige Verbindlichkeiten	118
(37) Genussrechtskapital.....	119
(38) Fonds für allgemeine Bankrisiken.....	120
(39) Entwicklung des Kapitals.....	120
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	126
(40) Erträge nach geografischen Märkten.....	126
(41) Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung.....	126
(42) Sonstige betriebliche Erträge.....	126
(43) Sonstige betriebliche Aufwendungen.....	127
(44) Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen.....	127
(45) Außerordentliche Erträge und Aufwendungen.....	127
(46) Erträge und Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft	127
(47) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.....	127
(48) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	128
(49) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	128
(50) Außerbilanzielle Geschäfte.....	129
Sonstige Angaben	131
(51) Konsolidierungskreis zum 31. März 2014	131
(52) Anteilsbesitzliste zum 31. März 2014.....	132
(53) Besondere Beteiligungen	135
(54) Angabe der Abschlussprüferhonorare.....	136
(55) Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen	136
(56) Patronatserklärungen	136
(57) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten	136
(58) Termingeschäfte	137
(59) Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente.....	137
(60) Die Vergütung des Vorstands.....	139
(61) Die Vergütung des Aufsichtsrats.....	139
(62) Bezüge des Beraterkreises.....	139
(63) Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises	139
(64) Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (gerechnet auf Basis von Vollzeitärbeitskräften)...	140
(65) Organe.....	140
Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers	143

Brief des Vorstandsvorsitzenden

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,
sehr geehrte Geschäftspartner der IKB,

die IKB kann auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurückblicken. Sie hat ein Konzernergebnis von 32 Mio. € erzielt und das harte Kernkapital durch eine Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken um 402 Mio. € gestärkt. Wir haben das positive Umfeld an den Kapitalmärkten genutzt und Erträge aus unserem Liquiditätsportfolio realisiert. Parallel dazu haben wir den Abbau nicht-strategischer Aktiva fortgesetzt. Im Ergebnis verfügt die IKB per Ende März über eine harte Kernkapitalquote (CET 1-Quote) von 10,4 %. Obwohl das laufende Comprehensive Assessment der Europäischen Zentralbank (EZB) und die finale Umsetzung der CRR für alle Banken eine gewisse Unsicherheit mit sich bringen, sehen wir uns trotz des erheblichen operativen und finanziellen Aufwands für das Comprehensive Assessment der EZB solide aufgestellt.

Der breite Finanzierungsmix der IKB, bestehend aus Fazilitäten der öffentlichen Förderbanken für unsere Kunden, Einlagen von Unternehmen, privaten und institutionellen Kunden und besicherte Finanzierungen sorgen für eine stabile Liquiditätsposition. Zins-, Provisions- und Handelsüberschuss sind bei weitgehend unveränderter Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Das zunehmende Vertrauen der Anleger drückt sich in verbesserten Refinanzierungskosten und gestiegenen Preisen unserer Emissionen aus. Wir konnten die Verwaltungskosten im letzten Geschäftsjahr senken. Eine weitere Reduktion scheint angesichts der vielfältigen Regulierungsmaßnahmen der Bankenaufsicht zunächst schwierig. Wir arbeiten kontinuierlich daran, die Effizienz aller wesentlichen Prozesse zu verbessern.

Inzwischen liegt uns der Bericht des gerichtlich bestellten Sonderprüfers vor, in dem untersucht wurde, ob Mitglieder des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit bestimmten Vorgängen bezüglich der IKB-Krise begangen haben. Wir haben bei Gericht den Antrag gestellt, personenbezogene Daten von Mitarbeitern der Bank und anderen Organisationen aus datenschutzrechtlichen Gründen im Bericht unkenntlich zu machen. Die Namen von Organmitgliedern der Bank sind davon selbstverständlich nicht betroffen.

Der Bericht bestätigt uns in unserer Auffassung, dass den damaligen Mitgliedern des Aufsichtsrats keine Pflichtverletzungen vorzuwerfen sind. Für die damaligen Mitglieder des Vorstands stellt der Sonderprüfungsbericht zwar vereinzelt Pflichtverletzungen fest. Diese hätten jedoch nicht oder jedenfalls nicht mit hinreichender Sicherheit zu der späteren Krise der IKB geführt. Der Aufsichtsrat wird gegen einzelne ehemalige Vorstandsmitglieder wegen Verletzung von Veröffentlichungspflichten Ende Juli 2007 Schadenersatzansprüche geltend machen. Mit der Hauptversammlung am 4. September hoffen wir daher, dass das Kapitel der IKB-Krise – mit einem umfassenderen Einblick und Verständnis unserer Aktionäre für ihre Ursachen – abgeschlossen werden kann.

Unabhängig davon geht unser Blick nach vorne. Unsere Kunden gehören überwiegend zum gehobenen Mittelstand. Diese auslandsorientierten, innovationsstarken Firmen mit ihrem hochwertigen Produkt- und Dienstleistungsangebot haben wesentlichen Anteil an den deutschen Absatzerfolgen auf den Weltmärkten. Sie setzen entscheidende Impulse für eine stabile Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Sie sind für eine Vielzahl von in- und ausländischen Banken zunehmend interessant.

Auch in diesem wettbewerbsintensiven Umfeld legen wir Wert auf hohe Standards. Preis- und Risikodisziplin bei der Neukreditvergabe führen zwar mitunter zu geringeren Volumina im Neugeschäft, tragen aber zu steigenden Erträgen bei moderater Risikovorsorge bei. Während die IKB das Instrument des langfristigen Industriekredits einst federführend entwickelte, erwarten international orientierte Mittelständler heute eine umfassende Finanzierungspalette und beratende Begleitung. Unsere Aktivitäten im Kapitalmarkt und der Beratung runden das Angebot ab. Die enge Vernetzung von regionaler Betreuung, Produkt- und Branchenkompetenz ermöglicht schnelle Entscheidungen und flexible Lösungen. So gewinnen wir neue Kunden, bauen aktive Kundenbeziehungen aus und machen bzw. halten die IKB operativ auf Dauer profitabel.

Düsseldorf, im Juni 2014



Hans Jörg Schüttler

Mittelstand im Fokus: Größere Mittelständler mit besonderer Wachstumsdynamik

Die Bedeutung der mittelständischen Unternehmen für die Stabilität und das Wachstum der deutschen Wirtschaft wurde gerade in jüngster Zeit, auch im Ausland, immer wieder hervorgehoben. Dabei wird jedoch wenig beachtet, dass der Mittelstand ein überaus breites und vielschichtiges Unternehmenssegment ist, dem mehr als 99 % aller deutschen Firmen angehören. Daher liegt es nahe zu fragen, aus welchen seiner Teilbereiche, insbesondere aus welchen Größenklassen, die wesentlichen Impulse kommen, die unserer Volkswirtschaft Schwung verleihen.

Ein Blick in die Statistik zeigt, dass sich die größte Dynamik in einem Größenbereich entfaltet, der nach „amtlicher“ Definition schon gar nicht mehr zum Mittelstand zählt: nämlich in der Gruppe der Unternehmen mit jährlichen Umsätzen zwischen 50 Mio. € und 1 Mrd. €. Im Zeitraum 2006 bis 2012 beispielweise konnte dieser Firmenkreis den Gesamtumsatz um fast 20 % steigern – erheblich stärker als die unteren, traditionell als „mittelständisch“ bezeichneten Unternehmensgrößenklassen: So steht für die Unternehmen mit Umsätzen zwischen 1 und 50 Mio. € insgesamt ein Plus von 13,5 % zu Buche. Nur um knapp 7 % ist der Gesamtumsatz in der Gruppe der kleineren Unternehmen (bis 1 Mio. €) gewachsen.

Der hier angesprochenen Gruppe der mittelgroßen Unternehmen gehören immerhin knapp 11.000 Firmen an, von denen die meisten allenfalls rein formal dem Mittelstand entwachsen sind. De facto aber sind diese Unternehmen (darunter viele Hidden Champions) weiterhin familiär verankert; Geschäftsmodell und operatives Geschäft werden nach wie vor maßgeblich durch die Eigentümer geprägt. Hinzu kommen typisch mittelständische Merkmale wie schlanke Organisationsstruktur, langfristig angelegte Unternehmensstrategie und starke Verwurzelung in der Heimatregion. Insgesamt haben diese mittelgroßen Unternehmen, gemessen am Umsatz, inzwischen in unserer Volkswirtschaft ein deutlich höheres Gewicht als die rund 345.000 Firmen mit Umsätzen zwischen 1 und 50 Mio. €.

Der Mittelstand in Deutschland ist somit – dank Innovationskraft und internationaler Ausrichtung – ein Stück weit aus seinen angestammten Größenklassen herausgewachsen und in neue Umsatzdimensionen vorgedrungen, was die offiziellen KMU (kleine und mittlere Unternehmen)-Statistiken mit ihren starren Abgrenzungskriterien nur unzureichend abbilden können. Legt man nur diese Statistiken zugrunde, so wird offenkundig, dass die dort erfassten „kleinen und mittleren Unternehmen“ hierzulande in einem deutlich geringeren Umfang an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beteiligt sind als in den meisten anderen europäischen Ländern – ein Befund, der der allgemeinen Wahrnehmung klar widerspricht.

Wenn also heute vom Mittelstand als dem Motor des deutschen Wirtschaftswachstums die Rede ist, dann sind wohl an erster Stelle die mittelgroßen Unternehmen gemeint. Mit ihnen verfügt die deutsche Wirtschaft über ein Alleinstellungsmerkmal, das sie von anderen großen Volkswirtschaften unterscheidet. Gerade die auslandsorientierten, innovationsstarken Firmen aus dem „gehobenen“ Mittelstand sind es, die mit ihrem hochwertigen Produkt- und Dienstleistungsangebot wesentlichen Anteil an den deutschen Absatzerfolgen auf den Weltmärkten haben. Vor allem von ihnen gehen die entscheidenden Impulse aus, die für eine stabile Wirtschaftsentwicklung in Deutschland sorgen.

Dabei ist allerdings der Beitrag der Firmen aus dem „klassischen“ KMU-Segment keineswegs gering zu achten. Viele von diesen kleinen und mittleren Unternehmen sind – als Zulieferer, Entwicklungspartner, Dienstleister – sehr wichtige Akteure innerhalb der vielstufigen Wertschöpfungsketten, an deren Ende die international erfolgreichen größeren Mittelständler und Großunternehmen stehen. Deren komplexe Spitzenprodukte wären ohne diese intensive Zusammenarbeit, die technologisches Know-how aus unterschiedlichen Branchen bündelt, kaum realisierbar.

(Diese Seite ist nicht Teil des Lageberichts.)

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat nahm im Geschäftsjahr 2013/14 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahr. Er überwachte die Geschäftsführung der Gesellschaft und beriet den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. In alle Entscheidungen, die für die Bank von grundlegender Bedeutung waren, wurde er eingebunden.

Überblick

Im Rahmen seiner Überwachungs- und Beratungstätigkeit ließ sich der Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend berichten, und zwar sowohl schriftlich als auch mündlich. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat über den Gang der Geschäfte sowie die wirtschaftliche und die finanzielle Entwicklung des IKB-Konzerns und der IKB AG. Weitere Schwerpunkte der regelmäßigen Berichterstattung waren die allgemeine Entwicklung der IKB und die Entwicklung des Konzernrisikos insbesondere mit der Umsetzung der neuen Anforderungen der europäischen Bankenaufsicht im Rahmen der Eigenkapitalrichtlinie und den dazugehörigen weiteren Regelwerken (CRD IV) und den Auswirkungen der Staatsschuldenkrise. Zudem befasste sich der Aufsichtsrat mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014/15, der Mittelfristplanung und dem tatsächlichen Geschäftsverlauf des Geschäftsjahres 2013/14.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und zu besonderen Themen wurden durch schriftliche Präsentationen und Unterlagen ergänzt, die jedes Aufsichtsratsmitglied jeweils vor der Sitzung zur Vorbereitung erhielt. Ebenso lagen den Aufsichtsratsmitgliedern der Jahres- und Konzernabschluss sowie die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers rechtzeitig vor der Sitzung vor. Der Halbjahresfinanzbericht und die Quartalsberichterstattungen gingen den Mitgliedern des Risiko- und Prüfungsausschusses (bis zum 31. Dezember 2013 noch Finanz- und Prüfungsausschuss, im Folgenden einheitlich Risiko- und Prüfungsausschuss) und des Aufsichtsratsplenums ebenfalls rechtzeitig zur Vorbereitung zu. Über zustimmungspflichtige Geschäftsführungsmaßnahmen, wie Groß- oder Organkreditbeschlüsse, fasste das Aufsichtsratspräsidium Beschluss.

Im Geschäftsjahr 2013/14 hielt der Aufsichtsrat fünf Sitzungen ab. Die regulären Sitzungen fanden im Juni, September, November und Februar statt. Darüber hinaus kam der Aufsichtsrat im September im Anschluss an die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2012/13 zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand tauschten sich zudem regelmäßig über wesentliche Entwicklungen und Entscheidungen aus. In einigen Sitzungen des Aufsichtsrats waren einzelne Mitglieder entschuldigt abwesend.

Die Themen im Aufsichtsratsplenium

In allen Aufsichtsratssitzungen des Berichtsjahrs 2013/14 verschaffte sich der Aufsichtsrat anhand einer schriftlichen und mündlichen Berichterstattung des Vorstands im Einzelnen ein Bild über die allgemeine Entwicklung der Bank. Hierbei erläuterte der Vorstand dem Aufsichtsrat auch, wie sich Geschäftsvolumen und Ergebnis im Konzern entwickelt hatten; ferner ging er auf den Verlauf in den einzelnen Geschäftssegmenten näher ein und berichtete über die Kapital- und Finanzlage sowie das Konzernrisiko. Kontinuierlich wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand über die Umsetzung regulatorischer Anforderungen der BaFin und der Deutschen Bundesbank sowie von CRD IV und den Stand wesentlicher Rechtsstreitigkeiten informiert.

Einen Schwerpunkt der Arbeit im Aufsichtsrat bildeten die Auswirkungen der neuen europäischen Bankenaufsicht und der Teilnahme der IKB an der umfassenden Bankenprüfung der EZB, dem sogenannten „Comprehensive Assessment“.

In seiner Bilanzsitzung im Juni 2013 prüfte der Aufsichtsrat unter anderem den Jahres- und den Konzernabschluss sowie den Abhängigkeitsbericht. Der Vorstand erläuterte zudem schriftlich und mündlich umfassend die Risikosituation der IKB-Gruppe. Die Konzernrevision und der Chief Compliance Officer erstatteten ihre jeweiligen Jahresberichte für 2012/13. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC berichtete über die Ergebnisse der Abschlussprüfung und der Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. März 2013 mit dem zusammengefassten Lagebericht und des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2012/13. Der Jahres- und der Konzernabschluss wurden vom Aufsichtsrat gebilligt; gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts wurden keine Einwendungen erhoben. Zudem wurde der Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2012/13 beschlossen. Weitere Themen waren die schriftliche und mündliche Erläuterung der Geschäfts- und Risikostrategie, der Fünfjahresplanung und der Vergütungssysteme für das Unternehmen und für den Vorstand. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Tagesordnung für die Hauptversammlung 2013 der IKB und verabschiedete die Beschlussvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung. Des Weiteren legte der Aufsichtsrat die Ziele für die variable Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2013/14 fest, beriet über die jeweilige Zielerreichung für das Geschäftsjahr 2012/13 und setzte die variable Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2012/13 entsprechend fest. Außerdem hob der Aufsichtsrat das Beratungsgeheimnis für die Sitzungen des Geschäftsjahres 2008/09 auf, um im Rahmen einer Anfechtungsklage die Rechtsverteidigung zu ermöglichen. Für eine Nichtzulassungsbeschwerde im Rahmen einer weiteren Anfechtungsklage wurde ein Anwalt mit Zulassung zum Bundesgerichtshof mandatiert. Außerdem wurde über die Arbeit des Risiko- und Prüfungsausschusses berichtet.

In seinen folgenden vierteljährlichen Sitzungen beschäftigte sich der Aufsichtsrat jeweils mit der Geschäftsentwicklung und dem Konzernrisiko und befasste sich in diesem Zusammenhang auch mit der regulatorischen Kapitalsituation, auch mit Blick auf die neuen Anforderungen nach Basel III bzw. CRD IV. Hierzu informierte der Vorstand den Aufsichtsrat jeweils schriftlich und mündlich.

Weitere Themen im Berichtszeitraum waren die Geschäfts- und Risikostrategie. Der Aufsichtsrat beschäftigte sich zudem mit der quantitativen und qualitativen mittelfristigen Personalplanung und -entwicklung und ließ sich vom Vorstand den Stand der Umsetzung des Sozialplans erläutern.

Der Vorstand erläuterte dem Aufsichtsrat zeitnah schriftlich und mündlich umfassend die Geschäftspolitik und grundsätzliche Fragen der Geschäftsführung. In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Einbindung des Aufsichtsrats bei der strategischen Weiterentwicklung der IKB im Hinblick auf die Position der IKB im Markt für IKB-Inhaberschuldverschreibungen für Privatanleger. Zudem befasste sich der Aufsichtsrat wiederholt mit Sonderprojekten wie beispielsweise dem Rückkauf der ausstehenden Funding-Trust-I-Papiere. Des Weiteren beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit der D&O-Versicherung für Organmitglieder der Gesellschaft.

In organisatorischer Hinsicht befasste sich der Aufsichtsrat mit den Geschäftsordnungen von Vorstand und Aufsichtsrat und passte diese an neue Vorgaben durch CRD IV an.

Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig schriftlich und mündlich über die aktuelle Entwicklung in anhängigen Rechtsstreitigkeiten. Schwerpunkte lagen hier bei verschiedenen Klagen in den USA. Die IKB verfolgt hier Schadenersatzansprüche im Zusammenhang mit verschiedenen Investitionen in sogenannte Residential Mortgage Backed Securities. Zudem befasste sich der Aufsichtsrat wiederholt mit dem Fortgang eines Verfahrens, in dem die Bank von dem ehemaligen Vorstandsmitglied Stefan Ortseifen verklagt wurde. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat die Klage von Herrn Ortseifen gegen die außerordentliche Kündigung seines Dienstvertrages abgewiesen. Die Herrn Ortseifen vor der Krise der Bank Ende Juli 2007 gezahlte Tantieme hat Herr Ortseifen nach dem Urteil in Höhe von 726.048,71 € zuzüglich Zinsen zurückzahlen. Auch schuldet Herr Ortseifen der Bank Schadenersatz wegen ohne Zustimmung des Auf-

sichtsrats vorgenommenen Aufwendungen in dem von der Gesellschaft angemieteten Wohnhaus in Höhe von 186.046,- € zuzüglich Zinsen. Die IKB rechnet derzeit laufend gegen die Pensionsansprüche von Herrn Ortseifen auf. Die Ansprüche verringern sich daher kontinuierlich. Herr Ortseifen hat der IKB mitgeteilt, dass ihm Zahlungsunfähigkeit im Sinne der Insolvenzordnung drohe, sollte es ihm nicht gelingen, mit der IKB eine Einigung zu finden. Derzeit befindet sich die Bank in Gesprächen mit Herrn Ortseifen über eine außgerichtliche Schuldenbereinigung als gesetzlich vorgesehene Maßnahme zur Vermeidung eines gerichtlichen Schuldenbereinigungsplans bzw. Insolvenzverfahrens.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der weiteren Aufbereitung der Krise der IKB und der Geltendmachung von etwaigen weiteren Schadenersatzansprüchen gegen damals aktive Vorstandsmitglieder. Von der Geltendmachung etwaiger Ansprüche sah der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2013/14 ab. Mit dieser Entscheidung hatte der Aufsichtsrat die Verfolgung etwaiger Ersatzansprüche im Zusammenhang mit der Krise der Bank allerdings nur vorläufig zurückgestellt. Ein endgültiger Verzicht auf etwaige Ansprüche war damit weder rechtlich noch faktisch verbunden.

Hinter dem Aufschub der Rechtsverfolgung innerhalb der noch laufenden Verjährungsfristen standen im Wesentlichen zwei Überlegungen:

Die IKB verfolgt derzeit in den USA klageweise Schadenersatzansprüche wegen verschiedener Investitionen. Es widersprach nach der Überzeugung des Aufsichtsrats dem Gesellschaftsinteresse, wenn über einen öffentlichen Organhaftungsprozess gegen ehemalige Vorstandsmitglieder den jeweiligen Anspruchsgegnern indirekt Mittel an die Hand gegeben würden, die diese im Rahmen der Verteidigung gegen die Ansprüche der IKB verwenden könnten, um die Prozessführung der IKB durch im Ergebnis unzutreffende oder irrelevante Argumente erheblich zu behindern und zu verzögern, von den relevanten Sachfragen abzulenken oder unberechtigterweise die Glaubwürdigkeit der Gesellschaft zu untergraben. Denn nach der Auffassung des Aufsichtsrats übersteigt der voraussichtliche wirtschaftliche Wert einer erfolgreichen Schadenersatzklage in den USA den voraussichtlichen Wert eines Organhaftungsprozesses gegen ehemalige Vorstandsmitglieder erheblich.

Vor diesem Hintergrund war der Aufsichtsrat der Überzeugung, dass die Verfolgung etwaiger Innenhaftungsansprüche innerhalb der Verjährungsfristen im besten Interesse der Gesellschaft erst zu einem Zeitpunkt begonnen werden sollte, zu dem sich die forensische Gesamtlage beruhigt hat.

Weiter wurde bekanntlich im Rahmen einer aktienrechtlichen Sonderprüfung untersucht, ob ehemalige Vorstandsmitglieder im Zusammenhang mit den Ereignissen, die im Sommer 2007 zur Krise der Gesellschaft geführt haben, ihre organschaftlichen Pflichten verletzt haben. Der Aufsichtsrat hielt es im vergangenen Geschäftsjahr für geboten, die Ergebnisse dieser Sonderprüfung abzuwarten, um sie innerhalb der Verjährungsfristen bei seiner Entscheidung über die Geltendmachung etwaiger Ansprüche zu berücksichtigen.

Der Sonderprüfer hat seine Prüfung im Februar 2014 abgeschlossen. Der Prüfungsbericht wurde am 28. Februar 2014 dem Vorstand der IKB zugänglich gemacht, damit dieser – wie gesetzlich vorgesehen – bei Gericht beantragen kann, bestimmte Informationen in den Bericht nicht aufzunehmen. Dies ist möglich, wenn überwiegende Belange der IKB dies gebieten und die Informationen zur Darlegung etwaiger Unredlichkeiten oder etwaiger grober Verletzungen des Gesetzes oder der Satzung der IKB nicht unerlässlich sind. Davon hat der Vorstand der IKB nach Beratung mit dem Aufsichtsratspräsidium mit Antrag vom 17. April 2014 Gebrauch gemacht. In Wahrnehmung der Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern der Bank hat er beantragt, personenbezogene Daten von Mitarbeitern im Bericht unkenntlich zu machen. Im Nachgang hat der Vorstand den Antrag erweitert und beantragt, auch personenbezogene Daten externer Dritter unkenntlich zu machen. Die vollständige Nennung von Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats im Prüfungsbericht wird durch den Schutzantrag nicht tangiert. Das Verfahren ist bisher nicht abgeschlossen. Der Inhalt des Berichts ist daher noch nicht öffentlich. Die IKB geht davon aus, dass der Sonderprüfungsbericht nach Abschluss der gerichtlichen Prüfung in der dann maßgeblichen Fassung zum

Handelsregister eingereicht wird. Ab diesem Zeitpunkt haben Aktionäre einen Anspruch auf Erteilung einer Abschrift.

Zu den wesentlichen Ergebnissen der Sonderprüfung wird auf Kapitel 2. „Wirtschaftsbericht“/Unterkapitel „Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum“, Kapitel 3. „Nachtragsbericht“ und Kapitel 4. „Risikobericht“/Unterkapitel „Rechtsrisiken“ des Lageberichts verwiesen.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 17. Juni 2014 den Bericht umfassend erörtert. Dabei hat der Aufsichtsrat nach gründlicher Analyse beschlossen, gegen ehemalige Vorstandsmitglieder Schadenersatzansprüche wegen des Unterlassens der Veröffentlichung einer gesetzlich vorgeschriebenen Ad-hoc-Mitteilung im Juli 2007 geltend zu machen. Im Fall von Herrn Ortseifen erfolgt dies im Rahmen des bereits erwähnten außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens bzw. im Rahmen des gerichtlichen Schuldenbereinigungsplans bzw. Insolvenzverfahrens. Darüber hinaus werden aufgrund der Erkenntnisse der aktienrechtlichen Sonderprüfung keine weitergehenden Schadenersatzansprüche gegen Vorstandsmitglieder im Berichtszeitraum geltend gemacht.

Arbeit der Ausschüsse

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet: das Aufsichtsratspräsidium, den Risiko- und Prüfungsausschuss, den Vergütungskontrollausschuss und den Nominierungsausschuss. Die Ausschüsse bereiten die Beratung und die Beschlussfassung im Plenum vor. Darüber hinaus sind den Ausschüssen auch eigene Beschlusszuständigkeiten übertragen worden.

Das Aufsichtsratspräsidium bereitete im Wesentlichen die Sitzungen des Aufsichtsrats vor und beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Geschäftsentwicklung (einschließlich der etwaigen Zustimmung zu zustimmungsbedürftigen Geschäften) und beriet insbesondere mit dem Vorstand über die Lage der Bank und des Konzerns. Zudem befasste sich das Aufsichtsratspräsidium mit der Vorbereitung der ordentlichen Hauptversammlung und Vorstandsangelegenheiten.

Die Arbeit des Risiko- und Prüfungsausschusses konzentrierte sich auf die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements, des internen Revisionssystems und der Compliance sowie der Abschlussprüfung, insbesondere der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen. So wurden die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie die Bestellung des Abschlussprüfers beraten. Der Risiko- und Prüfungsausschuss erteilte nach Vorstellung der Prüfungsschwerpunkte den Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer und traf mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Nominierungsausschuss erörterte die Vorschläge an den Aufsichtsrat zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern durch die Hauptversammlung am 5. September 2013.

Der Vergütungskontrollausschuss wurde im Zuge der Umsetzung von CRD IV in deutsches Recht und der Überarbeitung der Institutsvergütungsverordnung eingerichtet. Inhaltlich befasste er sich mit den Anforderungen dieser neuen Institutsvergütungsverordnung und ihren Auswirkungen auf die Vergütungssysteme der IKB, insbesondere auch des Vorstands. Der Vergütungskontrollausschuss befasste sich auch mit der Anpassung der Dienstverträge der Mitglieder des Vorstands an die neuen regulatorischen Rahmenbedingungen sowie mit Fragen zu den Pensionen ehemaliger Vorstände.

Die Mitglieder der Ausschüsse berieten sich darüber hinaus untereinander mehrfach und hatten außerhalb der Ausschusssitzungen laufend Kontakt mit dem Vorstand.

Im Plenum wurde über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Zum Abschlussprüfer für den Jahres- und den Konzernabschluss sowie für eine etwaige prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahrs 2013/14 hat die Hauptversammlung die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC), Düsseldorf, gewählt. PwC hat die Jahresabschlüsse der IKB AG und des Konzerns sowie den zusammengefassten Lagebericht für die IKB AG und den Konzern geprüft und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen. Eine prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahrs 2013/14 wurde durchgeführt.

Zwecks der Zurechnung von Zwischengewinnen zum harten Kernkapital wurde zudem eine prüferische Durchsicht des Zwischenabschlusses und des Konzernzwischenabschlusses der IKB zum 31. Dezember 2013 durchgeführt, nachdem auf Antrag der Bank ein Abschlussprüfer gerichtlich bestellt worden war. Eine prüferische Durchsicht der Quartalsabschlüsse erschien zum Zeitpunkt der Einberufung der ordentlichen Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2012/13 nicht erforderlich. Durch die Einbeziehung der IKB in die umfassende Bankenprüfung der EZB im Rahmen des „Comprehensive Assessment“ war es für die IKB jedoch von entscheidender Bedeutung, über alle Optionen zu verfügen, die Kernkapitalbasis zum 31. Dezember 2013 bei Bedarf stärken zu können, um die relevanten – im Oktober 2013 bekannt gewordenen – Zielgrößen einhalten zu können. Dazu zählt auch die Zurechnung möglicher Zwischengewinne zum Kernkapital.

Die Prüfungen und Beratungen über den Jahresabschluss, den Konzernabschluss und den zugehörigen zusammengefassten Lagebericht sowie die darauf bezogenen schriftlichen Prüfungsberichte von PwC für das Geschäftsjahr 2013/14 im Risiko- und Prüfungsausschuss und im Aufsichtsratsplenum fanden am 17. Juni 2014 statt. Alle Aufsichtsrats- bzw. Ausschussmitglieder haben diese Unterlagen rechtzeitig vor der jeweiligen Sitzung erhalten. Daher konnten sie sich rechtzeitig vor der Sitzung mit den jeweiligen Inhalten befassen. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. Sie präsentierten die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung unter Einbeziehung von im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess etwa festgestellten Schwächen des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems der Bank, beantworteten Fragen und gaben ergänzende Auskünfte. Umstände, die die Befangenheit der Abschlussprüfer besorgen lassen, lagen nicht vor. Die Abschlussprüfer haben den Aufsichtsrat ferner über alle von ihnen zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachten Leistungen informiert.

Dem Ergebnis der Abschlussprüfung hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 17. Juni 2014 zugestimmt. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat vorgenommenen eigenen Prüfungen des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie des zusammengefassten Lageberichts sind keine Einwendungen zu erheben. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und den Konzernabschluss vom 20. Mai 2014 hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 17. Juni 2014 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Prüfung und Billigung des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2013/14

Der vom Vorstand vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2013/14 (Abhängigkeitsbericht) war ebenfalls Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Der Abhängigkeitsbericht wurde mit folgendem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen: „Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind, bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war und bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

In den Sitzungen vom 17. Juni 2014 haben sich zunächst der Risiko- und Prüfungsausschuss und sodann der Aufsichtsrat auch mit dem Abhängigkeitsbericht auseinandergesetzt und ihn geprüft. Die Aufsichtsrats-

bzw. Ausschussmitglieder erhielten den Abhängigkeitsbericht sowie den darauf bezogenen Prüfungsbericht des Abschlussprüfers bereits vor der jeweiligen Sitzung, sodass sie sich rechtzeitig mit den jeweiligen Inhalten befassen konnten. Die Abschlussprüfer nahmen auch an den Beratungen des Aufsichtsrats sowie des Risiko- und Prüfungsausschusses über den Abhängigkeitsbericht teil, berichteten über die Ergebnisse ihrer Prüfungen, beantworteten Fragen und gaben ergänzende Auskünfte. Der Aufsichtsrat hat dem Prüfungsergebnis der Abschlussprüfer in seiner Sitzung am 17. Juni 2014 zugestimmt.

Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Aufsichtsrats sind keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts zu erheben.

Personalia – Aufsichtsrat

Herr Dr. Lutz-Christian Funke und Herr Dr. Andreas Tuczka, deren Amtszeiten jeweils mit Ablauf der Hauptversammlung vom 5. September 2013 endeten, wurden durch Beschlüsse der Hauptversammlung am 5. September 2013 erneut in den Aufsichtsrat gewählt. Ferner wählte die Hauptversammlung anstelle von Herrn Ulrich Grillo, dessen Amtszeit ebenfalls mit Ablauf der Hauptversammlung vom 5. September 2013 endete, Herrn Dr. Karl-Gerhard Eick in den Aufsichtsrat. Die Wahl erfolgte jeweils für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2015/16 beschließt.

Turnusmäßig schied mit Ablauf der Hauptversammlung am 5. September 2013 Frau Dr. Carola Steingraber aus dem Aufsichtsrat aus. Aufgrund einer Neuwahl der Arbeitnehmervertreter wurde Herr Rainer Lenz in den Aufsichtsrat gewählt.

In Umsetzung entsprechender regulatorischer Anforderungen wurde der bisherige Finanz- und Prüfungsausschuss zum 1. Januar 2014 in den neuen Risiko- und Prüfungsausschuss überführt. Personelle Änderungen in der Besetzung des Ausschusses waren hiermit nicht verbunden. Aufgrund einer entsprechenden Vorgabe der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat gehören dem Risiko- und Prüfungsausschuss die Herren Bruno Scherrer und Dr. Karsten von Köller kraft Amtes als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats an. Zudem wurden Herr Dr. Claus Nolting als Anteilseignervertreter und Herr Rainer Lenz als Arbeitnehmervertreter in den Risiko- und Prüfungsausschuss gewählt. Die Mitglieder des Ausschusses wählten Herrn Dr. Karsten von Köller zum Vorsitzenden des Risiko- und Prüfungsausschusses.

Ebenfalls in Umsetzung neuer regulatorischer Anforderungen wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2014 ein Vergütungskontrollausschuss gebildet. Gemäß einer entsprechenden Regelung in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat gehören dem neuen Ausschuss die Herren Bruno Scherrer und Dr. Karsten von Köller kraft ihrer Ämter als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates an. Zudem wurden Herr Dr. Andreas Tuczka als Anteilseignervertreter und Frau Nicole Riggers als Arbeitnehmervertreterin in den Vergütungskontrollausschuss gewählt. Den Vorsitz führt Herr Bruno Scherrer als Vorsitzender des Aufsichtsrats.

Des Weiteren wurde der Nominierungsausschuss um ein Mitglied aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter erweitert. Der Aufsichtsrat wählte Frau Teufel als viertes Mitglied in den Nominierungsausschuss.

Der Aufsichtsrat dankt allen ausgeschiedenen Mitgliedern des Aufsichtsrats für ihre Mitarbeit.

Personalia – Vorstand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr gab es im Vorstand der Bank keine personellen Veränderungen. Dem Vorstand gehörten die Herren Hans Jörg Schüttler (Vorsitzender des Vorstands), Dr. Dieter Glüder, Claus

Geschäftsbericht der IKB 2013/2014

Momburg und Dr. Michael Wiedmann an. Die Amtszeiten der Herren Schüttler und Dr. Glüder wurden bis zum 31. bzw. 15. Oktober 2016, die Amtszeit von Herr Dr. Wiedmann wurde bis zum 28. Februar 2017 verlängert.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IKB-Konzerns für ihren persönlichen Einsatz und die geleistete Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Düsseldorf, den 17. Juni 2014

Der Aufsichtsrat



Bruno Scherrer

Vorsitzender

Mittelstand im Fokus: Verstärkung der internationalen Präsenz

Die Wachstumskraft des deutschen Mittelstands resultiert vor allem aus der ausgeprägten internationalen Ausrichtung der Firmen. Schon seit Langem sind Mittelständler aus Deutschland technologisch führend auf zahlreichen industriellen Produktfeldern – und schon immer haben sie ihre hochwertigen Produkte auch im Ausland abgesetzt. Viele von ihnen konnten sich als „Weltmarktführer“ etablieren. Solche Firmen sind geradezu prädestiniert, vom dynamischen Wachstum in den aufstrebenden Schwellenländern zu profitieren, das Anfang des letzten Jahrzehnts einsetzte. Und tatsächlich ist es den deutschen Mittelstandsunternehmen auch gelungen, in den neuen Märkten Fuß zu fassen und dort ihren Absatz rasch auszuweiten.

Die wachsende Bedeutung der internationalen Märkte dokumentiert sich in einem hohen und steigenden Anteil der Auslandsumsätze. Nicht wenige mittelständische Maschinenbauer oder Spezialisten aus der Laser-, Mess- und Medizintechnik haben heute Exportquoten von über 80 %. Die durchschnittliche Exportquote liegt bei den forschungsintensiven Industriezweigen schon in mittleren Größenklassen bei über 40 %. Mittelgroße Firmen aus anderen Branchen, wie etwa Metallindustrie oder Ernährungsgewerbe, sind zwar zumeist weniger auslandsaktiv. Aber auch sie erzielen mittlerweile im Durchschnitt mehr als 30 % des Umsatzes im Ausland. Dies zeigt, dass auch sie mit qualitativ hochwertigen Produkten „made in Germany“ auf internationalem Parkett punkten können.

Immer mehr wird indes deutlich, dass expandierende Märkte außerhalb Europas allein über den Export nicht ausreichend erschlossen werden können. Vor allem wenn marktführende Unternehmen ihre Position global behaupten wollen, müssen sie ihre Präsenz vor Ort massiv verstärken. Schon in den letzten Jahren haben sich deutsche Mittelständler vermehrt mit

eigenen Standorten in den neuen Wachstumsmärkten etabliert. So ist gemäß Bundesbank-Statistik die Zahl der im Ausland investierenden deutschen Unternehmen zwischen 2005 und 2012 um rund 900 auf mehr als 6.800 angestiegen. Noch wesentlich stärker hat die Zahl ihrer ausländischen Unternehmenseinheiten zugenommen – auf fast 35.000. Standen bei den Auslandsaktivitäten zunächst Vertrieb und Service im Vordergrund, so geht es nun immer mehr auch darum, Produktions- und Entwicklungskapazitäten einzurichten, um die Kunden schneller und bedarfsge rechter bedienen zu können.

Die Forcierung der Internationalisierung stellt die Unternehmen vor große Herausforderungen, personell wie finanziell. Die Investitionen müssen deutlich ausgeweitet werden. Dabei verändern sich die Investitionsmuster: Mehr Mittel fließen in ausländische Projekte, gleichzeitig werden aber auch die inländischen Standorte zwecks Ausbau zentraler Funktionen erweitert. Zudem gilt es, die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten noch einmal zu verstärken. Schließlich gewinnen M&A-Transaktionen an Bedeutung, weil die Firmen mit dem Erwerb von Beteiligungen und Unternehmen sowohl im Inland als auch im Ausland schneller ihre globale Marktposition festigen können.

Die Auswirkungen auf die Finanzierung sind offenkundig: Die international agierenden Unternehmen tun gut daran, zur Abdeckung höherer Risiken mehr Eigenkapital einzusetzen. Und sie benötigen einen größeren und differenzierteren finanziellen Spielraum, um schnell und gezielt Investitionsvorhaben umsetzen zu können. Darauf müssen sich auch die Banken einstellen: Sie sind zunehmend gefordert, umfassende Finanzierungskonzepte für ihre Kunden zu gestalten und – in Ergänzung zum traditionellen einzelfallbezogenen Kredit – komplexe Finanzierungen zu arrangieren.

(Diese Seite ist nicht Teil des Lageberichts.)

Zusammengefasster Lagebericht des Geschäftsjahres 2013/14

1. Grundlagen des Konzerns

Die Restrukturierungsmaßnahmen des IKB-Konzerns sind im Wesentlichen umgesetzt, und die Anpassungen des Geschäftsmodells sind erfolgt. Das Institut weist eine solide Kernkapitalbasis auf, Risiken wurden auch im Geschäftsjahr 2013/14 abgebaut, die Liquiditätsbasis blieb gesichert, und die Liquiditätsquellen wurden weiter diversifiziert.

Die abgeschlossene Restrukturierung ermöglicht es der IKB, sich auf das Kundengeschäft und ihre Aktivitäten im Bereich von Beratung, Kapitalmarkt, Kredit- und Asset-Management zu konzentrieren. Durch ihren integrierten Geschäftsansatz aus Regionalvertrieb, Industriegruppen und Produktgruppen wird eine umfassende Beratung für die Kunden sichergestellt. Im Zielkundensegment ist es der IKB gelungen, Neukunden zu akquirieren und aktive Kundenbeziehungen auszubauen. Die Zielkunden der IKB sind überwiegend dem industriellen Mittelstand zugehörig; häufig wachstumsstarke Unternehmen, die in den nächsten Jahren nach den Erwartungen der IKB ihren Umsatz ausbauen werden und sich zudem bereits stark internationalisiert haben.

Die IKB verfügt über ein Vertriebsnetz aus Standorten der IKB AG und der IKB Leasing-Gruppe, das alle Regionen Deutschlands abdeckt. Der inländische Vertrieb wird durch ausgewählte europäische Standorte ergänzt. Die IKB Leasing-Gruppe ist mit 14 Leasing-Gesellschaften in zehn europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) tätig.

Bei langfristigen Unternehmenskrediten an das deutsche Verarbeitende Gewerbe hatte die Bank einen Marktanteil von rd. 6,5 % zum 31. Dezember 2013. Bei der Vergabe von Förderkrediten liegt der spezifische Marktanteil teils weit höher. Ferner ist es der IKB gelungen, ihre Syndizierungs- und Platzierungskompetenz für den Mittelstand im Kapitalmarktgeschäft zu nutzen und weiter auszubauen. Stärkste Wettbewerber der IKB AG sind große Universalbanken sowie einige größere Institute aus dem öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor.

Im Hinblick auf Akquisitionsfinanzierungen arbeitet die IKB mit Private-Equity-Häusern zusammen. Zudem hat die IKB mit einem Partner im April 2013 den Valin Funds Mittelstand Mezzanine 1 aufgelegt, der in Mezzanine-Darlehen für deutsche Mittelstandsunternehmen investiert. Ein weiterer Fonds, der in Mittelstandskredite investiert, ist in Vorbereitung. Durch das Auflegen von Fonds entspricht die IKB dem Anlagebedarf von Investoren mit Blick auf verschiedene Asset-Klassen.

Aufgrund der Bestrebungen der Bankenaufsicht, die Regulierung der Banken weltweit umfassend neu zu gestalten und zu verschärfen, zeichnet sich auch für das Geschäftsmodell der IKB ab, dass

- eine Versorgung der Kunden mit Finanzierungsmitteln in zunehmendem Maße über den Kapitalmarkt organisiert wird,
- die Kreditlaufzeiten in der Unternehmensfinanzierung sich insgesamt verkürzen,
- die Absicherung mit Derivaten für Unternehmen teurer wird,
- die Zurverfügungstellung von kurzfristig abrufbarer Liquidität sich verteuern wird,
- sich aufgrund erhöhter Kapitalerfordernisse und der notwendigen Preisdisziplin auch für die Kunden höhere Kreditkosten ergeben,
- die Finanzierung über Einlagen ein wesentlicher Baustein sein muss.

Die IKB stellt ihren mittelständischen Kunden die eingeworbenen Einlagen als mittelfristige Eigenmittelkredite zur Verfügung. Fördermittel werden vorrangig eingesetzt, um langfristige Finanzierungsbedürfnisse der Unternehmen adäquat abzudecken. Um Unternehmen erfolgreich an den Kapitalmarkt zu bringen, betreibt

die IKB in begrenztem Umfang Eigenhandel. Fondslösungen werden genutzt, um Unternehmen mit einem breiteren Angebot an Produkten (u. a. Mezzanine) versorgen zu können und ihnen so zusätzliche Finanzmittel zu erschließen.

Wesentliche Bestandteile des Refinanzierungsmix der IKB sind neben besicherten Finanzierungen die Programmkredite und die Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken sowie das Einlagengeschäft mit Firmen-, Privat- und institutionellen Kunden. Auf diese Weise stellt sich die IKB auch darauf ein, dass aufgrund von Basel III bzw. Solvency II die Nachfrage der traditionellen Investoren (Banken, Versicherungen) nach unbesicherten Bankanleihen rückläufig sein wird.

Das zunehmend komplexe Regulierungsumfeld und die damit einhergehende Unsicherheit verursachen erhöhte Verwaltungsaufwendungen. Hinzu kommen zahlreiche Vorhaben, die spezifische Abgaben für Banken beinhalten und weitreichende Lenkungswirkungen für bestimmte Geschäfte haben können (beispielsweise Finanztransaktionssteuer). Deshalb bleiben für das Geschäftsmodell eine hohe Kostendisziplin, insbesondere bei der Umsetzung von Regulierungsvorgaben, eine Optimierung der risikogewichteten Aktiva und eine Antizipation möglicher zukünftiger Regulierung von hoher Relevanz. Hinzu kommt eine erhöhte Bedeutung der IT-Sicherheit und des Aufbaus einer IT-Architektur, die ein flexibles und zeitnahes Berichtswesen für interne Zwecke und zunehmend für die Bankenaufsicht effizient gewährleisten kann.

Das Geschäftsmodell der Bank hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Laufe des Jahres 2013 hat sich die Weltkonjunktur belebt. Eine in den meisten Ländern steigende Zuversicht der Unternehmen spricht für eine Fortsetzung dieser weltwirtschaftlichen Belebung. Auch die Konjunktur der Euro-Zone zeigte Erholungstendenzen, aber die Lage im Bankensektor einiger Euro-Länder blieb weiter angespannt.

Die Geldpolitik der bedeutenden Industrienationen war anhaltend expansiv ausgerichtet. Allerdings hat die Fed angesichts der Konjunkturerholung in den USA die Rückführung ihres Aufkaufprogramms begonnen. Im Zuge dieser Maßnahme und deren Ankündigung kam es zu einer Umkehr von internationalen Kapitalflüssen, die insbesondere einige Emerging Markets und deren Währungen belastete und zu deutlichen Wechselkursreaktionen führte.

Rahmenbedingungen für das Kerngeschäft

Die Konjunktur hat sich im Jahresverlauf 2013 vor allem in den Industrieländern weiter aufgehellt. Auch die Euro-Zone konnte im Sommer 2013 nach sechs Quartalen in Folge mit negativem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erstmals die Rezession verlassen. Im Verlauf des Jahres erhöhte sich die Dynamik leicht, und zum Ende 2013 konnten erstmals alle vier großen Euro-Staaten – Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien – gleichzeitig wachsen. Aufgrund des schwachen Jahresbeginns ist das BIP des Euro-Raums 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 % gesunken. Spanien (-1,2 %) und Italien (-1,9 %) wiesen dabei deutliche BIP-Rückgänge aus, Frankreich (+0,2 %) zeigte nur ein verhaltenes BIP-Wachstum.

Die deutsche Wirtschaft durchlief zu Beginn des Jahres 2013 ebenfalls eine leichte – eher witterungsbedingte – Schwächephase, konnte dann aber merklich an Tempo zulegen. Insgesamt belief sich das BIP-Wachstum 2013 auf 0,4 %. Erfreulich ist, dass sich die bis zum Frühjahr 2013 stark ausgeprägte Investitionszurückhaltung mit Abklingen der Euro-Krise allmählich aufgelöst hat. Zusammen mit der weltweiten Konjunkturbelebung sowie günstigen binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollte sich die konjunkturelle Lage in Deutschland weiter aufhellen.

Insgesamt machten die Anpassungsprozesse im Euro-Raum Fortschritte. Neben Erfolgen bei der Haushaltskonsolidierung konnten insbesondere die Krisenländer Verbesserungen ihrer Wettbewerbsfähigkeit erzielen und damit einen guten Teil der notwendigen Anpassungen ihrer Leistungsbilanzen vornehmen. Damit dürfte in vielen Mitgliedsstaaten die Rezession trotz weiteren Anpassungsbedarfs überwunden sein, maßgeblich unterstützt durch die gesunkene Unsicherheit über die weitere Bewältigung der Krise im Euro-Raum.

Großbritannien konnte sich 2013 aus der Stagnation befreien und zeigte im Umfeld der anhaltend expansiv ausgerichteten Geldpolitik der Bank of England eine deutliche Belebung der Konjunktur.

Die Wirtschaft in den USA hat die Einschnitte in den öffentlichen Haushalten gut verkräftet und verzeichnete eine recht stabile Konjunkturbelebung. Die Erholung auf dem US-Arbeits- und -Häusermarkt setzte sich weiter fort, was die Vermögensposition und damit das verfügbare Einkommen der US-Haushalte stärkte und somit für ein solides Wachstum des privaten Konsums sorgte.

Die Geldpolitik der bedeutenden Industrienationen blieb expansiv ausgerichtet. Die Fed hat zwar angesichts der guten US-Konjunkturerholung begonnen, ihre Aufkaufprogramme zurückzuführen (Tapering), hält aber an ihrer Nullzinspolitik fest. Bereits mit der Ankündigung des Tapering gerieten in der Folge vor allem Anlagen und Währungen von Schwellenländern unter Druck. Auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist weiterhin expansiv ausgerichtet. So hat sie angesichts der verhaltenen Geldmengen- und Kreditentwicklung sowie aufkommender Deflationsgefahren im Euro-Raum ihren Hauptrefinanzierungssatz im

November 2013 nochmals auf nun 0,25 % gesenkt. Insgesamt bleibt die Geldpolitik bzw. die Ausgestaltung der geldpolitischen Wende in den USA mit gewissen Unsicherheiten auf den Märkten verbunden, die immer wieder zu erheblichen Korrekturen führen können.

Grundsätzlich ist eine Stabilisierung des monetären Umfelds im Euro-Raum zu erkennen. So haben sich die Zinsaufschläge für Staatsanleihen gegenüber deutschen Staatsanleihen deutlich zurückgebildet. Die Kreditzinsen für Unternehmen und die privaten Haushalte im Euro-Raum waren im Jahresverlauf 2013 tendenziell rückläufig. Insgesamt stellten sich die Finanzierungsbedingungen für den Euro-Raum als günstig dar. Gleichwohl ergibt sich immer noch ein sehr heterogenes Bild – insbesondere bezogen auf die Kreditvergabe – zwischen den Programmländern sowie Italien und Spanien auf der einen Seite und dem Rest des Euro-Raums auf der anderen Seite. Speziell in Deutschland gibt es keinerlei Anzeichen für eine restriktive Kreditvergabe der Banken. Trotz des hier besonders günstigen Umfelds blieb die Kreditneuaufnahme seitens der Unternehmen – wie auch im Vorjahr – relativ schwach, weil der Bedarf tendenziell rückläufig war. Verantwortlich hierfür waren zum einen die sich erst im Jahresverlauf auflösende Zurückhaltung bei den Ausstattungsinvestitionen und immer noch recht verhaltene M&A-Aktivitäten. Zum anderen waren viele Firmen in der Lage, anstehende Investitionen fast vollständig aus ihrem Cashflow zu finanzieren. Großunternehmen und größere Mittelständler nutzten zudem das günstige Zinsniveau, um sich am Kapitalmarkt mit langfristig verfügbaren Mitteln einzudecken; parallel dazu führten sie häufig bestehende Bankverbindlichkeiten zurück.

Die Ertragslage der Banken – auch der deutschen – bleibt angespannt, da das anhaltend niedrige Geld- und Kapitalmarktzinsumfeld Unsicherheiten mit sich bringt. Zwar wurde die Ertragslage im deutschen Bankensystem in den zurückliegenden Jahren von ungewöhnlich niedrigen Wertberichtigungen auf das Kreditportfolio gestützt, wobei dank der robusten Inlandskonjunktur die Ertragssituation der Kreditkunden solide blieb. Allerdings ist eine tendenzielle Erosion der Zinsspanne in Deutschland bereits seit Jahren im Gange, was auf eine strukturelle Ertragsschwäche hindeutet. Deren Ursachen liegen vor allem in einem starken Wettbewerb, der im klassischen Kreditgeschäft, auf das sich die Institute zunehmend fokussieren, intensiv bleibt. Gleiches gilt für das Einlagengeschäft, hier verschärft sich der Wettbewerb um kostengünstige bzw. stabile Refinanzierungsquellen erheblich. Das deutsche Bankgewerbe steht weiterhin vor der Herausforderung, unter anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen die Rentabilitätsansprüche mit den gestiegenen Regulierungsanforderungen bei der Sicherung der Kapitalbasis, der Kreditnehmerqualität und der Liquidität in Einklang zu bringen.

Insgesamt bestehen vor dem Hintergrund der schwachen Kreditentwicklung und der grundsätzlichen Besorgnis eines erneuten Aufflommens der Euro-Krise anhaltende Unsicherheiten über die Situation des europäischen Bankensystems. Aus diesem Grund führt die EZB vor Installierung der Bankenunion im laufenden Jahr eine umfassende Bestandsaufnahme der Bilanzen systemrelevanter Banken – ein „Comprehensive Assessment“ inklusive eines Stresstests – durch, mit dem Ziel, Schwachstellen im europäischen Bankensektor zu identifizieren. Nach Abschluss dieser Bestandsaufnahme wird die EZB ihre Rolle als Aufsichtsbehörde über die großen europäischen Banken übernehmen. Im Zusammenhang mit dem Ergebnis des Stresstests sollten Banken, Aufsichtsbehörden und Regierungen für den Fall vorbereitet sein, dass bei einigen Instituten ein Rekapitalisierungsbedarf festgestellt wird: Wie mögliche Kapitallücken der Banken geschlossen werden sollen, ist bisher noch nicht im Einzelnen geklärt.

In diesem Umfeld einer anhaltend schwachen Kreditvergabe und niedriger Inflation in der Euro-Zone wird die Geldpolitik der EZB zunehmend kontrovers diskutiert. Zur Stimulierung der Kreditvergabe und Deflationsbekämpfung wird eine erneute Lockerung der Geldpolitik gefordert. Hier stehen der EZB neben einer Zinssenkung weitere Maßnahmen bzw. eine Kombination von Maßnahmen zur Verfügung. Allerdings wird zum Teil der Erfolg angezweifelt oder eine grundsätzliche politische „Mandatsüberschreitung“ der EZB bei bestimmten Maßnahmen gesehen. Zudem gibt es Warnungen, dass die Notenbanken zu lange an einer

sehr lockeren Geldpolitik festhalten und damit die Möglichkeit einer erneuten Blasenbildung an Märkten schaffen.

Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum

Umsetzung der EU-Auflagen

Die EU-Kommission hatte der IKB mit der Beihilfe-Entscheidung vom 21. Oktober 2008 umfangreiche Auflagen erteilt. Die erfolgreiche Umsetzung der EU-Auflagen durch die IKB wurde durch die EU-Kommission mit Schreiben vom 23. Oktober 2012 bestätigt und die laufende Überwachung auf die aus rechtlichen Gründen noch offene Abwicklung der IKB International S.A. und die ehemalige 50%ige Beteiligung der IKB an der Movesta Lease and Finance GmbH beschränkt. Die EU-Kommission hat der Bundesregierung am 12. Juli 2013 die Einstellung der noch fortbestehenden laufenden Überwachung der restlichen Aufgabenerfüllung mitgeteilt. Ungeachtet dessen wird die IKB die Abwicklung der IKB International S.A. und der ehemaligen 50%igen Beteiligung an der Movesta Lease and Finance GmbH fortführen und abschließen.

Teilnahme der Bank am Comprehensive Assessment der Europäischen Zentralbank

Die EZB hat am 23. Oktober 2013 Einzelheiten ihrer geplanten umfassenden Bankenprüfung (Comprehensive Assessment) veröffentlicht und mitgeteilt, dass auch die IKB zu den teilnehmenden Instituten gehören wird. Diese Prüfung umfasst eine aufsichtliche Risikobewertung, eine Bilanzprüfung und einen Stresstest und soll bis Oktober 2014 abgeschlossen sein. Die Prüfungen haben Ende 2013 angefangen und dauern an. Zu weiteren Einzelheiten siehe Kapitel 6. „Prognosebericht“.

Unterjährige Berücksichtigung von Zwischenergebnissen in den Eigenmitteln

Die IKB hat per 30. September 2013 eine Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g Handelsgesetzbuch – HGB) vorgenommen. Die Zurechnung dieser Zuführung zum harten Kernkapital wurde der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gemäß § 10 Abs. 2a, 3 KWG (in der bis zum 31. Dezember 2013 gültigen Fassung) angezeigt. Ferner hat die IKB per 31. Dezember 2013 eine weitere Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken vorgenommen sowie Zwischengewinne auf Konzernebene erzielt. Die seit dem 1. Januar 2014 gemäß Art. 26 Abs. 1, 2 Capital Requirements Regulation – CRR (Verordnung (EU) Nr. 575/2013) erforderliche Erlaubnis der Aufsicht zur Zurechnung dieser Zuführung sowie der Zwischengewinne zum harten Kernkapital (Common Equity Tier 1 – CET 1) wurde der IKB mit Schreiben der BaFin vom 14. März 2014 erteilt. Berechnet nach den Bestimmungen der CRR, die zum 1. Januar 2014 gelten, und dem aktuellen Interpretationsstand der European Banking Authority (EBA) wies die IKB-Institutgruppe per 31. Dezember 2013 unter der Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen des Jahres 2014 und der CRR-Auslegung der EBA eine harte Kernkapitalquote (CET 1) von 9,4 % aus. Im Rahmen des Comprehensive Assessment der EZB ist eine CET 1-Quote von mindestens 8 % für diesen Zeitpunkt vorgegeben. Zum 31. März 2014 betrug die CET 1-Quote der IKB-Institutgruppe 10,4 %.

Einstufung als potenziell systemgefährdendes Kreditinstitut

Die IKB wurde von der BaFin und der Deutschen Bundesbank gemäß § 47 Kreditwesengesetz (KWG) als sogenanntes potenziell systemgefährdendes Kreditinstitut eingestuft und aufgefordert, wie alle anderen als potenziell systemgefährdend eingestuften Institute, einen Sanierungsplan nach § 47a KWG zu erstellen.

Veränderungen im Konzern

Im Mai 2013 wurde der Fonds „European Liquid Bonds S.A., SICAV-SIF“ gegründet. Der Fonds dient der IKB als Anlagegesellschaft für Liquiditätsüberhänge.

Das Liquidationsverfahren der MD Capital Objekt Nordhausen GmbH i.L. wurde im August 2013 mit der endgültigen Löschung der Gesellschaft im Handelsregister abgeschlossen.

Mit Wirkung zum 30. Oktober 2013 wurde die Istop 6 GmbH zum Zweck der Liquiditätsanlage über Spezial-Investmentvermögen als Teil des Liquiditätsmanagements der Bank gegründet. Die Istop 6 GmbH ist zum 31. März 2014 mit rd. 112 Mio. € in den Partner Fonds Government & Covered Select Teilfonds I investiert.

Rechtlich relevante Ereignisse

Von Lehman Brothers arrangierte CDOs

Die Bank hat ihre Streitigkeiten mit Lehman Brothers über die Ausschüttung von ursprünglich fünf Collateralized Debt Obligation (CDO)-Investments durch Vergleich beendet. Nach einem ersten Vergleich über eine US-rechtliche Transaktion im Juli 2012 erfolgte im November 2013 ein weiterer Vergleich über die verbliebenen vier CDO-Investments. Daher bestehen in diesem Kontext keine weiteren Rechtsrisiken.

Portfolioinvestments (Asset Backed Securities – ABS)

Die Bank ist weiterhin bestrebt, Schadenersatzansprüche wegen früherer Portfolioinvestments vor Gericht oder außergerichtlich durchzusetzen.

Ergebnisse der Sonderprüfung

Ende Februar 2014 legte der gerichtlich bestellte aktienrechtliche Sonderprüfer, Herr Dr. Harald Ring, seinen Abschlussbericht der IKB vor. Im Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben erhielt der Vorstand der IKB zunächst eine angemessene Frist zur Prüfung, ob ein Antrag auf Durchführung eines Schutzverfahrens gemäß § 145 Abs. 4 Aktiengesetz (AktG) gestellt werden müsse.

Weitere Ausführungen zur aktienrechtlichen Sonderprüfung befinden sich im Kapitel 3. „Nachtragsbericht“ und im Kapitel 4. „Risikobericht“, Unterkapitel „Rechtsrisiken“.

Debt Issuance Programme

Das Debt Issuance Programme wurde zum 20. Februar 2014 aktualisiert. Dieses Programm wurde seitdem für verschiedene Neuemissionen genutzt.

Personalia

Aufsichtsrat

Die Herren Dr. Lutz-Christian Funke und Dr. Andreas Tuczka, deren Amtszeiten jeweils mit Ablauf der Hauptversammlung vom 5. September 2013 endeten, wurden durch Beschluss der Hauptversammlung am 5. September 2013 wieder in den Aufsichtsrat gewählt. Anstelle von Herrn Ulrich Grillo, dessen Amtszeit ebenfalls mit Ablauf der Hauptversammlung vom 5. September 2013 endete, wurde durch Beschluss der Hauptversammlung am 5. September 2013 Herr Dr. Karl-Gerhard Eick neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Turnusgemäß schied mit Ablauf der Hauptversammlung am 5. September 2013 Frau Dr. Carola Steingraber aus dem Aufsichtsrat aus. Aufgrund einer Neuwahl der Arbeitnehmervertreter wurde Herr Rainer Lenz in den Aufsichtsrat gewählt.

In Umsetzung entsprechender regulatorischer Anforderungen wurde der bisherige Finanz- und Prüfungsausschuss zum 1. Januar 2014 in den neuen Risiko- und Prüfungsausschuss überführt. Personelle Änderungen in der Besetzung des Ausschusses waren hiermit nicht verbunden. Aufgrund einer entsprechenden Vorgabe der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat gehören dem Risiko- und Prüfungsausschuss die Herren Bruno Scherrer und Dr. Karsten von Köller kraft Amtes als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats an. Zudem wurden Herr Dr. Claus Nolting als Anteilseignervertreter und Herr Rainer Lenz als Arbeitnehmervertreter in den Risiko- und Prüfungsausschuss gewählt. Die Mitglieder des

Ausschusses wählten Herrn Dr. Karsten von Köller zum Vorsitzenden des Risiko- und Prüfungsausschusses.

Ebenfalls in Umsetzung neuer regulatorischer Anforderungen wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2014 ein Vergütungskontrollausschuss gebildet. Gemäß einer entsprechenden Regelung in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat gehören dem neuen Ausschuss die Herren Bruno Scherrer und Dr. Karsten von Köller kraft ihrer Ämter als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates an. Zudem wurden Herr Dr. Andreas Tuczka als Anteilseignervertreter und Frau Nicole Riggers als Arbeitnehmervertreterin in den Vergütungskontrollausschuss gewählt. Den Vorsitz führt Herr Bruno Scherrer als Vorsitzender des Aufsichtsrats. Zeitgleich wurden – bei unveränderter personeller Besetzung – zudem die Befugnisse des Nominierungsausschusses erweitert. Auch diese Anpassung ist auf geänderte regulatorische Rahmenbedingungen zurückzuführen.

Vorstand

Am 27. Juni 2013 wurden Herr Hans Jörg Schüttler bis zum Ablauf des 31. Oktober 2016 und Herr Dr. Dieter Glüder bis zum Ablauf des 15. Oktober 2016 zu Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft wiederbestellt. Herr Schüttler übt weiter das Amt des Vorsitzenden des Vorstands aus. Am 21. November 2013 wurde die Amtszeit von Herrn Dr. Michael Wiedmann für den Zeitraum vom 1. März 2014 bis zum Ablauf des 28. Februar 2017 verlängert.

Interessenausgleich und Sozialplan

Im Rahmen von Kostensenkungs- und Restrukturierungsmaßnahmen wurde mit den Arbeitnehmervertretern am 7. Mai 2012 ein Interessenausgleich und Sozialplan abgeschlossen. Zum Laufzeitende 31. März 2014 wurde das Ziel, insgesamt 211 Stellen abzubauen, erreicht. Der Abbau betraf insbesondere die Zentraleinheiten.

Ordentliche Hauptversammlung am 5. September 2013

Die ordentliche Hauptversammlung der IKB für das Geschäftsjahr 2012/13 fand am 5. September 2013 in Düsseldorf statt. Die Hauptversammlung hat allen Vorschlägen der Verwaltung mit großer Mehrheit zugestimmt. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse finden sich im Internet unter www.ikb.de. Eine Aktionärin hat im Nachgang zur Hauptversammlung ein Auskunftserzwingungsverfahren nach § 132 AktG eingeleitet. Die Bank hält diesen Antrag für unbegründet. Eine rechtskräftige Entscheidung liegt bislang nicht vor. Klagen gegen Beschlüsse der Hauptversammlung wurden der Bank nicht zugestellt.

Valin Funds

Die IKB Deutsche Industriebank AG und Seer Capital Management LP haben im April 2013 ihren ersten gemeinsamen Fonds, den Valin Funds Mittelstand Mezzanine 1, aufgelegt. Der Fonds hat ein Zielvolumen von 300 Mio. €. Der Fonds wurde zunächst mit erstmaligen Kapitalzusagen in Höhe von 105 Mio. € geschlossen. Weitere Investoren zur Erreichung des Zielvolumens werden gesucht. Der Fonds wird in erster Linie in Mezzanine-Darlehen für deutsche Mittelstandsunternehmen mit einem Jahresumsatz von über 50 Mio. € investieren.

Kaufprogramm für Hybridwertpapiere IKB Funding Trust I

Die Matrona GmbH (eine Konzerngesellschaft der IKB-Gruppe) hat am 18. September 2013 die Inhaber der von dem IKB Funding Trust I ausgegebenen Trust Preferred Securities (ISIN DE0008592759) zur Abgabe eines Verkaufsangebots für diese Wertpapiere eingeladen. Die Annahme der Verkaufsangebote unterlag verschiedenen Bedingungen, einschließlich der Zustimmung zu vorgeschlagenen vertraglichen Änderungen der Bedingungen der Trust Preferred Securities durch mindestens 66 2/3 % der Investoren. Die Annahmefrist unter dem Kaufprogramm lief zunächst bis zum 28. Oktober 2013 und wurde einmal vom 28. Oktober

2013 bis zum 22. November 2013 verlängert. Da die erforderliche Zustimmungsquote der Investoren bis zum Ende der verlängerten Angebotsfrist nicht erreicht wurde, hat die Matrona GmbH das Kaufprogramm am 22. November 2013 beendet und keinen Ankauf von IKB Funding-Trust-I-Wertpapieren vorgenommen.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Soweit nicht gesondert vermerkt, gelten die nachstehenden Aussagen sowohl für den Konzernlagebericht (Konzern) als auch für den Lagebericht der IKB AG (IKB AG).

Geschäftliche Entwicklung

Aufgrund einer verhaltenen Kreditnachfrage am Markt und der selektiven Kreditvergabe durch die IKB reduzierte sich das Neugeschäftsvolumen des Konzerns im Geschäftsjahr 2013/14 gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mrd. € auf 2,7 Mrd. €. Die Position Forderungen an Kunden nahm entsprechend – wie prognostiziert – in diesem Geschäftsjahr weiter ab. Vom Neugeschäftsvolumen entfällt der überwiegende Anteil auf die IKB AG. Der Fördermittelkreditanteil am Neugeschäftsvolumen lag im Geschäftsjahr 2013/14 bei 36 % (Vorjahr: 38 %).

Der weitere Rückgang der Bilanzsumme sowie die Entwicklung der Verwaltungskosten liegen im Rahmen der Erwartung des Vorjahres. Aufgrund der positiven Entwicklungen an den Kapitalmärkten konnten Bewertungsgewinne von Finanzinstrumenten realisiert werden, die die Bank erwartungsgemäß zur Stärkung des Kernkapitals durch die Bildung von Reserven nach § 340g HGB genutzt hat.

Ertragslage

Die IKB hat im Geschäftsjahr 2013/14 einen Konzernüberschuss in Höhe von 32 Mio. € erzielt, während im Vorjahr noch ein Fehlbetrag (-143 Mio. €) entstanden war. Darin als Aufwand enthalten ist die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 402 Mio. € (Vorjahr: -19 Mio.).

Wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage hatten das Sonstige Ergebnis in Höhe von -73 Mio. € (Vorjahr: 21 Mio. €) sowie Steuererträge in Höhe von 133 Mio. € (Vorjahr: Steueraufwand 6 Mio. €), aber auch der gesteigerte Zins- und Leasingüberschuss von 310 Mio. € (Vorjahr: 210 Mio. €).

Die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB erhöht in vollem Umfang das harte Kernkapital nach den Vorgaben von CRR und dem CRD IV-Bankenreformpaket.

In der IKB AG lag der Jahresüberschuss zum Bilanzstichtag nach Steuern und Dotierung bzw. Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB bei 0 Mio. € (Vorjahr: 162 Mio. € Jahresfehlbetrag).

Wesentliche Gründe für die verbesserte Ertragslage in Konzern und AG sind die allgemein verbesserte Lage an den Kapitalmärkten, die zur Realisierung von Marktwertgewinnen von der IKB genutzt wurde, das anhaltend niedrige Zinsniveau, das sich positiv auf den Zinsaufwand ausgewirkt hat, und verbesserte Ertragsaussichten aufgrund der für Deutschland absehbaren Konjunkturbelebung, die auch durch ein Anziehen der Investitionstätigkeit und damit der Geschäftstätigkeit der IKB gekennzeichnet sein dürfte.

Zins- und Leasingüberschuss

Der Zinsüberschuss enthält die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen mit nicht konsolidierten Gesellschaften sowie Close-Out-Zahlungen für vorzeitige Auflösungen von Derivategeschäften des Bankbuchs im Rahmen der laufenden Portfoliopflege. Der Leasingüberschuss setzt sich zusammen aus Leasingerträgen, -aufwendungen und -abschreibungen.

Der Zins- und Leasingüberschuss des Konzerns erhöhte sich im Berichtszeitraum um 100 Mio. € auf 310 Mio. € (Vorjahr: 210 Mio. €). Dabei wurde der volumenbedingte Rückgang des Zinsertrags durch die im Vergleich zum Vorjahr günstigeren Refinanzierungen überkompensiert.

In der IKB AG erhöhte sich der Zinsüberschuss im abgelaufenen Geschäftsjahr um 83 Mio. € auf 233 Mio. € (Vorjahr: 150 Mio. €).

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss im Konzern lag mit 29 Mio. € (IKB AG: 38 Mio. €) deutlich über dem Vorjahreswert in Höhe von 5 Mio. € (IKB AG: 9 Mio. €). Wesentlicher Grund für den Anstieg war der mit der endgültigen Rückgabe der Garantien des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) im Laufe des Geschäftsjahres 2012/13 verbundene Wegfall des SoFFin-Provisionsaufwands im Berichtsjahr (Vorjahr: 33 Mio. €).

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand umfasst folgende Posten: Personalaufwand, Anderer Verwaltungsaufwand und Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Der Verwaltungsaufwand des Konzerns wurde um 19 Mio. € auf 285 Mio. € (IKB AG: um 16 Mio. € auf 242 Mio. €) reduziert.

Der Personalaufwand ist um 2 Mio. € auf 161 Mio. € angestiegen (IKB AG: um 3 Mio. € auf 127 Mio. €). Der Anstieg ist insbesondere auf den Personalaufbau im Marktbereich zurückzuführen. Der Personalaufbau soll die Vertriebsaktivitäten der IKB stärken.

Der Andere Verwaltungsaufwand sowie die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen konnten um 21 Mio. € auf 124 Mio. € (IKB AG: um 19 Mio. € auf 115 Mio. €) verringert werden. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die deutliche Reduzierung von Beratungs- und Rechtskosten sowie auf geringere Kosten für die Einlagensicherung aufgrund einer Verbesserung des IKB-Ratings durch die Gesellschaft für Bonitätsbeurteilung mbH zurückzuführen.

Sonstiges Ergebnis

Das Sonstige Ergebnis umfasst die Sonstigen betrieblichen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen sowie die Abschreibungen und Zuschreibungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere. Darüber hinaus enthält das Sonstige Ergebnis die Zuführung (Vorjahr: Auflösung) zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB-Reserve), der nach der CRR und dem CRD IV-Bankenreformpaket als hartes Kernkapital qualifiziert ist.

Wesentliche Einflussgrößen auf das Sonstige Ergebnis, das sich von 21 Mio. € um 94 Mio. € auf -73 Mio. € (IKB AG: um 96 Mio. € auf -88 Mio. €) verringert hat, werden im Folgenden dargestellt.

Die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 402 Mio. € geht als Aufwand in das Sonstige Ergebnis ein. In entsprechender Höhe wird das harte Kernkapital der IKB erhöht.

Aus der Bewertung und Veräußerung von Wertpapieren des Anlagevermögens ergaben sich per saldo Erträge in Höhe von 141 Mio. € (IKB AG: 126 Mio. €) nach Erträgen im Vorjahr von per saldo 108 Mio. € (IKB AG: 100 Mio. €).

Aus Close-Out-Zahlungen im Rahmen von strategischen vorzeitigen Auflösungen von Derivategeschäften des Bankbuchs ergaben sich per-saldo-Erträge in Höhe von 148 Mio. € (IKB AG: per saldo 144 Mio. €) gegenüber den per-saldo-Aufwendungen im Vorjahr in Höhe von 49 Mio. € (IKB AG: per saldo 47 Mio. €).

Aus der per-saldo-Auflösung von Rückstellungen für Zinsen auf Steuerverpflichtungen wurden 19 Mio. € vereinnahmt (Vorjahr: per-saldo-Zuführung über Zinsaufwand in Höhe von 5 Mio. €).

Risikovorsorgesaldo

(Hinweis: Ergänzende Informationen zur Risikovorsorge finden sich im Kapitel 4. „Risikobericht“, Tabelle Risikovorsorge.)

Der in den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthaltene Risikovorsorgesaldo erhöhte sich im Konzern von -71 Mio. € betragsmäßig um 16 Mio. € auf -87 Mio. € (IKB AG: betragsmäßig um 11 Mio. € auf -83 Mio. €).

Die darin enthaltene Nettozuführung zur Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich im Konzern um betragsmäßig 7 Mio. € auf -87 Mio. € erhöht (IKB AG: um 2 Mio. € auf -83 Mio. € erhöht), blieb aber im Mehrjahresvergleich auf moderatem Niveau.

In der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft des Konzerns sind 118 Mio. € (IKB AG: 114 Mio. €) Nettozuführungen zu Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen sowie Direktabschreibungen enthalten, die sich gegenüber dem Vorjahr um 70 Mio. € (IKB AG: 67 Mio. €) erhöht haben. Der Grund hierfür liegt insbesondere in der höheren Nettozuführung zu Einzelwertberichtigungen.

Bei den Pauschalwertberichtigungen für das Kreditgeschäft des Konzerns ergab sich im Berichtsjahr eine Nettoauflösung in Höhe von 31 Mio. € (IKB AG: 31 Mio. €) gegenüber einer Nettozuführung im Vorjahr in Höhe von 32 Mio. € (IKB AG: 34 Mio. €). Die Nettoauflösungen beinhalten 20 Mio. € Pauschalwertberichtigungen des Vorjahres – für erhöhte Risiken aus Kreditvergaben an Unternehmen in Euro-Ländern, die sich in der Rezession befanden oder knapp davor standen –, die im Geschäftsjahr 2013/14 im Rahmen entsprechender Einzelwertberichtigungen verbraucht wurden.

Im Risikovorsorgesaldo sind Ergebnisse aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve sowie Derivaten in Höhe von -1 Mio. € (IKB AG: +1 Mio. €) nach +9 Mio. € (IKB AG: +9 Mio. €) im Vorjahr enthalten.

Steuern

Der Steuerertrag lag im Berichtszeitraum bei 133 Mio. € (IKB AG: 136 Mio. €) nach einem Steueraufwand von 6 Mio. € (IKB AG: 1 Mio. €) im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Auf Basis der Planung zum 31. März 2014 für die kommenden Geschäftsjahre ergab sich eine erfolgswirksame Aktivierung von latenten Steuern in Höhe von 101 Mio. € (IKB AG: 101 Mio. €). Die Auflösung von nicht mehr erforderlichen Steuerrückstellungen führte zu Erträgen in Höhe von 48 Mio. € (IKB AG: 48 Mio. €). Die Aufwendungen aus anderen laufenden und sonstigen Steuern lagen bei 16 Mio. € (IKB AG: 13 Mio. €).

Ergebnis

Insgesamt konnte das Ergebnis sowohl im Konzern als auch in der IKB AG deutlich gesteigert werden. Im Geschäftsjahr 2013/14 ergibt sich ein Konzernüberschuss von 32 Mio. € und somit eine Verbesserung um 175 Mio. € gegenüber dem im Vorjahr ausgewiesenen Konzernfehlbetrag in Höhe von 143 Mio. € (IKB AG: um 162 Mio. € auf 0 Mio. € Jahresüberschuss verbessertes Ergebnis nach Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Konzerns ist im Berichtszeitraum um 2,9 Mrd. € gesunken und lag am Berichtsstichtag bei 24,7 Mrd. € (IKB AG: Rückgang um 2,9 Mrd. € auf 24,0 Mrd. €).

Das Bruttokreditvolumen, das auch das außerbilanzielle Geschäft enthält (siehe auch Kapitel 4. „Risikobericht“), lag im Konzern am Berichtsstichtag mit 26,6 Mrd. € um 3,1 Mrd. € unter dem Vorjahresvergleichswert (IKB AG: um -3,3 Mrd. € auf 27,4 Mrd. €) und umfasst im Wesentlichen mittel- und langfristige Kredite an

Kreditinstitute, Kredite an Kunden, den Handelsbestand, die positiven Marktwerte der Derivate des Anlagebuchs sowie Bürgschaften.

Aktiva

Die Forderungen an Kreditinstitute lagen im Konzern mit 2,2 Mrd. € auf Vorjahresniveau (IKB AG: mit 2,1 Mrd. € auf Vorjahresniveau).

Die Forderungen an Kunden gingen im Konzern um 2,4 Mrd. € auf 12,3 Mrd. € zurück (IKB AG: Reduzierung um 2,5 Mrd. € auf 14,2 Mrd. €). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf eine verhaltene Kreditnachfrage am Markt und eine selektive Kreditvergabe durch die IKB zurückzuführen.

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere haben sich im Konzern um 0,3 Mrd. € leicht auf 7,5 Mrd. € verringert (IKB AG: Reduzierung um 0,5 Mrd. € auf 6,5 Mrd. €).

Durch die erfolgswirksame Bildung von latenten Steuern auf temporäre Differenzen haben sich die aktiven latenten Steuern im Konzern um 101 Mio. € auf 249 Mio. € (IKB AG: um 101 Mio. € auf 252 Mio. €) erhöht.

Passiva

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Konzern insbesondere aufgrund einer geringeren Inanspruchnahme von Fördermitteln um 1,7 Mrd. € auf 10,2 Mrd. € gesunken (IKB AG: Reduzierung um 1,7 Mrd. € auf 10,2 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verringerten sich um 1,3 Mrd. € auf 9,6 Mrd. € (IKB AG: Reduzierung um 1,3 Mrd. € auf 9,6 Mrd. €), im Wesentlichen aufgrund geringerer Hereinnahme von Kundeneinlagen.

Der Bestand an Verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich im Konzern um 0,1 Mrd. € auf 1,1 Mrd. € (IKB AG: Anstieg um 0,3 Mrd. € auf 0,7 Mrd. €), im Wesentlichen durch die Neuemission von Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 0,5 Mrd. € (IKB AG: 0,5 Mrd. €) gegenüber Fälligkeiten in Höhe von 0,4 Mrd. € (IKB AG: 0,2 Mrd. €).

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Konzern um 0,4 Mrd. € (IKB AG: 0,4 Mrd. €) auf 1,0 Mrd. € (IKB AG: 0,5 Mrd. €) zurückgegangen. Der Rückgang ist auf Fälligkeiten im Berichtszeitraum zurückzuführen.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken besteht aus Reserven gemäß § 340g HGB und § 340e HGB. Die § 340g HGB-Reserven, die auch gemäß der CRR und dem CRD IV-Bankenreformpaket als hartes Kernkapital qualifiziert sind, sind aufgrund der zusätzlichen Dotierung in Höhe von 402 Mio. € auf 573 Mio. € (Vorjahr: 171 Mio. €) angestiegen.

Eigenkapital

Im Wesentlichen als Folge des Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres ist das Eigenkapital des Konzerns von 952 Mio. € um 31 Mio. € auf 983 Mio. € angestiegen (IKB AG: unverändert bei 1.207 Mio. €). Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages des Konzerns von 2.408 Mio. € (IKB AG: 2.167 Mio. €) ergibt sich ein Bilanzverlust von 2.376 Mio. € (IKB AG: 2.167 Mio. €).

Bei der Berechnung der regulatorischen Eigenmittel ist der Bestand des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 573 Mio. € als hartes Kernkapital zu berücksichtigen. Zum 31. März 2014 lag das ab dem 1. Januar 2014 nach der Capital Requirement Regulation (CRR) zu ermittelnde harte Kernkapital bzw. Common Equity Tier 1 (CET 1) für die IKB-Gruppe bei 1,5 Mrd. € (IKB AG: 1,7 Mrd. €). Daraus errechnet sich eine harte Kernkapitalquote bzw. Common Equity Tier 1 Ratio (CET 1-Quote) für die IKB-Gruppe von 10,4 % und für die IKB AG von 14,3 % bei einer Eigenkapitalquote bzw. Total Capital Ratio von

16,1 % (IKB AG: 17,3 %). Zum rechtlichen Umfeld bei der Ermittlung der CET 1-Quote wird auf die Ausführungen zur aufsichtsrechtlichen Kernkapitalquote im Kapitel 4. „Risikobericht“ verwiesen.

Auf Finanzinstrumente im Anlagebuch in Form von langfristigen Wertpapieren, aus Derivaten und aus nicht fristenkongruenter Refinanzierung des Kreditbuches sind in den vergangenen Geschäftsjahren durch die Veränderungen von Marktzinssätzen, Währungskursen und Bonitäten unrealisierte Gewinne und unrealisierte Verluste entstanden. Vor dem Hintergrund positiver Entwicklungen am Kapitalmarkt realisierte der Konzern im Geschäftsjahr 2013/14 Wertsteigerungen bei Derivaten und Wertpapieren in Höhe von 289 Mio. €. Trotz dieser Realisierung belief sich der Saldo der unrealisierten Verluste zum Bilanzstichtag mit 776 Mio. € im Wesentlichen auf Vorjahresniveau (Vorjahr: 759 Mio. €). In den künftigen Geschäftsjahren können sich daraus Belastungen des Zinsüberschusses oder Veräußerungsverluste ergeben. Aus der Ermittlung gemäß der Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA3 ergab sich wie im Vorjahr kein Rückstellungsbedarf.

Finanzlage

Aufgrund des Funding-Mix ist die Liquiditätslage der IKB stabil und die Refinanzierung insgesamt günstiger als in den Vorperioden. Neben zweckbestimmten und anderen besicherten Refinanzierungen nimmt die IKB revolving Einlagen von Geschäfts- und Privatkunden herein. Zudem emittiert die Bank Inhaberschuldverschreibungen im Privatkundenbereich, baut weiterhin liquiditätswirksam nicht-strategische Aktiva ab und betreibt das Kreditneugeschäft selektiv.

Hinsichtlich der Veränderung der Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit wird insbesondere auf die Konzern-Kapitalflussrechnung im Anhang verwiesen. Zur Darstellung der Fälligkeit von Verbindlichkeiten wird auf die Restlaufzeitengliederung im Anhang verwiesen. Zur Liquiditäts- und Finanzierungssituation wird auf das Kapitel 4. „Risikobericht“ verwiesen.

Gesamtaussage

Die Ertragslage ist durch ein gegenüber dem Vorjahr verbessertes und für die Bank zufriedenstellendes Ergebnis gekennzeichnet. Die Finanz- und die Vermögenslage sind geordnet.

Die Geschäftsentwicklung ist aus Sicht der Bank insgesamt positiv verlaufen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Steuerung bei der IKB von untergeordneter Bedeutung. Neben einer Vielzahl von steuerungsrelevanten Sub-Größen nutzt die IKB die nachfolgenden finanziellen Indikatoren als wesentliche Leistungsindikatoren zur Steuerung.

Aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote

Die aufsichtsrechtliche harte Kernkapitalquote bzw. CET 1-Quote wird als Prozentsatz des aufsichtsrechtlichen harten Kernkapitals bzw. CET 1 in Bezug zu den aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva ermittelt. Hinsichtlich der Überleitung des aufsichtsrechtlichen CET 1 und der Risikoaktiva wird auf die Ausführung zur regulatorischen Kapitalsituation im Kapitel 4. „Risikobericht“ verwiesen.

Zum 31. März 2014 lag die CET 1-Quote für die IKB-Gruppe bei 10,4 % und für die IKB AG bei 14,3 %. Damit hat die IKB entsprechend der Prognose die gesetzliche (CRR) Mindestanforderung für die CET 1-Quote von 4,0 % übertroffen und die im Rahmen des Comprehensive Assessment der EZB geforderte Benchmark von 8,0 % vor möglichen Anpassungen eingehalten.

Die CET 1-Quoten wurden nach aktuellem Rechtsstand der CRR zum 31. März 2014 inklusive Übergangsvorschriften sowie der bekannten Interpretationen der Aufsicht ermittelt. Es ist nicht auszuschließen, dass

zukünftige EBA-/EZB-Standards/Interpretationen bzw. die Modalitäten des Comprehensive Assessment (Asset Quality Review – AQR –, Risk Assessment oder Stresstest) bzw. sonstige aufsichtliche Handlungen retrograd zu einer abweichenden CET 1-Quote zum 31. März 2014 führen können.

Leverage Ratio

Als Ergänzung zu den risikogewichteten Eigenkapitalanforderungen im Solvabilitätsregime wurde mit den Regularien der CRR zum 1. Januar 2014 die Leverage Ratio als einfache und transparente Verschuldungskennziffer eingeführt.

Die Leverage Ratio setzt die weitgehend ungewichtete Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte in Beziehung zum regulatorischen Kernkapital. Es handelt sich derzeit noch um eine Beobachtungskennziffer, die voraussichtlich erst ab dem 1. Januar 2019 verbindlich einzuhalten sein wird. Auch wenn die genaue Festlegung für diesen Zeitpunkt noch unsicher ist, hat sich international eine Benchmark von mindestens 3,0 % etabliert.

Die Leverage Ratio der IKB-Gruppe gemäß Artikel 429 CRR betrug nach den Übergangsbestimmungen des Jahres 2014 zum 31. März 2014 7,4 % (IKB AG: 6,9 %). Die Benchmark von 3,0 % wird damit übertroffen.

Gewinn nach Steuern und vor Dotierung/Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB)

Wie im Geschäftsbericht zum 31. März 2013 dargestellt, ist die IKB davon ausgegangen, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013/14 aus den Erträgen im operativen Geschäft und aus Bewertungsgewinnen von Finanzinstrumenten insgesamt positive operative Ergebnisse erzielt werden, die zur Stärkung des harten Kernkapitals genutzt werden. Dies wurde mit einem Jahresüberschuss des IKB-Konzerns zum 31. März 2014 in Höhe von 435 Mio. € (IKB AG: 402 Mio. €) vor Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) erreicht und mit einer Dotierung in Höhe von 402 Mio. € zum vorgenannten Fonds zur Stärkung des harten Kernkapitals genutzt.

Liquiditätskennzahl nach § 2 (1) Liquiditätsverordnung

Die Liquiditätskennzahl nach § 2 (1) der Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung – LiqV) wird zur Bewertung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos herangezogen. Die Liquiditätskennzahl nach LiqV ist das Verhältnis zwischen den im Zeitraum bis zu einem Monat verfügbaren Zahlungsmitteln und den während dieses Zeitraumes abrufbaren Zahlungsverpflichtungen. Dabei muss die Liquiditätskennzahl 1 oder mehr betragen, um die Anforderung zu erfüllen.

Mit einer Liquiditätskennzahl nach § 2 (1) LiqV von deutlich über 1 in der IKB AG im gesamten abgelaufenen Geschäftsjahr 2013/14 und einem Wert von 2,12 per 31. März 2014 verfügte die IKB AG jederzeit über einen ausreichenden Liquiditätspuffer.

3. Nachtragsbericht (Ereignisse nach dem 31. März 2014)

Seit dem 31. März 2014 haben sich die folgenden wichtigen Entwicklungen ergeben:

Aktienrechtliche Sonderprüfung

Im Hinblick auf den im Februar 2014 der IKB vorgelegten Bericht des gerichtlich bestellten aktienrechtlichen Sonderprüfers, Herrn Dr. Harald Ring, stellte die IKB am 17. April 2014 beim Landgericht Düsseldorf einen Antrag auf Durchführung eines Schutzverfahrens gemäß § 145 Abs. 4 AktG. In diesem Rahmen hat die IKB in Wahrnehmung ihrer Fürsorgepflicht gegenüber ihren Mitarbeitern beantragt, personenbezogene Daten von Mitarbeitern der Bank im Bericht unkenntlich zu machen.

Weitere Ausführungen zur aktienrechtlichen Sonderprüfung befinden sich im Kapitel 4. „Risikobericht“, Unterkapitel „Rechtsrisiken“.

4. Risikobericht

Risikomanagement-Organisation

Die Bank hat unter Berücksichtigung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie sonstiger einschlägiger Verlautbarungen der nationalen und internationalen Aufsichtsbehörden ihr umfassendes Risikomanagement weiterentwickelt. Es werden sämtliche wesentlichen Risiken in das Risikomanagement-System einbezogen.

Das Management der geschäftsstrategischen Ausrichtung sowie der damit verbundenen Chancen erfolgt vom Risikomanagement getrennt durch den Bereich Strategische Planung (siehe Kapitel 5. „Chancenbericht“).

Die geschäfts- und risikostrategische Ausrichtung sowie die daraus abgeleiteten Maßnahmen sind in der Geschäfts- und Risikostrategie niedergelegt.

Die in die Risikosteuerung einbezogenen Unternehmen werden in Abhängigkeit der Wesentlichkeit von Risiken getrennt nach Risikoarten (Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken etc.) festgelegt. Basis für die Festlegung der Wesentlichkeit ist die konzernweite Risikoinventur, die alle wesentlichen Konzerngesellschaften einbezieht. Damit entspricht der Risikokonsolidierungskreis dem handelsrechtlichen Konsolidierungskreis mit Ausnahme von Rio Debt Holdings (Ireland) Limited sowie Bacchus 2008-1 Plc., Dublin, Irland, und Bacchus 2008-2 Plc., Dublin, Irland.

Die Aufgaben und Verantwortungsbereiche sind in einem Risikomanagement-Regelwerk dokumentiert, das unter Berücksichtigung gesetzlicher Anforderungen sowie spezifischer Organisationsanweisungen die Grundsätze des Risikomanagement-Systems der IKB festlegt.

Aufsichtsrat

Der Vorstand erörtert mit dem Aufsichtsrat in seinen Sitzungen regelmäßig und detailliert die Risikolage, die Geschäfts- und Risikostrategie und das Risikomanagement der Bank.

Vorstand

Für das Risikomanagement ist der Gesamtvorstand der IKB AG verantwortlich. Ausgehend von der strategischen Geschäftsausrichtung und der Risikotragfähigkeit legt er die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Limitstruktur in der Geschäfts- und Risikostrategie der IKB verankert sind. Bei seinen Festlegungen berücksichtigt der Vorstand auch die Qualität der Prozesse, insbesondere der Kontrollen des Risikomanagements.

Die Ressortverantwortung für die Marktfolgefunktionen im Sinne der einzelgeschäftsbezogenen Risikoüberwachung, der Intensivbetreuung sowie der Problemerkreditbearbeitung liegt bei Herrn Momburg. Die Risikocontrollingfunktionen sowie die Überwachung der Ergebnissteuerung und der Kapitalausstattung sind Herrn Dr. Glüder zugeordnet. Die wesentlichen Rechtsrisiken sowie das Compliance-Risiko liegen im Verantwortungsbereich von Herrn Schüttler. Das Management der Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und der Reputationsrisiken obliegt dem Gesamtvorstand.

Risiko-Ausschüsse

Spezielle Ausschüsse zur Steuerung und Überwachung risikorelevanter Entscheidungen unterstützen den Vorstand bei der Risikosteuerung und der Entscheidungsfindung. Der bedeutendste davon ist der Strategie- und Risikoausschuss, welcher die in der Geschäfts- und Risikostrategie definierten Ziele bezüglich deren Umsetzung überwacht, aktuelle Marktentwicklungen und -erwartungen in die zur Zielerreichung erforderlichen Maßnahmen einfließen lässt und Anpassungsnotwendigkeiten zur Geschäfts- und Risikostrategie er-

örtert. Der Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Vorstands sowie den Bereichsleitungen verschiedener Markt- und Marktfolgebereiche zusammen und tagt mindestens vierteljährlich.

Kreditrisikomanagement

Zu den wesentlichen Aufgaben des Bereichs Kreditrisikomanagement zählen neben der Entwicklung und Überwachung der konzernweiten Standards für das Kreditgeschäft vor allem die marktunabhängig durchzuführenden Aufgaben des Kreditgenehmigungsprozesses sowie die fortlaufende Risikoüberwachung der Adressenausfallrisiken. Hierzu zählt auch der marktunabhängige Votierungsprozess bei Investments in Wertpapiere und derivative Instrumente. Darüber hinaus obliegt dem Bereich die Mitwirkung bei der Kreditportfoliosteuerung.

Die Betreuung von erhöht risikobehafteten Engagements sowie Sanierungs- und Abwicklungsfällen erfolgt in gesonderten Betreuungseinheiten innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement, welche auch den Impairment-Prozess für diese Engagements verantworten. Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, um die Sanierungsfähigkeit der Unternehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden für die Bank zu reduzieren. Neben Non-performing Loans – unabhängig davon, ob für diese auch nachhaltige Wertminderungen erwartet werden – stehen auch alle Engagements in einem besonderen Fokus, die aufgrund der vorliegenden Informationen einer speziellen und intensiven Betreuung durch die auf Sanierung spezialisierten Einheiten bedürfen.

Ebenso erfolgt der Kreditgenehmigungs- und Impairment-Prozess für Verbriefungen und strukturierte Kreditprodukte durch eine hierauf spezialisierte Einheit des Kreditrisikomanagements.

Risikocontrolling

Dem Bereich Risikocontrolling obliegen die Berechnung und Analyse der Adress-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken im Anlage- und Handelsbuch, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Limite sowie die Berichterstattung über die Risikopositionen auf Konzernebene.

Darüber hinaus erfolgen hier die Überprüfung und die Weiterentwicklung der zur Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzten Modelle und Verfahren sowie die Betreuung und Weiterentwicklung der eingesetzten Ratingsysteme.

In gesonderten Einheiten liegen die zeitnahe und kontinuierliche Überwachung, Analyse und Berichterstattung des Gesamtrisikos der Bank und die Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die Validierung der für die Risikoquantifizierung und die Bonitätsbeurteilung eingesetzten Modelle.

Die konzernweite Überwachung des operationellen Risikos ist ebenfalls zentral im Risikocontrolling angesiedelt. Hierzu gehören neben der Identifikation, Analyse und Berichterstattung auch die Entwicklung und Festlegung der Methoden zur Messung des operationellen Risikos im Konzern. Unterstützt wird das zentrale Operational Risk Management von dezentralen Operational-Risk-Verantwortlichen in den Geschäftsfeldern, Tochtergesellschaften und Zentralbereichen.

Darüber hinaus handelt es sich auch bei dem Geschäftsrisiko um ein wesentliches Risiko, welches in die Risikotragfähigkeitsberechnungen einbezogen wird. Die Überwachung des Geschäftsrisikos erfolgt durch den Bereich Finanzen.

Überwachung der Ergebnisentwicklung und Kapitalausstattung

Der Bereich Finanzen erstellt im Rahmen des Ergebniscontrollings monatlich Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen und legt dem Vorstand wöchentlich Management-Reports vor, in denen Plan/Ist-Abweichungen bei den Erträgen und dem Vermögen identifiziert und analysiert werden. Dies stellt die kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos sicher. Der Vorstand ist damit in der Lage, auch kurzfristig auf negative Entwicklungen zu reagieren.

Zusätzlich führt der Bereich Finanzen das Kapitalcontrolling sowie die integrierte Kapitalplanung und -überwachung innerhalb der IKB unter Berücksichtigung regulatorischer und ökonomischer Aspekte durch.

Interne Revision

Der Bereich Konzernrevision ist als prozessunabhängiger Teil des Risikomanagement-Systems und der internen Kontrollverfahren organisiert. Er arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands weisungsfrei als prozessunabhängige Instanz und berichtet unmittelbar an den Vorstandsvorsitzenden. Auf Basis risikoorientierter Prozessprüfungen werden konzernweit alle relevanten Aktivitäten und Prozesse untersucht. Schwerpunkte sind die besonders risikosensitiven Prozessabläufe und quantitativen Methoden sowie die EDV-technischen Abläufe des Kredit- und Beratungsgeschäfts sowie des Handelsgeschäfts. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den einzelfallbezogenen Kreditprüfungen. Darüber hinaus führt die Konzernrevision im Auftrag des Vorstands anlassbezogen Sonderprüfungen durch. Die von der IKB an andere Dienstleister ausgelagerten Prozesse und Aktivitäten werden im Rahmen eines fortlaufenden Auslagerungscontrollings sowie durch eigene Prüfungsaktivitäten der Konzernrevision bei den Auslagerungsunternehmen überwacht. Über die Prüfungsergebnisse wird der Vorstand laufend unterrichtet. In ihrem Jahresbericht informiert die Konzernrevision den Vorstand in zusammenfassender Form über die wesentlichen und schwerwiegenden Prüfungsfeststellungen und deren Abarbeitungsstände. Der für die Konzernrevision zuständige Vorstand unterrichtet wiederum den Aufsichtsrat mindestens einmal jährlich über die aktuellen Entwicklungen und die wesentlichen Ergebnisse. Unabhängig davon ist sichergestellt, dass der Vorsitzende des Aufsichtsorgans oder des Finanz- und Prüfungsausschusses unter Einbeziehung des Vorstands direkt bei dem Leiter der Revision Auskünfte einholen kann. Darüber hinaus wird die Konzernrevision zukünftig (beginnend mit dem ersten Quartal 2014) gemäß § 25c Abs. 4a lit. 3g KWG gegenüber Vorstand und Aufsichtsrat vierteljährlich Bericht erstatten.

Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit

Regulatorische Kapitalausstattung

Die Bank ermittelt die regulatorische Kapitalausstattung seit dem 1. Januar 2014 nach den Regularien der CRR. Für das Adressausfallrisiko wendet sie dabei den Kreditrisiko-Standardansatz, für das operationelle Risiko den Basisindikatoransatz und für das Marktpreisrisiko die aufsichtlich vorgegebenen Standardmethoden (Zinsrisiken: Durationsmethode, Optionsrisiken: Delta-Plus-Methode bzw. Szenario-Matrix-Methode) an. Weiterhin nutzt die Bank zur Ermittlung der Nettobemessungsgrundlage für Derivate den aufsichtsrechtlichen Nettingansatz unter Berücksichtigung von bestehenden Aufrechnungsvereinbarungen. Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über die aufsichtsrechtlichen Risikopositionen, Eigenkapitalausstattung und -quoten, wie sie mit Bilanzfeststellung wirksam werden. Dabei werden die Vergleichswerte der Vorjahre nach den Regularien der Solvabilitätsverordnung (SolvV) in der bis zum 31. Dezember 2013 gültigen Fassung dargestellt. Die Werte zum 31. März 2014 basieren auf der Grundlage und Methodik der CRR:

Tabelle: Regulatorische Kapitalsituation der IKB-Gruppe unter CRR/CRD IV

Werte in Mio. €	31.3.2014 ¹⁾	1.1.2014 ²⁾
Adressenausfallrisiko	13.528	13.784
Marktrisikoaquivalent	252	254
Operationelles Risiko	289	289
Total Risk Weighted Assets (RWA)	14.069	14.327
Common Equity Tier 1 (CET 1)	1.464	1.340
Additional Tier 1 (AT 1)	346	367
Total Tier 1 (T 1)	1.810	1.707
Tier 2 (T 2)	461	474
Own Funds	2.271	2.181
CET 1-Ratio	10,4%	9,4%
T 1-Ratio	12,9%	11,9%
Own Funds Ratio	16,1%	15,2%

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Alle Angaben nach Bilanzfeststellung und unter Berücksichtigung der Ein- und Ausphasungsregelungen der CRR des Jahres 2014
- 2) Die Werte zum 1. Januar 2014 basieren auf einer Überleitungsrechnung von der alten Rechtslage gemäß SolvV (a.F.) auf die neuen Regularien gemäß CRR.

Tabelle: Vergleichswerte auf Institutsgruppenebene (§ 10a KWG a.F.)

in Mio. €	31.12.2013	31.3.2013
Risikoaktiva	13.363	15.016
Marktrisikoaquivalent	254	460
Operationelles Risiko	289	287
Risikoposition	13.906	15.763
Kernkapital (TIER 1)	1.826	1.542
Ergänzungskapital (TIER 2)	524	672
Drittangmittel	-	-
Abzugsposition ¹⁾	-14	-44
Eigenmittel	2.336	2.170
Kernkapitalquote in %	13,1	9,6
Gesamtkennziffer in %	16,8	13,8

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) In den Abzugspositionen befinden sich ausschließlich Verbriefungspositionen.

Tabelle: Regulatorische Kapitalsituation auf Einzelinstitutsebene unter CRR/CRD IV

Werte in Mio. €	31.3.2014 ¹⁾	1.1.2014 ²⁾
Adressenausfallrisiko	11.837	11.892
Marktrisikoäquivalent	117	119
Operationelles Risiko	194	194
Total Risk Weighted Assets (RWA)	12.148	12.205
Common Equity Tier 1 (CET 1)	1.733	1.592
Additional Tier 1 (AT 1)	0	0
Total Tier 1 (T 1)	1.733	1.592
Tier 2 (T 2)	366	379
Own Funds	2.099	1.971
CET 1-Ratio	14,3%	13,0%
T 1-Ratio	14,3%	13,0%
Own Funds Ratio	17,3%	16,2%

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Alle Angaben nach Bilanzfeststellung und unter Berücksichtigung der Ein- und Ausphasungsregelungen der CRR des Jahres 2014
- 2) Die Werte zum 1. Januar 2014 basieren auf einer Überleitungsrechnung von der alten Rechtslage gemäß SolvV (a.F.) auf die neuen Regularien gemäß CRR.

Tabelle: Vergleichswerte auf Institutsebene (gemäß § 10 KWG a.F.)

in Mio. €	31.12.2013	31.3.2013
Risikoaktiva	11.224	12.624
Marktrisikoäquivalent	119	292
Operationelles Risiko	194	263
Risikoposition	11.537	13.179
Kernkapital (TIER 1)	1.602	1.330
Ergänzungskapital (TIER 2)	523	693
Drittangmittel	-	-
Abzugsposition ¹⁾	-	-
Eigenmittel	2.125	2.022
Kernkapitalquote in %	13,9	10,1
Gesamtkennziffer in %	18,4	15,3

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) In den Abzugspositionen befinden sich ausschließlich Verbriefungspositionen.

Seit dem 30. September 2013 wird für die Berechnung der Eigenmittel und Risikopositionen das Konzernabschlussverfahren (KAV) angewendet. Die ermittelten Ergebnisse weichen nicht wesentlich von dem zuvor angewandten Aggregationsverfahren ab.

Der Rückgang der Risikoaktiva zum 31. März 2014 resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen Tilgungsabläufen, außerplanmäßigen Tilgungen und Verkäufen nicht-strategischer Aktiva bei gleichzeitig begrenztem Neugeschäft. Trotz der Einführung der neuen Regularien der CRR zum 1. Januar 2014, welche zu einer deutlichen Risk-Weighted-Assets(RWA)-Belastung führten, konnte der RWA-Abbau per saldo fortgesetzt werden.

Mit 10,4 % auf Gruppen- und 14,3 % auf Einzelinstitutsebene liegen die CET 1-Ratios der IKB über der von der EZB im Rahmen des Comprehensive Assessment (AQR und Stresstest-Baseline-Scenario) geforderten Mindestquote von 8 %. Die gesetzlichen Mindestanforderungen an das CET 1 sind damit deutlich übertroffen.

Der Vorstand geht davon aus, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen auch in Zukunft eingehalten werden können (siehe auch Kapitel 6. „Prognosebericht“). Obwohl die CRR zum 1. Januar 2014 verbindlich

anzuwenden ist, bestehen nach wie vor große Unsicherheiten in der Interpretation der neuen Verordnung, die erst im Zeitablauf durch eine europaweit einheitliche und damit verbindliche Auslegung der EBA geklärt werden. Weiterhin liegt eine Vielzahl von Regulierungsstandards, die von der EBA verlautbart werden, zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht in ihrer finalen Fassung vor. Die nicht immer vorhersehbaren Ergebnisse des internationalen Bankenregulierungsprozesses und die europäischen Vorhaben für eine einheitliche Beaufsichtigung verursachen weitere Unsicherheiten. Insbesondere die Ergebnisse des EZB-Comprehensive-Assessment mit den Phasen des AQR und des Stresstests sowie daraus abgeleitete aufsichtliche Maßnahmen können zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgesehen werden.

Risikotragfähigkeit

Die Erhaltung der Risikotragfähigkeit bildet das Fundament der risikoseitigen Banksteuerung. Der Gesetzgeber hat die Grundlage für die Erhaltung der Risikotragfähigkeit als wesentliche Zielgröße in § 25a KWG gelegt. Die Bankenaufsicht hat daran anschließend Präzisierungen in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement vorgenommen, die sich als Vorgaben an die Institute richten. Danach haben die Institute auf der Grundlage ihres Gesamtrisikoprofils sicherzustellen, dass alle als wesentlich eingestufteten Risiken durch das Risikodeckungspotenzial (die Risikodeckungsmasse) abgedeckt sind.

Die IKB sieht im Rahmen der Risikotragfähigkeit die Fortführung der Geschäftstätigkeit unter Beachtung der bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen als ihr Oberziel an. Selbst wenn in der Betrachtungsperiode von einem Jahr sowohl die erwarteten als auch die unerwarteten Verluste einträten, sollen weiterhin alle bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen erfüllt sein. Vor diesem Hintergrund benutzt die IKB die Going-Concern-Sicht als führendes Steuerungsinstrument. Ergänzend analysiert die Bank die Gesamtrisikoposition und das Risikodeckungspotenzial im Sinne einer Liquidationssicht (Gone-Concern-Sicht).

Der ökonomische Kapitalbedarf zur Abdeckung des unerwarteten Gesamtbankrisikos [Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko (nur in der Going-Concern-Sicht) sowie allgemeines Geschäftsrisiko und operationelles Risiko] wird mittels bankeigener quantitativer Modelle bestimmt. Da sich Reputationsrisiken letztlich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko niederschlagen, werden Reputationsrisiken nicht nochmals explizit in die Berechnungen des Gesamtbankrisikos einbezogen. Für Beteiligungsrisiken wird gegenwärtig kein ökonomischer Kapitalbedarf berechnet; sie unterliegen jedoch ebenfalls einer laufenden Überwachung. Rechtsrisiken sind Bestandteil des operationellen Risikos.

In Übereinstimmung mit dem von der BaFin veröffentlichten „Leitfaden zur aufsichtlichen Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ verwendet die IKB für ihre Going-Concern-Sicht eine vollständig Gewinn- und Verlust-(GuV)/bilanzorientierte Sichtweise. Auf Basis der regulatorischen Eigenkapitalpositionen wird die Risikodeckungsmasse in der Weise bestimmt, dass im Betrachtungszeitraum auch bei vollständiger Aufzehrung der Risikodeckungsmasse weiterhin alle Mindestkapitalanforderungen erfüllt sind. Verändern sich die regulatorischen Mindestanforderungen in der Betrachtungsperiode, so wird dies bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse berücksichtigt. Zusätzlich wird bei der Bestimmung der Risikodeckungsmasse sichergestellt, dass Kapitalpositionen, die nicht an laufenden Verlusten teilnehmen, nicht Bestandteil der Risikodeckungsmasse sind. Die Going-Concern-Sicht wurde im laufenden Geschäftsjahr methodisch weiterentwickelt.

Analog zur bilanzorientierten Ableitung der Risikodeckungsmasse werden in der Going-Concern-Sicht alle betrachteten Risiken ebenfalls GuV-/bilanzorientiert ermittelt, um den hierfür erforderlichen ökonomischen Kapitalbedarf zu bestimmen.

Die nachstehende Tabelle stellt den ökonomischen Kapitalbedarf in der Going-Concern-Sicht, der sich zur Deckung der unerwarteten Verluste rechnerisch (Value at Risk) in einem Jahr bei einem Konfidenzniveau von 95 % ergeben könnte, der Risikodeckungsmasse gegenüber, die in den nächsten zwölf Monaten zur

Verfügung stehen wird (im laufenden Geschäftsjahr wurde das Konfidenzniveau der Going-Concern-Sicht angehoben; alle Werte des Geschäftsjahresbeginns wurden an das erhöhte Konfidenzniveau angepasst).

Tabelle: Ökonomischer Kapitalbedarf – Going-Concern-Sicht

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2014 in %	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %
Adressenausfallrisiko	206	50%	229	55%
Marktpreisrisiko	58 ¹⁾	14%	32	8%
Operationelles Risiko	25	6%	42	10%
Geschäftsrisiko	99	24%	97	23%
Liquiditätsrisiko	26 ²⁾	6%	15	4%
Summe	414	100%	415	100%
abzgl. Diversifikationseffekte	-74		-76	
Gesamtrisikoposition	340		338	
Risikodeckungsmasse	873		505	

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Ohne das erstmalig per 31. März 2014 berücksichtigte Zinsänderungsrisiko beträgt das Marktpreisrisiko 45 Mio. €.

2) Ohne die per 31. März 2014 erfolgte Weiterentwicklung beträgt das Liquiditätsrisiko 17 Mio. €.

Zum Berichtstermin fällt die Risikodeckungsmasse mit 873 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (31. März 2013) um 368 Mio. € höher aus. Der Anstieg der RDM basiert im Wesentlichen auf dem laufenden Ergebnis und der entsprechenden Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB).

Die Gesamtrisikoposition hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 2 Mio. € auf 340 Mio. € erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des Marktpreisrisikos und des Liquiditätsrisikos, sodass der Rückgang des Adressenausfallrisikos und des operationellen Risikos überkompensiert wird. Ohne die methodische Weiterentwicklung hätte die Gesamtrisikoposition 318 Mio. € betragen.

Zum Stichtag 31. März 2014 beträgt der Auslastungsgrad der Risikodeckungsmasse durch die Gesamtrisikoposition 39 % (31. März 2013: 67 %). Damit reicht die Risikodeckungsmasse mit Abstand aus, um den ökonomischen Kapitalbedarf aus den unerwarteten Risiken über den Risikohorizont abzudecken. Sollten die unerwarteten Risiken tatsächlich eintreten, so sind – auch ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten – weiterhin alle bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen gemäß Basel III erfüllt.

Ergänzend zur oben beschriebenen Going-Concern-Sicht beobachtet und analysiert die Bank auch die Gesamtrisikoposition und die Risikodeckungsmasse im Sinne einer Liquidationssicht. Im Vergleich zur primär steuerungsrelevanten Going-Concern-Sicht ergibt sich die Risikodeckungsmasse in der Liquidationssicht aus allen der Bank dienenden Kapitalbestandteilen inklusive Genussrechts- und Nachrangkapitalien. Gleichzeitig werden sämtliche Stillen Lasten/Reserven aus Krediten, Wertpapieren und Derivaten vollumfänglich berücksichtigt. Auch die Liquidationssicht wurde im laufenden Geschäftsjahr methodisch weiterentwickelt. So werden nun auch das Stille Ergebnis aus Kreditmargen sowie die darauf wirkenden Risiken bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse und der Risikoquantifizierung berücksichtigt. Die Vergleichswerte wurden angepasst.

Unter Berücksichtigung der oben genannten methodischen Weiterentwicklungen hat sich in der Liquidationssicht die Risikodeckungsmasse im Vergleich zum Geschäftsjahresbeginn (Vorjahreszahlen angepasst) um 406 Mio. € erhöht und beträgt 1.592 Mio. €. Damit kann die RDM die Gesamtrisikoposition auf einem Konfidenzniveau von 99,76 % (abgeleitet aus einem BBB-Rating) mit einer Auslastung von 77 % abdecken (31. März 2013: Vollaustattung der RDM auf einem Konfidenzniveau von 99,51 %). Auch ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten übersteigt die Risikodeckungsmasse die Gesamtrisikoposition.

Prognoserechnungen und Stresstests

Mit Blick auf die nach wie vor von Unsicherheit geprägte gesamtwirtschaftliche Entwicklung erstellt die Bank verschiedene Prognoserechnungen für die kommenden beiden Geschäftsjahre. Basis für diese Prognoserechnungen ist der Business-Plan der Bank. Daneben führt die Bank regelmäßig und anlassbezogen verschiedene Stresstests durch. Als Ergebnis ist hieraus festzuhalten, dass bei Eintritt des Business-Plans die Risikodeckungsmasse den ökonomischen Kapitalbedarf für unerwartete Risiken in der Going-Concern-Sicht in den nächsten beiden Geschäftsjahren übersteigen wird.

Die Analyse der Stresstests zeigt, dass bei extremen Annahmen, wie z. B. dem Zerfall der Euro-Zone mit gesamtwirtschaftlichen Folgen für den gesamten EU-Wirtschaftsraum, die Risikodeckungsmasse nicht mehr in der Lage wäre, die damit verbundene Gesamtrisikoposition vollständig abdecken zu können.

Risikostrategie

Die einzelnen Risikostrategien sind Bestandteil der integrierten Geschäfts- und Risikostrategie. Sie setzen den Rahmen für die Ausrichtung der Geschäftstätigkeit der IKB. Im Geschäftsjahr 2013/14 wurden alle Risikostrategien unter Berücksichtigung der aktuellen Geschäftsausrichtung sowie der konjunkturellen Lage überarbeitet. Die im Strategie- und Risikoausschuss identifizierten Anpassungsnotwendigkeiten der Strategien wurden dabei berücksichtigt.

Kreditrisikostrategie

Im Kreditgeschäft will die Bank, bezogen auf ihr Kreditportfolio, das Gesamtrisiko und damit auch die Risikovorsorge der nächsten Geschäftsjahre weiter auf niedrigem Niveau begrenzen. Neben der Beschränkung des Neugeschäfts auf gute Bonitäten zur Verbesserung bzw. Stabilisierung der durchschnittlichen Bonität im Zeitablauf gehört hierzu die Begrenzung von Konzentrationsrisiken auf Einzelkreditnehmer- und Kreditnehmergruppenebene. Aufgrund ihres Kerngeschäfts wird auch künftig der regionale Schwerpunkt der IKB in Deutschland liegen. Die geringen Aktivitäten im Ausland beschränken sich (mit Ausnahme des Leasinggeschäfts) derzeit auf Westeuropa, insbesondere auf Frankreich und Italien. Mit Blick auf die Zielkunden des gehobenen deutschen Mittelstands ist auch die Branchendiversifikation von hoher Bedeutung. Bei der Limit-Bemessung orientiert sich die Bank sowohl an der Bedeutung der Branche für die deutsche Wirtschaft als auch an der Einschätzung der Branche im Hinblick auf ihre erwartete Entwicklung.

Marktpreisrisikostrategie

Die Marktpreisrisikostrategie beschreibt, welches Risikoprofil die IKB bei der Übernahme von Marktpreisrisiken bereit ist zu akzeptieren, wie dessen Messung und Steuerung erfolgt und welche Maßnahmen zur Vermeidung unerwünschter Risiken ergriffen werden. Im Kundengeschäft liegt der Schwerpunkt mit Bezug auf mögliche Marktpreisrisiken in der Bereitstellung von Zins- und Währungsderivaten zur Unterstützung des Zins- und Währungsmanagements der Kunden. Ergänzt wird dies dadurch, dass Wertpapiere, die von Kunden emittiert worden sind, mit dem Ziel eines zeitnahen Weiterverkaufs an Drittinvestoren in das Handelsbuch genommen werden. Für Geschäfte im Handelsbuch beschränkt sich die Bank weitgehend auf hochliquide Produkte in den Währungen Euro und US-Dollar, wobei die hiermit verbundene maximale Risikoposition sehr gering gehalten wird. Der Hauptteil der Marktpreisrisiken des Konzerns resultiert dementsprechend aus dem Aktiv-Passiv-Management sowie den Investmentportfolios. Wesentliche Risikotreiber sind hierbei vor allem Credit-Spread-Risiken sowie Zinsänderungsrisiken, die im Rahmen der Marktpreisrisikosteuerung weiterhin begrenzt werden sollen.

Liquiditätsstrategie

Die gegenwärtige Liquiditätssicherung basiert auf der Hereinnahme von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Kundeneinlagen, der Ausgabe von Schuldscheinen, den Mittelaufnahmen am Interbankenmarkt in besicherter Form sowie der Teilnahme am EZB-Tenderverfahren. Ziel der Liquiditätssteuerung ist neben der Gewährleistung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank die Sicherstellung des jederzeitigen Zugangs zu günstigen, diversifizierten Refinanzierungsmöglichkeiten. Als Liquiditätsreserve dient ein diversifiziertes Portfolio EZB-fähiger liquider Wertpapiere.

Risikostrategie operationaler Risiken

Das Oberziel des Managements operationeller Risiken in der IKB ist die Reduzierung von Verlusten, die aus operationellen Schadensfällen resultieren. Aufbauend auf den Daten aus der Business-Impact-Analyse, die die geschäfts-, prozess- und systemimmanenten operationellen Risiken erfasst und bewertet, werden mindestens für die als „unternehmenskritisch“ eingestufteten Risiken Notfallpläne erstellt. In den Notfallplänen werden für die konkrete Notfallsituation sowohl Sofortmaßnahmen als auch notwendige Wiederherstellungsmaßnahmen für die geordnete Rückkehr zum Normalbetrieb beschrieben. Neben der Business-Impact-Analyse erfolgt eine vierteljährliche Einzelanalyse der OpRisk-Lage im Hinblick auf Personalwirtschaft, Prozesse, Projekte, Rechtsrisiken und Infrastruktur sowie der jeweils zur Risikoreduktion oder -vermeidung eingeleiteten Maßnahmen.

Adressenausfallrisiken

Die IKB unterscheidet beim Adressenausfallrisiko das Kreditrisiko und das Kontrahentenrisiko. Ein Kreditrisiko liegt vor, wenn durch den Ausfall eines Vertragspartners die vertragskonforme Rückzahlung eines Kredites nicht oder nicht vollständig erfolgt. Das Kontrahentenrisiko umfasst bei der IKB neben dem Wiedereindeckungsrisiko im Zusammenhang mit Derivaten, das sich bei Ausfall des Vertragspartners ergeben kann, auch das Emittentenrisiko und das Erfüllungsrisiko. Das Emittentenrisiko spiegelt den potenziellen Verlust beim Ausfall des Emittenten eines von der IKB gehaltenen Wertpapiers wider, während das Erfüllungsrisiko das Risiko eines Nichtleistens des Kontrahenten nach Vorleistung der IKB im Rahmen des Settlement-Prozesses darstellt.

Ausgangspunkt für den Risikomanagement-Prozess im Kreditgeschäft ist der Planungsprozess. Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeit, Neugeschäfts- und Ergebniszielen wird das Risiko explizit in die Planung einbezogen. Die abgeleiteten Zielgrößen umfassen somit nicht nur Neugeschäftsvolumen, Zins- und Provisionserträge sowie Sach- und Personalkosten, sondern auch den erwarteten Risikovorsorgebedarf.

Kreditgenehmigungsprozess und Einzelengagementüberwachung

Wesentliche Aufgaben im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses (marktunabhängige Bonitätsanalyse, Votierung, Intensivbetreuung, Problemkreditbearbeitung) werden durch den marktunabhängigen Bereich Kreditrisikomanagement durchgeführt und damit – wie aufsichtsrechtlich gefordert – von den Marktfunktionen (Akquisition und Geschäftsinitiierung) getrennt.

Nach Votierung durch die Marktbereiche werden alle Kreditentscheidungen im Rahmen der Kompetenzregelung in Abhängigkeit von der Größenordnung des bestehenden Konzern-Kreditengagements, der Bonität des Kreditnehmers, der Besicherung und nicht zuletzt der bestehenden und geplanten Portfoliostruktur entweder zentral durch Kompetenzträger innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement oder durch Gremien unter Einbindung des Vorstands getroffen.

Die Erstellung von Kredit- und Sicherheitenverträgen sowie deren spätere Anpassungen erfolgen durch die vom Markt unabhängig agierenden Mitarbeiter des Bereiches Credit & Treasury Operations und bei komplexeren Einzelfällen unter Einbindung des Bereichs Recht.

Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Kreditanalyse, die die für die Entscheidung relevanten Informationen aufzeigt, bewertet und in einer Entscheidungsvorlage nachvollziehbar dokumentiert. Neben der Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer auf Basis von Jahresabschlüssen, Planzahlen und Liquiditätsplanungen kommt der Beurteilung der Absatz- und Beschaffungsmärkte, der Positionierung des Kreditnehmers im relevanten Markt und der Zukunftsaussichten bei der Kreditanalyse eine große Bedeutung zu. Gleichzeitig wird hoher Wert auf die Mobilität – also die Ausplatzierbarkeit bzw. Syndizierbarkeit – von Krediten gelegt.

Im Konsortialgeschäft, bei Akquisitionsfinanzierungen sowie einzelfallbezogen bei weiteren Unternehmensfinanzierungen, bei denen die Übernahme von Underwriting-Risiken und die spätere Ausplatzierung vorgesehen sind, existiert ein Limitsystem bezüglich der Größe einzelner Underwriting-Positionen sowie zur Summe aller Underwriting-Positionen, um sicherzustellen, dass die für einen nur kurzfristigen Verbleib im Kreditbuch vorgesehenen Risikopositionen auch im genehmigten Zeitrahmen syndiziert werden.

Die Kreditentscheidungen über Investments in Wertpapiere, Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstige Kreditprodukte werden im Rahmen der bestehenden Kompetenzregelungen entweder durch den Kompetenzträger des Bereichs Kreditrisikomanagement oder durch den Vorstand getroffen.

Bestehende Kreditengagements werden grundsätzlich alle zwölf Monate mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren durch das Kreditrisikomanagement überprüft. Darüber hinaus werden im Jahresturnus die einzelnen Teilportfolien sowie wesentliche Einzelengagements im Hinblick auf deren Risikolage analysiert und Engagementstrategien abgeleitet. Die regelmäßige Bestandsanalyse und -bewertung aller Wertpapierinvestments, Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstigen strukturierten Kreditprodukte werden ebenfalls durch den Bereich Kreditrisikomanagement durchgeführt.

Ratingprozess und Ratingsysteme

Zur Bonitätsbeurteilung verfügt die IKB über EDV-gestützte, auf das jeweilige Kundensegment bzw. die spezifische Finanzierungsart zugeschnittene Ratingsysteme. Die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird regelmäßig überprüft und im Rating berücksichtigt. Den einzelnen Bonitätsstufen werden auf Basis der Analyse historischer Ausfälle Ausfallwahrscheinlichkeiten zugewiesen.

Bei klassischen Unternehmensfinanzierungen setzt die IKB ein Unternehmensrating ein, das die wirtschaftliche Situation des Kreditnehmers auf Basis finanzwirtschaftlicher Kennziffern mit mathematisch-statistischen Verfahren beurteilt. Individuelle Kunden- und Branchenmerkmale (qualitative Faktoren) werden durch Experteneinschätzungen berücksichtigt.

Für Akquisitionsfinanzierungen verwendet die Gesellschaft ein speziell für Leveraged-Finance-Transaktionen entwickeltes System. Das System berücksichtigt sowohl die Finanzierungsstruktur unter Verwendung von Kennzahlen als auch qualitative Faktoren der Transaktion. Die Entwicklung, die Pflege und der Betrieb des Ratingsystems für Akquisitionsfinanzierungen sind an einen externen Dienstleister ausgelagert.

Bei Projekt- und Spezialfinanzierungen werden Ratingverfahren eingesetzt, die unter Berücksichtigung unterschiedlicher Szenarien eine Aussage über die Schuldendienstfähigkeit ermöglichen, da hier Höhe und Nachhaltigkeit des Cashflows zur Bedienung der während der Projektlaufzeit anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen im Mittelpunkt stehen. Das im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung eingesetzte Immobilienrating bewertet die Bonität auf Basis einer Vielzahl spezifischer Objektdaten und Investoreninformationen. Da sowohl Projektfinanzierungen als auch Immobilienfinanzierungen nicht mehr zum stra-

tegischen Fokus der IKB gehören und keine Neugeschäfte mehr erfolgen, werden beide Ratingverfahren von der Bank nicht mehr weiterentwickelt.

Länderrisiken

Die Bestimmung der Länderbonität erfolgt anhand von Wirtschaftsdaten und Kennziffern über die ökonomische Entwicklung des Landes und seine Zahlungsfähigkeit in Verbindung mit einer qualitativen Bewertung der politischen und gesellschaftlichen Situation des Landes. Als Entscheidungsgrundlagen dienen bankinterne volkswirtschaftliche Analysen, internationale Datenbanken, Ratingagenturen und gegebenenfalls weitere externe Quellen. Die Festlegung der Länderbonität erfolgt nach Würdigung dieser Informationen durch den Bereich Kreditrisikomanagement.

Quantifizierung des Kreditrisikos

Zur Quantifizierung des Adressenausfallrisikos wird ein eigenentwickeltes Portfoliomodell eingesetzt, das unter Berücksichtigung von Schwankungsbreiten der statistischen Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Verteilung möglicher Kreditverluste generiert. In dieses Modell fließt neben den Einzelkredit-/Investmentinformationen (Kredit-/Investmentbetrag, Besicherung, Laufzeit, Branchenzugehörigkeit, Konzernzugehörigkeit, Rating) eine Vielzahl von statistischen Größen ein, wie z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Sicherheitenerlösraten und Branchen-/Asset-Korrelationen, die auf bankinternen Erfahrungen oder externen Referenzgrößen beruhen.

Im Rahmen von Validierungs- und Benchmarking-Prozessen werden sowohl die Systeme zur internen Bonitätsbeurteilung als auch die Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse im Kreditgeschäft regelmäßig auf den Prüfstand gestellt.

Portfolioüberwachung und -steuerung

Bei der Bestandsüberwachung steht die Betrachtung des gesamten Kreditportfolios im Mittelpunkt. Die zeitnahe Beobachtung von Branchen- und Marktveränderungen erfolgt gemeinsam durch auf Branchenrisiken spezialisierte Einheiten in Markt und Marktfolge. Deren umfangreiches Branchen-Know-how ist wichtiger Bestandteil der im Rahmen der Risikosteuerung durchgeführten Cluster-Analysen. Hiermit wird das Ziel verfolgt, die Sektorrisiken im Kreditgeschäft unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu limitieren. Darüber hinaus finden in der Regel monatliche Portfolio-Besprechungen zwischen den Firmenbetreuern und Sanierungsspezialisten der Marktfolge in den Niederlassungen statt, um frühzeitig über potenzielle Problemengagements zu diskutieren und Maßnahmen zur Reduzierung des Ausfallrisikos einzuleiten.

Ausgangspunkt für die Festlegung von Konzentrationslimiten, die sich an den geschäftspolitischen Zielgrößen und den risikopolitischen Leitlinien orientieren, ist die regelmäßige Überprüfung durch das Limitkomitee, welches sich aus Vertretern der Bereiche Volkswirtschaft, Kreditrisikomanagement und Risikocontrolling sowie der Geschäftsfelder zusammensetzt. Auf Basis der bestehenden Strukturen werden unter Berücksichtigung identifizierter Branchenrisiken und Konjunktoreinflüsse auf die einzelnen Wirtschaftszweige Branchenlimite festgelegt und zusätzlich Obergrenzen für Einzelkredite bzw. Kredite an Unternehmensgruppen definiert, um Konzentrationsrisiken zu vermeiden. Im Bereich Kreditrisikomanagement erfolgt darüber hinaus eine fortlaufende Überwachung des Kreditportfolios durch die auf Industriesektoren spezialisierten Risikoanalysten.

Bei allen Ländern wird das Gesamtengagement durch Länderrisikolimiten begrenzt. Die Limite werden vom Limitkomitee festgelegt und gelten für alle Geschäfte in diesen Ländern. Die Ausnutzung der festgelegten Limite wird zeitnah überwacht und berichtet.

Struktur des Adressenausfallrisikos

Das Kreditvolumen zum 31. März 2014 setzt sich folgendermaßen zusammen:

Tabelle: Kreditvolumen

in Mio. €	Konzern			IKB AG		
	31.3.2014	31.3.2013	Veränderung	31.3.2014	31.3.2013	Veränderung
Forderungen an Kreditinstitute	2.235	2.219	16	2.109	2.091	18
Forderungen an Kunden	12.263	14.707	-2.444	14.232	16.752	-2.520
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ohne eigene Schuldverschreibungen	6.820	7.161	-341	6.524	6.991	-467
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	568	497	71	-	28	-28
Handelsbestand	318	266	52	318	266	52
Beteiligungen ¹⁾	25	27	-2	-	-	-
Leasingvermögen	1.170	1.365	-195	-	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände: Vermögensgegenstände zur Veräußerung	-	91	-91	-	-	-
Zwischensumme: Bilanzaktiva	23.399	26.333	-2.934	23.183	26.128	-2.945
Eventualverbindlichkeiten ²⁾	1.376	941	435	2.370	2.024	346
Positive Marktwerte im Derivate-Anlagebuch	1.412	2.148	-736	1.435	2.146	-711
Wertberichtigungen ³⁾	497	531	-34	455	480	-25
Leasing: Passivische Rechnungsabgrenzungsposten und geleistete Anzahlungen	-78	-138	60	-	-	-
Drohverlustrückstellungen für eingebettete Derivate	-41	-120	79	-41	-120	79
abzüglich auf Dritte entfallende Teile von Schuldverschreibungen und Forderungen an Kreditinstitute	-15	-13	-2	-	-	-
Bruttokreditvolumen	26.550	29.682	-3.132	27.402	30.658	-3.256
nachrichtlich: weitere wesentliche Adressenausfallrisiken außerhalb des Bruttokreditvolumens	-	-	-	-	-	-
Unwiderrufliche Kreditzusagen	822	1.211	-389	767	1.066	-299
Beteiligungen ¹⁾ und Anteile an assoziierten und verbundenen Unternehmen	73	44	29	148	136	12

1) Beteiligungen sind im Konzern nach Konsolidierung Bestandteil des Bruttokreditvolumens, in der IKB AG außerhalb des Bruttokreditvolumens.

2) ohne derivative Bestandteile nicht getrennter strukturierter Produkte (Credit Default Swaps – CDS), die in dem Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen werden, vor Abzug von Risikovorsorge

3) ohne Drohverlustrückstellungen aus in strukturierte Produkte eingebettete Derivate; Kreditvolumen nach Abzug von Wertberichtigungen auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Das Konzernbruttokreditvolumen ist im vergangenen Geschäftsjahr um 3,1 Mrd. € auf 26,6 Mrd. € zurückgegangen. Das ist im Wesentlichen auf den tilgungsbedingten Rückgang der Kundenforderungen um 2,4 Mrd. € und der positiven Marktwerte im Derivate-Anlagebuch durch Straffung des Derivatebestands um 0,7 Mrd. € zurückzuführen. In der IKB AG verlief die Entwicklung im Wesentlichen analog. Zudem hat sich das Leasingvermögen im Konzern um 0,2 Mrd. € und das Volumen der Schuldverschreibungen um 0,3 Mrd. € vermindert.

Der Anstieg der Eventualverbindlichkeiten im Konzern um 0,4 Mrd. € auf 1,4 Mrd. € steht im Zusammenhang mit neuen Protection Seller Credit Default Swaps.

Tabelle: Kreditvolumen nach Größenklassen – Konzern

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2014 in %	31.3.2014 Anzahl ¹⁾	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %
kleiner 5 Mio. €	3.254	12%	21.340	3.726	13%
5 Mio. € bis unter 10 Mio. €	1.809	7%	254	2.105	7%
10 Mio. € bis unter 20 Mio. €	2.867	11%	208	3.050	10%
20 Mio. € bis unter 50 Mio. €	3.050	11%	100	2.994	10%
50 Mio. € und größer	13.555	51%	66	14.350	48%
Zwischensumme	24.535	92%	21.968	26.225	88%
Risikoausplatzierungen ²⁾	2.015	8%	-	3.457	12%
Gesamt	26.550	100%	21.968	29.682	100%

1) Kreditnehmereinheiten nach § 19 KWG

2) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Während sich der Rückgang des Kreditvolumens – vor allem aufgrund von Tilgungsleistungen – sowohl absolut als auch relativ überproportional in den Risikoausplatzierungen und Größenklassen bis 20 Mio. € niederschlägt, ist der Anteil der Größenklasse „50 Mio. € und größer“ von 48 % auf 51 % gestiegen. Absolut ist aber das Kreditvolumen auch in dieser Größenklasse gesunken. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Kredite an den öffentlichen Sektor zurückzuführen, deren Volumen in dieser Klasse von 3,2 Mrd. € auf 4,1 Mrd. € anstieg.

Das in dieser Größenklasse auf Kreditinstitute und den Finanzsektor entfallende Kreditvolumen hat sich hingegen von 9,3 Mrd. € auf 8,1 Mrd. € reduziert. Ebenso die Unternehmensfinanzierungen in dieser Größenklasse, die von 1,9 Mrd. € auf 1,5 Mrd. € zurückgegangen sind. Die durchschnittliche Engagementshöhe pro Kreditnehmereinheit in dieser Größenklasse beträgt 205 Mio. € (Vorjahr: 153 Mio. € bei 94 Kreditnehmereinheiten).

Der Großteil der Größenklasse „kleiner 5 Mio. €“ – dies betrifft sowohl das Volumen als auch die Anzahl – besteht aus Leasingfinanzierungen.

Das Volumen der Risikoausplatzierungen hat sich überwiegend durch Tilgungen der mittels Verbriefungstransaktionen ausplatzierten oder abgesicherten Kredite um 1,4 Mrd. € auf 2,0 Mrd. € reduziert. Insgesamt beträgt der Anteil der Risikoausplatzierungen immer noch 8 % am gesamten Kreditvolumen. Die Risikoausplatzierungen setzen sich zusammen aus Haftunterbeteiligungen durch Kreditinstitute (überwiegend KfW Bankengruppe – KfW) in Höhe von 1,2 Mrd. €, öffentlichen Bürgschaften inklusive Hermesdeckung in Höhe von 0,1 Mrd. € und synthetischen Verbriefungen in Höhe von 0,7 Mrd. €, bei denen die KfW das Kreditrisiko absichert. Durch die synthetischen Ausplatzierungen ist die Bank gegen die Adressenausfallrisiken aus den Engagements abgesichert, obwohl diese nach wie vor in der Bilanz ausgewiesen und weiterhin seitens der IKB betreut werden.

Die synthetischen Ausplatzierungen in Höhe von 0,7 Mrd. € (Vorjahr: 1,6 Mrd. €) setzen sich folgendermaßen zusammen:

- Für Kredite mit einem Volumen von 0,2 Mrd. € ist das Kreditrisiko vollständig ausplatziert.
- Für Kredite in Höhe von 0,3 Mrd. € besteht eine Absicherung in Höhe von 0,2 Mrd. €, die als ausreichende Subordination angesehen wird.

- Kredite mit einem Volumen von 0,2 Mrd. € entfallen auf Risikoausplatzierungen, bei denen lediglich der erwartete und Teile des unerwarteten Verlustes in Höhe von insgesamt 32 Mio. € (ursprünglich 39 Mio. €) ausplatziert sind. Diese Subordination wird aufgrund der Qualität der verbrieften Kreditforderungen unverändert als ausreichend angesehen.

Tabelle: Kreditvolumen nach Größenklassen – IKB AG

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2014 in %	31.3.2014 Anzahl ¹⁾	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %
kleiner 5 Mio. €	1.537	6%	1.238	1.831	6%
5 Mio. € bis unter 10 Mio. €	1.707	6%	236	1.975	6%
10 Mio. € bis unter 20 Mio. €	2.741	10%	197	2.881	9%
20 Mio. € bis unter 50 Mio. €	3.099	11%	101	3.140	10%
50 Mio. € und größer	12.033	44%	59	12.907	42%
Zwischensumme	21.117	77%	1.831	22.734	74%
Risikoausplatzierungen ²⁾	2.015	7%	-	3.457	11%
Interne Geschäfte	4.270	16%	-	4.467	15%
Gesamt	27.402	100%	1.831	30.658	100%

1) Kreditnehmereinheiten nach § 19 KWG

2) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Sicherheiten, Risikoausplatzierungen und Verbriefungen

Für das traditionelle Kreditgeschäft der IKB hat die Absicherung durch klassische Sicherheiten (Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und Bürgschaften) nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert. Die Wertansätze der zur Besicherung im klassischen Kreditgeschäft herangezogenen Sicherheiten werden kontinuierlich überprüft und aktualisiert. Leasinggegenstände sind der Kategorie Sicherungsübereignung zugeordnet.

Tabelle: Kreditvolumen nach Art der Sicherheiten – Konzern

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2014 in %	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %
Grundpfandrechte	3.799	14%	4.202	14%
Sicherungsübereignung und Leasinggegenstände	2.564	10%	2.799	9%
Sonstige Sicherheiten ¹⁾	2.361	9%	2.546	9%
Collateralized	1.458	5%	2.418	8%
Besichertes Kreditvolumen²⁾	10.182	38%	11.965	40%
Blankokredite	14.353	54%	14.260	48%
Zwischensumme	24.535	92%	26.225	88%
Risikoausplatzierungen ³⁾	2.015	8%	3.457	12%
Gesamt	26.550	100%	29.682	100%

1) z. B. Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte, Abtretung Geschäftsanteile, Ownership-Erklärung, Rangrücktritt, Positiv-/Negativverklärungen

2) inklusive außerhalb der Sicherheitenwerte liegender Kreditteile

3) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Die durch Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und sonstige Sicherheiten besicherten Engagements sind im vergangenen Geschäftsjahr tilgungsbedingt insgesamt um 0,8 Mrd. € zurückgegangen.

Da die Bank im Rahmen der Kreditvolumensdarstellung Derivate mit positiven Marktwerten nicht mit Derivaten mit negativen Marktwerten gegenüber denselben Kontrahenten saldiert, wird unter „Collateralized“ das Derivatevolumen dargestellt, bei dem den Derivaten mit positiven Marktwerten in gleicher Höhe Derivate mit negativen Marktwerten gegenüberstehen. Durch Straffung des Portfolios sank das Volumen von 2,4 Mrd. € auf 1,5 Mrd. €.

Sofern die Bank im Interbankenmarkt ebenfalls Sicherheiten in Form von Tages- und Termingeldern für Derivate stellt, werden diese mit unter den „Blankokrediten“ ausgewiesen.

Durch den Ausbau des Kreditvolumens im öffentlichen Sektor ist der Anteil der Blankokredite am Gesamtkreditvolumen von 48 % auf 54 % gestiegen.

Der größte Teil der Blankokredite entfällt auf „Kreditinstitute und Finanzsektor“ (7,2 Mrd. €, Vorjahr: 7,7 Mrd. €) sowie den öffentlichen Sektor (4,2 Mrd. €, Vorjahr: 3,3 Mrd. €). Die auf Kreditinstitute und den öffentlichen Sektor entfallenden Blankokredite betreffen überwiegend Wertpapiere, die der Liquiditätsanlage dienen und EZB-fähig sind, darin aktuell 3,0 Mrd. € Pfandbriefe und Covered Bonds. Von den Blankokrediten entfallen rd. 3,0 Mrd. € (Vorjahr: 3,3 Mrd. €) auf Unternehmensfinanzierungen.

Tabelle: Kreditvolumen nach Art der Sicherheiten – IKB AG

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2014 in %	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %
Grundpfandrechte	3.798	14%	4.197	14%
Sicherungsübereignung	452	2%	470	2%
Sonstige Sicherheiten ¹⁾	2.361	9%	2.544	8%
Collateralized	1.458	5%	2.416	8%
Besichertes Kreditvolumen²⁾	8.069	29%	9.627	31%
Blankokredite	13.048	48%	13.107	43%
Zwischensumme	21.117	77%	22.734	74%
Risikoausplatzierungen ³⁾	2.015	7%	3.457	11%
Interne Geschäfte	4.270	16%	4.467	15%
Gesamt	27.402	100%	30.658	100%

1) z. B. Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte, Abtretung Geschäftsanteile, Ownership-Erklärung, Rangrücktritt, Positiv-/Negativverklärungen

2) inklusive außerhalb der Sicherheitenwerte liegender Kreditteile

3) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Geografische Struktur

Nach Regionen teilt sich das Gesamtkreditvolumen wie folgt auf:

Tabelle: Kreditvolumen nach Regionen – Konzern

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2014 in %	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %
Inland	11.687	44%	13.062	44%
Ausland	12.848	48%	13.163	44%
Westeuropa	10.481	39%	9.880	33%
Osteuropa	1.149	4%	1.039	4%
Nordamerika	1.099	4%	2.156	7%
Sonstige Länder	119	0%	88	0%
Zwischensumme	24.535	92%	26.225	88%
Risikoausplatzierungen ¹⁾	2.015	8%	3.457	12%
Gesamt	26.550	100%	29.682	100%

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Bei insgesamt sinkendem Kreditvolumen ist der Anteil der inländischen Finanzierungen am gesamten Kreditvolumen mit 44 % insgesamt zwar gleich geblieben, gleichwohl hat sich sein Anteil am nicht ausplatzierten Kreditvolumen gegenüber dem ausländischen Portfolioanteil verringert.

Vor allem das Volumen in Westeuropa ist um 0,7 Mrd. € auf 10,5 Mrd. € angestiegen. Dies beruht vor allem auf Investments im öffentlichen Sektor (3,0 Mrd. €, Vorjahr: 2,2 Mrd. €) und Investitionen im Bereich Kreditinstitute und Finanzsektor (5,0 Mrd. €, Vorjahr: 4,6 Mrd. €). Unternehmensfinanzierungen sind hingegen um 0,6 Mrd. € auf 2,5 Mrd. € (Vorjahr: 3,1 Mrd. €) zurückgegangen.

Der auf Osteuropa entfallende Anteil ist nahezu gleich geblieben. Von dem auf Osteuropa entfallenden Länderobligo in Höhe von 1,15 Mrd. € betreffen rund 5 % Geschäftsaktivitäten in Russland. Mit der Ukraine bestehen keine geschäftlichen Verbindungen.

Der Rückgang des Nordamerika-Portfolioanteils steht im Zusammenhang mit der Straffung des Derivategeschäfts.

Tabelle: Kreditvolumen nach Regionen – IKB AG

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2014 in %	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %
Inland	9.799	36%	10.969	36%
Ausland	11.318	41%	11.765	38%
Westeuropa	9.643	35%	9.191	30%
Osteuropa	528	2%	404	1%
Nordamerika	1.028	4%	2.082	7%
Sonstige Länder	119	0%	88	0%
Zwischensumme	21.117	77%	22.734	74%
Risikoausplatzierungen ¹⁾	2.015	7%	3.457	11%
Interne Geschäfte	4.270	16%	4.467	15%
Gesamt	27.402	100%	30.658	100%

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Tabelle: Aufgliederung des Länderobligos nach dem IKB-Länderrating – Konzern

31.3.2014 in Mio. €	Länderbonitäten ¹⁾					
	Gesamt ²⁾	1-6	7-9	10-12	13-15	16-19
Westeuropa	10.481	8.591	1.826	64	-	-
Osteuropa	1.149	887	62	200	-	-
Nordamerika	1.099	1.099	-	-	-	-
Sonstige Länder	119	100	2	11	6	-
Gesamt	12.848	10.677	1.890	275	6	-

1) ohne Risikoausplatzierungen; steigendes Risiko bei steigender Ratingklasse

2) Absicherungen durch ECA (Export Credit Agencies)-Deckungen sind betragsmindernd berücksichtigt; sonstige Sicherheiten bleiben unberücksichtigt.

83 % des auf das Ausland entfallenden Kreditvolumens waren im Konzern den sechs besten Länderratings 1-6 zuzuordnen. Zusätzlich entfielen Risikoausplatzierungen (z. B. durch Hermesbürgschaften abgesichert) von 0,2 Mrd. € auf ausländische Kreditnehmer.

Das auf die Risikoklassen 13-15 entfallende Länderobligo betrifft im Wesentlichen den Iran.

Länderrisiken werden im Ratingverfahren der Bank und bei der Berechnung der Wertminderungen für signifikante Forderungen berücksichtigt. Ab Ratingklasse 13 wird das nicht risikoausplatzierte Kreditvolumen zur Abdeckung von Länderrisiken mit einem pauschalen Abschlag pauschalwertberichtigt; der sich hieraus ergebende Pauschalwertberichtigungsbestand betrug aufgrund der niedrigen Kreditvolumina und der Besicherung 0,2 Mio. €.

Tabelle: Aufgliederung des Länderobligos nach dem IKB-Länderrating – IKB AG

31.3.2014 in Mio. €	Länderbonitäten ¹⁾					
	Gesamt ²⁾	1-6	7-9	10-12	13-15	16-19
Westeuropa	9.643	8.020	1.559	64	-	-
Osteuropa	528	509	1	18	-	-
Nordamerika	1.028	1.028	-	-	-	-
Sonstige Länder	119	100	2	11	6	-
Gesamt	11.318	9.657	1.562	93	6	-

1) ohne Risikoausplatzierungen; steigendes Risiko bei steigender Ratingklasse

2) Absicherungen durch ECA (Export Credit Agencies)-Deckungen sind betragsmindernd berücksichtigt; sonstige Sicherheiten bleiben unberücksichtigt.

Innerhalb von Westeuropa verteilen sich die Risiken auf folgende Staaten:

Tabelle: Kreditvolumen in Westeuropa nach Risiken – Konzern

31.3.2014 in Mio. €	Kredit- volumen nach Risiko- entlastung	davon öffentlicher Sektor	davon Kredit- institute und Finanzsektor ¹⁾	davon restliche Adress- ausfall- risiken
Großbritannien	2.448	-	1.770	678
Italien	1.674	1.128	190	356
Spanien	1.630	605	555	470
Frankreich	1.574	147	885	542
EU ²⁾	1.525	697	828	-
Niederlande	421	107	210	104
Österreich	266	172	44	50
Schweiz	210	-	127	83
Irland	196	-	112 ³⁾	84
Finnland	145	98	4	43
Belgien	140	27	97	16
Dänemark	98	91	7	-
Portugal	64	-	25	39
Sonstige	90	-	29	61
Gesamt	10.481	3.072	4.883	2.526

1) Bankenexposure in Spanien und Italien enthält überwiegend Mortgage Covered Bonds.

2) Europäische Kommission, Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und Europäische Investitionsbank

3) in Irland 54 Mio. € Portfolioinvestments über Zweckgesellschaften mit Sitz in Irland enthalten

Tabelle: Kreditvolumen in Westeuropa nach Risiken – IKB AG

31.3.2014 in Mio. €	Kredit- volumen nach Risiko- entlastung	davon öffentlicher Sektor	davon Kredit- institute und Finanzsektor ¹⁾	davon restliche Adress- ausfall- risiken
Großbritannien	2.395	-	1.717	678
Italien	1.539	1.128	55	356
Spanien	1.371	605	296	470
Frankreich	1.295	145	815	335
EU ²⁾	1.525	697	828	-
Niederlande	417	105	208	104
Österreich	230	172	24	34
Schweiz	209	-	126	83
Irland	189	-	105 ³⁾	84
Finnland	116	70	3	43
Belgien	115	25	74	16
Dänemark	98	91	7	-
Portugal	64	-	25	39
Sonstige	80	-	26	54
Gesamt	9.643	3.038	4.309	2.296

1) Bankenexposure in Spanien und Italien enthält überwiegend Mortgage Covered Bonds.

2) Europäische Kommission, Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und Europäische Investitionsbank

3) in Irland 54 Mio. € Portfolioinvestments über Zweckgesellschaften mit Sitz in Irland enthalten

Branchenstruktur

Die IKB ordnet jedem Kunden eine der insgesamt rund 430 Branchen nach Wirtschaftszweigsystematik zu. Diese Branchen werden gruppiert und in Branchenclustern zusammengeführt.

Tabelle: Kreditvolumen nach Branchen – Konzern

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2014 in %	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %
Industriebranchen	11.173	42%	12.220	41%
Maschinenbau	1.206	5%	1.139	4%
Einzelhandel	868	3%	850	3%
Dienstleistungen	744	3%	905	3%
Metallerzeugnisse	733	3%	830	3%
Energieversorgung	716	3%	777	3%
Sonstige Industriebranchen	6.906	26%	7.719	26%
Immobilien	699	3%	1.001	3%
Finanzsektor	1.780	7%	2.188	7%
Banken	6.654	25%	7.466	25%
Öffentlicher Sektor	4.229	16%	3.350	11%
Zwischensumme	24.535	92%	26.225	88%
Risikoausplatzierungen ¹⁾	2.015	8%	3.457	12%
Gesamt	26.550	100%	29.682	100%

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Der Abbau des Kreditvolumens schlägt sich in nahezu allen Branchenclustern nieder. In den Industriebranchen ist das Kreditvolumen gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Mrd. € und im Immobilienbereich um 0,3 Mrd. € zurückgegangen. Die Verminderung im Bankensektor um 0,8 Mrd. € ist vor allem auf den Rückgang positiver Marktwerte bei Derivaten zurückzuführen.

Unverändert hoch ist der Diversifizierungsgrad in den Industriebranchen – auf keine Industriebranche entfällt ein Portfolioanteil von mehr als 5 %. In den aktuell größten Industriebranchen Maschinenbau und Einzelhandel waren leichte Volumenzuwächse zu verzeichnen, bei den übrigen Branchen ging das Volumen zurück.

Tabelle: Kreditvolumen nach Branchen – IKB AG

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2014 in %	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %
Industriebranchen	9.054	33%	9.880	32%
Maschinenbau	932	3%	824	3%
Einzelhandel	836	3%	815	3%
Energieversorgung	713	3%	774	3%
Dienstleistungen	538	2%	677	2%
Metallerzeugnisse	478	2%	544	2%
Sonstige Industriebranchen	5.557	20%	6.246	20%
Immobilien	682	2%	968	3%
Finanzsektor	1.660	6%	2.060	7%
Banken	5.531	20%	6.478	21%
Öffentlicher Sektor	4.190	15%	3.348	11%
Zwischensumme	21.117	77%	22.734	74%
Risikoausplatzierungen ¹⁾	2.015	7%	3.457	11%
Interne Geschäfte	4.270	16%	4.467	15%
Gesamt	27.402	100%	30.658	100%

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Bonitätsstruktur

Das Kreditvolumen verteilt sich auf die internen Ratingklassen wie folgt:

Tabelle: Kreditvolumen nach Bonitätsstruktur¹⁾ – Konzern

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2014 in %	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %
1-4	7.781	29%	7.606	26%
5-7	8.270	31%	8.689	29%
8-10	4.907	18%	5.669	19%
11-13	2.165	8%	2.159	7%
14-15	387	1%	482	2%
Lehman Assets ²⁾	-	0%	344	1%
Non-performing Assets ³⁾	1.025	4%	1.276	4%
Zwischensumme	24.535	92%	26.225	88%
Risikoausplatzierungen ⁴⁾	2.015	8%	3.457	12%
Gesamt	26.550	100%	29.682	100%

1) sinkende Bonität bei steigender Ratingklasse

2) vgl. das Unterkapitel „Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum“, „Von Lehman Brothers arrangierte CDOs“ im Kapitel 2. „Wirtschaftsbericht“

3) Buchwerte, d. h. nach Abzug von Verlusten einzelwertberichtigter Wertpapiere

4) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Bei insgesamt zurückgegangenem Kreditvolumen hat sich der Anteil der beiden besten Bonitätsgruppen (1-4 und 5-7) von 55 % auf 60 % des Gesamtkreditvolumens erhöht.

Der Anstieg in den Bonitätsstufen 1-4 um 0,2 Mrd. € ist im Wesentlichen auf die Neuengagements im öffentlichen Sektor zurückzuführen.

Der Kreditvolumensrückgang im Unternehmenssektor zeigt sich vor allem in den Bonitätsstufen 5-10. Der überwiegende Anteil der Bonitäten 14-15 entfällt vor allem auf Leasingengagements, für die Leasinggüter

als Sicherheit dienen. Die Lehman Assets wurden im Rahmen eines Anfang November 2013 geschlossenen Vergleichs zurückgeführt.

Tabelle: Kreditvolumen nach Bonitätsstruktur¹⁾ – IKB AG

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2014 in %	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %
1-4	7.152	26%	7.072	23%
5-7	7.504	27%	8.080	26%
8-10	4.011	15%	4.578	15%
11-13	1.398	5%	1.373	4%
14-15	131	0%	145	0%
Lehman Assets ²⁾	-	0%	344	1%
Problemengagements ³⁾	921	3%	1.142	4%
Zwischensumme	21.117	77%	22.734	74%
Risikoausplatzierungen ⁴⁾	2.015	7%	3.457	11%
Interne Geschäfte	4.270	16%	4.467	15%
Gesamt	27.402	100%	30.658	100%

1) sinkende Bonität bei steigender Ratingklasse

2) vgl. das Unterkapitel „Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum“/„Von Lehman Brothers arrangierte CDOs“ im Kapitel 2. „Wirtschaftsbericht“

3) Buchwerte, d. h. nach Abzug von Verlusten einzelwertberechtigter Wertpapiere

4) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Non-performing Assets (Problemengagements)

Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über die Entwicklung der Non-performing Assets.

Tabelle: Non-performing Assets¹⁾ – Konzern

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2013 in Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Einzelwertberichtigte Assets	838	1.064	-226	-21%
Nicht wertgemindert	227	265	-38	-14%
Gesamt	1.065	1.329	-264	-20%
In % des Kreditvolumens	4,0%	4,5%		

1) Kreditvolumen inklusive Verluste einzelwertberechtigter Wertpapiere (31. März 2014: 40 Mio. €; 31. März 2013: 54 Mio. €)

Zu den Non-performing Assets wurden folgende Begriffsänderungen vorgenommen:

Die Begrifflichkeiten zu den Problemengagements wurden an einen Definitionsvorschlag der EBA¹ angepasst. Dabei blieb die bisher verwendete Systematik unverändert, weil diese in wesentlichen Teilen² bereits diesem Vorschlag entspricht.

Kreditausfallrisiken, die einen Schuldnerausfall nach § 178 CRR aufweisen³, werden hiernach „Non-performing Assets“ genannt (bisher: Problemengagements).

Kommt die Bank im Rahmen ihrer Einzelfallüberprüfungen zu der Erkenntnis, dass die vertraglichen Verpflichtungen nicht durch spätere Zahlungen oder die Verwertung von Sicherheiten eingebracht werden können, wird die Forderung als nachhaltig wertgemindert eingestuft und wertberichtigt. Dabei berücksichtigt die IKB den Liquidationswert der verfügbaren Sicherheiten. Non-performing Assets, die als nachhaltig wertgemindert eingestuft worden sind, werden als „Einzelwertberichtigte Assets“ gesondert dargestellt.

In den nicht einzelwertberichtigten Non-performing Assets sind auch Engagements mit einer krisenbedingten Restrukturierung (Forbearance) ohne Einzelwertberichtigungsbedarf enthalten.

Nicht enthalten in den Non-performing Assets sind:

- Auf Non-performing Assets entfallende Risikoausplatzierungen (278 Mio. €), da diese Kreditrisiken von anderen Banken, öffentlichen Stellen oder über Collateralized Loan Obligations (CLO)-Ausplatzierung übernommen sind und auf die Haftungsübernehmer abgestellt werden (Bonitätswechsel). Die übernommenen Krediteile werden nur dann ebenfalls als Problemengagements angesehen, wenn der Haftungsübernehmer ebenfalls eines der Default-Kriterien erfüllt (Double Default).
- Nicht gezogene Zusagen bei Schuldnern, deren Restengagement als Problemengagement geführt wird (20 Mio. €); offene Zusagen werden nicht im Kreditvolumen dargestellt und
- Wertpapiere, die auf Rio Debt Holdings übertragen wurden – vgl. hierzu das Unterkapitel „Adressenausfallrisiko“ mit „Strukturierte Kreditprodukte“ im Kapitel 4. „Risikobericht“.

Die Non-performing Assets sind sowohl durch Abbau der einzelwertberichtigten Assets als auch durch Verbesserungen der Kreditqualität von nicht wertgeminderten Problemengagements (Gesundung) weiter zurückgegangen.

¹ „EBA FINAL draft Implementing Technical Standards On Supervisory reporting on forbearance and non-performing exposures under article 99(4) of Regulation (EU) No 575/2013“ (ITS) vom 21. Oktober 2013

² Seitens der IKB werden aktuell kürzere Wohlverhaltenszeiträume hinsichtlich der Gesundung von Kreditnehmern verwendet, als es der Vorschlag der EBA vorsieht (EBA: 24 Monate, IKB: 12 Monate).

³ Ein Vermögensgegenstand wird als „non-performing“ eingestuft, wenn (1) ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, (2) Zinsen oder Kapitalrückzahlungen an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Tagen in Verzug sind oder wenn (3) andere eindeutige Hinweise bestehen, dass der Schuldner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann.

Tabelle: Non-performing Assets¹⁾ – IKB AG

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2013 in Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Einzelwertberichtigte Assets	754	953	-199	-21%
Nicht wertgemindert	194	232	-38	-16%
Gesamt	948	1.185	-237	-20%
In % des Kreditvolumens	3,5%	3,9%		

1) Kreditvolumen inklusive Verluste einzelwertberechtigter Wertpapiere (31. März 2014: 27 Mio. €; 31. März 2013: 43 Mio. €)

Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über die Entwicklung der einzelwertberichtigten Assets.

Tabelle: Einzelwertberichtigte Assets – Konzern

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2013 in Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Inland	431	618	-187	-30%
Ausland	318	349	-31	-9%
Einzelwertberichtigte Kredite	749	967	-218	-23%
Einzelwertberichtigte Wertpapiere ¹⁾	89	97	-8	-8%
Einzelwertberichtigte Assets gesamt	838	1.064	-226	-21%
In % des Kreditvolumens	3,2%	3,6%		

1) Buchwerte zuzüglich Verluste einzelwertberechtigter Wertpapiere (31. März 2014: 40 Mio. €; 31. März 2013: 54 Mio. €)

Der Rückgang der einzelwertberichtigten Assets um 226 Mio. € resultiert mit 218 Mio. € aus Abwicklungs- und Verkaufsmaßnahmen im In- wie im Ausland. Der Schwerpunkt lag hier bei einem Rückgang der inländischen einzelwertberichtigten Kredite (-187 Mio. €). 8 Mio. € entspringen aus Verkauf und Rückzahlungen von einzelwertberichtigten Wertpapieren.

Tabelle: Einzelwertberichtigte Assets – IKB AG

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2013 in Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Inland	401	558	-157	-28%
Ausland	284	310	-26	-8%
Einzelwertberichtigte Kredite	685	868	-183	-21%
Einzelwertberichtigte Wertpapiere ¹⁾	70	85	-15	-18%
Einzelwertberichtigte Assets gesamt	755	953	-198	-21%
In % des Kreditvolumens	2,8%	3,1%		

1) Buchwerte zuzüglich Verluste einzelwertberechtigter Wertpapiere (31. März 2014: 27 Mio. €; 31. März 2013: 43 Mio. €)

Risikovorsorge

Für Risiken aus dem Kreditgeschäft wird bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung des Kredits eine Risikovorsorge in Form einer Wertberichtigung gebildet. Für Eventualverbindlichkeiten wird bei drohender Inanspruchnahme eine Rückstellung gebildet. Für dauerhafte Wertminderungen bei CDS sowie bei in Credit Linked Notes (CLN) eingebetteten CDS wird die Risikovorsorge ebenfalls in Form einer Rückstellung gebildet.

Tabelle: Risikovorsorge – Konzern

	31.3.2014 in Mio. €	31.3.2013 in Mio. €	Veränderung in %
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen ¹⁾	216,1	171,7	26%
Direktabschreibungen	6,0	9,5	-37%
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	-9,7	-10,5	-8%
Auflösung und Unwinding von Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen ¹⁾	-95,0	-101,9	-7%
Zuführung zu/Auflösung von Pauschalwertberichtigungen	-29,9	31,6	
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	87,5	100,4	-13%
eingebettete Derivate/Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen von Portfolioinvestments	-0,7	-20,9	-97%
Nettozuführung zur Risikovorsorge	86,8	79,5	9%
Ergebnis aus Wertpapieren und Derivaten der Liquiditätsreserve	0,7	-8,9	
Risikovorsorgesaldo	87,5	70,6	24%
Bestandsentwicklung Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen²⁾			
Anfangsbestand	414,6	525,8	-21%
Inanspruchnahme	-123,4	-182,5	-32%
Auflösung	-83,9	-83,5	0%
Umgliederung und Saldo aus Auf- und Abzinsungen	-	0,2	-100%
Unwinding	-11,1	-18,4	-40%
Zuführung Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	216,1	171,7	26%
Fremdwährungsänderung	-1,1	1,3	
Bestand Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	411,2	414,6	-1%
Pauschalwertberichtigungen			
Anfangsbestand	135,2	103,6	31%
Zuführung/Auflösung	-29,9	31,6	
Bestand Pauschalwertberichtigungen	105,3	135,2	-22%
Bestand Risikovorsorge gesamt (inklusive Rückstellungen)	516,5	549,8	-6%

1) einschließlich als Rückstellungen gebuchte Pauschalwertberichtigung für Eventualverbindlichkeiten, per saldo 1 Mio. € Auflösung

2) ohne Rückstellungen auf eingebettete Derivate

Die Nettozuführung zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft liegt mit 88 Mio. € um 12,9 Mio. € unter dem Vorjahreswert von 100 Mio. €.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den 216 Mio. € Zuführung zu Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen des Geschäftsjahres 2013/14 rd. 20 Mio. € für Risiken aus Akquisitions-, Projekt- und Immobilienfinanzierungen in Italien, Frankreich, Spanien und Großbritannien enthalten sind, die im Geschäftsjahr 2012/13 in den Pauschalwertberichtigungen für identifizierte latente Risiken berücksichtigt waren. In der Pauschalwertberichtigungs-Auflösung des Geschäftsjahres 2013/14 waren diese 20 Mio. € ebenfalls enthalten. Darüber hinaus war die Zuführung zu Einzelwertberichtigungen durch zwei große Einzelfälle mit einer Risikovorsorgezuführung von 49 Mio. € beeinflusst.

Der Rückgang der Risikovorsorge-Auflösungen inklusive Unwinding und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen ist auf den um 21 % niedrigeren Anfangsbestand der Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen zurückzuführen.

Risikoreporting

Alle relevanten Informationen aus den Kreditgeschäften werden vom Bereich Risikocontrolling im Rahmen von vierteljährlichen Kreditrisikoreports auf Konzernebene detailliert aufbereitet und dem Vorstand vorgelegt und erläutert. Zusätzlich erhalten der Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsbehörden vierteljährlich eine umfassende Risikoberichterstattung (Dashboard), die alle wesentlichen Informationen zur Gesamtrisikoposition im Konzern enthält.

Strukturierte Kreditprodukte

Die Risiken aus den verbliebenen strukturierten Kreditprodukten entfallen auf Positionen, die im Wesentlichen auf Risiken von Unternehmen und Staaten referenzieren, sowie auf Rückbehalte von IKB-Eigenverbriefungen. Ökonomische Risiken aus Investments mit Subprime-Bezug bestehen für die IKB nur noch aus einem Teil der auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings übertragenen Assets.

Das Teilsegment Portfolioinvestments enthält per 31. März 2014 folgende Elemente:

- Verbriefungspositionen in Höhe von nominal 161 Mio. € (31. März 2013: 182 Mio. €) mit einem Buchwert von 114 Mio. € (31. März 2013: 122 Mio. €), die zum strategischen Kerngeschäft der Bank gehören und größtenteils aus der Verbriefung eigener Kredite stammen. Diese Assets haben überwiegend ein Sub-Investment-Grade-Rating.
- Zwei synthetische Transaktionen mit sechs Tranchen und Referenzaktiva auf Unternehmen und Staaten im Gesamtvolumen von nominal 200 Mio. € (31. März 2013: 200 Mio. €) und einem Buchwert von 200 Mio. € (31. März 2013: 200 Mio. €). Die Transaktionen verfügen über ein externes Rating von Baa.
- Wertpapiere mit einem Nominalvolumen von 244 Mio. € (31. März 2013: 643 Mio. €) und einem Buchwert von 80 Mio. € (31. März 2013: 82 Mio. €), die auf Rio Debt Holdings übertragen wurden. Die Subprime-Risiken der IKB belaufen sich auf einen Buchwert von 36 Mio. € (31. März 2013: 33 Mio. €). Die aus dem Portfolio resultierenden Residualerlöse werden zwischen IKB und Lone Star aufgeteilt. Nach Abzug des Fair Value des Rechts auf Mehrerlöse (Equity-Kicker-Anteil) von Lone Star verbleibt ein auf die IKB entfallender Anteil am Buchwert von 65 Mio. € (31. März 2013: 69 Mio. €).

Durch einen Vergleich (siehe Unterkapitel „Rechtrisiken“) wurden die vier ausstehenden synthetischen Lehman-Transaktionen (31. März 2013: Nominalvolumen und Buchwert jeweils in Höhe von 344 Mio. €) beendet.

Hinsichtlich der Asset-Klassen liegt der Schwerpunkt auf Investments mit Corporate Underlyings (CDOs of Corporates und CLOs) in Höhe von 305 Mio. € (31. März 2013: 313 Mio. € ohne Lehman-CDOs). Das Risiko der Assets mit ABS-Bezug (ABS und CDO of ABS) beträgt 74 Mio. € (31. März 2013: 78 Mio. €).

Liquiditätsrisiko

Die IKB fasst unter den Begriff Liquiditätsrisiko das Zahlungsunfähigkeitsrisiko, das Liquiditätsfristentransformationsrisiko und das volkswirtschaftliche Liquiditätsrisiko.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko (auch operatives Liquiditätsrisiko) stellt hierbei das Risiko dar, dass gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachgekommen werden kann. Grundlage der Liquiditätsrisikoidentifikation und -analyse sind die erwarteten Cashflows des bereits kontrahierten Geschäfts und die ergänzenden Modellierungen, die Maßnahmen- und Neugeschäftsplanung sowie die Liquiditätsreserve (Geldaufnahmemöglichkeiten bei der EZB und Kassenbestand). Die Maßnahmenplanung umfasst hierbei im Wesentlichen die Prolongation und den Aufbau von Einlagengesicherten Kundeneinlagen. Darüber hinaus werden die so ermittelten zukünftigen Liquiditätssalden über zusätzliche Stresskomponenten (Marktverwerfungen, Kreditverwerfungen, Änderung der Rahmenbedingungen etc.) verringert. Der so ermittelte minimale Liquiditätssaldo über einen 1-Jahres-Horizont wird limitiert. Darüber hinaus können auch Liquiditätssalden der langfristigen Liquiditätsablaufbilanz mittelfristig zu einem Zahlungsunfähigkeitsrisiko führen, sofern keine geeigneten Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden. Dieses strukturelle Liquiditätsrisiko wird über den Ausweis langfristiger Liquiditätssalden transparent gemacht und ebenso wie das Zahlungsunfähigkeitsrisiko vom Bereich Treasury gesteuert. Gleichwohl bezieht sich das steuerungsrelevante Liquiditätslimit in der Liquiditätsberichtserstattung auf einen 1-Jahres-Horizont.

Das Fristentransformationsrisiko beinhaltet das Risiko erhöhter Refinanzierungskosten (Refinanzierungsrisiko) sowie das Risiko, dass Transaktionen aufgrund von Marktstörungen nur mit Abschlägen glattgestellt werden können (Marktliquiditätsrisiko). Diese beiden Komponenten fließen in Form eines Kostenrisikos in die Risikotragfähigkeitsrechnung der Bank ein und werden im Rahmen des Limitierungskonzepts berücksichtigt.

Das volkswirtschaftliche Risiko stellt das Risiko dar, dass die IKB aufgrund von Marktverwerfungen bzw. einer Anpassung der Rahmenbedingungen in eine Krisensituation gerät. Diesem Risiko wird über die regelmäßige Aktualisierung von Stresstests sowie Stress-Szenarien Rechnung getragen. Im limitierten Szenario werden die jeweils negativsten Auswirkungen der kombinierten Stress-Szenarien berücksichtigt. Ziel ist, dass die IKB unter Planungsmaßnahmen bestimmte Stress-Szenarien für einen definierten Zeitraum aushalten kann. Darüber hinaus werden anlassbezogenen Stresstests durchgeführt.

Neben der regelmäßigen sowie anlassbezogenen Kalkulation von Stresstests und Stress-Szenarien hat die IKB ein Frühwarnsystem für Liquiditätsveränderungen implementiert. Die Frühwarnindikatoren und die potenziellen Folgen werden regelmäßig mit dem Bereich Treasury diskutiert.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die operative Steuerung der dargestellten und im Liquiditätsrisikobericht ausgewiesenen Liquiditätsrisiken obliegt dem Treasury. Treasury und Risikocontrolling diskutieren mindestens einmal pro Woche die Liquiditätssituation sowie die aktuell zur Verfügung stehenden Liquiditätsmaßnahmen. Darüber hinaus wird die Liquiditätssituation ebenfalls wöchentlich im Asset Liability Committee (ALCo) der Bank dargestellt und, sofern erforderlich, werden Maßnahmen diskutiert und beschlossen.

Refinanzierungssituation

Wesentliche Bestandteile der Refinanzierung der IKB sind neben besicherten Finanzierungen im Interbankenmarkt und Refinanzierungen über die EZB das unter dem Einlagensicherungsfonds (ESF) besicherte Einlagen- und Schuldscheindarlehengeschäft mit Unternehmenskunden, Privatkunden und institutionellen Investoren.

Per 31. März 2014 beläuft sich das besicherte Refinanzierungsvolumen im Interbankenmarkt inklusive der Refinanzierungen über die EZB auf etwa 3,4 Mrd. € (Vorjahr: 3,8 Mrd. €).

Im Berichtszeitraum hat sich das Volumen von Kundeneinlagen reduziert. Der Bestand beläuft sich per 31. März 2014 auf knapp 6,5 Mrd. € (Vorjahr: 7,0 Mrd. €).

Neben diesen Kundeneinlagen hat die IKB auch unter dem ESF besicherte Schuldscheindarlehen mit einem Gesamtvolumen von 2,7 Mrd. € ausstehen (Vorjahr: 3,5 Mrd. €). Zudem hat die IKB AG die Emission von Inhaberschuldverschreibungen im Privatkundensegment auf ein Gesamtvolumen von knapp 0,3 Mrd. € zum 31. März 2014 ausgeweitet.

Die Bank nutzt weiterhin für ihre Kunden aktiv Programmkredite und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken.

Liquiditätssituation

Die Bank rechnet, verteilt über die nächsten zwölf Monate, je nach Entwicklung des Neugeschäfts und unter Berücksichtigung der von Kunden nicht ausgenutzten Kreditlinien sowie Liquiditätszusagen mit einem zu deckenden Mittelbedarf von 7 Mrd. € bis 8 Mrd. €. Der Mittelbedarf leitet sich aus den juristischen Fälligkeiten der Aktiv- und Passivpositionen sowie dem geplanten Kreditneugeschäft ab.

Zur Refinanzierung dieses Bedarfs stehen aus heutiger Sicht im Wesentlichen wie bisher die Hereinnahme von besicherten Kundengeldern und Schuldscheindarlehen, Mittelaufnahmen am Interbankenmarkt (Tages-

und Termingelder) in besicherter Form, die Teilnahme am EZB-Tenderverfahren, Inhaberschuldverschreibungen und die Veräußerung von Bilanzaktiva zur Verfügung. Weiterhin stellen auch besicherte Refinanzierungsstrukturen eine Option für die Bank dar.

Die Liquiditätsplanung basiert auf einer Reihe von Annahmen über die oben genannten und weitere liquiditätsbestimmende Faktoren der Aktiv- sowie der Passivseite. Im Falle eines kumulierten Nichteintritts mehrerer dieser Annahmen können sich Liquiditätsengpässe ergeben. In Betracht kommt hier z. B. eine Marktentwicklung, welche die Prolongation von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Passiva und den Verkauf von Bilanzaktiva nicht oder nicht ausreichend erlaubt. Für diesen Fall hat die IKB einen Liquiditätsnotfallplan, der gemeinsam von Treasury und Risikocontrolling entworfen wurde. Dieser beschreibt ein Maßnahmenbündel und eine festgelegte Vorgehensweise, mit welcher im Falle eines Liquiditätsengpässes reagiert wird.

Per 31. März 2014 hat die IKB die Liquiditätssituation für eine längere Zeit gesichert. So liegt der limitierte minimale Liquiditätssaldo um etwa 1,5 Mrd. € über dem Liquiditätslimit. Diese komfortable Liquiditätsausstattung wird auch daran deutlich, dass die Bank unter Berücksichtigung der juristischen Fälligkeiten von Aktiv- und Passivpositionen, der Geldaufnahmemöglichkeiten bei der Zentralbank sowie im besicherten Interbankenmarkt und ohne das geplante Kreditneugeschäft ceteris paribus (also z. B. ohne Marktverwerfungen) für einen längeren Zeitraum durchfinanziert ist.

Das in die Risikotragfähigkeitsrechnung einfließende Fristentransformationsrisiko beträgt 26 Mio. € (siehe Tabelle im Anhang).

Die Bank wird ihre Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV) in einem Korridor zwischen 1,25 und 2,0 steuern. Die Liquiditätskennziffer lag im Berichtszeitraum durchgehend deutlich über dem aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 1,0. Nach der Sammlung von ersten Erfahrungswerten des ersten Jahres der Anwendung innerhalb der sogenannten Supervisory Monitoring Period wird die IKB die Liquiditätssteuerung perspektivisch auf die neuen Kennziffern der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und der Net Stable Funding Ratio (NSFR) umstellen. Welche Benchmarks sich für eine interne Steuerung oberhalb der gesetzlich verpflichtenden Mindestanforderungen etablieren werden, werden diese Erfahrungswerte erst zeigen.

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird das Risiko von ökonomischen und bilanziellen Wertverlusten bezeichnet, die durch Veränderungen von Marktpreisen entstehen.

Das Marktpreisrisiko unterteilt sich in die Risikofaktoren Zinsen, Credit Spreads, FX (Foreign Exchange)-Kurse, Aktien- und Inflationsindizes sowie deren Volatilitäten.

- Zins-Risiken bestehen in möglichen Wertveränderungen von Geschäften bei Verschiebungen der risikolosen Zinskurve.
- Credit-Spread-Risiken ergeben sich aufgrund von Änderungen der in Kursen von Wertpapieren und Derivaten eingepreisten Bonitäts- und Liquiditätsaufschläge auf den risikolosen Zinssatz.
- FX-Kurs-Risiken ergeben sich aufgrund von Schwankungen des jeweiligen Wechselkurses zum Euro.
- Aktien- und Inflationsindex-Risiken bestehen in potenziellen Wertänderungen der betroffenen Aktien- und Inflationsindizes.
- Volatilitäts-Risiken bestehen in möglichen Wertänderungen von direkten oder indirekten Optionspositionen aufgrund von Schwankungen der am Markt beobachteten impliziten Volatilitäten bzw. Optionspreise.

Marktpreisrisikoprofil und Geschäftsfelder

Die IKB unterscheidet folgende Portfolios:

- Eigen- und Kundenhandel,
- Investmentportfolio einschließlich Liquiditätsreserve,
- Kreditrefinanzierung.

Für Geschäfte im Eigenhandel beschränkt sich die Bank weitgehend auf hochliquide Produkte in den Währungen Euro und US-Dollar. Im Kundenhandel liegt der Schwerpunkt mit Bezug auf mögliche Marktpreisrisiken in der Bereitstellung von Zins- und Währungsderivaten zur Unterstützung des Zins- und Währungsmanagements der Kunden. Ergänzt wird dies dadurch, dass Wertpapiere, die von Kunden emittiert worden sind, mit dem Ziel eines zeitnahen Weiterverkaufs an Drittinvestoren in das Handelsbuch genommen werden. Die hiermit verbundene maximale Risikoposition wird gering gehalten.

Zinsänderungsrisiken werden in der IKB in Form von Refinanzierungs- und Strukturrisiken eingegangen.

Das relevante Credit-Spread-Risiko der IKB resultiert insbesondere aus den Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, den Kreditderivaten des Investmentportfolios sowie den verbliebenen Portfolioinvestments. Eine spezifische Steuerung/Absicherung der Credit-Spread-Risiken erfolgt selektiv in Abhängigkeit des jeweiligen Marktumfeldes. Infolge der grundsätzlichen Halteabsicht im Kreditgeschäft werden Credit-Spread-Risiken im Kreditgeschäft als nicht steuerungsrelevant für das Marktpreisrisiko betrachtet und nicht aktiv gemanagt.

In der IKB bestehen im Wesentlichen nur Währungspositionen in USD, GBP und CHF.

Der Hauptteil der Marktpreisrisiken resultiert dementsprechend aus dem Investmentportfolio und der Kreditrefinanzierung. Wesentliche Risikotreiber sind hierbei vor allem Credit-Spread- sowie Zinsänderungsrisiken.

Quantifizierung und Beurteilung der Marktpreisrisiken

Die Risikoidentifikation erfolgt durch die Ermittlung des Value at Risk (VaR), ergänzt um Stresstests und Szenarioanalysen. Alle Portfolios werden täglich bewertet. Zur Messung des Marktpreisrisikos wird ein VaR-Ansatz mittels historischer Simulation verwendet, wobei alle relevanten Risikofaktoren Zinsen, Credit Spreads, FX-Kurse, Aktien- und Inflationsindizes sowie deren Volatilitäten berücksichtigt werden. Es wird der Gesamtbestand berücksichtigt, zu dem alle wesentlichen Einheiten der Bank beitragen.

Für die tägliche operative Risikoüberwachung wird ein ökonomischer VaR auf einem Konfidenzniveau von 99 % unter der Annahme der Haltedauer von einem Tag berechnet. Zusätzlich wird auf täglicher Basis für die Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung der VaR auf einem Konfidenzniveau von 99,76 % (ökonomische Liquidationssicht) bzw. 95 % (bilanzorientierte Going-Concern-Sicht) mit einer Haltedauer von einem Jahr ermittelt.

Der Ausweis des VaR erfolgt nicht nur nach Portfolios, sondern zur umfassenden Bewertung der Risikosituation auch nach Risikoarten differenziert: Je Portfolio wird der Gesamt-VaR, Zins/Volatilitäts-VaR, FX/Volatilitäts-VaR, Credit-Spread-VaR und Inflations-VaR ermittelt.

Zur Unterstützung der Marktrisikosteuerung werden auf Einzelgeschäftsebene und nach Portfolios aggregiert Risikofaktor-Sensitivitäten ermittelt und regelmäßig berichtet.

Da die Marktpreisrisikomessung mittels VaR nur Aufschluss über die Entwicklung des Risikos unter „normalen“ Bedingungen geben kann bzw. im Fall der Historischen Simulation unter Bedingungen, wie sie innerhalb der letzten 250 Handelstage beobachtet wurden, wird die VaR-basierte Risikomessung durch Stress-

tests ergänzt. Je nach angewendetem Szenario geben Stresstests einen Aufschluss über die Entwicklung eines Portfolios auch unter „anormalen“ Bedingungen. Generell werden in der IKB bei der Stresstestrechnung verschiedene von der BaFin, der Bundesbank und von der IKB selbst vorgegebene historische und hypothetische extreme Marktveränderungen für alle Risikofaktoren vorgegeben und der aus diesen Szenarien resultierende barwertige Gewinn/Verlust bestimmt.

Um die Vorhersagekraft der eingesetzten Modelle zu prüfen, wird ein regelmäßiges Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse zum Backtesting werden im Rahmen des monatlichen Risikoreportings dem Vorstand berichtet.

Marktpreisrisikosteuerung und -absicherung

Wesentliche Aufgabe der Marktpreisrisikosteuerung ist das Management der von den einzelnen Geschäftsfeldern übernommenen marktpreissensitiven Positionen. Eine Risikonahme erfolgt jedoch immer innerhalb der zugeteilten Limite. Die Risikomessung und -überwachung erfolgen auf End-of-Day-Basis.

Zur Steuerung der Marktpreisrisiken verwendet die IKB eine Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Marktpreisrisiken werden aus der täglichen Bewertung aller Geschäfte abgeleitet. Im Zuge der verstärkten Inaktivität einzelner Marktsegmente wird regelmäßig geprüft, ob und inwieweit die Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für eindeutig abgegrenzte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Marktwerte verwendet.

Begrenzung der Marktpreisrisiken auf Gruppenebene

Das Management von Marktpreisrisiken in der IKB erfolgt auf Ebene des Risikokonsolidierungskreises. Die Begrenzung der Marktrisiken erfolgt im Rahmen der vereinbarten Portfoliostruktur der Bank über ein System, das folgende Elemente enthält:

- VaR-Limite
- Bilanzielle Devisenpositions-Limite
- Positions-Limite auf Nominal, Rating, Verweildauer im Bestand.

Die Überwachung der Limite erfolgt täglich im Rahmen der Erstellung des MaRisk-Tagesreports. Bei Limitüberschreitungen wird die Geschäftsleitung unmittelbar informiert.

VaR-Limite werden aus der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Das betrifft die Limite für die bilanzorientierte Going-Concern-Sicht und die ökonomische Liquidationssicht. Die sich aus der ökonomischen Liquidationssicht ergebende Feinsteuerung besteht aus einem VaR-Limit, basierend auf einem 99 %-Konfidenzniveau bei einer angenommenen Haltedauer von einem Tag.

Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken

Zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen für die Marktrisiken im Handelsbuch verwendet die IKB Standardmethoden.

Marktpreisrisikoprofil im Jahresvergleich

Die folgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Entwicklung des Marktpreisrisikoprofils auf Ebene des Risikokonsolidierungskreises mittels Zins- und Credit Spread-Basis Point Value sowie des Value at Risk zum 99 %-Konfidenzniveau mit einer Haltedauer von einem Tag.

Tabelle: Marktpreisrisikoprofil

in Mio. €	Stichtagswert zum 31.3.2014	Stichtagswert zum 31.3.2013
Zins-Basis Point Value (BPV)	-0,2	-0,4
Credit-Spread-BPV	-5,8	-5,7
VaR – Zins und Volatilität	-21,9	-10,3
VaR – Credit-Spread	-31,8	-48,3
VaR – FX und Volatilität	-1,4	-0,9
VaR – Inflation und Volatilität	-1,2	-1,9
Korrelationseffekt	15,6	17,4
VaR gesamt	-40,7	-44,0

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Risikoberichterstattung

Die tägliche Berichterstattung an Vorstand und Treasury umfasst die Bewertungen aller Positionen, das Marktpreisrisiko, das Zinsergebnis und die Limitauslastung.

Darüber hinaus wird der Vorstand monatlich ausführlich über relevante Marktentwicklungen, Veränderungen des Bestandes, Bewertung des Bestandes, Ergebnisentwicklung sowie das Marktrisikoprofil informiert. Der Monatsbericht ergänzt zudem die Marktrisikobetrachtung auf Basis des VaR um das barwertige Risiko unter Stressannahmen und Kommentierungen über besondere Entwicklungen. Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich im Rahmen der Gesamtrisikoberichterstattung über die Marktpreisrisiken informiert.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr eines Verlustes, der infolge eines Mangels oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen, außerhalb der Einflussosphäre der Bank liegenden Ereignissen eintritt.

Das im Bereich Risikocontrolling angesiedelte Operational Risk Management (ORM) koordiniert und überwacht das Management der operationellen Risiken. Dem ORM obliegen auch die konzernweite Schadenspotenzialanalyse und die Entwicklung konzernweiter OpRisk-Management- und -Schulungskonzepte. Die operative Risikosteuerung liegt im Verantwortungsbereich der einzelnen Geschäftsfelder, Bereiche und Tochtergesellschaften.

Alle Geschäftseinheiten sind verpflichtet, eingetretene oder beinahe eingetretene Schadensfälle an das ORM zu melden. Wesentliche Schadensfälle und schlagend gewordene operationelle Risiken werden in einer zentralen Schadensfalldatenbank zusammengeführt und auf ihre Ursachen sowie die Auswirkungen untersucht. Einmal pro Quartal erfolgt eine Risikobewertung der OpRisk-Handlungsfelder Personal, Prozesse, Infrastruktur, Rechtsrisiken und Projekte. Die Erkenntnisse fließen in den vierteljährlichen Risikobericht ein.

Das im Geschäftsjahr festgestellte Bruttoschadensvolumen betrug insgesamt 2,6 Mio. € (Vorjahr: 3,1 Mio. €) auf Konzernebene. Davon entfielen rund 0,9 Mio. € (Vorjahr: 2,1 Mio. €) auf die IKB AG. Aufgrund von Schadensminderungen (z. B. Versicherungs-, Vergleichs- oder Kulanzzahlungen) kann der GuV-wirksame Schaden geringer ausfallen. Sofern einzelne Schadenshöhen (noch) nicht exakt zu bestimmen sind, beruhen die Werte auf Schätzungen und können zum Teil erst mit erheblichem zeitlichen Nachlauf präzisiert werden.

Die größten operationellen Risiken sieht die Bank trotz der Beilegung wesentlicher juristischer Auseinandersetzungen weiterhin im Rechtsrisiko (siehe hierzu Unterkapitel „Rechtsrisiken“) sowie in einer erheblichen

Ressourcenanspannung durch umfangreiche parallele aufsichtsrechtliche Informationsanforderungen und Prüfungen.

Neben der regelmäßigen Analyse und Identifikation der Schwachstellen und Optimierungsansätze aller geschäftlichen Abläufe liegt ein weiterer Schwerpunkt auf dem Ausbau der Sicherheitsorganisation und der Anpassung der zugrunde liegenden Prozesse. Hierzu werden jährlich Business-Impact-Analysen durchgeführt, die die spezifischen Risikoprofile der einzelnen Geschäftsfelder und Bereiche untersuchen und Risikosteuerungsimpulse ableiten.

Zum Verantwortungsbereich des ORM gehört auch das konzernweite Notfallmanagement. Alle Notfallpläne sind sowohl in umfassender Form im IKB-Intranet als auch in papiergebundener Form in Notfallmanagement-Handbüchern hinterlegt.

Die Qualität der Notfallpläne wird durch regelmäßige Notfalltests und Benutzerübungen sichergestellt.

Risikoreporting

Über die operationellen Risiken sowie einzelne Schäden und deren Verteilung auf die einzelnen Geschäftseinheiten wird der Vorstand durch das ORM quartalsweise informiert. Bei wesentlichen Risiken oder eingetretenen Schäden erfolgt eine sofortige Meldung an den Risikovorstand und gegebenenfalls an die Vorstandsmitglieder der darüber hinaus betroffenen Ressorts.

Rechtsrisiken

Unter die operationellen Risiken wird auch das Rechtsrisiko subsumiert, also das Risiko von Verlusten durch Verletzung von rechtlichen Rahmenbedingungen, neue gesetzliche Regelungen und für die Bank nachteilige Änderungen oder Auslegungen (z. B. höchstrichterliche Entscheidungen) bestehender gesetzlicher Regelungen. Daneben sind aus vertraglichen Vereinbarungen resultierende Haftungsrisiken Teil der Rechtsrisiken.

Das Management der Rechtsrisiken ist Aufgabe des Bereichs Recht.

Die Wahrnehmung dieser Aufgabe erfolgt grundsätzlich durch interne Mitarbeiter. Falls notwendig, werden externe Anwaltskanzleien zur Unterstützung eingeschaltet.

Im Kreditgeschäft und kreditnahen Geschäft wird ein textbausteinbasiertes Mustervertragssystem verwendet, mit dem insbesondere Kredit- und Sicherheitenverträge erstellt werden können. Abweichungen von diesen Mustern werden durch den Bereich Recht geprüft und freigegeben. Alle Vertragsmuster werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob Anpassungen aufgrund von gesetzgeberischen Änderungen oder Rechtsprechungen erforderlich sind.

Daneben werden insbesondere Rechtsentwicklungen, die von direkter Bedeutung für das Geschäft der Bank sind, durch Mitwirkung in Gremien und Ausschüssen der Aufsichtsbehörden und des Bundesverbandes deutscher Banken begleitet. Gegenwärtig werden so insbesondere die zahlreichen Gesetzgebungsvorschläge zur Änderung des Aufsichtsrechts beobachtet.

In rechtlichen Auseinandersetzungen sichert der Bereich Recht durch Einsatz spezialisierter Mitarbeiter, die in besonderer Weise Zugang zu den in der Gesellschaft und im Konzern verfügbaren Informationen erhalten, sowie eine leistungsfähige technische Infrastruktur die Wahrung der Rechtspositionen der Gesellschaft und des Konzerns und die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Im Rahmen des Managements der Rechtspositionen der IKB schließt die Gesellschaft mit potenziellen Anspruchstellern und -gegnern verjährungshemmende und Vergleichsvereinbarungen. Soweit Risiken erkennbar sind, wird eine entsprechende Vorsorge getroffen.

Die IKB und zum Konzern gehörende Gesellschaften sind an rechtlichen Verfahren beteiligt. Anhängige Verfahren gegen die IKB und/oder zum Konzern gehörende Gesellschaften, die einen Streitwert von mehr als 15 Mio. € haben oder aus anderen Gründen für die IKB von Bedeutung sind, werden nachfolgend zusammenfassend dargestellt:

Rechtsstreitigkeiten wegen angeblich fehlerhafter Kapitalmarktinformation

Gegen die Gesellschaft sind seit Ausbruch der Krise im Sommer 2007 ursprünglich mehr als 140 Klagen von Anlegern in IKB-Papieren erhoben worden. Diese Klagen stützten sich auf angeblich falsche Inhalte der Pressemitteilung vom 20. Juli 2007, zum Teil aber auch auf angeblich falsche Inhalte der Bilanzpressekonferenz vom 28. Juni 2007 oder auf vermeintlich fehlerhafte Kapitalmarktinformation noch vor diesem Zeitpunkt.

Die genannten gerichtlichen Verfahren beliefen sich zwischenzeitlich insgesamt auf einen (vorläufigen) Gesamtstreitwert von rund 14,6 Mio. €. Daneben sind weitere Aktionäre sowie Anleger in anderen IKB-Papieren außergerichtlich an die Gesellschaft mit der Forderung auf Schadenersatz herangetreten.

Bislang sind bereits mehr als 130 dieser Anlegerklagen mit zum Teil rechtskräftigen Urteilen für die Bank oder Klagerücknahmen endgültig beendet worden; in zwei Fällen ist die Bank zu einer Zahlung verurteilt worden. Derzeit liegen dem Bundesgerichtshof (BGH) sieben Nichtzulassungsbeschwerden vor.

In einer Nichtzulassungsbeschwerde hat am 15. November 2011 vor dem XI. Zivilsenat des BGH eine mündliche Verhandlung stattgefunden. Am 13. Dezember 2011 hatte der Senat die Klage an das Oberlandesgericht Düsseldorf zurückverwiesen. Nach den Ausführungen des Senats scheiden deliktische Anspruchsgrundlagen in dem dort behandelten Fall aus.

Die IKB hält auch die noch nicht rechtskräftig abgewiesenen Klagen von Anlegern (mit einem verbleibenden vorläufigen Streitwert von rund 0,75 Mio. €) sowie die o. g. außergerichtlichen Schadenersatzforderungen weiterhin für unbegründet. Es ist aber auch mehr als fünf Jahre nach Ausbruch der Krise der Gesellschaft immer noch nicht gänzlich auszuschließen, dass weitere Anleger Schadenersatzklagen gegen die Gesellschaft geltend machen, was das Gesamtrisiko bei einer erfolgreichen Inanspruchnahme entsprechend erhöhen könnte.

Weitere Rechtsstreitigkeiten

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die IKB in Bezug auf ihre Aktivitäten und Tätigkeiten sowie die Aktivitäten und Tätigkeiten der IKB Credit Asset Management GmbH im Rahmen von Rhineland Funding Capital Corporation LLC (RFCC), Delaware, und/oder Rhinebridge von an diesen Transaktionen beteiligten Parteien auf Schadenersatz in Anspruch genommen wird. Allerdings erfolgte eine Reduktion der Rechtsrisiken durch einen Vergleich im Verfahren mit Iowa Student Loan und King County im Kontext der Transaktion Rhinebridge.

Die KfW hat die IKB mit Vereinbarung vom 10./16. September 2008 in bestimmtem Umfang von Ansprüchen aus Rechtsstreitigkeiten u. Ä. (einschließlich damit zusammenhängender Verfahrenskosten) freigestellt, die im Zusammenhang mit RFCC, Rhinebridge oder den Havenrock-Gesellschaften wegen vor dem 29. Oktober 2008 eingetretener Ereignisse gegen die IKB gerichtet werden.

Auch wenn die Freistellung betragsmäßig begrenzt ist, geht die IKB davon aus, dass die erkennbaren Rechtsrisiken aus den durch die Freistellungserklärung erfassten Transaktionen durch die Freistellung gedeckt sind. Die IKB unterliegt in diesem Zusammenhang umfangreichen Informations-, Auskunft-, Mitwirkungs- und Handlungspflichten gegenüber der KfW. Ansprüche von Aktionären der IKB oder Anlegern in Finanzinstrumenten, die an die Entwicklung der IKB-Aktien gekoppelt sind, sind nicht von der Freistellung erfasst.

Wenn die IKB eine mit einem konkreten von der Freistellungsvereinbarung umfassten Anspruch im Zusammenhang stehende Verpflichtung aus der Freistellungsvereinbarung schuldhaft verletzt, erlischt unter bestimmten Voraussetzungen der Freistellungsanspruch in Bezug auf diesen konkreten Anspruch. Der Vorstand erachtet das Risiko einer Pflichtverletzung als gering, da zur Sicherstellung der vertraglichen Verpflichtungen der IKB die notwendigen Umsetzungsschritte für die Einhaltung eines vertragskonformen Verhaltens in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der KfW detailliert bestimmt und schriftlich dokumentiert wurden. Die Ansprüche der IKB auf Freistellung erlöschen zudem rückwirkend, wenn der Aktienkauf- und Übertragungsvertrag oder die dingliche Anteilsübertragung zwischen KfW und LSF6 Europe Financial Holdings, L.P., Delaware, Dallas/USA (LSF6 Europe), nichtig sind oder werden oder eine der Parteien ein Gestaltungsrecht ausübt, das zur Rückabwicklung der im Hinblick auf das Verpflichtungsgeschäft erbrachten Leistung berechtigt. Darüber hinaus erlöschen die Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung, wenn auch bei Berücksichtigung der Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung bei der IKB ein Insolvenzgrund vorliegt oder ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der IKB gestellt wird.

Von Lehman Brothers arrangierte CDOs

Die Bank investierte in strukturierte Kreditprodukte (ursprünglich fünf synthetische CDOs mit einem Nominalvolumen von insgesamt 334 Mio. € und 213 Mio. US-\$), innerhalb derer Lehman Brothers als Absicherungsnehmer über eine Zweckgesellschaft fungierte. Nach der Insolvenz von Lehman Brothers bestand Streit über die Rangfolge der Ausschüttung der Transaktionssicherheiten. Die Bank hat die Streitigkeiten im Rahmen außergerichtlicher Gespräche durch Vergleiche beendet. Der erste Vergleich über eine US-rechtliche Transaktion wurde im Juli 2012 geschlossen. Ein weiterer Vergleich, der die übrigen vier Transaktionen umfasste, wurde im November 2013 vereinbart. Daher bestehen aus diesem Kontext keine weiteren Rechtsrisiken.

Beihilfe-Verfahren

Die EU-Kommission hatte der IKB mit der Beihilfe-Entscheidung vom 21. Oktober 2008 umfangreiche Auflagen erteilt. Die EU-Kommission hat der IKB mit Schreiben vom 12. Juli 2013 die Einstellung der noch fortbestehenden laufenden Überwachung der Auflagenerfüllung mitgeteilt. Ungeachtet dessen wird die IKB die aus rechtlichen Gründen noch offene Abwicklung der IKB International S.A. und der ehemaligen 50%igen Beteiligung an der Movesta Lease and Finance GmbH fortführen und abschließen.

Aktienrechtliche Sonderprüfung

Im August 2009 hatte das Landgericht Düsseldorf auf Antrag von Aktionären beschlossen, einen Sonderprüfer zu bestellen, der bei der IKB überprüfen sollte, ob Mitglieder des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit bestimmten Vorgängen bezüglich der IKB-Krise begangen haben. Das Landgericht hatte den Auftrag zur Durchführung der Sonderprüfung Herrn Dr. Harald Ring, Mitglied des Vorstands der Treuhand- und Revisions-Aktiengesellschaft Niederrhein, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft in Krefeld, erteilt.

Rechtsbehelfe der IKB gegen die gerichtliche Bestellung des Sonderprüfers blieben aufgrund gerichtlicher Entscheidungen aus Dezember 2009 und März 2010 erfolglos. Im Nachgang zu diesen gerichtlichen Entscheidungen hatte Herr Dr. Ring seine Tätigkeit als Sonderprüfer wieder aufgenommen.

Ende Februar 2014 legte Herr Dr. Harald Ring seinen 1.836 Seiten umfassenden Abschlussbericht der IKB vor. Nach geltendem Aktienrecht hat der Vorstand einer Aktiengesellschaft zunächst Gelegenheit zur Prüfung, ob bei Gericht gegebenenfalls beantragt werden soll, bestimmte Tatsachen nicht in den Bericht aufzunehmen. Dies kann nach den Kriterien des § 145 Abs. 4 AktG aufgrund überwiegender Belange der Gesellschaft geboten sein. Für diese Prüfung hatte der gerichtlich bestellte Sonderprüfer der IKB eine Frist bis zum 17. April 2014 eingeräumt.

Am 17. April 2014 stellte die IKB beim Landgericht Düsseldorf einen Antrag auf Durchführung eines solchen Schutzverfahrens. In diesem Rahmen hat die IKB in Wahrnehmung ihrer Fürsorgepflicht gegenüber ihren Mitarbeitern beantragt, personenbezogene Daten von Mitarbeitern der Bank aus datenschutzrechtlichen Gründen im Bericht unkenntlich zu machen. Die vollständige Nennung von Namen der vorgenannten Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats wird durch den Schutzantrag nicht tangiert.

Die IKB geht davon aus, dass der Sonderprüfungsbericht nach Abschluss dieses gerichtlichen Verfahrens in der dann maßgeblichen Fassung zum Handelsregister eingereicht wird. Ab diesem Zeitpunkt haben Aktionäre einen Anspruch auf Erteilung einer Abschrift. Erst nach Abschluss des gerichtlichen Verfahrens hat der Vorstand den Sonderprüfungsbericht bei Einberufung der dann nächsten Hauptversammlung als Gegenstand der Tagesordnung bekanntzumachen.

Der Bericht kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass den damaligen Mitgliedern des Aufsichtsrats im Zusammenhang mit den krisenauslösenden Ereignissen keine Pflichtverletzungen vorzuwerfen sind. Für die damaligen Mitglieder des Vorstands stellt der Sonderprüfungsbericht zwar vereinzelt Pflichtverletzungen fest. Diese hätten jedoch nicht oder jedenfalls nicht mit hinreichender Sicherheit zu der späteren Krise der IKB geführt.

Insgesamt ist nicht auszuschließen, dass aufgrund der Sachverhaltsangaben und Wertungen des Sonderprüfers Klagen Dritter gegen die Gesellschaft ausgelöst werden. Die IKB geht davon aus, dass solche Klagen erfolglos bleiben werden.

Die IKB prüft auf Basis der insgesamt vorliegenden Informationen nunmehr abschließend das Bestehen und die Durchsetzbarkeit von Schadenersatzansprüchen gegen die während des relevanten Zeitraums amtierenden Organmitglieder. In diese Prüfung werden die Ergebnisse der Sonderprüfung einbezogen.

Anfechtungsklagen gegen die Beschlüsse von Hauptversammlungen

Gegen die Beschlüsse der nachfolgenden Hauptversammlungen sind derzeit noch Anfechtungs- und Nichtigkeitssklagen rechtshängig:

- Hauptversammlung vom 28. August 2008 (Tagesordnungspunkt 6: Aufsichtsratswahlen),
- Hauptversammlung vom 25. März 2009 (u. a. Tagesordnungspunkte 3 und 4: Aufhebung der Sonderprüfung bezüglich des Vorstands und des Aufsichtsrats).

Hinsichtlich der Hauptversammlungen vom 27. März 2008, 28. August 2008 und 25. März 2009 sind ferner Auskunftserzwingungsverfahren gemäß § 132 AktG bei Gericht anhängig.

Derivatgeschäft

Vereinzelt wurden von Kunden die Beratungsleistungen der Bank im Zusammenhang mit bestimmten Swap-Produkten moniert. In sechs Fällen wurden Klagen rechtshängig gemacht. Eines dieser rechtshängigen Verfahren wurde zwischenzeitlich beendet, ein weiteres befindet sich in der zweiten Instanz. Der vorläufige Gesamtstreitwert sämtlicher anhängiger Verfahren beträgt ca. 15,3 Mio. €.

IT-Risiken

Im Bereich der IT-Risiken liegen die Schwerpunkte in Maßnahmen zur Weiterentwicklung des bankweiten Notfallmanagements, der Sicherheit der IT-Systeme sowie der Sicherheit des Datenbestandes. Hierzu gehört die kontinuierliche Verbesserung des Informationssicherheits-Managements, das auf dem internationalen Standard ISO 27001 und dem „Grundschutzhandbuch“ des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik aufbaut.

Außerdem wird die System- und Netzwerksicherheit kontinuierlich an die sich verändernde externe Bedrohungslage angepasst. Risiken für die Infrastruktur werden durch die Verteilung auf zwei räumlich getrennte Rechenzentren minimiert.

Die IT-internen Service-Management-Prozesse orientieren sich an der „IT Infrastructure Library (ITIL)“ und deren Überwachung und Kontrolle an „Control Objectives for Information and Related Technology (CobiT).“

Ein ebenfalls wichtiger Bestandteil der Vorsorge ist die Weiterbildung der Mitarbeiter.

Unterstützt und verifiziert werden diese Maßnahmen durch regelmäßige Prüfungen und Notfallübungen. Das Managementsystem für die Informationssicherheit (ISMS) wird regelmäßig vom TÜV Rheinland auf Basis der ISO 27001 zertifiziert. Die Auslagerung von IT-Dienstleistungen wird im Rahmen des ISMS berücksichtigt, insbesondere werden die Datensicherheit und Datenschutzaspekte wesentlicher Auslagerungen durch eigene Zertifikate qualitätsgesichert.

Compliance-Risiken

Als Kreditinstitut unterliegt die IKB unter anderem den Rechtsnormen des KWG, Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) und Geldwäschegesetzes (GwG), woraus Pflichten zur Vermeidung von Marktmissbrauch und Interessenkonflikten, zur ordnungsgemäßen Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen sowie zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbarer Handlungen entstehen. Weiterhin sind die regulatorischen Vorgaben in Rundschreiben der BaFin wie z. B. den „Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion und die weiteren Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach §§ 31 ff. WpHG für Wertpapierdienstleistungsunternehmen (MaComp)“ und den MaRisk umzusetzen.

Die Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen erfolgt durch den üblichen, dreistufigen Organisationsaufbau, bei dem in der sogenannten ersten Verteidigungslinie („1st line of defense“) die Mitarbeiter auf Marktseite und in den unterstützenden Back-Office-Bereichen Dokumentations- und Verhaltenspflichten wahrnehmen. Die fachliche Beratung und Begleitung der Marktbereiche über Compliance-Erfordernisse, die Durchführung von Überwachungshandlungen sowie die Führung zentraler Verzeichnisse und Register finden präventiv und prozessbegleitend durch die Compliance-Funktion als sogenannte zweite Verteidigungslinie („second line of defense“) statt. Die unabhängige Überwachung der Geschäftstätigkeit des Konzerns in Bezug auf Vorgaben zur Geldwäscheprävention wird durch die Geldwäschebeauftragten der IKB AG im Inland, den lokalen Geldwäschebeauftragten in den Auslandsniederlassungen und die Beauftragten der Tochtergesellschaften sichergestellt. Die Berichterstattung des Compliance-Beauftragten und des Geldwäschebeauftragten erfolgt jährlich und anlassbezogen an den Vorstand sowie für die Compliance-Funktion auch an den Aufsichtsrat. Die Konzernrevision schließlich prüft prozessunabhängig die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Grundsätze, Mittel und Verfahren als sogenannte dritte Verteidigungslinie („third line of defense“).

Aus den in den vergangenen Jahren neu entwickelten Geschäftsaktivitäten der IKB erwachsen gesetzliche Folgepflichten für den Handel mit Finanzinstrumenten, die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen sowie die Anlageberatung von Kunden. Für neue Produkte sind Neuprodukt-Prozesse durchzuführen, welche von der Compliance-Funktion und der Geldwäscheprävention begleitet werden. Mit den ganz überwiegend professionellen Kunden gibt es einen Austausch über eine Vielzahl sensibler Informationen im Zusammenhang mit der Erbringung des Kredit- und Beratungsgeschäfts. Aufgrund der damit verbundenen hohen Anzahl von Insidern in der Bank bedarf es vielfältiger Compliance-Maßnahmen, diese Informationen gegen interessenswidrigen Gebrauch zu schützen. Besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die Einrichtung von Vertraulichkeitsbereichen, die Führung des Insider-Verzeichnisses und die Durchführung der Mitarbeitergeschäftskontrolle. Damit die unterschiedlichen Anfor-

derungen durch die Mitarbeiter der 1st line beachtet werden, werden durch die Compliance-Funktion und die Geldwäsche-/Betrugsprävention regelmäßig Schulungen durchgeführt. Ferner werden Einzelmaßnahmen sowie Abläufe in Organisationsanweisungen/Handbüchern geregelt. Zudem werden die Mitarbeiter fortlaufend über aktuelle regulatorische Entwicklungen informiert. Die Compliance-Funktion führt außerdem die Register für Interessenkonflikte, Zuwendungen, Finanzanalysen/Wertpapiermitteilungen sowie das Insiderverzeichnis. Die Zentrale Stelle administriert das Fraud-Register sowie das interne Hinweisgeber-System. Das Zentrale Beschwerderegister liegt im Bereich Recht.

Insgesamt unterliegt die IKB aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit einem geringeren Geldwäscherisiko als Institute mit Schaltergeschäft und Zahlungsverkehr im Kundenauftrag. Bezogen auf ihre Geschäftstätigkeit hat die IKB insgesamt angemessene Schutzmaßnahmen getroffen und umgesetzt. Das Einlagen- und Depotgeschäft mit Privatkunden wird im Rahmen des laufenden Auslagerungs-Controlling überwacht.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur und der darauf aufbauenden Aktualisierung der Gefährdungsanalyse Anti Money Laundering und Fraud-Prevention wurden bezüglich der Geschäftstätigkeit der IKB im Vergleich zu den Vorjahren leicht erhöhte Risiken bezüglich Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung identifiziert. Hintergrund ist die Zunahme von Geschäftstätigkeiten mit Vertragspartnern und wirtschaftlich Berechtigten außerhalb der EU und der Schweiz sowie Geschäftsaktivitäten mit komplexen fremdnützigen Gestaltungen, z. B. Fonds. Diesen Risiken wird mittels risikoadäquater Einzelfallprüfungen Rechnung getragen. Die geschäftspolitische Ausrichtung auf Beratungsprodukte ist mit einem reduzierten Geldwäscherisiko verbunden.

Auch die Risiken aus betrügerischen und sonstigen strafbaren Handlungen zu Lasten des Instituts werden durch die Zentrale Stelle gemäß § 25c KWG in der Gefährdungsanalyse analysiert und bewertet. Insgesamt wird hier ein geringes bis mittleres Risiko gesehen. Der IKB drohen danach keine branchenunüblichen und übermäßigen Betrugsrisiken.

Die Compliance-Funktion verfolgt im Interesse eines angemessenen effizienten Ressourceneinsatzes und im Hinblick auf das Gebot der Verhältnismäßigkeit einen risikobasierten Ansatz. Sie führt regelmäßig (mindestens jährlich) eine Risikoanalyse durch, um Risiken hinsichtlich der Beachtung der relevanten aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu identifizieren und Schwerpunkte für die laufende Beratungs- und Überwachungstätigkeit ermitteln zu können. Die Überwachungshandlungen der Compliance-Funktion werden auf der Basis eines risikobasierten Überwachungsplans durchgeführt. Zur Vermeidung der aus entsprechenden Compliance-Risiken erwachsenden Gefährdungslage beobachtet die Compliance-Funktion fortlaufend die relevante Rechtsprechung und die regulatorischen Entwicklungen, wertet Fachliteratur aus und arbeitet in Verbänden und Ausschüssen, um frühzeitig Handlungsbedarf zu erkennen und zu adressieren.

Darüber hinaus hat die IKB ein Compliance-Regelwerk implementiert, in dem zum einen die Verhaltensanforderungen bezüglich der Wertpapier-Compliance (Compliance-Konzept) für alle Mitarbeiter verbindlich festgelegt und zum anderen für die wesentlichen Bereiche der erbrachten Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen Prozessvorgaben (Organisationsanweisungen) beschrieben sind. In einem Code of Conduct hat die IKB darüber hinaus einen Verhaltenskodex formuliert, der die Wertvorstellungen und Überzeugungen der IKB abbildet. Die im Code of Conduct der IKB benannten Grundsätze enthalten die Anforderungen an das Verhalten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sämtlichen Standorten des Konzerns. Sie bilden den verbindlichen Orientierungsrahmen für das Tagesgeschäft.

Personalrisiken

Das Management der Personalrisiken liegt in der Verantwortung der einzelnen Zentralbereiche und Markteinheiten in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich. Hierzu gehört nicht nur die Notwendigkeit einer angemessenen Personalausstattung zur Umsetzung der betrieblichen und strategischen Erfordernisse, son-

dem auch die Aufrechterhaltung der erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiter, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten benötigen. Die IKB setzt zu diesem Zweck ein umfassendes und kontinuierliches Aus- und Weiterbildungsmanagement ein, um das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter aufrechtzuerhalten. Um dem Risiko Rechnung zu tragen, dass es zu nachhaltigen Störungen des Betriebsablaufes aufgrund der Abwesenheit oder des Ausscheidens von Mitarbeitern kommt, bestehen in der IKB eindeutige Vertretungsregelungen und prozessuale Vorgaben, die regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Aufgrund der umfangreichen Reorganisation der Bank kam es in den letzten Jahren zu einem erheblichen Arbeitsplatzumbau sowie einer Reduzierung von Arbeitsplätzen. Bestehende Strukturen und gewachsene Prozesse wurden angepasst. Aufgrund der klaren Regelungen im Interessenausgleich und Sozialplan, der bis zum 31. März 2014 Geltung hatte, sowie der stabilen Führungsstrukturen ist die Reorganisation ohne nennenswerte Ineffizienzen oder erhöhte Fehlerneigung gelungen. Die umgesetzten Kostensenkungs- und Restrukturierungsmaßnahmen bezogen sich im Wesentlichen auf den Standort Düsseldorf.

Die Anzahl der Personalabgänge und der Neueinstellungen hielten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013/14 annähernd die Waage. Die Abgänge verteilten sich gleichsam auf alle Bereiche der Bank. Befürchtete Personalengpässe aufgrund des Mitarbeiterabbaus im Rahmen der Restrukturierung traten nur in wenigen Einzelfällen auf. Als risikomindernd kann in diesem Zusammenhang gewertet werden, dass es weiter gelungen ist, eine Reihe hochqualifizierter neuer Mitarbeiter und Führungskräfte zu rekrutieren.

Aufgrund der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) hat die IKB im Geschäftsjahr 2013/14 diverse Anpassungen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben vorgenommen. Hierzu gehören die Anpassung interner Regelungen und Prozesse (u. a. Mitarbeitergespräch, § 4 InstitutsVergV a.F.).

Im Zuge der Umsetzung der novellierten InstitutsVergV vom 16. Dezember 2013 werden die gesetzlichen Neuerungen bei der IKB dazu führen, dass sie bedeutendes Institut wird. Aufgrund des gebrochenen Geschäftsjahres bei der IKB werden die Anpassungen nach Rücksprache mit der BaFin erst mit Beginn des neuen Geschäftsjahres 2014/15 umgesetzt. In Bearbeitung sind aktuell u. a. noch die Risikoanalyse zur Identifizierung der Risktaker, die Verhandlung der neuen Betriebsvereinbarungen zur variablen Vergütung sowie die Anpassung der Arbeitsverträge und der internen Regelungen. Es wurde bereits zum 1. April 2014 ein Vergütungsbeauftragter und dessen Stellvertreterin ernannt, ein Vergütungskontrollausschuss installiert, die Ableitung der Ziele im Rahmen der Mitarbeitergespräche aus der Geschäfts- und Risikostrategie konkretisiert sowie die neuen Kontrolleinheiten definiert und schriftlich fixiert.

Strategische Risiken und Reputationsrisiken

Strategische Risiken betreffen die Gefährdung der langfristigen Erfolgsposition der Bank. Diese können durch Veränderungen im rechtlichen oder gesellschaftlichen Umfeld sowie durch Veränderungen der Markt-, Wettbewerbs- und Refinanzierungsbedingungen entstehen.

Da es für strategische Risiken keine Regelmäßigkeiten gibt, sind sie als Spezialrisiken in einem integrierten System quantitativ schwer erfassbar und werden auf qualitativem Wege bewertet. Sie stehen deshalb unter besonderer und kontinuierlicher Beobachtung des Vorstands und des Zentralbereiches Strategische Planung und Beteiligungsmanagement. Hierzu gehört die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsstrategie durch den Vorstand unter Berücksichtigung der Implikationen auf den Planungsprozess. Darüber hinaus findet eine Überprüfung der geschäftsstrategischen Ziele, Maßnahmen und Risiken kontinuierlich im Rahmen des Strategie- und Risikoausschusses, der Vorstandsklausurtagungen sowie der Vorstandssitzungen statt. Hieraus erwachsen strategische Initiativen und Optimierungsmaßnahmen.

Reputationsrisiken sind die Gefahr von Verlusten, sinkenden Erträgen, steigenden Kosten oder einem verringerten Unternehmenswert aufgrund einer Verschlechterung des Ansehens der Bank in der Öffentlichkeit, vor allem bei Kunden, Ratingagenturen, Mitarbeitern und Anteilseignern. Reputationsrisiken resultieren häufig aus anderen Risikoarten und verstärken diese durch deren Öffentlichkeitswirkung. Die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Reputationsrisikos oder die Konsequenzen eines Eintritts lassen sich in aller Regel nicht quantifizieren.

Das Management des Reputationsrisikos in der IKB wird durch den Vorstand wahrgenommen. Beim Management von Reputationsrisiken wird einer verantwortungsvollen Kommunikation mit allen Interessengruppen ein hoher Stellenwert beigemessen.

Geschäftsrisiken

Unter Geschäftsrisiko versteht die Gesellschaft unerwartete negative Planabweichungen bei den Zins- und Provisionserträgen und bei den betrieblichen Aufwendungen infolge verschlechterter Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens sowie aufgrund geänderter wirtschaftlicher oder rechtlicher Rahmenbedingungen.

Das operative Management des Geschäftsrisikos – also die Reduktion der Gefahr einer negativen Veränderung der Ertragslage innerhalb der mit dem Vorstand vereinbarten Geschäftsstrategie – liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Geschäftsfeldes, Zentralbereiches und jeder Tochtergesellschaft. Der Bereich Finanzen erstellt im Rahmen des Ergebniscontrollings monatlich Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen und legt dem Vorstand wöchentlich Management-Reports vor, in denen Plan/Ist-Abweichungen bei den Erträgen und dem Vermögen identifiziert und analysiert werden. Dies stellt die Basis für eine kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos dar. Der Vorstand ist damit in der Lage, auch kurzfristig auf negative Entwicklungen zu reagieren.

Die Quantifizierung des Geschäftsrisikos für die Risikotragfähigkeit erfolgt mittels eines Modells auf Basis der statistisch ermittelten Kosten- und Erlösvolatilitäten, das die historischen Abweichungen des tatsächlichen Provisions- und Zinsergebnisses und der betrieblichen Aufwendungen von den Planwerten errechnet. Das hierdurch gebundene ökonomische Kapital wird im Rahmen der regelmäßigen Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Risikoreporting

Die Abweichungen von den Planungs- und Zielgrößen aus Risikosicht werden monatlich an den Vorstand sowie die jeweiligen Zentralbereichs- und Marktbereichsleitungen berichtet, um frühzeitig gegensteuern zu können. Damit stehen allen Markt- und Zentralbereichen die für sie notwendigen Informationen zeitnah und umfassend zur Verfügung.

Beteiligungsrisiken

Da die einzelnen wesentlichen Adressausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, Geschäfts- und operationellen Risiken im Beteiligungsportfolio bereits bei den einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden, wird das Beteiligungsrisiko (im Sinne von Dividendenausfall, Buchwertabschreibungen, Veräußerungsverlusten und Reduktion der stillen Reserven) selbst nicht als eigenständige wesentliche Risikoart eingestuft.

Die IKB verfolgt das Ziel, die Anzahl der Tochtergesellschaften bzw. Beteiligungen niedrig zu halten.

Die Bank unterscheidet kreditsubstituierende und strategische Beteiligungen. Kreditsubstituierende Beteiligungen sind insbesondere Beteiligungen im Rahmen des Produktangebots der Bank. Strategische Beteili-

gungen geht die Bank ein, um einen nachhaltigen (strategischen) Mehrwert zu erzielen. Die Bank unterscheidet dabei strategische Beteiligungen, die das Kunden- und Marktpotenzial erweitern sollen und Bestandteil des Geschäftsmodells sind, sowie strategische Beteiligungen an (Gemeinschafts-)Unternehmen, die mit dem Ziel eingegangen werden können, das Produktangebot zu ergänzen, Synergien zu erschließen und neue Zielkunden zu erreichen (Kooperationen/Joint Ventures). Ergänzt werden diese um Beteiligungen an Unternehmen, die Dienstleistungen für die Bank erbringen (Outsourcing von Dienstleistungen), oder die Verbundbeteiligungen und Vorratsgesellschaften darstellen. Die strategischen Beteiligungen werden einmal jährlich einer Wesentlichkeitsprüfung unterzogen. Die sich daraus ergebenden wesentlichen Beteiligungen werden in den vierteljährlichen Beteiligungsreport übernommen.

Der Bereich Strategische Planung und Beteiligungsmanagement übernimmt bzw. koordiniert die operativen Beteiligungsprozesse. Der Bereich Recht verantwortet die Prüfung und Gestaltung aller gesellschafts- und aufsichtsrechtlichen Sachverhalte und berät hinsichtlich der rechtlichen Aspekte von strategischen Entscheidungen sowie bei der Wahrnehmung der Gesellschafterfunktionen. Dem Bereich Finanzen obliegen das Beteiligungscontrolling und die Bewertung der strategischen Beteiligungen. Die Kompetenzen für Entscheidungen über strategische Beteiligungen liegen grundsätzlich beim Gesamtvorstand; in wenigen, definierten Einzelfällen (beispielsweise Kapitalentscheidungen bis 500.000 € oder Mandatsentscheidungen) obliegt die Entscheidungsbefugnis dem jeweils zuständigen Vorstandsmitglied alleine. Dem Aufsichtsratspräsidium obliegt die Zustimmung zum Erwerb, zur Veräußerung oder zur Gründung von Unternehmen, sofern der Gegenstand des jeweiligen Geschäfts 5 % des haftenden Eigenkapitals der IKB übersteigt oder aufsichtsrechtliche Normen dieses Vorgehen verlangen.

Die wesentlichen Tochter- und Beteiligungsunternehmen der IKB sind im Rahmen des Geschäftsverteilungsplans disziplinarisch und fachlich einzelnen Vorstandsmitgliedern zugeordnet. Demnach ist für die Tochtergesellschaften der IKB Leasing-Gruppe, die IKB Finance B.V. sowie die IKB Capital Corporation i.L. Herr Dr. Wiedmann, für die MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH i.L., die IKB International S.A. in Liquidation sowie die abzuwickelnden bzw. zu verkaufenden Immobilientöchter Herr Dr. Glüder, für die IKB Data GmbH Herr Momburg und für die IKB Invest-Gruppe Herr Schüttler zuständig.

Die Einbindung der Beteiligungsgesellschaften in die Umsetzung der konzernweiten Geschäfts- und Risikostrategie erfolgt mittels jährlich stattfindender Beteiligungs-Workshops unter Leitung des Bereichs Finanzen für jede wesentliche strategische Beteiligung, in denen Performance-Ziele und Risikolimits festgelegt werden. Ebenfalls mindestens jährlich und anlassbezogen nimmt der Bereich Finanzen die Bewertung der strategischen Beteiligungen vor. Darüber hinaus finden regelmäßig Analysen und Diskussionen mit dem Management der Beteiligungen zum frühzeitigen Erkennen von Fehlentwicklungen und zur Einleitung adäquater Maßnahmen statt.

Die Bestimmung der wesentlichen Risiken der Beteiligungsgesellschaften erfolgt im Rahmen einer jährlichen konzernweiten Risikoinventur, deren Bewertung durch den Bereich Risikocontrolling erfolgt. Alle als wesentlich eingestufteten Risiken der Beteiligungsunternehmen sind in das Risikocontrolling auf Gruppenebene einbezogen.

Zur Einhaltung einer angemessenen Kernkapitalquote für die IKB AG und die IKB-Gruppe erfolgen innerhalb der Gruppe interne Transaktionen zur Reallokation von risikogewichteten Aktiva und zum Ausgleich der Kapitalquoten.

Gesamtaussage zur Risikosituation

Die IKB hat im Berichtsjahr einen Konzerngewinn erzielt. Sie hat insbesondere das harte Kernkapital und die CET 1-Quote der Gruppe unterjährig und zum Geschäftsjahresende durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gestärkt. Daraus ergaben sich sowohl positive Effekte für eine erhöhte Risikotragfä-

higkeit als auch zusätzliche Spielräume im derzeit laufenden Comprehensive Assessment (CA) der EZB. Nach wie vor bestehen Zweifel an der Nachhaltigkeit der „Gesundung“ des Euro-Raums, sei es wegen nachlassendem Reformeifer oder aufkommender Furcht vor deflationären Tendenzen. Eine weitere Unsicherheit birgt der schwelende Konflikt in der Ukraine. Auch vor diesem Hintergrund ist die Stärkung des Kernkapitals im Berichtsjahr im Hinblick auf mögliche Umschwünge in einem noch fragilen Kapitalmarktumfeld hilfreich.

Derzeit sind die Benchmarks der EZB, die sie im Rahmen des CA (8 % jeweils für den Asset Quality Review (Bilanztest) und für das Baseline-Szenario des Stresstests sowie 5,5 % für das Adverse-Szenario des Stresstests) gesetzt hat, für die IKB die maßgeblichen Mindestzielgrößen für die eigene harte Kernkapitalquote. Die IKB weist zum Geschäftsjahresende eine CET 1-Quote nach CRR/CRD IV von 10,4 % in der Gruppe aus und verfügt somit über einen Puffer im Rahmen des CA der EZB, der für potenzielle erhöhte Anforderungen aus dem Bilanztest und/oder den Stresstests zur Verfügung steht. Die Höhe der endgültigen Zusatzanforderungen an das harte Kernkapital bleibt voraussichtlich bis Oktober 2014 für alle von der EZB beaufsichtigten Banken ungewiss. Diese Unsicherheit kann sich durchaus auch negativ auf die im letzten Geschäftsjahr beobachtete Aufhellung an den europäischen Kapitalmärkten auswirken. Die IKB beabsichtigt, ihre harte Kernkapitalquote weiter durch gezielte Maßnahmen zu steigern.

Die Risikotragfähigkeit im Sinne des Going Concern, wie sie derzeit durch die nationalen aufsichtlichen Regelungen der MaRisk gefordert ist, ist für die nächsten zwölf Monate und einen darüber hinausgehenden Zeitraum von weiteren zwei Jahren unter Berücksichtigung der Planungen der Bank unverändert und ohne Einschränkung gegeben. Auch hier sind die Handlungsspielräume, gemessen an der freien Risikodeckungsmasse, gestiegen. Die Risikotragfähigkeit in der Liquidationssicht hat sich ebenfalls deutlich verbessert. Aus Sicht der IKB besteht unverändert nicht die Gefahr, dass Risiken bezüglich großer Mitgliedsstaaten des Euro in nächster Zeit schlagend werden und damit die Bank gefährden könnten.

Mit Blick auf den Prozess der Bankenunion sowie die anstehende Verabschiedung des Abwicklungsregimes für Banken in der EU bleibt es erforderlich, dass die IKB die von ihr benötigten Euro-Wertpapiere (EZB-Fähigkeit, Berücksichtigung bei der LCR – Liquidity Coverage Ratio) zwischen den Staatsadressen streut und daneben weiterhin fast ausschließlich auf gedeckte Schuldverschreibungen (Pfandbriefe, Covered Bonds etc.) guter Qualität zurückgreift. Durch das anhaltend niedrige Zinsniveau wird die Erzielung von angemessenen Zinserträgen grundsätzlich erschwert. Das Wertpapierportfolio der IKB hat aufgrund der Entspannung an den Kapitalmärkten während des Geschäftsjahres 2013/14 an Wert gewonnen. Die Zinsansprüche aus dem Wertpapierportfolio tragen zur Stabilisierung des Zinsüberschusses im Umfeld eines sehr niedrigen Zinsniveaus bei. Das Kreditgeschäft mit Unternehmenskunden ist nach wie vor durch eine stabile Situation mit Blick auf die deutschen Unternehmen gekennzeichnet. Die deutschen Unternehmen zeigten sich trotz der Rezession in vielen Ländern Europas im vergangenen Kalenderjahr in einer guten bis sehr guten Verfassung. Diese derzeit günstige Situation könnte vor allem gefährdet werden, wenn der Ukraine-Konflikt eine unerwünschte Eigendynamik entwickeln würde. Die aktuell zu beobachtende Wettbewerbssituation unter den Banken in Deutschland birgt das Risiko unangemessener Margen. Die IKB hält ihre hohen Profitabilitäts- und Risikostandards aufrecht.

Die Situation für Unternehmensfinanzierungen in Italien, Spanien und Frankreich stellt sich deutlich schwieriger als in Deutschland dar. Allerdings machen diese Länder nur noch einen kleinen Anteil am gesamten Portfolio der IKB an Unternehmenskrediten aus. Im Übrigen hat die im Geschäftsjahr gebildete Risikovor-sorge zu hohen Deckungsquoten geführt. Zum Geschäftsjahresende gibt es für die angespannte wirtschaftliche Situation in den genannten anderen EU-Ländern erste Besserungstendenzen; wie nachhaltig diese Entwicklung sein wird, bleibt aber noch abzuwarten.

In einem Umfeld, das durch erhebliche potenzielle Ereignisrisiken (Ukraine, Deflationsängste, Rückschritte im Euro-Raum) geprägt ist, hat die IKB ihre Liquiditätsausstattung auf längere Zeit gesichert und disponiert weiterhin vorsichtig.

Die derzeit noch bestehenden Rechtsrisiken hält die Bank für beherrschbar. Das gilt auch für mögliche Rechtsfolgen aus dem Sondergutachten.

Die bereits zuvor beschriebene Unsicherheit und damit verbundene hohe Volatilität der Märkte und die zunehmende Vielzahl neuer Regulierungsmaßnahmen werden die Bankenwelt grundsätzlich noch einige Zeit begleiten. Vor diesem Hintergrund können auch für die nähere Zukunft neue Krisen mit in der Folge unerwarteten Kreditausfällen, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken für das Bankensystem – und damit auch für die IKB – nicht ausgeschlossen werden. Dies kann auch mit der Einschränkung von Geschäftsmöglichkeiten verbunden sein sowie entsprechende Auswirkungen auf die Erfüllung von regulatorischen Anforderungen, die Entwicklung der Risikotragfähigkeit und die Entwicklung der Risikovorsorge haben.

Die Vielzahl der umzusetzenden Regulierungsmaßnahmen der Bankenaufsicht stellen die Mitarbeiter der Bank mit den zusätzlichen erheblichen Anforderungen aus dem CA der EZB vor besondere Herausforderungen. Das CA erfordert innerhalb eines engen Zeitrahmens eine ungewöhnlich hohe Anzahl von Kreditprüfungen und eine Vielzahl von umfangreichen Datenbereitstellungen in erheblicher Tiefe und mit hohem Qualitätsanspruch, die aufgrund von institutsspezifischen Besonderheiten der IKB (beispielsweise abweichendes Geschäftsjahr) zu erheblichen Mehraufwendungen führen. Engpässe im personellen Bereich sind angesichts des außerordentlichen Umfangs der Anforderungen kaum zu vermeiden.

Der Vorstand geht davon aus, dass die Aufhellung der Volkswirtschaften in Europa und in den USA weitergeht und sich in Deutschland insbesondere auch die Investitionstätigkeit beleben wird, sodass sich in der Folge das operative Geschäft positiv entwickeln kann. Dies hat wesentlichen Einfluss auf die Dauer der aktuellen Niedrigzinsphase und die erfolgreiche Abkehr von der sehr expansiven Geldpolitik der EZB. Im Euro-Raum ist die weitere Entwicklung der Wirtschaft, des Bankensektors und einzelner Banken zudem eng mit den schwer kalkulierbaren Auswirkungen der Vielzahl von Regulierungs- und Abgabenvorhaben, allen voran des aktuell laufenden CA einschließlich des ambitionierten Projekts Bankenunion, verbunden.

5. Chancenbericht

Die IKB hat ihr Geschäftsmodell auf Dienstleistungen für Unternehmen des Mittelstands mit umfassendem Beratungs- und Finanzierungsbedarf ausgerichtet. Im Berichtsjahr sind auf der Vertriebsseite gezielt noch einzelne personelle Verstärkungen vorgenommen worden.

Im Geschäftsjahr 2013/14 wurden das Kernkapital und die Risikotragfähigkeit der Bank weiter gestärkt. Die Bilanzsumme sowie die Risikoaktiva wurden verringert, während sich der Kreditbestand höher verzinst und die selektive Neukreditvergabe mit höheren Margen als in der Vergangenheit erfolgte. Der Bestand an nicht-strategischen Krediten hat sich weiter reduziert. Das zuvor gestärkte und ausgebauten Risikomanagement wurde den wachsenden Anforderungen der Bankenaufsicht entsprechend fortentwickelt. Die wesentlichen Risiken, die seinerzeit die IKB-Krise auslösten, sind beseitigt. Die Liquidität wurde durch die Reduzierung des Bedarfs und auch durch den Aufbau eines gezielten Einlagengeschäfts gesichert. Im Berichtsjahr wurden insbesondere die Refinanzierungskosten gesenkt. Auf dieser Basis konzentriert sich die IKB im Geschäftsjahr 2014/15 auf den konsequenten Ausbau ihres operativen Geschäfts. Die IKB erwartet, dass die deutschen Unternehmen wieder vermehrt Investitionen tätigen sowie stärker als zuletzt externes Wachstum anstreben. Die erforderliche Finanzierung und Beratung kann die IKB mit ihrer Produktpalette, ihrer strategischen Positionierung und ihrem Mittelstands-Know-how gut abdecken. Das gilt vor allem auch für Unternehmen, die für ihre Expansion Rückgriff auf die Kapitalmärkte als Alternative zur Hausbank nehmen wollen.

Mittelfristig könnte sich aufgrund der Bankenregulierung eine geringere Kreditversorgung abzeichnen. Das mag einer der Gründe sein, weshalb das potenzielle Marktvolumen für europäische Kreditfonds wächst. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben Versicherungsunternehmen und Pensionsfonds einen zunehmenden Prozentsatz ihrer Assets in Private Debt bzw. in Kredite direkt investiert. In Anbetracht der hohen Eintrittsbarrieren für traditionelle Asset Manager in diesem Markt und aufgrund der Tatsache, dass nur wenige darunter über geeignete Plattformen verfügen, ist die IKB gut positioniert, um von der zukünftigen Marktentwicklung zu profitieren. Die IKB hat einen Mittelstandsfonds für Mezzanine-Kredite aufgelegt. Zu Beginn des Geschäftsjahres 2014/15 wird die Bank einen weiteren Fonds starten, der in Mittelstandskredite investiert und einen klaren Fokus auf Investoren aus der Versicherungsbranche aufweist.

Der IKB ist es im abgelaufenen Geschäftsjahr gelungen, neue Kundenbeziehungen zu entwickeln. Durch den integrierten Ansatz schafft die Bank Mehrwert für die Kunden und bietet maßgeschneiderten Service. Die Bank geht davon aus, dass in zunehmendem Maße neue interessante Kunden gewonnen werden und sich der operative Geschäftsverlauf perspektivisch besser darstellt.

Gleichzeitig müssen die Anforderungen der neuen Bankenregulierung erfüllt werden, deren Umsetzung zumindest temporär hohe Kosten nach sich zieht. Als mittelgroße Bank hat die IKB gelernt, die Regelungen „schlank“ umzusetzen und strukturelle Belastungen zu vermeiden, wenn auch die Belastung insgesamt hoch bleibt. Die Anwendung der nationalen Rechnungslegung und die Verwendung des Standardansatzes für die Eigenmittelunterlegung haben beispielsweise Komplexität und Kosten vermieden. Zunehmend wird im Zusammenhang mit der Beaufsichtigung eine angemessene IT-Infrastruktur ausschlaggebend, die vor allem auch ein flexibles und schnelles Reporting erlaubt. Auch hier sieht sich die IKB für ihre Größe angemessen aufgestellt.

Erhebliche Vorteile können sich ergeben, wenn die Bankenunion erfolgreich abgeschlossen wird. Unmittelbar profitiert das einzelne Institut, während sich mittelbar neue Opportunitäten ergeben, wenn das Vertrauen der Banken untereinander und in die Banken allgemein allmählich wiederhergestellt wird.

Die IKB hat die Voraussetzungen geschaffen, um ihre Bilanzstruktur weiter zu optimieren. Das betrifft sowohl die Entwicklung der Bilanzsumme als auch die Zusammensetzung von Aktiva und Passiva. Die IKB

wird die noch verbleibenden nicht-strategischen Aktiva weiter schonend abbauen sowie ihr Portfolio von profitablen Krediten an ihre Zielkunden optimieren. Sollte – wie gegenwärtig vermehrt diskutiert wird – die internationale Bankenaufsicht der Verwendung von ABS eine realistische Perspektive einräumen, dann wird für die IKB dieses für ihre Zielkunden und ihr Bilanz- und Kapitalmanagement aufgrund der langen Erfahrung (Promise, Mobility, Bacchus) effizient einsetzen können.

Das Management der Passivseite ist von besonderer Bedeutung. Dazu gehören ein stabiles Einlagengeschäft sowie eine weitere Verbreiterung des Funding-Mix. Insgesamt sollen erzielte Erträge vor allem für eine hinreichend hohe Kernkapitalausstattung genutzt werden, da die Kapitalanforderungen in Höhe und Form (Stresstest, Leverage Ratio, Säule 2) schnell wechseln können und Spielraum für die Neukreditvergabe bei anziehender Investitionstätigkeit vorhanden sein sollte.

Die IKB wird die Effizienz aller wesentlichen Prozesse weiter verbessern, um Kosten zu senken. Für die Kostenentwicklung wird auch wesentlich sein, dass die umfassenden Änderungen aufgrund der Vielzahl der Regulierungsvorhaben schlank umgesetzt werden können.

Ein möglicher Verkauf der IKB durch Lone Star kann die weitere geschäftliche Entwicklung des Unternehmens positiv beeinflussen. Der Vorstand der IKB bleibt offen für die Unterstützung dieses Vorhabens.

6. Prognosebericht

Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltkonjunktur hatte sich im Verlauf des Jahres 2013 stabilisiert, nachdem sie zuvor unter dem Einfluss der Euro-Krise deutlich an Schwung verloren hatte. Im Unterschied zu vergangenen Jahren kamen die Impulse verstärkt aus den Industrieländern. Die Konjunktur wurde durch die weiterhin sehr expansive Geldpolitik und die gesunkene Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Euro-Zone gestützt.

Vor allem in den Industrieländern ist eine Stimmungsverbesserung sowohl aufseiten der Unternehmen als auch der Verbraucher zu beobachten. Für die USA deutet sich an, dass sich das Wachstum in 2014 weiter beschleunigt. Die seit zwei Jahren zu verzeichnende Verbesserung auf dem Immobilienmarkt sollte sich weiter fortsetzen, und die Konsumnachfrage der privaten Haushalte dürfte sich angesichts positiver Vermögenseffekte beleben. Zudem ist für das laufende Jahr trotz der stetigen Verbesserung auf dem US-amerikanischen Arbeitsmarkt nicht mit einer Zinsanhebung der Fed zu rechnen, sodass die expansive Geldpolitik weiterhin die Investitionstätigkeit der Unternehmen sowie die Immobiliennachfrage stimulieren sollte. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich für das Vereinigte Königreich ab.

Zwar ist davon auszugehen, dass im Jahr 2014 das BIP im Euro-Raum nach zwei Jahren wieder zulegen kann. Jedoch dürften die Anpassungsprozesse in den Programm- sowie einigen anderen Euro-Ländern einem kräftigeren Aufschwung im Wege stehen. Zudem gehen immer noch restriktive Impulse von der Fiskalpolitik aus, die jedoch geringer ausfallen dürften als in den Vorjahren. Ferner existieren angebotsseitige Beschränkungen seitens der Kreditvergabe, da die Banken in diesen Ländern noch mit den Folgen der Euro-Krise zu kämpfen haben. Infolge der nur langsamen Erholung, der anhaltend schwachen Kreditvergabe und der auf Sicht niedrigen Inflation im Euro-Raum ist davon auszugehen, dass die EZB im laufenden Jahr ihre expansive Geldpolitik beibehält und den Leitzins nicht erhöhen wird.

Die EU-Kommission erwartet in ihrem Ausblick für das Gesamtjahr 2014 ein BIP-Wachstum in Italien von 0,6 % und in Spanien sowie in Frankreich von jeweils um 1,0 %. Für 2015 wird dann eine weitere Beschleunigung in allen drei Ländern unterstellt. Auch in Großbritannien hat sich die Wirtschaft stark aufgehellt. Hier wird mit einem deutlichen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2,5 % in 2014 und 2015 gerechnet.

Die deutsche Wirtschaft konnte im Verlauf von 2013 an Dynamik zulegen. Die Weltwirtschaft sollte wieder kräftiger expandieren, und die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Krise im Euro-Raum hat deutlich abgenommen. Die günstigen binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen kommen weiter zum Tragen. Insbesondere die gute Arbeitsmarktsituation und die nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen regen die Konjunktur an. Die Investitionstätigkeit wird 2014 und 2015 voraussichtlich recht kräftig an Dynamik zulegen. Während im vergangenen Jahr die Unsicherheit um die Euro-Zone sowie die unsicheren Absatzperspektiven auf den Weltmärkten noch zu Rückgängen bei den Unternehmensinvestitionen im zweiten Jahr in Folge führten, dürften diese 2014 und 2015 deutlich aufwärts gerichtet sein: Sie werden bei sich aufhellenden Absatzaussichten im In- und Ausland wieder kräftiger um 4 % bzw. über 6 % zulegen. Auch die Baukonjunktur wird durch das günstige Investitionsumfeld und insbesondere das niedrige Zinsniveau gestützt. Die deutschen Exporte bekommen von der sich weiter belebenden Weltwirtschaft und der zunehmenden Erholung im Euro-Raum Impulse. Alles in allem sollte nach Ansicht der EU-Kommission das BIP 2014 in Deutschland um 1,8 % und 2015 dann um 2,0 % zunehmen.

Insgesamt hat sich der Ausblick aufgehellt, dennoch bestehen Abwärtsrisiken. So können mögliche Folgen aus der Krim-Russland-Krise erhebliche negative realwirtschaftliche Effekte haben. Auch bleibt die Lage für die Euro-Zone grundsätzlich anfällig für Rückschläge. Dabei stellt der unerwartet deutliche Rückgang der Preisdynamik im Euro-Raum ein Abwärtsrisiko für die Konjunktur dar. Zwar ist die Euro-Zone noch ein gutes

Stück von einer sich selbst verstärkenden Deflationsspirale von Preisen und Löhnen entfernt, doch ein Abgleiten in eine längere Phase anhaltender Preisrückgänge würde die konjunkturelle Erholung behindern. Zudem besteht die Gefahr, dass viele Regierungen durch die Beruhigung auf den Finanzmärkten in ihren Reformanstrengungen sowie der Haushaltskonsolidierung nachlassen oder die Konjunkturbelebung angesichts der schwachen Kreditvergabe ausbleibt. Dann könnten die Finanzmärkte erneut das Vertrauen verlieren, mit der Folge, dass die Staatsanleiherenditen wieder deutlich ansteigen und dies über mehrere Kanäle zur Eintrübung der konjunkturellen Perspektiven führt.

Auch besteht Ungewissheit über die Ausgestaltung der geldpolitischen Wende in den Industrieländern. Vor diesem Hintergrund zeigt sich der Internationale Währungsfonds besorgt über eine zu schnelle Neuausrichtung der Geldpolitik mit möglicherweise negativen Folgen für die globale Finanzstabilität bzw. Konjunktur. So könnte ein schlecht kommunizierter Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik in den Industrieländern zu Verunsicherungen und Übertreibungen auf den Märkten führen. Zudem ist die Gefahr von Währungskrisen in den Schwellenländern infolge des Ausstiegs aus der expansiven Geldpolitik in den Industrieländern ebenfalls nicht auszuschließen. Auch kann ein zu früher Anstieg des Zinsniveaus die konjunkturelle Entwicklung erneut belasten.

Für die Banken dürften die Ertragsmöglichkeiten im Euro-Raum begrenzt bleiben. Zum einen belastet das anhaltend niedrige Zinsumfeld die Margen weiterhin und zum anderen verbessert sich das Konjunkturprofil in einigen Ländern des Euro-Raums nur sehr langsam. Zudem könnte die Ertragslage durch den intensiven Wettbewerb – vor allem in Deutschland – unter Druck geraten. Dabei könnte sich der Konkurrenzdruck auf einzelnen Märkten sogar noch weiter erhöhen, auch – wie insbesondere im Kreditgeschäft – durch das Auftreten neuer Konkurrenten aus dem Nicht-Bankensektor. Zudem müssen sich die Institute verstärkt auf einen generellen Wandel in der Unternehmensfinanzierung einstellen, im Zuge dessen zumindest Großunternehmen und größere Mittelstandsfirmen eine zunehmende Präferenz für Kapitalmarktfinanzierungen zulasten der klassischen Bankkreditfinanzierung erkennen lassen.

Immer stärker werden die Banken nun auch durch die umfangreichen Regulierungsmaßnahmen belastet, die teils endgültig verabschiedet sind, über die aber teils immer noch auf verschiedenen Ebenen intensiv diskutiert und beraten wird. Die Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen, insbesondere zur Eigenkapitalausstattung, gestaltet sich angesichts der Komplexität des Regelwerkes in der Praxis äußerst schwierig; sie bindet erhebliche personelle Kapazitäten. Kleinere Institute sind überproportional betroffen. Erschwerend kommt hinzu, dass der von den Aufsichtsbehörden vorgegebene Fahrplan zur Erfüllung einzelner Zielwerte durch Erwartungen des Marktes an Relevanz verlieren könnte; d. h. die Institute werden sich gegebenenfalls auf eine zügigere Realisierung der Zielwerte einstellen müssen. Auch werden im Rahmen des EZB-Comprehensive-Assessments im Vorfeld der Bankenunion den einbezogenen systemrelevanten Banken Eigenkapitalanforderungen auferlegt, die bereits deutlich über die aktuellen Basel III-Vorgaben hinausgehen. Nach den Ergebnissen einer aktuellen Studie der Deutschen Bundesbank hatten deutsche Banken zuletzt (Stichtag Ende Juni 2013) durch Kapitalaufbau und Rückführung der risikogewichteten Aktiva ihre Kapitalquoten deutlich verbessern können. Allerdings waren die Quoten insbesondere der größeren Institute im internationalen Quervergleich weiterhin unterdurchschnittlich und signalisierten daher weiteren Anpassungsbedarf.

Immer mehr stellt sich die Frage nach der Gesamtwirkung der zahlreichen, sich teilweise überschneidenden Einzelvorschriften. Es ist weitgehend unklar, welchen Effekt die Maßnahmen in Summe auf die Geschäftsmodelle und die Strukturen im Bankensektor haben werden.

Vermögenslage

Für das Geschäftsjahr 2014/15 geht die Bank von einer leichten Abnahme der Forderungen gegenüber Kunden aus, da das wachsende Kreditneugeschäft voraussichtlich von Tilgungen im Kreditgeschäft und dem Abbau von Aktiva überkompensiert wird. Auch im Geschäftsjahr 2014/15 wird die Bank das Kreditgeschäft selektiv betreiben, um einen angemessenen Ertrag für eingegangene Risiken zu erzielen und die wachsenden Anforderungen der Bankenregulierung frühzeitig zu berücksichtigen. Sollte eine nachhaltige konjunkturelle Aufhellung erfolgen, könnte sich ein Nachholeffekt bei der Kreditnachfrage und bei der Kreditvergabe der IKB ergeben. Die Passivseite wird im Prognosezeitraum weiter durch einen diversifizierten Funding-Mix geprägt sein, bei dem das Einlagengeschäft unverändert einen wichtigen Bestandteil darstellt.

Die IKB wird ihr Kernkapital weiter ausbauen bzw. ihre CET 1-Quote steigern (siehe nachfolgende Ausführungen zur CRR und zum CRD IV-Bankenreformpaket sowie zur Teilnahme der Bank am Comprehensive Assessment der Europäischen Zentralbank). Dazu werden auch unrealisierte Gewinne bei Finanzinstrumenten realisiert und die Gewinne den Vorsorgereserven zugeführt sowie weiter Risikoaktiva vor allem in Form von nicht-strategischen Krediten abgebaut. Ebenfalls zur Stärkung der CET 1-Quote wird die IKB für die Kreditversorgung ihrer Kunden Sondervermögen nutzen, in die auch Dritte investieren können. Vor diesem Hintergrund wurde der Valin Funds Mittelstand Mezzanine 1 aufgelegt. Weitere Valin Funds sind in Vorbereitung.

Die Geschäftsplanung der Bank und alle hiermit verbundenen Maßnahmen hängen vom Marktumfeld ab. Signifikante unerwartete Verluste, stressartige Marktverwerfungen und zusätzliche aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen sowie die nachhaltige Einhaltung der kapitalbezogenen Vorgaben der CRR/CRD IV bzw. der Benchmarks des Comprehensive Assessment können die Lage der IKB belasten.

Teilnahme der Bank am Comprehensive Assessment der Europäischen Zentralbank

Der Rat der Europäischen Union hat am 15. Oktober 2013 die Verordnung zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die EZB (Single Supervisory Mechanism oder SSM-Verordnung) verabschiedet. Die Verordnung trat Anfang November 2013 in Kraft.

Am 23. Oktober 2013 veröffentlichte die EZB Details zum Comprehensive Assessment. Dabei handelt es sich um eine umfassende Bankenprüfung, bei der insgesamt 124 als bedeutend geltende Bankengruppen (128 Banken, davon 24 deutsche) in der Euro-Zone geprüft werden sollen. Die EZB hat festgelegt, dass auch die IKB in dieses Comprehensive Assessment einbezogen wird. Dadurch ergeben sich für die IKB hohe Kosten sowie ein erheblicher personeller, organisatorischer und technischer Aufwand.

Das Comprehensive Assessment ist als vorbereitende Maßnahme der EZB auf die Übernahme der einheitlichen Aufsicht über die als bedeutend geltenden Banken in der EU zu verstehen. Es umfasst als Kernbestandteile die Risikoprüfung (sogenanntes Risk Assessment), die nach Auffassung der Deutschen Bundesbank und der BaFin mit dem bankaufsichtlichen Überprüfungsprozess in Deutschland vergleichbar sein soll und sich auf alle Bankrisiken erstreckt. Der zweite Schritt, der sogenannte Asset Quality Review (auch als Balance Sheet Assessment bezeichnet), ist eine umfassende Prüfung, bei der es vor allem um die Kreditqualität der wesentlichen Aktiva und deren Bewertung geht. Das Risk Assessment und der Asset Quality Review beziehen sich auf mehrere Stichtage, endend mit dem 31. Dezember 2013. Risk Assessment und Asset Quality Review starteten in Form von umfassenden Datenabfragen im Oktober und November 2013 und werden nach Planung der EZB im Juli 2014 abgeschlossen sein. Als drittes Element startet ab Mai 2014 ein zukunftsgerichteter Stresstest, der die Widerstandsfähigkeit der Banken unter verschärften Rahmenbedingungen, dem sogenannten adversen Szenario, untersuchen soll. Im Oktober 2014 soll dann das Gesamtergebnis über alle Bestandteile des Comprehensive Assessment veröffentlicht werden. Basierend auf dem Gesamtergebnis, plant die EZB, bei jeder Bank einzelfallabhängig eine bisher nicht abschließend

aufgezählte Reihe von Folgemaßnahmen (z. B. Zuschläge auf bzw. Erhöhungen von risikogewichteten Aktiva, zusätzliche aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen etc.) durchzuführen.

Die IKB hat die deutlich über der gesetzlichen Mindestanforderung liegende Benchmark der EZB für den AQR von 8 % CET 1-Quote mit 9,4 % zum 31. Dezember 2013 für die Institutsgruppe überschritten. Damit ist ein Puffer für mögliche Anpassungen bei der Ermittlung der Quote vorhanden. Dabei hat sich der am 6. März 2014 veröffentlichte Wert von 9,1 % CET 1-Quote mit Bekanntgabe der EBA zur Behandlung von bestimmten Sicherheiten bei der Ermittlung von risikogewichteten Aktiva retrograd auf 9,4 % erhöht. Damit ist ein Puffer für eine etwaige Anpassung der CET 1-Quote aus dem CA vorhanden. Zum 31. März 2014 betrug die CET 1-Ratio 10,4 % für die Institutsgruppe (IKB AG: 14,3 %). Die CET 1-Quoten wurden nach aktuellem Rechtsstand der CRR zum 30. April 2014 inklusive Übergangsvorschriften sowie der bekannten Interpretationen der Aufsicht ermittelt. Es ist nicht auszuschließen, dass zukünftige EBA-/EZB-Standards/ Interpretationen bzw. die Modalitäten des Comprehensive Assessment (Risk Assessment, AQR oder Stresstest) bzw. sonstige aufsichtliche Handlungen retrograd zu einer abweichenden CET 1-Quote zum 31. Dezember 2013 bzw. 31. März 2014 führen können.

Die IKB erwartet, dass sich die CET 1-Quote während und bis zum Geschäftsjahresende 2014/15 weiter leicht erhöhen wird. Aus diesen Erhöhungen können bei Bedarf Korrekturen der CET 1-Quote kompensiert werden.

Für den Asset Quality Review und die Stresstests gelten jeweils eigene Benchmarks für die CET 1-Quote. Für den AQR sind 8 % per 31. Dezember 2013 die vorgegebene Norm, während im Baseline-Szenario des Stresstests 8 % das geforderte Minimum der CET 1-Quote für jeden der Abschlussstichtage der Jahre 2014, 2015, 2016 und im adversen Stresstest-Szenario zum Abschlussstichtag 2016 ein Unterschreiten einer CET 1-Quote von 5,5 % nicht erlaubt ist. Etwaige Lücken bei Kapital bzw. Kapitalquoten sollten planmäßig binnen sechs Monaten oder neun Monaten nach Verkündung der Ergebnisse des CA geschlossen werden. Zur Schließung etwaiger Lücken bei Kapital bzw. Kapitalquoten können nach aktuellem Informationsstand Erhöhungen des harten Kernkapitals bis zur Bekanntgabe der Testergebnisse, interne oder externe Kapitalzufuhr danach und der Abbau von risikogewichteten Aktiva durch Verkauf von Vermögenswerten herangezogen werden.

Der AQR wird voraussichtlich im Sommer 2014 abgeschlossen werden. Für den AQR wurden der EZB umfangreiche Daten geliefert. Im AQR ist eine Prüfung einer großen Zahl von Krediten durch die Aufsicht und einen Wirtschaftsprüfer im Rahmen einer Prüfung nach § 44 KWG vorgenommen worden.

Zunächst parallel finden die Stresstests der EZB/EBA statt. Der Stresstest wird sich noch über den gesamten Sommer erstrecken. In dieser Zeit werden sich die möglichen Ergebnisse verdichten, und die EZB wird dann die Ergebnisse aus dem AQR zusammenführen. Die Institute werden deshalb noch eine geraume Zeit ohne ein Bild der Gesamtergebnisse des CA und der daraus resultierenden Auswirkungen sein.

Der gesamte Prozess wird durch die deutsche Aufsicht begleitet. Die deutsche Aufsicht stellt dabei zusätzliche Anforderungen und Fristen, die zu beachten sind.

Die EZB hat mitgeteilt, dass der endgültige Kreis der direkt von ihr zu beaufsichtigenden Banken erst im dritten Quartal 2014 festgelegt werden soll. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass die IKB zwar am Comprehensive Assessment der EZB teilnimmt, letztlich aber doch – insbesondere im Hinblick auf ihre Größe – weiter unter der direkten Aufsicht der nationalen Aufsichtsträger, d. h. der BaFin und der Deutschen Bundesbank, verbleibt.

CRR und CRD IV-Bankenreformpaket (Basel III)

Das EU-Parlament hat am 16. April 2013 die finalen Texte der CRD IV und CRR verabschiedet. Nach Veröffentlichung der CRR (Verordnung (EU) Nr. 575/2013) sowie der CRD IV (Richtlinie 2013/36/EU) am 27. Juni 2013 im Amtsblatt der Europäischen Union sind die neuen Regularien zum 28. Juni 2013 bzw. 17. Juli 2013 in Kraft getreten. Die Regelungen der Verordnung sind ab dem 1. Januar 2014 anzuwenden. Die Richtlinie war von den Mitgliedsstaaten bis zum 31. Dezember 2013 in nationale Rechts- und Verwaltungsvorschriften umzusetzen, die ab dem 1. Januar 2014 angewendet werden.

Als ein wesentlicher Baustein des Reformpakets wurde die Mindestanforderung für das harte Kernkapital (CET 1 Capital) von 2 % auf 4,5 % und die Mindestanforderung für das Kernkapital insgesamt (Tier 1 Capital) von 4 % auf 6 % angehoben. Diese Anforderungen müssen in zwei Stufen bis zum 1. Januar 2015 erfüllt werden.

Zusätzlich werden Banken grundsätzlich verpflichtet, ein Kapitalerhaltungspolster (Capital Conservation Buffer) von 2,5 % vorzuhalten, welches durch hartes Kernkapital abgedeckt werden muss und stufenweise vom 1. Januar 2016 bis zum 1. Januar 2019 aufgebaut werden soll.

Die Bank geht davon aus, dass sie die Kapitalanforderungen der CRR und CRD IV auch in Zukunft einhalten kann.

Das CRD IV-Reformpaket verursacht hohe Kosten. Es ist vor allem im Verbund mit einer Vielzahl anderer Regulierungsvorhaben, die parallel umgesetzt werden oder geplant sind, zu sehen. Derzeit arbeitet die IKB in mehreren Projekten an der Umsetzung des neuen Regelwerkes. Trotz eines frühzeitigen Starts existieren nach wie vor erhebliche Unsicherheiten, da etliche gesetzliche Vorgaben noch nicht abschließend feststehen oder diese erst noch durch die EBA, die EZB oder durch die nationale Bankenaufsicht spezifiziert oder verlautbart werden müssen. Weitergehende Reformvorhaben des Baseler Ausschusses zu den Handlungsbuchbestimmungen, zum Verbriefungsregelwerk oder zur Novellierung des Kreditrisiko-Standardansatzes im Adressenausfallrisiko zeichnen sich bereits ab. Das dynamische regulatorische Umfeld und die damit einhergehenden Unsicherheiten werden Auswirkungen auf das Geschäftsmodell der Bank sowie auf die Steuerung der Bilanzsumme, des regulatorischen Eigenkapitals, der risikogewichteten Aktiva und damit auch der Risikotragfähigkeit der Bank haben.

Bei gegenüber dem aktuellen Rechtsstand unveränderten Anforderungen der Aufsicht geht die Bank davon aus, die CET 1-Quote in Zukunft leicht zu steigern.

Valin Fonds

Im Geschäftsjahr 2014/15 plant die IKB die Auflage eines weiteren Valin Fonds, den Valin Mittelstand Senior Debt Fund. Der Fonds soll ein Zielvolumen von 475 Mio. € bei einer Laufzeit von zwölf Jahren haben und in nicht-nachrangige Darlehen an deutsche Mittelstandsunternehmen investieren. Investoren des Fonds sollen vor allem regulierte Versicherungsunternehmen sein.

Liquiditätssituation

Besicherte Finanzierungen im Interbankenmarkt oder die Beleihung von Wertpapieren oder Krediten bei der Zentralbank sind für alle Banken wesentliche Refinanzierungsquellen geworden. Hinzu kommt, dass die Bedeutung von Einlagen zur Finanzierung zugenommen hat.

Wesentliche Bestandteile der Refinanzierung der IKB sind neben besicherten Finanzierungen das Einlagen- und Schuldscheindarlehengeschäft mit Unternehmenskunden, Privatkunden und institutionellen Investo-

ren. Darüber hinaus nutzt die IKB weiterhin für ihre Kunden aktiv die Programmkredite und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken. Zudem emittiert die Bank Inhaberschuldverschreibungen.

Die aufzunehmenden Mittel werden zur Rückzahlung von fälligen Refinanzierungen und für das Neugeschäft verwendet. Die künftige Liquiditätssituation ist auch von der Neugeschäftsentwicklung, dem Abrufverhalten der Kunden aus bestehenden Kreditzusagen, dem Anlageverhalten der Einlagenkunden, den Vereinbarungen mit dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken, weiteren Entwicklungen der europäischen Einlagensicherung, den Möglichkeiten der besicherten Refinanzierungen im Interbankenmarkt und mit der EZB und der Marktwertentwicklung von Sicherheiten und Derivaten abhängig. Selbst unter Berücksichtigung von Stress-Szenarien ist die IKB ausreichend mit Liquidität versorgt. Die Liquidität ist nach den Planungen mit ausreichend Puffer gegeben. Angesichts verschiedener Risiken (Ukraine, Deflationsängste, Rückschritte im Euro-Raum) wird die IKB weiter vorsichtig disponieren.

Die Bank erwartet für das Geschäftsjahr 2014/15 eine Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung in einem Korridor zwischen 1,25 und 2,0. Nach der Sammlung von ersten Erfahrungswerten innerhalb des ersten Jahres der Anwendung im Rahmen der am 1. Januar 2014 beginnenden Supervisory Monitoring Period wird die IKB die Liquiditätssteuerung perspektivisch auf die neuen Kennziffern der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und der Net Stable Funding Ratio (NSFR) umstellen.

Leverage Ratio

Die IKB geht davon aus, dass die Leverage Ratio auf dem aktuellen Niveau in etwa konstant bleibt.

Ertragslage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr blieb das Kreditneugeschäft unter dem Vorjahresniveau, weil die Kreditnachfrage in Deutschland niedrig und die Wettbewerbsintensität hoch war. Die IKB hat sich an ihre Standards im Hinblick auf Risiko und Margen gehalten und daran gemessen Kredite vergeben. Die IKB erwartet, dass die niedrigere Kreditnachfrage und eine hohe Wettbewerbsintensität in Deutschland fortbestehen werden und sich der Geschäftsumfang erst mit der erwarteten Konjunkturbelebung in Deutschland allgemein erhöhen wird. Die im Berichtsjahr beobachtete Senkung der Refinanzierungskosten wird sich trotz des niedrigen Zinsniveaus mit einer verbesserten Einschätzung des Kredits der IKB durch die Marktteilnehmer begrenzt fortsetzen. Die IKB erwartet insgesamt für das Geschäftsjahr 2014/15 einen Rückgang des Zinsüberschusses gegenüber dem im Berichtsjahr deutlich erhöhten Niveau.

Sollte sich die Kreditnachfrage in Deutschland spürbar beleben oder sollten die Refinanzierungskosten weiterhin für längere Zeit niedrig bleiben, könnte sich der Zinsüberschuss der Bank besser als erwartet entwickeln.

Für das Provisionsergebnis erwartet die Bank im kommenden Geschäftsjahr aufgrund der eigenen Positionierung insgesamt einen deutlich gestiegenen Überschuss, der zunehmend von der erwarteten Belebung der Finanzierungstätigkeit, den Wachstumswünschen der Unternehmen und der verbesserten Marktstellung der IKB getragen werden könnte.

Die Erreichung des Ziels der weiteren Senkung der Verwaltungskosten im Konzern wird durch die Aufwendungen für das Comprehensive Assessment der EZB erschwert werden, die für eine relativ kleine Bank (unter den größten Banken in der Euro-Zone) überproportional ins Gewicht fallen. Die Bank wird Anstrengungen unternehmen, um diese zusätzlichen Verwaltungskosten zu kompensieren. Demzufolge erwartet die Bank für das Geschäftsjahr 2014/15 Verwaltungskosten auf insgesamt nahezu unverändertem Niveau.

Die Bank erwartet, dass die positiven Tendenzen an den Kapitalmärkten im Wesentlichen weiter anhalten, wie sich das schon in den ersten Monaten des Jahres 2014 gezeigt hat, und geht davon aus, auch im nächsten Jahr aus den Erträgen im operativen Geschäft einschließlich der Realisierungsgewinne aus Finanzinstrumenten positive Ergebnisse erzielen zu können, die durch Bildung von § 340g HGB-Reserven zur Stärkung des harten Kernkapitals genutzt werden können.

Gesamtaussage

Die IKB erwartet vor dem oben geschilderten Hintergrund für das kommende Geschäftsjahr 2014/15 ein positives Ergebnis nach Steuern und vor Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB). Dieses Ergebnis wird voraussichtlich geringer als im abgelaufenen Geschäftsjahr ausfallen.

Die Bedienung der Besserungsabreden in Höhe von insgesamt 1.151,5 Mio. € sowie von Wertaufholungsrechten der hybriden Kapitalgeber wird voraussichtlich dazu führen, dass für einen langen Zeitraum auch bei einem positiven Ergebnis keine oder nur geringe Überschüsse in der IKB AG ausgewiesen werden. Daneben werden, soweit zukünftig ein Jahresüberschuss ausgewiesen werden kann, auch der Abbau des Bilanzverlustes sowie Nachzahlungen von Bankenabgaben dazu führen, dass keine Ausschüttung einer Dividende an die Aktionäre der IKB AG möglich sein wird.

7. Angaben gemäß § 312 AktG

Die IKB hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Der Abhängigkeitsbericht wird nicht öffentlich gemacht. Die Schlusserklärung des Vorstands der Bank im Abhängigkeitsbericht lautet: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Mittelstand im Fokus: Aktuelle Finanzierungstrends

Für die deutschen Unternehmen gestaltete sich die Finanzierung im zurückliegenden Jahr relativ unproblematisch. Zum einen hielt sich ihr Finanzierungsbedarf in Grenzen, zum anderen waren aufseiten des Finanzierungsangebots nennenswerte Einschränkungen nicht zu erkennen.

Der unternehmerische Finanzierungsbedarf blieb in Summe niedrig, weil die anhaltend schwache Konjunktur eine vorsichtige Investitionspolitik nahelegte. Erst gegen Ende des Jahres, als sich die Anzeichen für eine konjunkturelle Aufhellung mehrten, nahmen die Investitionsaktivitäten wieder nachhaltig zu. Zurückhaltung war ebenfalls beim Erwerb von Firmen und Beteiligungen zu spüren.

Ihren reduzierten Bedarf an finanziellen Mitteln konnten die meisten Unternehmen weitgehend aus dem Cashflow decken. Der Mittelzufluss aus den geschäftlichen Aktivitäten war zwar vielfach rückläufig, aber Einbußen beim operativen Ertrag wurden zum Teil durch Einsparungen beim Working Capital kompensiert. Mithin blieb den Firmen ein recht komfortabler Selbstfinanzierungsspielraum erhalten.

Die moderate Nachfrage nach externen Finanzierungsmitteln traf und trifft weiterhin auf ein ausreichendes Angebot potenzieller Finanziers. So zeigen für den Bankensektor Indikatoren wie beispielsweise die Ifo-Kredithürde, dass die Unternehmen die Kreditvergabe nach wie vor als wenig restriktiv empfinden. Sie haben ganz überwiegend keine Schwierigkeiten, Bankkredite in Anspruch zu nehmen. Befürchtungen, dass die Banken wegen der sich verschärfenden Regulierung gezwungen sein könnten, ihr Kreditangebot einzuschränken, haben sich – bis dato – nicht bestätigt.

Dennoch hat 2013 gemäß Bundesbankstatistik der Bestand an Unternehmenskrediten um rund 14 Mrd. € abgenommen, was indes nicht allein auf den geringen

Bedarf zurückzuführen ist. Denn die Entwicklung verlief, wie schon in den Vorjahren, bei den verschiedenen Institutsgruppen durchaus unterschiedlich: Für die mittelstandorientierten Sparkassen und Kreditgenossenschaften wird weiterhin ein Anstieg des Kreditvolumens ausgewiesen, für Groß- und Landesbanken ein deutlicher Rückgang. Dies spricht dafür, dass Kunden der letztgenannten Institute – primär Großunternehmen und größere Mittelständler – Bankkredite zunehmend durch andere Finanzierungsbausteine ergänzen oder ersetzen, etwa durch Anleihen. Tatsächlich hat sich der Umlauf inländischer Unternehmensanleihen 2013 deutlich – um 14 Mrd. € – erhöht.

Das wachsende Interesse an einer Kapitalmarktfinanzierung resultiert nicht nur aus der berechtigten Sorge, dass sich regulierungsbedingt zumindest auf mittlere Sicht das Angebot an Bankkrediten (insbesondere solchen mit längeren Laufzeiten) verknappen und verteuern könnte. Auch die derzeit sehr niedrigen Finanzierungskosten veranlassen viele Unternehmen – im Vorgriff auf künftige (Re-)Finanzierungserfordernisse – zu großvolumigen Mittelaufnahmen am Kapitalmarkt. Zudem spielt bei Finanzierungsentscheidungen zunehmend die internationale Ausrichtung der Firmen eine Rolle: Für ihre globalen Aktivitäten benötigen sie einen breiten finanziellen Handlungsspielraum, und es erscheint vorteilhaft, hierbei auch internationale Investoren und Anleger einzubinden. Beides wird durch Anleihen, aber auch durch Schuldscheindarlehen gewährleistet.

Insofern spricht vieles dafür, dass die Kapitalmarktfinanzierung weiter an Bedeutung gewinnen wird – ungeachtet der negativen Schlagzeilen, die derzeit die Märkte für Mittelstandsanleihen belasten. Für die größeren Mittelstandsunternehmen deutet sich daher mit Blick auf die Zukunft eine Anpassung der Finanzierungsmuster an, während für die kleinen und mittleren Firmen der Bankkredit nach wie vor im Vordergrund steht.

(Diese Seite ist nicht Teil des Lageberichts.)

Zusammengefasster Jahresabschluss
des Konzerns und der
IKB Deutsche Industriebank AG
des Geschäftsjahres 2013/14

Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2014

in Mio. €	31.3.2014	31.3.2013
Aktivseite*		
Barreserve	22,2	86,9
a) Kassenbestand	-	-
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	22,2	86,9
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	22,2	86,9
c) Guthaben bei Postgiroämtern	-	-
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	2.235,4	2.219,2
a) täglich fällig	2.128,9	2.099,2
b) andere Forderungen	106,5	120,0
Forderungen an Kunden	12.263,2	14.707,1
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.465,2	1.805,8
Kommunalkredite	1.010,9	1.381,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.506,6	7.855,1
a) Geldmarktpapiere	-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	6.820,3	7.161,0
ba) von öffentlichen Emittenten	3.609,8	2.761,8
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.479,7	2.587,2
bb) von anderen Emittenten	3.210,5	4.399,2
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.783,1	3.539,7
c) eigene Schuldverschreibungen	686,3	694,1
Nennbetrag	695,3	697,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	567,8	496,7
Handelsbestand	318,1	265,9
Beteiligungen	25,4	26,8
darunter: an Kreditinstituten	0,2	0,2
Anteile an assoziierten Unternehmen	45,0	15,0
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	12,2	11,1
Anteile an verbundenen Unternehmen	2,3	2,1
Treuhandvermögen	-	0,3
darunter: Treuhandkredite	-	0,3
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	-	-
Leasingvermögen	1.170,1	1.365,3
Immaterielle Anlagewerte	15,2	19,0
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-	-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	15,0	18,7
c) Geschäfts- oder Firmenwert	-	-
d) geleistete Anzahlungen	0,2	0,3
Sachanlagen	26,0	12,8
Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände	130,5	285,2
Rechnungsabgrenzungsposten	121,7	71,9
Aktive latente Steuern	248,8	148,2
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	33,2	39,9
Summe der Aktiva	24.731,5	27.617,4

*Zahlen 31.3.2013 angepasst

in Mio. €	31.3.2014	31.3.2013
Passivseite		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.169,1	11.863,1
a) täglich fällig	1.247,8	804,8
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	8.921,3	11.058,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	9.629,5	10.881,5
a) Spareinlagen	-	-
b) andere Verbindlichkeiten	9.629,5	10.881,5
ba) täglich fällig	891,1	588,4
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	8.738,4	10.293,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.071,9	987,1
a) begebene Schuldverschreibungen	1.071,9	987,1
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-	-
Handelsbestand	333,9	242,1
Treuhandverbindlichkeiten	-	0,3
darunter: Treuhandkredite	-	0,3
Sonstige Verbindlichkeiten	552,2	511,3
Rechnungsabgrenzungsposten	154,2	145,8
Passive latente Steuern	-	-
Rückstellungen	260,5	457,5
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3,2	6,1
b) Steuerrückstellungen	69,3	105,8
c) andere Rückstellungen	188,0	345,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	971,3	1.373,6
Genussrechtskapital	32,2	32,2
Fonds für allgemeine Bankrisiken	574,0	170,8
davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,9	0,2
Eigenkapital	982,7	952,1
a) Eingefordertes Kapital	1.621,5	1.621,5
Gezeichnetes Kapital	1.621,5	1.621,5
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	-	-
Bedingtes Kapital	191,7	191,7
b) Kapitalrücklage	1.750,7	1.750,7
c) Gewinnrücklagen	4,9	5,0
ca) gesetzliche Rücklage	2,4	2,4
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-	-
cd) andere Gewinnrücklagen	2,5	2,6
d) Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-18,2	-16,7
e) Bilanzverlust	-2.376,2	-2.408,4
Summe der Passiva	24.731,5	27.617,4
Eventualverbindlichkeiten	1.602,0	1.486,1
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.602,0	1.486,1
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-	-
Andere Verpflichtungen	822,0	1.211,0
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	822,0	1.211,0

Bilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2014

in Mio. €	31.3.2014	31.3.2013
Aktivseite*		
Barreserve	22,2	86,9
a) Kassenbestand	-	-
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	22,2	86,9
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	22,2	86,9
c) Guthaben bei Postgiroämtern	-	-
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	2.108,6	2.091,0
a) täglich fällig	2.017,6	1.981,7
b) andere Forderungen	91,0	109,3
Forderungen an Kunden	14.232,2	16.752,3
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.465,2	1.805,8
Kommunalkredite	1.010,9	1.381,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.526,9	6.991,9
a) Geldmarktpapiere	-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	6.524,3	6.990,7
ba) von öffentlichen Emittenten	3.609,8	2.761,8
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.479,7	2.587,2
bb) von anderen Emittenten	2.914,5	4.228,9
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.304,8	3.061,2
c) eigene Schuldverschreibungen	2,6	1,2
Nennbetrag	3,2	1,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	28,3
Handelsbestand	318,1	265,9
Beteiligungen	11,3	11,1
darunter: an Kreditinstituten	0,2	0,2
Anteile an verbundenen Unternehmen	137,0	124,7
darunter: an Kreditinstituten	-	22,7
Treuhandvermögen	-	0,3
darunter: Treuhandkredite	-	0,3
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	-	-
Immaterielle Anlagewerte	39,6	48,2
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-	-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	12,6	16,9
c) Geschäfts- oder Firmenwert	27,0	31,3
d) geleistete Anzahlungen	-	-
Sachanlagen	6,2	5,5
Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände	112,1	153,9
Rechnungsabgrenzungsposten	202,7	198,6
Aktive latente Steuern	251,7	150,7
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	33,1	38,0
Summe der Aktiva	24.001,7	26.947,3

*Zahlen 31.3.2013 angepasst

in Mio. €	31.3.2014	31.3.2013
Passivseite		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.161,2	11.888,4
a) täglich fällig	1.247,4	821,5
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	8.913,8	11.066,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	9.628,7	10.895,1
a) Spareinlagen	-	-
b) andere Verbindlichkeiten	9.628,7	10.895,1
ba) täglich fällig	878,3	584,0
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	8.750,4	10.311,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	699,5	415,1
a) begebene Schuldverschreibungen	699,5	415,1
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-	-
Handelsbestand	333,9	242,1
Treuhandverbindlichkeiten	-	0,3
darunter: Treuhandkredite	-	0,3
Sonstige Verbindlichkeiten	445,5	556,8
Rechnungsabgrenzungsposten	201,2	228,0
Passive latente Steuern	-	-
Rückstellungen	221,9	412,6
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	-	3,2
b) Steuerrückstellungen	65,4	102,3
c) andere Rückstellungen	156,5	307,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	496,3	898,6
Genussrechtskapital	32,2	32,2
Fonds für allgemeine Bankrisiken	574,0	170,8
davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,9	0,2
Eigenkapital	1.207,3	1.207,3
a) Eingefordertes Kapital	1.621,5	1.621,5
Gezeichnetes Kapital	1.621,5	1.621,5
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	-	-
Bedingtes Kapital	191,7	191,7
b) Kapitalrücklage	1.750,7	1.750,7
c) Gewinnrücklagen	2,4	2,4
ca) gesetzliche Rücklage	2,4	2,4
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-	-
cd) andere Gewinnrücklagen	-	-
e) Bilanzverlust	-2.167,3	-2.167,3
Summe der Passiva	24.001,7	26.947,3
Eventualverbindlichkeiten	2.527,1	2.437,2
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	2.527,1	2.437,2
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-	-
Andere Verpflichtungen	766,8	1.066,3
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	766,8	1.066,3

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2013 bis 31. März 2014

in Mio. €	2013/14	2012/13
Aufwendungen		
Leasingaufwendungen	-205,0	-179,0
Zinsaufwendungen	-1.073,9	-1.669,5
Provisionsaufwendungen	-13,0	-42,8
Nettoaufwand des Handelsbestands	-	-
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-274,7	-293,9
a) Personalaufwand	-161,3	-159,0
aa) Löhne und Gehälter	-138,5	-135,3
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-22,8	-23,7
darunter: für Altersversorgung	-5,5	-6,1
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-113,4	-134,9
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-402,5	-423,1
a) auf Leasingvermögen	-392,2	-413,0
b) auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-10,3	-10,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-302,1	-564,5
Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-402,5	-
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-87,5	-70,6
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	-40,3	-47,7
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-
Außerordentliche Aufwendungen	-4,8	-11,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	134,7	-4,1
Sonstige Steuern, soweit nicht unter dem Posten "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen	-2,1	-1,9
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-	-
Jahresüberschuss	-32,2	-
Summe der Aufwendungen	-2.705,9	-3.308,7

in Mio. €	2013/14	2012/13
Erträge		
Leasingerträge	679,9	686,6
Zinserträge aus	1.279,5	1.725,1
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.104,4	1.524,0
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	175,1	201,1
Laufende Erträge aus	21,5	60,3
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	17,8	45,4
b) Beteiligungen	1,9	12,6
c) assoziierten Unternehmen	1,8	2,3
d) Anteilen an verbundenen Unternehmen	-	-
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	-	-
Provisionserträge	42,0	47,8
Nettoertrag des Handelsbestands	5,9	1,2
davon: Einstellung in Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,7	0,1
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	-	-
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	187,6	156,8
Sonstige betriebliche Erträge	487,7	465,5
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	19,0
Außerordentliche Erträge	1,8	3,3
Erträge aus Verlustübernahme	-	0,1
Jahresfehlbetrag	-	143,0
Summe der Erträge	2.705,9	3.308,7
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	32,2	-143,0
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-2.408,4	-2.290,8
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	-	-
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	-	21,9
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-	-
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-	-
d) aus anderen Gewinnrücklagen	-	21,9
Entnahmen aus Genusssrechtskapital	-	3,6
Entnahmen Stille Einlage	-	-
Einstellungen in Gewinnrücklagen	-	-
Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals	-	-
Bilanzverlust	-2.376,2	-2.408,4

Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2013 bis 31. März 2014

in Mio. €	2013/14	2012/13
Aufwendungen		
Zinsaufwendungen	-1.106,5	-1.703,9
Provisionsaufwendungen	-5,4	-36,7
Nettoaufwand des Handelsbestands	-	-
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-231,8	-248,3
a) Personalaufwand	-126,6	-123,7
aa) Löhne und Gehälter	-109,0	-105,2
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-17,6	-18,5
darunter: für Altersversorgung	-5,0	-5,8
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-105,2	-124,6
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-9,9	-9,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-259,7	-510,8
Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-402,5	-
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-82,7	-72,1
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	-23,8	-40,7
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-
Außerordentliche Aufwendungen	-4,2	-7,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	136,2	-0,2
Sonstige Steuern, soweit nicht unter dem Posten "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen	-0,2	-0,3
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-	-
Jahresüberschuss	-	-
Summe der Aufwendungen	-1.990,5	-2.629,5

in Mio. €	2013/14	2012/13
Erträge		
Zinserträge aus	1.320,7	1.770,6
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.166,5	1.594,1
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	154,2	176,5
Laufende Erträge aus	0,4	11,2
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	-	-
b) Beteiligungen	0,4	11,2
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	-	-
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	18,4	71,7
Provisionserträge	43,5	46,1
Nettoertrag des Handelsbestands	5,9	1,2
davon: Einstellung in Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,7	0,1
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	-	-
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	176,8	124,6
Sonstige betriebliche Erträge	421,7	418,2
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	19,0
Außerordentliche Erträge	3,1	4,7
Erträge aus Verlustübernahme	-	-
Jahresfehlbetrag	-	162,2
Summe der Erträge	1.990,5	2.629,5
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-	-162,2
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-2.167,3	-2.030,5
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	-	-
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	-	21,9
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-	-
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-	-
d) aus anderen Gewinnrücklagen	-	21,9
Entnahmen aus Genusssrechtskapital	-	3,5
Entnahmen Stille Einlage	-	-
Einstellungen in Gewinnrücklagen	-	-
Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals	-	-
Bilanzverlust	-2.167,3	-2.167,3

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio. €	2013/14	2012/13
Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern)	32,2	-117,5
Im Periodenergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
+/- Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	500,7	557,7
+/- Zunahme/Abnahme Rückstellungen	-152,6	31,8
+/- Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	405,9	-9,0
-/+ Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-146,2	-122,0
+/- Sonstige Anpassungen (Saldo)	-832,7	-615,0
Zwischensumme	-192,7	-274,0
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit		
Forderungen		
+/- an Kreditinstitute	-15,9	359,2
+/- an Kunden	2.309,0	1.252,3
+/- Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	19,8	2.695,3
Leasingvermögen		
+ Einzahlungen aus der Veräußerung	240,5	211,2
- Auszahlungen für den Erwerb	-279,8	-435,3
+/- Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	86,2	-61,5
Verbindlichkeiten		
+/- gegenüber Kreditinstituten	-1.689,9	-1.343,2
+/- gegenüber Kunden	-1.219,3	870,3
+/- Verbriefte Verbindlichkeiten	83,3	-4.332,2
+/- Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	174,7	80,4
+ Erhaltene Zinsen und Dividenden	1.841,6	2.284,9
- Gezahlte Zinsen	-1.318,3	-1.869,4
+ Außerordentliche Einzahlungen	-	3,2
- Außerordentliche Auszahlungen	-0,1	-
+/- Ertragssteuerzahlungen	-4,6	-3,4
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	34,5	-562,2
Einzahlungen aus Abgängen des		
+ Finanzanlagevermögens	3.661,3	3.568,9
+ Sachanlagevermögens	0,8	0,4
Auszahlungen für Investitionen in das		
- Finanzanlagevermögen	-3.350,2	-2.832,2
- Sachanlagevermögen	-6,8	-2,6
+/- Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-2,0	-6,6
Cashflow aus Investitionstätigkeit	303,1	727,9
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	-	0,1
+/- Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	-402,3	-98,2
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-402,3	-98,1
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-64,7	67,6
+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-	-
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	86,9	19,0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	22,2	86,9

Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung

Der Finanzmittelfonds des IKB-Konzerns entspricht dem Ausweis der Bilanzposten „Barreserve“ sowie „Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind“. Sein Jahresanfangsbestand wird im Rahmen der Kapitalflussrechnung durch die Abbildung der Zahlungsströme aus der

- Operativen Geschäftstätigkeit,
- Investitionstätigkeit und
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Finanzmittelfonds übergeleitet.

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit definiert sich nach der operativen Geschäftstätigkeit eines Kreditinstitutes. Er wird nach der indirekten Methode bestimmt, indem der Jahresüberschuss um alle nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt wird. Gemäß DRS 2-10 werden die Zins-, Dividenden- sowie Steuerzahlungen separat aufgeführt, sodass der Jahresüberschuss in der Position „Sonstige Anpassungen“ um Zinsergebnis sowie erfolgswirksam erfasste Steuern bereinigt wird.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen aus Positionen dargestellt, deren Zweck im Allgemeinen in einer langfristigen Investition bzw. Nutzung begründet ist. Dazu gehören bei Kreditinstituten insbesondere Ein- und Auszahlungen aus Krediten und Wertpapieren sowie Refinanzierungstätigkeit.

Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit sind Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapitalgebern und Minderheitsgesellschaftern konsolidierter Tochterunternehmen sowie aus sonstigem Kapital aufgeführt.

Anhang und Konzernanhang

Angewandte Rechnungslegungsgrundsätze

Nach § 340i Abs. 1 HGB i.V.m. § 290 ff. HGB hat die IKB AG einen Konzernabschluss sowie einen Konzernlagebericht zu erstellen.

Der Konzernabschluss (Konzern) sowie der Jahresabschluss (IKB AG) der IKB Deutsche Industriebank AG werden für das Geschäftsjahr 2013/14 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt. Der Konzernabschluss berücksichtigt zudem die vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bekannt gemachten Standards (DRS).

Die Vergleichszahlen für das Vorjahr sind nach den handelsrechtlichen Vorschriften ermittelt und gemäß § 298 Abs. 1 i.V.m. § 265 Abs. 2 HGB angegeben.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind entsprechend der für Kreditinstitute vorgesehenen Formblätter gemäß § 2 RechKredV gegliedert. Die Konzernbilanz und die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind um branchenspezifisch bedingte Posten für das Leasinggeschäft ergänzt. Die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt in Kontoform (Formblatt 2 RechKredV).

Angaben, die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzubringen sind, werden weitestgehend im Anhang aufgeführt. Die Beträge werden grundsätzlich in Millionen Euro angegeben. Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen in den Anhangangaben geringfügige Abweichungen ergeben. Beträge unter 50 Tsd. € sowie Nullwerte werden im Konzern- und Jahresabschluss der IKB AG mit einem Strich dargestellt.

Der Konzernanhang und der Anhang der IKB AG sind gemäß § 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst. Soweit nicht gesondert vermerkt, gelten die getroffenen Aussagen dabei sowohl für den Konzern- als auch für den Jahresabschluss der IKB AG.

Das Geschäftsjahr der IKB beginnt mit dem 1. April und endet am 31. März.

Bewertungsänderungen

Die Bewertungsmethode zur Ermittlung des Fundamentalwerts der Wertpapiere Bacchus 2008-1 und Bacchus 2008-2 wurde zum 30. September 2013 angepasst. Hierdurch reduzierte sich der Buchwert des Wertpapiers Bacchus 2008-1 zum 31. März 2014 um 8,6 Mio. €, wovon 4,4 Mio. € auf das laufende Geschäftsjahr entfallen. Der Buchwert des Wertpapiers Bacchus 2008-2 reduzierte sich um 0,2 Mio. €, welche vollständig auf das laufende Geschäftsjahr entfallen. Dies führt bei der IKB AG zu einer entsprechenden Abschreibung. Im IKB-Konzern ergeben sich aufgrund der Konsolidierung der beiden Tochterunternehmen Bacchus 2008-1 und Bacchus 2008-2 keine Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung.

Im Zuge dieser Umstellung wurde die Ermittlung der Zinsabgrenzung für Bacchus 2008-1 und Bacchus 2008-2 ebenfalls angepasst. Statt wie bisher auf den 6-Monats-Euribor als Abgrenzung zu referenzieren, wurde auf die modellbasierte Prognose der zu erwartenden Überverzinsung des CLO umgestellt. Ein nennenswerter Effekt auf die Gewinn- und Verlustrechnung ergab sich hierdurch nicht.

Im Rahmen der Vereinheitlichung der Bewertungsmethoden für Eigeninvestments hat die IKB per Ende Juli 2013 die Methodik zur Berechnung des beizulegenden Zeitwertes (fair value) für die im Anlagevermögen gehaltenen Wertpapiere Bacchus 2008-1 und 2008-2 auf einen Cashflow-basierten Bewertungsansatz umgestellt. Die Modelländerung führt zu einer Erhöhung des beizulegenden Zeitwertes per 31. März 2014 bei Bacchus 2008-1 um 12,6 Mio. € und bei Bacchus 2008-2 um 18,2 Mio. €. Der Effekt hätte zum 31. März

2013 zu einer Reduzierung der im Anhang angegebenen unrealisierten Verluste der Wertpapiere des Anlagevermögens um 76,2 Mio. € geführt.

Die IKB hat zum 31. März 2014 die Berechnung der Credit Valuation Adjustments (CVA) auf Derivate mit Sicherheitenvereinbarungen ausgeweitet. Ziel ist die adäquate Abbildung des möglichen Rest-Ausfallrisikos von besicherten Derivaten. Um dieses Risiko abzubilden, wird auf Basis des nicht durch Sicherheiten abgedeckten Restbetrages aus zukünftigen, potenziellen Wertschwankungen der Derivate und der Bonität sowie des individuellen Loss Given Default (LGD) ein CVA-Wert für das Kontrahentenrisiko bestimmt. Per 31. März 2014 ergibt sich durch diese Bewertungsumstellung ein zusätzlicher Aufwand im Nettoergebnis des Handelsbestandes in Höhe von 0,5 Mio. € und für die nicht im Handelsbestand gehaltenen Derivate eine Verringerung der nicht realisierten Gewinne um 8,0 Mio. €.

Mit Schreiben vom 20. März 2014 hat der Staat Italien sein Recht ausgeübt, die Verzinsung einer italienischen Staatsanleihe von einer Nullverzinsung in einen Festzinssatz zu wandeln. Vor diesem Hintergrund wurde die Methodik zur Zinsabgrenzung für dieses Wertpapier umgestellt. Aus dieser Umstellung resultiert ein Ertrag von 4,5 Mio. €, der im Zinsertrag ausgewiesen wird.

Ausweisänderungen

Die Ergebniseffekte aus Verfall, Ausübung oder Close-out von FX-Optionen und sonstigen FX-Termingeschäften werden nunmehr im sonstigen betrieblichen Ertrag oder sonstigen betrieblichen Aufwand und nicht mehr im Zinsergebnis ausgewiesen. Dies führt zum 31. März 2014 zu einer Reduzierung des Zinsaufwands und einer Erhöhung des sonstigen betrieblichen Aufwands um 9,3 Mio. € (Vorjahr: 4,6 Mio. €) und zu einer Reduzierung des Zinsertrags und einer Erhöhung des sonstigen betrieblichen Ertrags um 7,3 Mio. € (Vorjahr: 7,6 Mio. €).

Bei den Anleihen und Schuldverschreibungen wurde in den Vorjahresangaben die Aufteilung auf die Unterpостen in der Bilanz aufgrund einer nicht zutreffenden Zuordnung angepasst. Hierdurch erhöhte sich der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten und verringerte sich der Bestand von anderen Emittenten um 611,3 Mio. €. Die Davon-Angaben hinsichtlich der Beleihbarkeit bei der Deutschen Bundesbank erhöhten sich bei den öffentlichen Emittenten um 436,9 Mio. € in der Bilanz der IKB AG sowie in der Konzernbilanz und verringerten sich bei den anderen Emittenten in der Bilanz der IKB AG um 874,5 Mio. € und in der Konzernbilanz um 905,2 Mio. €.

(1) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. März 2014 sind neben der IKB AG 43 (Vorjahr: 42) Tochterunternehmen im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Das Tochterunternehmen Istop 6 GmbH wurde erstmalig zum 31. Dezember 2013 in den Konzernabschluss einbezogen. Gegenstand der Gesellschaft Istop 6 GmbH sind der Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen sowie die Verwaltung eigenen Vermögens.

Zwei assoziierte Unternehmen (Vorjahr: zwei) werden nach der sogenannten Equity-Methode im Konzernabschluss bewertet. Die Argantis Private Equity GmbH & Co. KG ist durch Übertragung der Kommanditanteile an Dritte als assoziiertes Unternehmen aus dem Konsolidierungskreis zum 30. September 2013 ausgeschieden. Der Verkauf der Kommanditanteile führte zu keinen wesentlichen Ergebniseffekten. Das assoziierte Unternehmen European Liquid Bond S.A. SiCAV-FIS wird erstmalig zum 31. Dezember 2013 at equity in den Konzernabschluss einbezogen.

Wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns werden 56 (Vorjahr: 48) Tochterunternehmen nicht im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen sowie 19 (Vorjahr: 22) assoziierte Unternehmen nicht nach der Equity-Methode bilanziert, sondern wie

sonstige Beteiligungen zu Anschaffungskosten abzüglich etwaig erforderlicher außerplanmäßiger Abschreibungen bewertet (siehe Ziffer 52).

Die Kapitalanteile bei den assoziierten Unternehmen entsprechen grundsätzlich den Stimmanteilen. Einen abweichenden Stimmrechtsanteil hat die IKB bei der HABITO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt EINS KG, Pullach im Isartal (Kapitalanteil 6,00 %; Stimmrechtsanteil 16,00 %).

Die Luxemburger Fondsgesellschaft Valin Funds S.C.A., SICAV-SIF, für welche die IKB-Tochter Valin Asset Management S.à.r.l. ursprünglich als Komplementärin fungiert hat, wurde am 13. März 2014 in eine S.A. umfirmiert. Mit der Umfirmierung dieser Fondsgesellschaft ist die Valin Asset Management S.à.r.l. als Komplementärin ausgeschieden. Bereits im April 2013 wurde von der Fondsgesellschaft Valin Funds S.C.A., SICAV-SIF der erste Capital Call durchgeführt. Der Anteil der IKB AG an der Fondsgesellschaft nebst dem Teilfonds Valin Funds Mittelstand Mezzanine 1 reduzierte sich hierdurch von 100 % auf 5,04 % zum Stichtag. Eine Einbeziehung in den Konsolidierungskreis, auf die im Vorjahr nach § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB verzichtet wurde, ist somit nicht mehr geboten.

(2) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss wird einheitlich nach den für die IKB AG geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Dabei sind die Jahresabschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen, die keine Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitute sind, auf die Gliederungsschemata der RechKredV-Formblätter übergeleitet. Sofern eine Konzerngesellschaft einen vom 31. März abweichenden Abschlussstichtag hat, werden die wesentlichen Geschäftsvorfälle, die zwischen dem Abschlussstichtag und dem 31. März eingetreten sind, berücksichtigt. Bei ausgewählten Gesellschaften erfolgt die Einziehung mit auf den Stichtag des Konzerns fortgeschriebenen Abschlüssen.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt seit Inkrafttreten des BilMoG für erstkonsolidierte Unternehmen nach der sogenannten Neubewertungsmethode in Übereinstimmung mit § 301 HGB.

Vor Inkrafttreten des BilMoG erstmalig einbezogene Unternehmen werden nach der sogenannten Buchwertmethode konsolidiert. Die Buchwertmethode wird in Übereinstimmung mit dem Beibehaltungswahlrecht gemäß Artikel 66 Abs. 3 EGHGB fortgeführt. Im letzten HGB-Konzernabschluss vor Umstellung der Konzernrechnungslegung auf IFRS (31. März 2005) wurden die Wertansätze des Tochterunternehmens zum Zeitpunkt des Erwerbs oder der Erstkonsolidierung zugrunde gelegt. Für nach dem 31. März 2005 erworbene Unternehmen erfolgt die Einbeziehung in Übereinstimmung mit § 301 Abs. 2 HGB grundsätzlich zu den Wertansätzen zum Erwerbszeitpunkt. Bis zum 31. März 2005 wurde eine Saldierung positiver und negativer Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung vorgenommen. Der daraus resultierende Unterschiedsbetrag wird in den Gewinnrücklagen ausgewiesen. Die Saldierung wird in Übereinstimmung mit Artikel 66 EGHGB beibehalten.

Ein nach Aufdeckung der unrealisierten Gewinne und Verluste verbleibender und nicht mit den Gewinnrücklagen verrechneter aktivischer Unterschiedsbetrag wird in der Konzernbilanz als Geschäfts- oder Firmenwert angesetzt und unter dem Posten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Ein entsprechend vorhandener passivischer Unterschiedsbetrag wird als gesonderter Posten nach dem Eigenkapital unter dem Posten „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ ausgewiesen. Aktuell bestehen im Konzern weder Geschäfts- oder Firmenwerte noch passivische Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung.

Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie Aufwendungen und Erträge zwischen den einbezogenen Konzernunternehmen werden konsolidiert, soweit dem keine branchenspezifischen Rechnungslegungsvorschriften entgegenstehen. Zwischenergebnisse aus konzerninternen Geschäften werden eliminiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode in Übereinstimmung mit § 312 HGB (Buchwertmethode) bewertet. Im Rahmen der Bilanzierung nach der Equity-Methode wird auf einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Konzern verzichtet.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(3) Forderungen

Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute werden zum Nominalwert abzüglich Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bilanziert. Unterschiede zwischen Nominalwert und Auszahlungsbetrag werden in die aktivischen und passivischen Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Erworbene Forderungen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, bilanziert.

Die in der Konzernbilanz im Posten „Forderungen an Kunden“ ausgewiesenen Mietkaufgeschäfte der Leasingunternehmen des Konzerns werden zum Barwert der künftig fälligen Mietkaufraten angesetzt. Die Zinserträge werden annuitätisch vereinnahmt und im Posten „Zinserträge“ ausgewiesen.

(4) Wertpapiere

Erworbene Wertpapiere werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) werden über die Restlaufzeit zeitanteilig im Zinsaufwand bzw. Zinsertrag vereinnahmt.

Die Folgebewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Wertpapiere erfolgt gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Stichtagswert vorgenommen.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips gemäß § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB zum niedrigeren Wert bewertet, der sich aus einem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag ergibt. Liegen keine Stichtagskurse vor, so wird der beizulegende Wert auf Basis von Preisangaben von Marktdatenanbietern ermittelt und mittels geeigneter Verfahren plausibilisiert. Sofern keine Börsenpreise oder Preisangaben vertraglicher Lieferanten zu Wertpapieren verfügbar sind, erfolgt die Wertermittlung auf Basis eigener Bewertungsmodelle durch Diskontierung von erwarteten Cashflows. Der Diskontsatz wird aus dem Risikoprofil ähnlicher Wertpapiere ermittelt. Dabei werden unter anderem auch Parameter verwendet, die nicht ausschließlich am Markt beobachtbar sind.

Bei Wertpapieren aus Verbriefungstransaktionen erfolgt die Berechnung des Wertberichtigungsbedarfs auf Basis eines Fundamentalwertverfahrens. Dieses Verfahren ermöglicht eine detaillierte Verlustallokation des zugrunde liegenden Kreditportfolios. Das Ausfallverhalten des Referenzportfolios wird in einer marktüblichen Monte-Carlo-Simulation unter Berücksichtigung ratingbasierter Ausfallwahrscheinlichkeiten und assetklassenspezifischer Korrelationsparameter geschätzt. Auf Basis der Ausfallszenarien werden die Cashflows der investierten Tranche unter Berücksichtigung der Transaktionsstruktur („Cashflow-Wasserfall“) ermittelt. Über die Diskontierung dieser Cashflows mit dem Effektivzins der jeweiligen Tranche wird der Fundamentalwert errechnet.

Wertaufholungen werden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB vorgenommen, sofern die Gründe für den niedrigeren Wertansatz entfallen sind.

Die Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente erfolgt nach den Grundsätzen des IDW RS HFA 22. Vom Grundsatz der einheitlichen Bilanzierung wird nur dann abgewichen, wenn das strukturierte Finanzinstrument aufgrund eingebetteter Derivate im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche Risiken oder Chancen aufweist.

Eine getrennte Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente erfolgt bei Wertpapieren aus synthetischen Verbriefungstransaktionen, bei denen das Kreditrisiko des Referenzportfolios mit einem Credit Default Swap (CDS) seitens des Inhabers der Vermögensgegenstände des Referenzportfolios auf den Emittenten der Wertpapiere übertragen wurde. Bei synthetischen Verbriefungstiteln werden die eingebetteten Derivate zu Nennbeträgen als Eventualverbindlichkeiten unter den Bilanzvermerken ausgewiesen. Im Falle einer drohenden Inanspruchnahme aus dem eingebetteten Kreditderivat werden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Die Eventualverbindlichkeiten werden in gleicher Höhe gekürzt.

(5) Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken sowie für latente Ausfallrisiken.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen und pauschal ermittelter Rückstellungen für das Kreditgeschäft wird in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994 vorgenommen. Dabei werden historische Kreditverluste aus Kundenforderungen und Eventualverbindlichkeiten aus Avalen zugrunde gelegt und mit einem Konjunkturfaktor multipliziert, um der gesamtwirtschaftlichen Situation Rechnung zu tragen.

Der für die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen verwendete Konjunkturfaktor wurde im Berichtsjahr aufgrund der aktuellen Konjunktüreinschätzung gesenkt. Durch den Rückgang der Kundenforderungen und die Senkung des Konjunkturfaktors reduzierte sich die Pauschalwertberichtigung zum Stichtag um rund 10 Mio. €. Die zur Abdeckung latenter Risiken von Akquisitions-, Projekt- und Immobilienfinanzierungen in Italien, Frankreich, Spanien und Großbritannien zum 31. März 2013 gebildeten zusätzlichen Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 20 Mio. €, die zum 30. September 2013 um weitere 15 Mio. € erhöht wurden, sind aufgrund des Eintritts der erwarteten Risiken und dafür im Berichtszeitraum gebildeter Einzelwertberichtigungen zum 31. Dezember 2013 aufgelöst worden.

Um latenten Adressenausfallrisiken von Wertpapieren des Anlagevermögens, Forderungen an Kreditinstitute und unwiderruflichen Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten aus Protection Seller Credit Default Swaps Rechnung zu tragen, hat die Bank für diese Risiken auf der Grundlage einer geschätzten Einjahresverlustrate (Expected Loss) ebenfalls Pauschalwertberichtigungen bzw. pauschal ermittelte Rückstellungen für das Kreditgeschäft ermittelt.

Der Bestand der Pauschalwertberichtigungen für Kundenforderungen und Forderungen an Kreditinstitute beträgt im Konzern insgesamt 105,3 Mio. € (Vorjahr: 135,2 Mio. €) und in der IKB AG 105,0 Mio. € (Vorjahr: 134,6 Mio. €). Für Wertpapiere bestehen Pauschalwertberichtigungen im Konzern in Höhe von 5,8 Mio. € (Vorjahr: 5,7 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 5,4 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €). Der Bestand pauschal ermittelter Rückstellungen für das Kreditgeschäft reduzierte sich im Konzern sowie in der IKB AG von 5,6 Mio. € auf 4,6 Mio. €.

Zur Abdeckung von Länderrisiken wird das nicht risikoausplatzierte Kreditvolumen in Risikoländern mit internen Ratings ab Ratingklasse 13 mit pauschalen Abschlägen pauschalwertberichtigt. Der sich hieraus ergebende Pauschalwertberichtigungsbestand beträgt 0,2 Mio. €.

(6) Handelsbestand

Dem Handelsbestand sind gemäß IDW RS BFA 2 alle Finanzinstrumente zugeordnet, die mit der Absicht der Erzielung eines kurzfristigen Eigenhandelserfolgs erworben wurden. Die Kriterien für diese Absicht er-

geben sich aus den aufsichtsrechtlichen Vorgaben für die Zuordnung zum Handelsbuch. Eine Änderung dieser Kriterien wurde nicht vorgenommen. Die aktivischen und passivischen Handelsbestände werden separat ausgewiesen.

Finanzinstrumente des Handelsbestands werden gemäß § 340e Absatz 3 Satz 1 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts erfolgt entsprechend der Bewertungshierarchie des § 255 Abs. 4 HGB. Für nicht börsengehandelte Finanzinstrumente werden dabei die beizulegenden Zeitwerte auf der Grundlage von finanzmathematischen Bewertungsmodellen sowie am Markt verfügbaren Bewertungsparametern (u. a. Zinssätze, Zinsvolatilitäten, Währungskurse) bestimmt. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit der Zahlungsströme sind u. a. von der Entwicklung der Zinssätze und der Währungskurse, den vertraglichen Regelungen zu den Zahlungszeitpunkten für das jeweilige Finanzinstrument und von der Bonität der jeweiligen Vertragspartei abhängig.

Die Bank nimmt den Risikoabschlag in Höhe des für aufsichtsrechtliche Zwecke ermittelten Value at Risk vor. Der Berechnung des Value at Risk liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde. Der Value at Risk drückt den Wertverlust des Portfolios der Bank über einen Zeitraum von zehn Tagen aus, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Der Beobachtungszeitraum beträgt 250 Bankarbeitstage. Der für den gesamten Handelsbestand ermittelte Risikoabschlag wird vom aktivischen Handelsbestand abgesetzt.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB ist dem Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340g HGB in jedem Geschäftsjahr ein Betrag, der mindestens 10 vom Hundert der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, zuzuführen und dort gesondert auszuweisen. Dieser Posten wird nur zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands aufgelöst oder soweit dieser Posten 50 % des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands übersteigt.

(7) Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen/Sachanlagen/immaterielle Anlagewerte

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Die Bewertung erfolgt gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Abnutzbares Sachanlagevermögen sowie immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige sowie gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände des Anlagevermögens ihren Buchwert unterschreiten, werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Vom Ansatzwahlrecht für die Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens gemäß § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB wird kein Gebrauch gemacht. Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und linear über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zeitanteilig abgeschrieben.

Die IKB AG weist einen entgeltlich erworbenen Geschäftswert aus der Übernahme des Kundenderivate-Neugeschäfts eines Luxemburger Tochterunternehmens aus. Die Abschreibung erfolgt innerhalb einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von zehn Jahren. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer basiert auf einer Einschätzung der zeitlichen Ertragsrückflüsse auf Basis der identifizierten Komponenten dieses Geschäfts- oder Firmenwerts. Diese Komponenten repräsentieren insbesondere Kundenstämme, die im Rahmen des Erwerbs übernommen wurden. Im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung wird eine

außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Bestehen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung nicht mehr, so wird der niedrigere Wertansatz eines entgeltlich erworbenen Geschäftswerts beibehalten.

(8) Leasingvermögen

Die zur Vermietung bestimmten Anlagegegenstände der Leasingunternehmen des Konzerns werden, soweit diese dem IKB-Konzern wirtschaftlich zuzurechnen sind, in der Konzernbilanz als Leasingvermögen ausgewiesen. In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung werden die zugehörigen Erlöse in dem Posten „Leasingerträge“ ausgewiesen. Der Aufwand aus den Abgängen des Leasingvermögens sowie die sonstigen leistungsbezogenen Aufwendungen sind im Konzern gesondert im Posten „Leasingaufwendungen“ enthalten.

Abschreibungen auf das Leasingvermögen werden im Konzern im Posten „Abschreibungen auf Leasingvermögen“ ausgewiesen.

(9) Wertpapierpensions- und Leihgeschäfte

Die Bilanzierung von Wertpapierpensionsgeschäften erfolgt gemäß § 340b HGB.

Die IKB weist im Rahmen echter Wertpapierpensionsgeschäfte als Pensionsgeber die übertragenen Vermögensgegenstände weiterhin in der Bilanz aus und passiviert eine korrespondierende Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer. Tritt die IKB umgekehrt als Pensionsnehmer auf, wird eine Forderung gegenüber dem Pensionsgeber bilanziert.

Die Bilanzierung von Wertpapierleihegeschäften erfolgt analog zur Bilanzierung echter Wertpapierpensionsgeschäfte.

(10) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB werden Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, mit diesen Schulden verrechnet. Entsprechend wird mit den zugehörigen Aufwendungen und Erträgen aus der Abzinsung der Verpflichtungen und aus dem zu verrechnenden Vermögen verfahren.

Die Bewertung der im Rahmen von Contractual Trust Arrangements (CTA) ausgelagerten Vermögensgegenstände erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Übersteigt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände den Betrag der Schulden, so wird dieser Betrag im Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen. Der Saldo aus den entsprechenden Aufwendungen und Erträgen wird je nach Vorzeichen in den Sonstigen betrieblichen Erträgen oder den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Bilanzierung von Altersversorgungsverpflichtungen ist bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden von Rückstellungen (Ziffer 12) dargestellt.

(11) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten, mit Ausnahme des passivischen Handelsbestands, sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zum Einzahlungsbetrag wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig erfolgswirksam aufgelöst.

Bei Vermögensübertragungen, bei denen kein bilanzieller Abgang erfolgt ist, wird in Höhe des für den Vermögensgegenstand erhaltenen Betrags eine Verpflichtung unter den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

(12) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Verpflichtungen für Altersversorgung werden zum notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet. Bei der Ermittlung des notwendigen Erfüllungsbetrags werden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Die Berechnung erfolgt nach der Projected-Unit-Credit-Methode unter Anwendung der folgenden Bewertungsannahmen:

Bewertungsfaktor	31.3.2014 Annahme	31.3.2013 Annahme
Rechnungszinsfuß	4,83 %	5,03 %
Lohn- und Gehaltssteigerung	2,0 % / 3,0%	3,0 %
Rententrend	2,0 %	2,0 %
Fluktuationsrate entsprechend einer Staffelung nach Alter und Geschlechtern		
Alter bis 35 Jahre m/w	6,5 % / 4,5 %	6,5 % / 4,5 %
Alter 36 bis 45 Jahre m/w	4,5 % / 5,5 %	4,5 % / 5,5 %
Alter > 45 Jahre m/w	1,5 % / 1,0 %	1,5 % / 1,0 %

Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen werden in der Regel pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Zinssatz wird durch die Bundesbank entsprechend der Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung – RückAbzinsV) bekanntgegeben. Bei wertpapiergebundenen Zusagen werden die Rückstellungen in Höhe des beizulegenden Zeitwerts des Deckungsvermögens angesetzt, sofern ein garantierter Mindestbetrag überschritten wird.

Gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen erforderlichen zusätzlichen Rückstellungsbetrag in jedem Geschäftsjahr zu einem Fünfzehntel anzusammeln (siehe Ziffer 35).

Zur Absicherung der Verpflichtungen aus der Altersversorgung und ähnlichen Regelungen wurden im Rahmen von Contractual Trust Arrangements (CTA) Vermögensgegenstände zur Erfüllung der Pensionsansprüche vom übrigen Unternehmensvermögen separiert und auf einen Unternehmenstreuhand übertragen. Unterschreitet der beizulegende Zeitwert der ausgelagerten Vermögensgegenstände die zugehörigen Verpflichtungen, so wird in entsprechender Höhe eine Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ausgewiesen.

Zum Verrechnungsgebot der ausgelagerten Vermögensgegenstände mit den Altersversorgungsverpflichtungen sowie zur Bilanzierung der Vermögensgegenstände wird auf Ziffer 10 verwiesen.

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen

Rückstellungen für Steuern und andere Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Der notwendige Erfüllungsbetrag schließt zukünftige Preis- und Kostensteigerungen ein. Bei Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erfolgt die Dotierung in Höhe des Verpflichtungsüberschusses. Rückstellungen, deren Restlaufzeit zwölf Monate überschreitet, werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit laufzeitadäquaten Zinssätzen gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung abgezinst. Der Ausweis des Effekts aus der Aufzinsung in den Folgeperioden erfolgt bei nicht bankgeschäftlichen Sachverhalten in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Der Aufzinsungseffekt bei Rückstellungen im Zusammenhang mit bankgeschäftlichen Sachverhalten erfolgt in den Zinsaufwendungen.

Die Rückstellungen für Zinsen aus der Verzinsung von Steuernachforderungen der Finanzverwaltung und die Effekte aus der Aufzinsung der Steuerrückstellungen werden unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

(13) Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventuell gebildeter Rückstellungen unter der Bilanz angegeben.

(14) Derivategeschäfte

Derivative Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands werden nach den für schwebende Geschäfte geltenden Grundsätzen bilanziert. Geleistete bzw. erhaltene Prämienzahlungen aus bedingten Termingeschäften werden in den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Bei unbedingten Termingeschäften werden gezahlte oder erhaltene Upfront-Fees im aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und linear über die Restlaufzeit im Zinsergebnis amortisiert. Am Abschlussstichtag wird geprüft, ob eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden ist.

Bei derivativen Finanzinstrumenten, die in eine Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB einbezogen sind, wird auf die Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste, die aus dem abgesicherten Risiko resultieren, verzichtet, soweit diesen Verlusten ein nicht realisierter Gewinn in gleicher Höhe gegenübersteht (siehe Ziffer 20).

Zinsderivate des Bankbuchs werden zusammen mit allen übrigen zinstragenden Finanzinstrumenten außerhalb des Handelsbestands nach den Grundsätzen der Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Dabei wird der Barwert des zinstragenden Geschäfts den entsprechenden Buchwerten gegenübergestellt, wobei Verwaltungs- und Risikokosten sowie zu erwartende Refinanzierungskosten berücksichtigt werden. Dabei berücksichtigt die IKB die Refinanzierungswirkung des Eigenkapitals. Die spezifische Situation der IKB führt dazu, dass für einen langen Zeitraum keine Ausschüttungen an Anteilseigner vorgenommen werden können. Infolgedessen wird für den Teil der fiktiven Schließung von Aktivüberhängen durch Eigenkapital eine Nullverzinsung unterstellt. Die verlustfreie Bewertung nach IDW RS BFA 3 ergab keinen Rückstellungsbedarf.

Zur Bewertung derivativer Finanzinstrumente im Handelsbestand wird auf Ziffer 6 verwiesen.

(15) Währungsumrechnung

Für die Umrechnung von auf fremde Währung lautenden Abschlüssen im Konzern wird die sogenannte modifizierte Stichtagskursmethode gemäß § 308a HGB angewendet. Die Aktiv- und Passivposten einer auf fremde Währung lautenden Bilanz werden, mit Ausnahme des Eigenkapitals, zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Das Eigenkapital wird zum historischen Kurs in Euro umgerechnet. Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung werden zum Durchschnittskurs in Euro umgerechnet. Eine sich ergebende Differenz aus der Umrechnung wird innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung“ ausgewiesen.

Die Umrechnung der Vermögensgegenstände und Schulden aus auf ausländische Währung lautenden Einzelgeschäften außerhalb des Handelsbestands folgt bei der IKB AG und den anderen Instituten im Konzern, soweit eine besondere Deckung vorhanden ist, den Grundsätzen des § 340h HGB i.V.m. § 256a HGB. Danach sind auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zum Devisenkassamittelkurs (EZB-Referenzkurs) zum Bilanzstichtag umzurechnen. Sind die Anforderungen an eine besondere Deckung nicht erfüllt, so erfolgt die Währungsumrechnung nach den für alle Kaufleute geltenden Vorschriften (§ 256a HGB). Bei einer Restlaufzeit von einem Jahr und weniger werden die nicht realisierten Gewinne aus der Währungsumrechnung ertragswirksam erfasst. Wird die Restlaufzeit von einem Jahr überschritten, so gelten die allgemeinen Bewertungsvorschriften.

Das Vorliegen der besonderen Deckung im Sinne des § 340h HGB kann nach IDW RS BFA 4 als erfüllt angesehen werden, wenn das Währungsrisiko über eine Währungsposition gesteuert und die einzelnen Posten in eine Währungsposition übernommen werden. Die IKB AG ordnet die Geschäfte außerhalb des Handelsbestands in fremder Währung grundsätzlich der Währungsposition der jeweiligen Währung zu und steuert diese über genehmigte Limite.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung (Umrechnungsdifferenzen) in den Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Dienen Devisentermingeschäfte der IKB AG der Absicherung von zinstragenden Vermögensgegenständen und Schulden, so wird der Terminkurs aufgespalten und seine beiden Elemente (Kassakurs und Swapsatz) werden bei der Ergebnisermittlung getrennt berücksichtigt. Die Auf- und Abschläge (Deport/Report) zum Kassakurs werden zeitanteilig im Zinsergebnis verrechnet. Bei den vorgenannten Geschäften wird überprüft, ob aus der fristenkongruenten Schließung der Position Verluste drohen und dafür Rückstellungen zu bilden sind (Reststellenbewertung).

Finanzinstrumente des Handelsbestands in fremder Währung werden gemäß § 340c Abs. 1 HGB i.V.m. § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Nach der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in Fremdwährung werden die Handelsbestände zum Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet und nicht realisierte Gewinne bzw. Verluste im Nettoertrag bzw. Nettoaufwand des Handelsbestands erfasst.

(16) Bewertungseinheiten

Nach § 254 HGB liegt eine Bewertungseinheit dann vor, wenn Vermögensgegenstände, Schulden, schwebende Geschäfte oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen – sogenannte Grundgeschäfte – zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken – sogenannter abgesicherter Risiken – mit originären oder derivativen Finanzinstrumenten – sogenannten Sicherungsinstrumenten – zusammengefasst werden. Auf der ersten Ebene ist nach IDW RS HFA 35 durch das Unternehmen in eigener Verantwortung zu entscheiden, ob ein bestimmtes Risiko durch ein Si-

cherungsinstrument durch Herstellung einer ökonomischen Sicherungsbeziehung zu einem oder einer Gruppe von Grundgeschäften abgesichert werden soll. Auf der zweiten Ebene wird danach entschieden, ob eine im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehung durch Bildung einer Bewertungseinheit auch in der Rechnungslegung abgebildet werden soll (Wahlrecht). Liegt eine ökonomische Sicherungsbeziehung vor, entscheidet die Bank im Einzelfall, wann eine Bewertungseinheit gebildet wird.

Bei der Bilanzierung von Bewertungseinheiten nach den Regeln des § 254 HGB wird auf die Erfassung unrealisierter Verluste, die aus abgesicherten Risiken resultieren, bei einzelnen Geschäften der Bewertungseinheit verzichtet, soweit diesen Verlusten unrealisierte Gewinne aus den anderen Geschäften der Bewertungseinheit in gleicher Höhe gegenüberstehen. Dies erfolgt in dem Umfang und für den Zeitraum, in dem sich gegenläufige Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Grundgeschäft und dem Sicherungsinstrument in Bezug auf das abgesicherte Risiko ausgleichen.

Zur bilanziellen Abbildung von Bewertungseinheiten wird bei der IKB in der Regel die Einfrierungsmethode angewendet. Eine Ausnahme bilden Mikro-Hedges zur Vermeidung von Währungsrisiken im Konzern, die nach der Durchbuchungsmethode bilanziert werden.

Bei der Einfrierungsmethode werden die sich ausgleichenden Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko (wirksamer Teil) nicht bilanziert. Ein sich innerhalb der Bewertungseinheit insgesamt ergebender unrealisierter Gewinn wird nicht berücksichtigt. Entspricht der ineffektive Teil der Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft aus dem abgesicherten Risiko dagegen einem Verlust, wird eine entsprechende Rückstellung gebildet. Im Unterschied dazu werden bei der Durchbuchungsmethode in der Bilanz die sich ausgleichenden positiven und negativen Wertveränderungen aufgrund des abgesicherten Risikos (wirksame Beträge) von den Vermögensgegenständen und Schulden durch Anpassung der jeweiligen Buchwerte berücksichtigt.

Die prospektive Effektivitätsbeurteilung wie auch die rückwirkende Ermittlung der Wirksamkeit der Bewertungseinheit erfolgt in den Fällen, in denen die Kontraktbedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft exakt gegenläufig sind, durch den Vergleich der Vertragsbedingungen (Critical Term Match). In den anderen Fällen wird die Effektivität durch eine regelmäßige Überwachung der gegenläufigen Bewertungseffekte von Grund- und Sicherungsgeschäft sichergestellt. Die Sicherungsbeziehungen werden über die verbleibende Restlaufzeit der Grundgeschäfte gebildet.

Bewertungseinheiten für mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen bestehen nicht.

Bezüglich des Risikomanagements finanzieller Risiken wird auf die Berichterstattung im Lagebericht verwiesen.

(17) Latente Steuern

Bestehen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen Differenzen, die sich in den folgenden Geschäftsjahren wieder ausgleichen (sogenannte Temporäre Differenzen), so ist eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerbelastung als passive latente Steuern anzusetzen. Eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerentlastung kann als aktive latente Steuern angesetzt werden. Bei der Berechnung aktiver latenter Steuern sind steuerliche Verlustvorträge, die in den nächsten fünf Jahren erwartungsgemäß kompensierend genutzt werden können, in der Verlustverrechnung zu berücksichtigen. Das Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird ausgeübt. Vom Wahlrecht zum unverrechneten Ansatz aktiver und passiver latenter Steuern gemäß § 274 Abs. 1 Satz 3 HGB (Bruttoausweis) wird hingegen kein Gebrauch gemacht.

Die latenten Steuern werden unter Anwendung der individuellen Steuersätze je Steuersubjekt bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder bereits durch den Gesetzgeber verabschiedet sind und die zum Zeitpunkt der Realisierung der aktiven latenten Steuern sowie der passiven latenten Steuern voraussichtlich gelten werden. Bei der Berechnung der inländischen latenten Steuern werden ein Körperschaftsteuersatz von 15 %, ein Solidaritätszuschlag von 5,5 % auf die Körperschaftsteuer und ein Gewerbesteuersatz unter Berücksichtigung der jeweils geltenden Hebesätze zugrunde gelegt. Die Bewertung der latenten Steuern der ausländischen Betriebsstätten und Tochterunternehmen erfolgt mit den dort geltenden Steuersätzen.

Aufgrund der bestehenden ertragsteuerlichen Organschaften werden die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Differenzen der Organgesellschaften bei der Ermittlung der latenten Steuern jeweils bei dem Organträger berücksichtigt. Bei Organträgern, die gleichzeitig auch Organgesellschaft sind, erfolgt die Berücksichtigung der temporären Differenzen auf Ebene des obersten Organträgers.

Soweit im Konzernabschluss die Konsolidierungsmaßnahmen zu temporären Differenzen führen, werden für die sich aus diesen Differenzen ergebenden künftigen Steuerentlastungen bzw. -belastungen zusätzliche aktive bzw. passive latente Steuern angesetzt. Die sich aus Konsolidierungsmaßnahmen gemäß § 306 HGB ergebenden latenten Steuern werden mit den latenten Steuern gemäß § 274 HGB verrechnet.

Erläuterungen zur Bilanz

(18) Laufzeitengliederung ausgewählter Bilanzposten nach Restlaufzeiten

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2014	31.3.2013	31.3.2014	31.3.2013
Forderungen an Kreditinstitute*	106,5	120,0	91,0	109,3
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	74,0	75,0	58,5	64,2
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6,3	12,4	6,3	12,4
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	14,2	26,0	14,2	26,1
mehr als 5 Jahre	12,0	6,6	12,0	6,6
Forderungen an Kunden	12.263,2	14.707,1	14.232,2	16.752,3
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	1.703,6	1.582,5	1.763,9	1.606,8
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.869,9	2.419,7	2.044,5	2.735,5
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	6.371,1	8.197,0	7.818,7	9.111,8
mehr als 5 Jahre	2.318,6	2.507,9	2.605,1	3.298,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten*	8.921,3	11.058,3	8.913,8	11.066,9
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	1.481,5	1.086,3	1.480,6	1.099,7
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.770,7	3.369,6	1.770,2	3.368,1
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.428,3	5.100,7	4.422,2	5.097,4
mehr als 5 Jahre	1.240,8	1.501,7	1.240,8	1.501,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden*	8.738,4	10.293,1	8.750,4	10.311,2
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	1.212,2	1.568,4	1.224,2	1.579,5
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.068,2	3.184,5	3.068,2	3.188,5
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.222,9	4.072,7	3.222,9	4.075,8
mehr als 5 Jahre	1.235,1	1.467,5	1.235,1	1.467,4

*jeweils ohne täglich fällige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 500,1 Mio. € (Vorjahr: 678,1 Mio. €) im Konzern und 293,7 Mio. € (Vorjahr: 510,2 Mio. €) in der IKB AG im Folgejahr fällig. Von den unter den Verbrieften Verbindlichkeiten enthaltenen begebenen Schuldverschreibungen sind 149,9 Mio. € (Vorjahr: 117,4 Mio. €) im Konzern und 100,3 Mio. € (Vorjahr: 117,4 Mio. €) in der IKB AG im Folgejahr fällig.

(19) Finanzinstrumente des Handelsbestands

Der unter den Aktiva ausgewiesene Handelsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	Konzern		IKB AG*	
	31.3.2014	31.3.2013	31.3.2014	31.3.2013
Derivative Finanzinstrumente	253,9	253,1	253,9	253,1
Forderungen	48,2	9,4	48,2	9,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17,2	4,0	17,2	4,0
Risikoabschlag	-1,2	-0,6	-1,2	-0,6
Gesamt	318,1	265,9	318,1	265,9

*Im zum 31. März 2013 ausgewiesenen Posten „Forderungen“ sind Forderungsbestände in Höhe von 39,4 Mio. € und Verbindlichkeiten in Höhe von 30 Mio. € enthalten.

Bei den Derivaten des Handelsbestandes handelt es sich um Zinsswaps, Spot-Geschäfte, CDS/Caps/Floors/Collars, FXSwaps, FXOptions, FXForwards und Swaptions.

Unter dem passivischen Handelsbestand werden derivative Finanzinstrumente in Höhe von 266,5 Mio. € (Vorjahr: 242,1 Mio. €) und Verbindlichkeiten in Höhe von 67,4 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) ausgewiesen.

Die Nominalbeträge der im aktivischen und passivischen Handelsbestand ausgewiesenen Derivate betragen:

31.3.2014 in Mio. €	Nominalbetrag	
	Konzern	IKB AG
Zinsbezogene Derivate	6.512,4	6.512,4
Kreditbezogene Derivate	5,0	5,0
Währungsbezogene Derivate	981,3	981,3
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	732,5	732,5
Gesamt	8.231,2	8.231,2

Aus Handelsaktivitäten ergibt sich im Geschäftsjahr 2013/14 nach Berücksichtigung des Risikoabschlags ein Nettoertrag in Höhe von 6,6 Mio. € (Vorjahr: 1,3 Mio. €). Daraus ergibt sich eine Dotierung eines Sonderpostens gemäß § 340e Abs. 4 HGB in Höhe von 0,7 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €). Damit verbleibt ein Nettoertrag von 5,9 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €).

(20) Bewertungseinheiten

In der IKB bestehen Bewertungseinheiten im Wesentlichen zur Abbildung von Absicherungen von Zins- und/oder Währungsrisiken.

Zum Stichtag werden im Konzern Vermögensgegenstände im Buchwert von 456,4 Mio. € (Vorjahr: 497,1 Mio. €) und Derivate mit einem negativen Marktwert von 112,7 Mio. € (Vorjahr: 119,9 Mio. €) als Grundgeschäfte in Bewertungseinheiten abgesichert. In der IKB AG sind zum Stichtag Derivate mit einem negativen Marktwert von 112,6 Mio. € (Vorjahr: 119,6 Mio. €) als Grundgeschäfte in Bewertungseinheiten einbezogen.

Die abgesicherten Risiken betragen zum Stichtag im Konzern für die Vermögensgegenstände 4,4 Mio. € (Vorjahr: 7,7 Mio. €), für die Derivate 107,4 Mio. € (Vorjahr: 115,5 Mio. €) und in der IKB AG für die Derivate 107,3 Mio. € (Vorjahr: 115,2 Mio. €). Das abgesicherte Risiko entspricht den Wert- oder Zahlungsstromänderungen des Grundgeschäfts, die durch die Sicherungsgeschäfte in der Bewertungseinheit ausgeglichen werden.

(21) Anlagevermögen

Konzern:

in Mio. €	Immaterielle Vermögensgegenstände	Sachanlagen	Leasingvermögen	Beteiligungen	Anteile an assoziierten Unternehmen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Gesamt
Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2013	67,4	60,8	2.529,0	65,1	21,4	13,4	8.131,2	469,6	11.357,9
Zugänge	2,2	6,9	321,4	-	0,3	75,8	2.899,2	458,8	3.764,6
Umbuchungen	-0,1	22,1	-45,0	-1,1	75,0	-75,5	-	-	-24,6
Effekte aus Währungsumrechnung	-	-0,1	-0,8	-	-	-	-50,1	-	-51,0
Abgänge	-6,8	-12,7	-476,4	-6,3	-52,9	-1,7	-3.450,9	-359,5	-4.367,2
Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2014	62,7	77,0	2.328,2	57,7	43,8	12,0	7.529,4	568,9	10.679,7
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2013	-48,4	-48,0	-1.163,7	-38,3	-6,4	-11,3	-496,6	-1,1	-1.813,8
Zuschreibungen	-	0,5	-1,2	2,5	1,2	-	18,7	-	21,7
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-5,7	-4,6	-391,0	-2,1	-0,2	-0,1	-15,6	-	-419,3
Umbuchungen	-0,2	-10,7	3,4	1,7	-	-	-	-	-5,8
Effekte aus Währungsumrechnung	-	0,1	0,4	-	-	-	31,3	-	31,8
Abgänge	6,8	11,7	394,0	3,9	6,6	1,7	285,3	-	710,0
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2014	-47,5	-51,0	-1.158,1	-32,3	1,2	-9,7	-176,9	-1,1	-1.475,4
Restbuchwert zum 31.3.2014	15,2	26,0	1.170,1	25,4	45,0	2,3	7.352,5	567,8	9.204,3
Restbuchwert zum 31.3.2013	19,0	12,8	1.365,3	26,8	15,0	2,1	7.634,6	468,5	9.544,1

Die Zinsabgrenzungen des Geschäfts- und Vorjahres sind in den Zu- und Abgängen enthalten.

Für die Posten „Beteiligungen“ und „Anteile an verbundenen Unternehmen“ wurden aufgrund einer im Vorjahr teilweise nicht erfolgten erforderlichen Bruttodarstellung die Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie kumulierten Ab- und Zuschreibungen zum 31. März 2013 angepasst. Für den Posten „Beteiligungen“ erhöhen sich die Werte um jeweils 8,1 Mio. € bzw. für den Posten „Anteile an verbundenen Unternehmen“ um jeweils 5,9 Mio. €.

IKB AG:

in Mio. €	Immaterielle Vermögensgegenstände	Sachanlagen	Leasingvermögen	Beteiligungen	Anteile an assoziierten Unternehmen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Gesamt
Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2013	91,3	33,2	-	12,9	-	1.341,2	7.235,1	-	8.713,7
Zugänge	0,5	2,1	-	-	-	10,7	2.643,4	-	2.656,7
Umbuchungen	-	-	-	-1,3	-	-0,5	-	-	-1,8
Effekte aus Währungsumrechnung	-	-	-	-	-	-	-36,6	-	-36,6
Abgänge	-6,4	-9,1	-	-0,3	-	-19,7	-3.306,8	-	-3.342,3
Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2014	85,4	26,2	-	11,3	-	1.331,7	6.535,1	-	7.989,7
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2013	-43,1	-27,7	-	-1,8	-	-1.216,5	-347,8	-	-1.636,9
Zuschreibungen	-	-	-	-	-	22,0	11,8	-	33,8
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-9,1	-0,8	-	-	-	-0,6	-9,6	-	-20,1
Umbuchungen	-	-	-	1,8	-	-	-	-	1,8
Effekte aus Währungsumrechnung	-	-	-	-	-	-	21,2	-	21,2
Abgänge	6,4	8,5	-	-	-	0,4	210,4	-	225,7
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2014	-45,8	-20,0	-	0	-	-1.194,7	-114,0	-	-1.374,5
Restbuchwert zum 31.3.2014	39,6	6,2	-	11,3	-	137,0	6.421,1	-	6.615,2
Restbuchwert zum 31.3.2013	48,2	5,5	-	11,1	-	124,7	6.887,3	-	7.076,8

Die Zinsabgrenzungen des Geschäfts- und Vorjahres sind in den Zu- und Abgängen enthalten.

Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthält überwiegend europäische Staatsanleihen, Bankenanleihen und Emissionen europäischer Industrieunternehmen sowie strukturierte Produkte in Form von CDOs. Im Konzern werden zudem im Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ dem Anlagevermögen zugeordnete Anteile an Spezialsondervermögen ausgewiesen (siehe Ziffer 23).

Insgesamt bestehen im Konzern für Wertpapiere des Anlagevermögens am Bilanzstichtag unrealisierte Verluste in Höhe von 110,1 Mio. € (Vorjahr: 363,2 Mio. €) bezogen auf die Buchwerte von 993,0 Mio. € (Vorjahr: 2.529,5 Mio. €) und die beizulegenden Zeitwerte von 882,9 Mio. € (Vorjahr: 2.166,3 Mio. €).

In der AG betragen die unrealisierten Verluste bei Buchwerten von 926,0 Mio. € (Vorjahr: 2.450,4 Mio. €) und beizulegenden Zeitwerten von 849,0 Mio. € (Vorjahr: 2.131,0 Mio. €) insgesamt 77,0 Mio. € (Vorjahr: 319,4 Mio. €).

Die Differenzen werden als nicht dauerhafte Wertminderungen beurteilt. Abschreibungen erfolgen insofern nicht. Die für die Ermittlung der unrealisierten Verluste verwendeten beizulegenden Zeitwerte und Buchwerte enthalten keine Zinsabgrenzungen.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist im Konzern in den Sachanlagen enthalten. Es befindet sich in dem aktuellen Geschäftsjahr ein (Vorjahr: 0) teilweise bankbetrieblich selbstgenutztes Grundstück und Gebäude im Bestand.

Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte des Leasinggeschäfts im Konzern betragen 0,6 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €).

Bei den Vermögensgegenständen des Anlagevermögens wurden im aktuellen Geschäftsjahr aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen im Konzern in Höhe von 23,1 Mio. € (Vorjahr: 60,7 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 9,7 Mio. € (Vorjahr: 27,3 Mio. €) vorgenommen.

(22) Börsenfähige Wertpapiere

Die in den nachstehenden Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere werden nach ihrer Börsennotierung wie folgt unterschieden:

31.3.2014 in Mio. €	Konzern			IKB AG		
	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.462,6	7.078,1	384,5	6.526,9	6.526,9	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	561,5	-	561,5	-	-	-
Beteiligungen	10,8	-	10,8	-	-	-

31.3.2013 in Mio. €	Konzern			IKB AG		
	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.855,1	7.552,5	302,6	6.991,9	6.991,9	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	488,2	-	488,2	28,3	-	28,3
Beteiligungen	9,6	-	9,6	-	-	-

Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthält dem Anlagevermögen zugeordnete börsenfähige Wertpapiere im Konzern in Höhe von 7.308,5 Mio. € (Vorjahr: 7.634,6 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 6.421,1 Mio. € (Vorjahr: 6.887,3 Mio. €). Der Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ enthält ausschließlich im Konzern dem Anlagevermögen zugeordnete börsenfähige Wertpapiere in Höhe von 561,5 Mio. € (Vorjahr: 468,5 Mio. €).

(23) Angaben zu Investmentvermögen

Das Investmentvermögen mit einem Anteil von mehr als 10 % wird nach folgenden Anlagezielen gegliedert:

in Mio. €	Konzern				IKB AG			
	Buchwert	Markt- wert	Differenz	Aus- schüt- tung	Buchwert	Markt- wert	Differenz	Aus- schüt- tung
			zum				zum	
	31.3. 2014	31.3. 2014	Buchwert 31.3. 2014	2013/14	31.3. 2014	31.3. 2014	Buchwert 31.3. 2014	2013/14
Mischfonds	260,4	260,4	-	1,2	233,6	233,6	-	1,2
Sonstige								
Spezialsondervermögen	561,5	565,4	3,9	17,0	-	-	-	-
Gesamt	821,9	825,8	3,9	18,2	233,6	233,6	-	1,2

in Mio. €	Konzern				IKB AG			
	Buchwert	Markt- wert	Differenz	Aus- schüt- tung	Buchwert	Markt- wert	Differenz	Aus- schüt- tung
			zum				zum	
	31.3. 2013	31.3. 2013	Buchwert 31.3. 2013	2012/13	31.3. 2013	31.3. 2013	Buchwert 31.3. 2013	2012/13
Mischfonds	253,4	253,4	-	6,0	227,4	227,4	-	5,4
Sonstige								
Spezialsondervermögen	488,2	489,2	1,0	44,8	28,3	28,3	-	-
Gesamt	741,6	742,6	1,0	50,8	255,7	255,7	-	5,4

Der Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ enthält Anteile an ausländischen Spezialfonds gemäß InvG. Die Fonds investieren überwiegend in europäische Pfandbriefe. Das „Sonstige Spezialsondervermögen“ der IKB AG wurde auf eine Konzerngesellschaft mit dauerhafter Halteabsicht übertragen.

Darüber hinaus wurde CTA-Vermögen in einen inländischen Spezialfonds gemäß InvG investiert. Der nach Verrechnung mit den Pensionsverpflichtungen verbleibende Betrag wird unter dem Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ (siehe Ziffer 28) ausgewiesen. Der Fonds investiert überwiegend in Rentenpapiere und geringfügig in Investmentanteile und Aktien.

Alle Fondsanteile können börsentäglich zurückgegeben werden. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Rücknahme der Anteile aussetzen, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Die Verwaltungsgesellschaften haben von diesem Recht bisher keinen Gebrauch gemacht.

(24) Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen

Die in der Tabelle genannten assoziierten Unternehmen werden im Konzern nach der Equity-Methode bilanziert.

Buchwerte der Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen:

in Mio. €	31.3.2014	31.3.2013
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	12,2	11,1
European Liquid Bond S.A. SICAV-FIS, Luxemburg, Luxemburg	32,8	-
Argantis Private Equity GmbH & Co. KG, Köln	-	3,9
Gesamt	45,0	15,0

Bilanzkennzahlen von nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen:

31.3.2014 in Mio. €	Vermögens- gegenstände	Verbindlich- keiten	Jahresüber- schuss / -fehlbetrag	Erträge
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	494,7	453,7	5,9	207,7
European Liquid Bond S.A. SICAV-FIS, Luxemburg, Luxemburg	119,8	0,1	-	5,0

(25) Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	Konzern			
	31.3.2014		31.3.2013	
	Verbundene Unter- nehmen ¹⁾	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	Verbundene Unter- nehmen ¹⁾	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	-	-
Forderungen an Kunden	17,6	30,3	20,6	30,1
Sonstige Vermögensgegenstände	0,2	-	0,1	0,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4,6	-	5,2	0,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	1,2	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	-	-	-	-

1) nur nicht konsolidierte verbundene Unternehmen

in Mio. €	IKB AG			
	31.3.2014		31.3.2013	
	Verbundene Unter- nehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	Verbundene Unter- nehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	1,8	-
Forderungen an Kunden	3.035,0	30,0	3.154,7	30,0
Sonstige Vermögensgegenstände	27,8	-	72,2	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	32,1	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	38,4	0,5	67,9	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	391,2	-	257,4	-
Sonstige Verbindlichkeiten	36,3	-	19,3	-

(26) Treuhandgeschäfte

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2014	31.3.2013	31.3.2014	31.3.2013
Treuhandvermögen: Forderungen an Kunden	-	0,3	-	0,3
Treuhandverbindlichkeiten: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	0,3	-	0,3

Bei den Forderungen an Kunden innerhalb des Treuhandvermögens handelt es sich ausschließlich um Kredite an insolvente Kreditnehmer. Gemäß den vertraglichen Vereinbarungen ist der Bilanzausweis fortzuführen, bis der Treugeber die IKB aus dem Treuhandverhältnis entlässt.

(27) Nachrangige Vermögensgegenstände

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2014	31.3.2013	31.3.2014	31.3.2013
Forderungen an Kunden	787,4	1.019,8	772,4	999,9
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,7	0,7	0,7	0,7
Handelsbestand	1,0	-	1,0	-
Gesamt	789,1	1.020,5	774,1	1.000,6

Bei den im Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen nachrangigen Vermögensgegenständen handelt es sich um eigene Schuldverschreibungen.

(28) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

31.3.2014			
in Mio. €		Konzern	IKB AG
Verrechnete Vermögensgegenstände			
Anschaffungskosten		277,1	248,8
Beizulegender Zeitwert		284,1	255,2
Verrechnete Schulden			
Erfüllungsbetrag		-252,5	-222,1
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		33,2	33,1
Im Berichtsjahr verrechnete Aufwendungen und Erträge			
Aufwendungen und Erträge aus Pensionsverpflichtungen			
Erträge aus Pensionsverpflichtungen		-	-
Aufwendungen aus Pensionsverpflichtungen		-21,8	-19,5
Aufwendungen und Erträge aus Deckungsvermögen			
Erträge des Deckungsvermögens		8,6	8,0
Aufwendungen des Deckungsvermögens		-0,5	-0,5
Nettoertrag/-aufwand		-13,7	-12,0

31.3.2013			
in Mio. €		Konzern	IKB AG
Verrechnete Vermögensgegenstände			
Anschaffungskosten		267,7	239,9
Beizulegender Zeitwert		267,8	240,0
Verrechnete Schulden			
Erfüllungsbetrag		-232,2	-205,2
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		39,9	38,0
Im Berichtsjahr verrechnete Aufwendungen und Erträge			
Aufwendungen und Erträge aus Pensionsverpflichtungen			
Erträge aus Pensionsverpflichtungen		-	-
Aufwendungen aus Pensionsverpflichtungen		-17,1	-15,5
Aufwendungen und Erträge aus Deckungsvermögen			
Erträge des Deckungsvermögens		21,7	19,8
Aufwendungen des Deckungsvermögens		-	-
Nettoertrag/-aufwand		4,6	4,3

Der beizulegende Zeitwert des im Rahmen von CTA ausgelagerten Vermögens ergibt sich aus den Inventarwerten, die zum Bilanzstichtag durch die Investmentgesellschaft gemäß § 36 InvG ermittelt wurden.

(29) Leasinggeschäft

Die zur Vermietung bestimmten Anlagegegenstände (Mobilen-Leasing) werden in der Konzernbilanz als Leasingvermögen ausgewiesen. Es handelt sich hier im Wesentlichen um sogenannte Teil-Amortisationsverträge, bei denen der Leasinggegenstand beim Leasinggeber bilanziert wird.

(30) Wertpapierpensionsgeschäfte

Der Buchwert der zum Stichtag in der Bilanz ausgewiesenen und im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften übertragenen Vermögensgegenstände beträgt im Konzern 3.617,9 Mio. € (Vorjahr: 3.736,9 Mio. €) und in der IKB AG 3.164,9 Mio. € (Vorjahr: 3.736,9 Mio. €).

(31) Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung

Die in Euro umgerechneten bilanzierten Währungsvolumina sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2014	31.3.2013	31.3.2014	31.3.2013
Vermögensgegenstände	1.484,1	2.456,7	1.364,3	2.526,4
Schulden	324,5	1.314,8	473,8	1.564,8

Die Unterschiedsbeträge zwischen den Vermögensgegenständen und Schulden sind weitestgehend durch Währungssicherungsgeschäfte abgesichert.

(32) Sonstige Vermögensgegenstände und Sonstige Verbindlichkeiten

In den Sonstigen Vermögensgegenständen sind im Wesentlichen folgende Sachverhalte enthalten:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2014	31.3.2013	31.3.2014	31.3.2013
Vorräte	-	90,9	-	-
Devisenausgleichsposten*	18,1	5,1	18,1	5,1
Forderungen aus dem Leasinggeschäft	17,6	50,0	-	-
Forderungen Finanzbehörden	42,9	43,8	36,2	35,1
Noch nicht verwertete Mietkaufobjekte	12,1	13,7	-	-
Rechnungsabgrenzung Derivate	9,2	12,5	9,7	16,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2,1	3,9	0,4	-
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-	27,8	72,2

*aus Devisenkassakursneutralisierung

Im Konzern wird zum Stichtag unter den Vorräten kein Buchwert von Immobilien ausgewiesen (Vorjahr: zwei). Die Veränderung resultiert aus dem Abgang einer im dritten Quartal veräußerten Immobilie. Bei der anderen Immobilie wurde im Oktober 2013 der Beschluss gefasst, die Veräußerungsabsicht aufzugeben. Hieraus resultiert die Bilanzierung im Anlagevermögen.

Bei den Forderungen aus dem Leasinggeschäft handelt es sich im Konzern im Wesentlichen um geleistete Anzahlungen auf noch nicht abgerechnete Mietkaufverträge.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen folgende Sachverhalte enthalten:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2014	31.3.2013	31.3.2014	31.3.2013
True-Sale-Verbriefungen	-	-	274,6	379,2
Synthetische Verbriefungen	368,2	289,4	21,8	17,5
Verpflichtungen aus Derivaten*	86,2	82,0	86,2	82,0
Rechnungsabgrenzung Derivate*	30,5	31,7	22,8	23,9
Verbindlichkeiten Finanzbehörden	17,9	14,4	14,2	5,3
Rechnungsabgrenzung Nachrangige Verbindlichkeiten	2,8	13,3	2,8	13,3

*Angepasste Vorjahreswerte der IKB AG wegen teilweiser Umgliederung der sonstigen Verbindlichkeiten für Verpflichtungen aus Derivaten nach Rechnungsabgrenzung Derivate

Die IKB AG weist in diesem Posten Verbindlichkeiten im Rahmen von True-Sale-Verbriefungen gegenüber Zweckgesellschaften aus, denen aufgrund des Rückhalts von Bonitätsrisiken nicht ausgebuchte Kreditforderungen in gleicher Höhe gegenüberstehen. Zudem hat die IKB AG im Rahmen synthetischer Verbriefungen Risiken aus in der Bilanz enthaltenen strukturierten Wertpapieren auf eine im Konzern konsolidierte Zweckgesellschaft übertragen. In Höhe des Buchwerts dieser Wertpapiere werden Sonstige Verbindlichkeiten und Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften passiviert.

Im Rahmen synthetischer Verbriefungen wurden im Konzern Leasingforderungen an nicht konsolidierte Zweckgesellschaften verkauft. Die Transaktion führte nicht zu einem bilanziellen Abgang, sodass in Höhe des Buchwerts der Leasingforderungen Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen werden.

Die Zinsabgrenzungen des Derivategeschäfts werden saldiert ausgewiesen.

(33) Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Verbindlichkeiten im Konzern in Höhe von 11,2 Mio. € (Vorjahr: 21,4 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 11,2 Mio. € (Vorjahr: 22,7 Mio. €) sowie Abgrenzungen für das Derivategeschäft im Konzern in Höhe von 94,7 Mio. € (Vorjahr: 33,5 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 179,0 Mio. € (Vorjahr: 160,3 Mio. €) enthalten.

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Forderungen im Konzern in Höhe von 22,2 Mio. € (Vorjahr: 35,6 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 22,2 Mio. € (Vorjahr: 31,8 Mio. €) sowie Abgrenzungen für das Derivategeschäft im Konzern in Höhe von 69,8 Mio. € (Vorjahr: 31,5 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 175,2 Mio. € (Vorjahr: 182,5 Mio. €) enthalten.

(34) Aktive latente Steuern

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2014	31.3.2013	31.3.2014	31.3.2013
Überhang der aktiven latenten Steuern	248,8	148,2	251,7	150,7

Verlustvorträge:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2014	31.3.2013	31.3.2014	31.3.2013
Angesetzte körperschaftsteuerliche Verlustvorträge	60,9	53,8	12,7	21,7
Angesetzte gewerbesteuerliche Verlustvorträge	-	2,7	-	-

Der Wertansatz der aktiven latenten Steuern basiert im Wesentlichen auf Differenzen zwischen der Handels- und Steuerbilanz, die sich in Folgejahren umkehren. Insbesondere bezieht sich der Wertansatz auf handelsrechtlich gebildete Drohverlustrückstellungen für eingebettete Derivate (CDS), die steuerlich nicht angesetzt werden können, sowie auf Investmentfondsanlagen des inländischen Organkreises. Des Weiteren wurden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt, soweit mit einer Verlustverrechnung innerhalb der nächsten auf den Abschlussstichtag folgenden fünf Geschäftsjahre mit einer hinreichenden Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist. Dabei wurden jeweils die lokalen Steuersätze zugrunde gelegt. Die sich ergebende Steuerbelastung und die sich ergebende Steuerentlastung wurden dabei verrechnet angesetzt.

Der Anstieg der aktiven latenten Steuern im Vergleich zum Vorjahr entfällt auf die Erhöhung latenter Steuern auf temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Geschäftsplanungen bei gleichzeitig verbesserten Erfolgsaussichten.

(35) Pensionsrückstellungen

Die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen betragen im Konzern 3,2 Mio. € (Vorjahr: 6,1 Mio. €) und in der IKB AG 0,0 Mio. € (Vorjahr: 3,2 Mio. €). Die Pensionsrückstellungen im Vorjahr betrafen in der IKB AG Vorruhestandsleistungen, die als Verpflichtung aus dem neuen Sozialplan ausgewiesen wurden und denen per 31. März 2013 kein Deckungsvermögen gegenüberstand, während im aktuellen Geschäftsjahr diesen Verpflichtungen ein entsprechendes Deckungsvermögen gegenübersteht.

Im Rahmen der Erstanwendungsvorschriften des BilMoG wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, den Zuführungsbetrag für Pensionsrückstellungen über einen Zeitraum von 15 Jahren gleichmäßig zu verteilen. Der per 31. März 2014 noch ausstehende Zuführungsbetrag beträgt 51,0 Mio. € (Vorjahr: 55,7 Mio. €) im Konzern und 45,0 Mio. € (Vorjahr: 49,0 Mio. €) in der IKB AG.

(36) Nachrangige Verbindlichkeiten

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist nicht gegeben. Sie dürfen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine Beteiligung an Verlusten aus dem laufenden Geschäft ist nicht vorgesehen. Zinsen werden unabhängig vom Jahresergebnis der Bank geschuldet und gezahlt, mit Ausnahme der Emission 2004/2005 (Konzern).

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich zum Stichtag auf 971,3 Mio. € (Vorjahr: 1.373,6 Mio. €) im Konzern und auf 496,3 Mio. € (Vorjahr: 898,6 Mio. €) in der IKB AG. Die Zinsaufwendungen hierfür betragen im Geschäftsjahr 15,5 Mio. € (Vorjahr: 31,2 Mio. €) im Konzern und 15,5 Mio. € (Vorjahr: 31,2 Mio. €) in der IKB AG. Zinsaufwendungen für die Emission 2004/2005 (Konzern) sind im Geschäftsjahr nicht angefallen, da die Zahlung von einem Bilanzgewinn der IKB AG abhängig ist.

Einzelposten, die im Konzern und in der IKB AG 10 % des Gesamtbetrages übersteigen:

Konzern Emissionsjahr	Buchwert in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2005/2006	96,1	JPY	2,76	21.7.2035
2006/2007	120,0	EUR	0,96	23.1.2017
2004/2005 (Konzern)	400,0	EUR	1)	Perpetual

IKB AG Emissionsjahr	Buchwert in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2006/2007	50,0	EUR	0,99	20.1.2016
2004/2005	73,0	EUR	1,10	13.9.2016
2005/2006	96,1	JPY	2,76	21.7.2035
2006/2007	120,0	EUR	0,96	23.1.2017

1) 10Y-EUR-Mid-Swap-Rate + 5bp, Cap 9%

(37) Genussrechtskapital

Das Genussrechtskapital beläuft sich nach Verlustzuweisungen im Konzern und in der IKB AG zum Bilanzstichtag auf 32,2 Mio. € (Vorjahr: 32,2 Mio. €). Der Nominalwert beträgt zum Bilanzstichtag unverändert 300,0 Mio. €. Bedingungsgemäß nimmt das Genussrechtskapital grundsätzlich bis zur vollen Höhe am Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzverlust der IKB AG teil. Zinszahlungen erfolgen je nach Emission nur im Rahmen eines entweder vorhandenen Bilanzgewinns oder Jahresüberschusses der IKB AG. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber den Ansprüchen der anderen Gläubiger nachrangig.

Die Ermittlung der Verlustbeteiligung der Genussrechtsinhaber bzw. die Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals sind aufgrund der verschiedenen Genussrechtsbedingungen nach unterschiedlichen Berechnungsarten vorzunehmen. Hierbei ermittelt sich die Verlustbeteiligung der jeweiligen Genussrechtsinhaber grundsätzlich anhand des anteiligen Jahresfehlbetrags bzw. des Bilanzverlusts (teilweise ohne Berücksichtigung des Verlustvortrags) im Verhältnis zum bilanziellen Eigenkapital einschließlich des gesamten Genussrechtskapitals bzw. zum Rückzahlungsbetrag aller am Bilanzverlust teilnehmenden Kapitalanteile. Eine Wiederauffüllung des Rückzahlungsbetrags nach einer Verlustteilnahme sowie eine Nachzahlung ausgefallener Ausschüttungen sind in den Emissionsbedingungen bei Erfüllung entsprechender Bedingungen innerhalb der Laufzeit der Emission bzw. in einem Fall nach Ablauf einer vierjährigen Besserungsperiode ausdrücklich vorgesehen.

Das Genussrechtskapital setzt sich im Konzern und der IKB AG wie folgt zusammen:

Emissionsjahr	Ursprünglicher Nominalwert in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2004/2005	30,0	EUR	4,50	31.3.2015
2005/2006	150,0	EUR	3,86	31.3.2015
2006/2007	50,0	EUR	4,70	31.3.2017
2007/2008	70,0	EUR	5,63	31.3.2017

Für das Geschäftsjahr 2013/14 sind keine Zinsen auf das Genussrechtskapital im Bestand angefallen. Bei Vorliegen der Voraussetzungen für eine Zinszahlung wären im Geschäftsjahr 2013/14 Zinsen auf Genussrechte in Höhe von 13,4 Mio. € (Vorjahr: 13,4 Mio. €) zu zahlen gewesen.

Der Vorstand wurde in der Außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 ermächtigt, bis zum 24. März 2014 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber lautende Genussscheine zu begeben. Den Genussscheinen können Inhaber-Optionsscheine beigefügt werden oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Die Options- bzw. Wandlungsrechte sehen nach Maßgabe der Options- bzw. Wandelgenussscheinsbedingungen (nachstehend „Genussscheinsbedingungen“) vor, auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft zu beziehen. Gegen diesen Beschluss sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Eine Eintragung in das Handelsregister ist bislang noch nicht erfolgt. Aufgrund des Fristablaufes am 24. März 2014 ist die Ermächtigung inzwischen ohne Relevanz.

Der Gesamtnennbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandelschuldverschreibungen darf insgesamt 900 Mio. € nicht übersteigen. Options- bzw. Wandlungsrechte dürfen nur auf Aktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu nominal 618.749.990,40 € ausgegeben werden. Die Genussscheine und Schuldverschreibungen können außer in Euro auch in der gesetzlichen Währung eines OECD-Staates – unter Begrenzung auf den entsprechenden Euro-Gegenwert von maximal 900 Mio. € – begeben werden.

(38) Fonds für allgemeine Bankrisiken

Aufgrund des Nettoertrags des Handelsbestands in Höhe von 6,6 Mio. € (Vorjahr: 1,3 Mio. €) erfolgte im Geschäftsjahr 2013/14 eine Zuführung zum Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ gemäß § 340e Abs. 4 HGB in Höhe von 0,7 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €), siehe Ziffer 19.

Der Sonderposten wird zum Stichtag in Höhe von 0,9 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) passiviert.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, der gemäß CRR als hartes Kernkapital anerkannt ist, wurde im Geschäftsjahr 2013/14 durch Zuführung von 402,5 Mio. € auf 573,1 Mio. € erhöht.

(39) Entwicklung des Kapitals

Eigene Aktien

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 25. August 2015 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2013/14 kein Gebrauch gemacht.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 wurde die Gesellschaft außerdem ermächtigt, bis zum Ablauf des 25. August 2015 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als zum Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Aktienerwerb darf auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen durchgeführt werden. Solche Aktienerwerbe sind auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung am 26. August 2010 über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 25. August 2015 enden. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 %

des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen nach Wahl des Vorstands über die Börse oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2013/14 kein Gebrauch gemacht.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 5. September 2013 wurde die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 4. September 2018 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu veräußern. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2013/14 kein Gebrauch gemacht. Die durch die Hauptversammlung am 26. August 2010 erteilte Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien für Handelszwecke wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 5. September 2013 für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 5. September 2013 wurde die Gesellschaft außerdem ermächtigt, bis zum Ablauf des 4. September 2018 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als zum Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse (Freiverkehr) oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Aktienerwerb darf auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen durchgeführt werden. Solche Aktienerwerbe sind auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung am 5. September 2013 über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 4. September 2018 enden. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen über die Börse (Freiverkehr) oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2013/14 kein Gebrauch gemacht. Die durch die Hauptversammlung am 26. August 2010 erteilte Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 5. September 2013 für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Im Geschäftsjahr 2013/14 hat es keinen Bestand – weder Zugänge noch Verwertung – an eigenen Aktien gegeben.

Eigenkapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. August 2013 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 500.000.000,00 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 195.312.500 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Von dieser Ermächtigung wurde in den Geschäftsjahren 2008/09 bis 2013/14 kein Gebrauch gemacht. Die Eintragung des genehmigten Kapitals ins Handelsregister ist am 3. November 2008 erfolgt.

Durch Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 24. März 2014 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 247.499.996,16 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 96.679.686 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Gegen diesen Beschluss sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden. Eine Eintragung ins Handelsregister ist bislang nicht erfolgt. Aufgrund des Fristablaufes am 24. März 2014 ist die Ermächtigung

inzwischen ohne Relevanz. Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 5. September 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 4. September 2018 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 560.000.000,00 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Die Zahl der Aktien muss sich in demselben Verhältnis wie das Grundkapital erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2013/14 kein Gebrauch gemacht. Die Eintragung des genehmigten Kapitals ins Handelsregister ist am 14. Oktober 2013 erfolgt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung der IKB AG am 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 27. August 2013 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € mit einer Laufzeit von maximal 20 Jahren zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf insgesamt bis zu 48.339.843 auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 123.749.998,08 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Der Vorstand der Gesellschaft hat am 19. November 2008 beschlossen, nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 123.671.070,72 € mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht auf bis zu 48.309.012 Aktien der Gesellschaft aus dem bedingten Kapital mit Bezugsrecht der Aktionäre zu begeben. Eine Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, die LSF6 Rio S.à.r.l., hatte sich verpflichtet, alle Schuldverschreibungen zu übernehmen, die nicht von anderen Aktionären gezeichnet wurden. Von Aktionären der Gesellschaft wurden Schuldverschreibungen über insgesamt 150.174,72 € und von Lone Star (LSF6 Rio S.à.r.l.) der Restbetrag von 123.520.896,00 € bezogen bzw. übernommen. Eine Schuldverschreibung von nominal 23,04 € berechnete zum Bezug von neun neuen Aktien aus dem bedingten Kapital zu einem Wandlungspreis von 2,56 € je Aktie. Die Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht waren seit dem 1. Juli 2009 erfüllt, sodass seit diesem Zeitpunkt ein jederzeitiges Wandlungsrecht bestand. Eine Wandlungspflicht bestand spätestens am 11. April 2012. Die LSF6 Rio S.à.r.l. hatte am 2. Juli 2009 im vollen Umfang von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht. Hierdurch stieg das Grundkapital der Gesellschaft mit Ausgabe der Bezugsaktien am 14. Juli 2009 um 123.520.896,00 € auf 1.621.315.228,16 €. Die Erhöhung des Grundkapitals wurde am 4. Mai 2010 ins Handelsregister eingetragen. Ferner hatte am 20. Januar 2012 ein weiterer Gläubiger der Wandelschuldverschreibung von seinem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht. Mit Ausgabe der Bezugsaktien am 30. Januar 2012 stieg das Grundkapital der Gesellschaft hierdurch um 3.686,40 € auf 1.621.318.914,56 €. Die verbliebenen Wandelschuldverschreibungen von nominal 146.488,32 € wurden am 11. April 2012 pflichtgewandelt. Die Anzahl der Gesamtstimmrechte erhöhte sich durch die Pflichtwandlung von 633.327.701 um 57.222 auf 633.384.923 und das gezeichnete Kapital auf 1.621.465.402,88 €. Die Erhöhung des Grundkapitals infolge der im Januar 2012 und im April 2012 durchgeführten Wandlungen wurde am 2. Mai 2012 ins Handelsregister eingetragen.

Durch Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 24. März 2014 Wandel- bzw. Optionsgenussscheine sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € zu begeben und den Inhabern der Genussscheine oder Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 618.749.990,40 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Die Restermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen vom 28. August 2008 von bis zu 776.328.929,28 € ist durch Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 aufgehoben worden. Gegen diese Beschlüsse sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Eine Eintragung ins Handelsregister ist bislang nicht erfolgt. Aufgrund des Fristablaufes am 24. März 2014 ist die Ermächtigung inzwischen ohne Relevanz.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 wurde das aus dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 noch bestehende, um bis zu 229.102,08 € bedingt erhöhte Grundkapital (Bedingtes Kapital 2008) herabgesetzt auf bis zu 150.174,72 €, eingeteilt in bis zu 58.662 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe. Die Herabsetzung wurde am 8. November 2010 ins Handelsregister eingetragen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 25. August 2015 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber lautende Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen bzw. Kombinationen dieser Instrumente (nachfolgend zusammengefasst „Schuldverschreibungen“) im Gesamtnennbetrag von bis zu 400.000.000,00 € jeweils mit oder ohne Laufzeitbegrenzung zu begeben und den Inhabern von Schuldverschreibungen Wandlungs- bzw. Optionsrechte zum Bezug von bis zu 74.874.422 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stammaktien (Stückaktien) der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu 191.678.520,32 € nach näherer Maßgabe der Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen zu gewähren. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2013/14 kein Gebrauch gemacht. Der Beschluss wurde am 8. November 2010 ins Handelsregister eingetragen.

Hybride Kapitalinstrumente

Unter den Begriff der hybriden Kapitalinstrumente fallen Preferred Shares (Trust Preferred Securities) oder Emissionen in Form von Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter. Hybride Kapitalinstrumente werden im Insolvenzfall erst nach Rückzahlung sämtlicher Nachrangverbindlichkeiten und Genusscheinemissionen bedient.

Im Konzern wurden Trust Preferred Securities durch zwei eigens für diesen Zweck gegründete Tochtergesellschaften in den USA begeben. Diese Preferred Shares haben anders als deutsche Vorzugsaktien keinen Anteil am Liquidationsergebnis der emittierenden Gesellschaften. Bei den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter ist eine Kündigung nur durch den Emittenten – bei ansonsten unbegrenzter Laufzeit – zulässig, die frühestens 2013 bzw. 2014 ausgeübt werden kann. Eine weitere Bedingung für die Kündigung ist, dass der Rückzahlungswert wieder auf den ursprünglichen Einlagennennwert aufgefüllt ist. Bei Preferred Shares ist eine für den Investor unbegrenzte Laufzeit vereinbart.

Die Buchwerte der Preferred Shares, die in den Nachrangigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, betragen zum 31. März 2014 im Konzern 475,1 Mio. € (Vorjahr: 475,1 Mio. €). Der Nominalwert beläuft sich unverändert im Konzern auf 475,1 Mio. €.

Die IKB AG hat stille Einlagen von Gesellschaftern erhalten. Zur Berechnung der Verlustquote wird die Einlage der stillen Gesellschafter in Relation zum bilanziellen Eigenkapital einschließlich der Genusscheine gesetzt. Die Rückzahlungsansprüche der stillen Gesellschafter und damit die Buchwerte betragen aufgrund der Verlustbeteiligung in den Vorjahren im Konzern und in der IKB AG unverändert 0,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) bei Nominalwerten von 400,0 Mio. €. Eine Wiederauffüllung des Rückzahlungsbetrags nach einer Verlustteilnahme ist in den Emissionsbedingungen bei Erfüllung entsprechender Bedingungen ausdrücklich vorgesehen.

Es wurden, wie im Vorjahr, keine Zahlungen auf die hybriden Kapitalinstrumente geleistet.

Entwicklung des Eigenkapitals

Konzern:

in Mio. €	1.4.2013	Veränderung Rücklagen	Sonstige Änderungen	Konzern-überschuss	31.3.2014
Eingefordertes Kapital	1.621,5	-	-	-	1.621,5
Gezeichnetes Kapital	1.621,5	-	-	-	1.621,5
Kapitalrücklage	1.750,7	-	-	-	1.750,7
Gewinnrücklagen	5,0	-	-0,1	-	4,9
Gesetzliche Rücklage	2,4	-	-	-	2,4
Andere Gewinnrücklagen	2,6	-	-0,1	-	2,5
Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-16,7	-	-1,5	-	-18,2
Bilanzverlust	-2.408,4	-	-	32,2	-2.376,2
Eigenkapital	952,1	-	-1,6	32,2	982,7

IKB AG:

in Mio. €	1.4.2013	Entnahmen	Zuführungen	Verteilung des Jahresergebnisses	31.3.2014
Eingefordertes Kapital	1.621,5	-	-	-	1.621,5
Gezeichnetes Kapital	1.621,5	-	-	-	1.621,5
Kapitalrücklage	1.750,7	-	-	-	1.750,7
Gewinnrücklagen	2,4	-	-	-	2,4
Gesetzliche Rücklage	2,4	-	-	-	2,4
Andere Gewinnrücklage	-	-	-	-	-
Bilanzverlust	-2.167,3	-	-	-	-2.167,3
Eigenkapital	1.207,3	-	-	-	1.207,3
Nachrichtlich:					
Nicht ausgenutztes genehmigtes Kapital	500,0	-	60,0	-	560,0
bedingtes Kapital	191,7	-	-	-	191,7

Die Eigenmittel der Institutsgruppe gemäß Art. 72 CRR belaufen sich auf insgesamt 2,3 Mrd. € (Vorjahr: 2,2 Mrd. €). Das harte Kernkapital gemäß Art. 50 CRR beträgt in der Institutsgruppe 1,5 Mrd. €.

Die Eigenmittel der IKB AG gemäß Art. 72 CRR belaufen sich auf insgesamt 2,1 Mrd. € (Vorjahr: 2,2 Mrd. €). Das harte Kernkapital gemäß Art. 50 CRR beträgt in der IKB AG 1,7 Mrd. €.

Die ausschüttungsgesperrten Beträge setzen sich wie folgt zusammen:

Konzern:

31.3.2014 in Mio. €	Bruttoertrag	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Ausschüttungssperrbetrag
Unrealisierte Gewinne des Planvermögens	7,1	-	-2,0	5,1
Aktivierung latenter Steuern	-	367,4	-116,5	250,9
Gesamt	7,1	367,4	-118,5	256,0

IKB AG:

31.3.2014 in Mio. €	Bruttoertrag	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aus- schüttungs- sperrbetrag
Unrealisierte Gewinne des Planvermögens	6,4	-	-2,0	4,4
Aktivierung latenter Steuern	-	281,5	-27,8	253,7
Gesamt	6,4	281,5	-29,8	258,1

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(40) Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, Leasingerträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags des Handelsbestands und der Sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich wie folgt auf die verschiedenen geografischen Märkte:

in Mio. €	Konzern		IKB AG*	
	2013/14	2012/13	2013/14	2012/13
Deutschland	2.314,5	2.755,3	1.724,7	2.150,4
Übriges Europa	201,8	231,2	67,6	97,0
Gesamt	2.516,3	2.986,5	1.792,3	2.247,4

*Die für das Geschäftsjahr 2012/13 ausgewiesenen Erträge der IKB AG wurden um Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträge (71,7 Mio. €) reduziert und die Aufteilung aufgrund einer geänderten Ermittlungssystematik angepasst.

Die Zuordnung der Erträge nach geografischen Märkten erfolgt im Konzern nach dem jeweiligen Sitz der Gesellschaft und in der IKB AG nach dem jeweiligen Sitz der Betriebsstätte.

(41) Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Die IKB erbringt im Wesentlichen Verwaltungsdienstleistungen im Kredit- und Depotgeschäft. Die Erträge hieraus sind im Provisionsergebnis enthalten.

(42) Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ setzt sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2013/14	2012/13	2013/14	2012/13
Erträge aus Währungsumrechnung	29,1	40,3	0,6	0,1
Erträge aus der Auflösung von Swapvereinbarungen	353,6	387,9	353,8	396,0
Auflösung Rückstellungen	39,7	8,8	32,5	7,3
Andere betriebliche Erträge	44,9	9,3	26,5	1,6
Mieterträge	7,9	8,1	2,3	2,0
Ertrag Kostenumlagen	1,3	1,6	5,1	6,5
Ertrag Geschäftsbesorgung	0,9	2,7	-	-
Ertrag aus Abzinsung Rückstellungen	0,8	0,1	0,8	0,1

(43) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2013/14	2012/13	2013/14	2012/13
Aufwendungen aus der Auflösung von Swapvereinbarungen	-205,7	-436,7	-210,3	-442,8
Zuführung Rückstellungen	-12,2	-51,7	-13,5	-38,3
Aufwendungen aus Währungsumrechnung	-33,0	-38,1	-	-2,3
Mieten/Unterhalt (nicht betrieblich genutzt)	-6,8	-8,9	-5,0	-3,7
Aufwendungen aus Aufzinsung Rückstellungen	-2,4	-3,2	-2,4	-3,2

(44) Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen

In den Erträgen aus Ergebnisabführung der IKB AG in Höhe von 18,4 Mio. € (Vorjahr: 71,7 Mio. €) ist im Wesentlichen die Gewinnabführung der IKB Beteiligungen GmbH in Höhe von 16,9 Mio. € (Vorjahr: 70,7 Mio. €) enthalten.

(45) Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Die Außerordentlichen Erträge beinhalten Erstattungen der KfW für Rechtskosten im Zusammenhang mit der Abwicklung von Portfolioinvestments in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 2,6 Mio. €). In der IKB AG werden darüber hinaus Erträge in Höhe von 1,4 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €) aus höheren Verwertungserlösen bei im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen konzernintern übertragenen Forderungen ausgewiesen.

Die Außerordentlichen Aufwendungen entfallen mit 4,1 Mio. € in der IKB AG (Vorjahr: 4,1 Mio. €) und 4,6 Mio. € im Konzern (Vorjahr: 4,6 Mio. €) im Wesentlichen auf die Verteilung des Mehraufwandes aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen gemäß BilMoG (siehe Ziffer 35).

(46) Erträge und Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft

in Mio. €	Konzern	
	2013/14	2012/13
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasingvermögen	-392,2	-413,0
Sonstige betriebliche Erträge aus Leasinggeschäften	36,7	41,8

(47) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ sind tatsächliche Steuern im Konzern in Höhe von 34,0 Mio. € (Vorjahr: -0,1 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 35,2 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €) enthalten. Darüber hinaus wird in diesem Posten die Veränderung des Ansatzes aktiver latenter Steuern in Höhe von 100,7 Mio. € (Vorjahr: -4,0 Mio. €) im Konzern und in Höhe von 101,0 Mio. € (Vorjahr: -0,9 Mio. €) in der IKB AG ausgewiesen.

Der Ertrag im Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung aktiver latenter Steuern sowie aus der Auflösung von Steuerrückstellungen für Vorjahre.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen in vollem Umfang die gewöhnliche Geschäftstätigkeit.

(48) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

In dem Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sind am Bilanzstichtag unter den Bürgschaften und Garantien auch CDSs (Bank ist Sicherungsgeber) sowohl im Konzern als auch in der IKB AG in Höhe von 1.101,3 Mio. € (Vorjahr: 702,0 Mio. €) enthalten. Hierbei hat die IKB jeweils für bestimmte Kreditportfolien das Adressenausfallrisiko für ein im Voraus definiertes Kreditereignis übernommen. Daneben sind unter den Bürgschaften und Garantien auch derivative Bestandteile strukturierter Produkte (eingebettete CDSs) in Höhe von 258,1 Mio. € (Vorjahr: 698,3 Mio. €) im Konzern und in Höhe von 245,9 Mio. € (Vorjahr: 669,6 Mio. €) in der IKB AG berücksichtigt.

Im Zuge der befreienden Schuldübernahme der nachrangigen Verbindlichkeiten durch die MATRONA GmbH, Düsseldorf (MATRONA), im Geschäftsjahr 2011/12 hat die IKB AG eine Garantieerklärung zugunsten der MATRONA abgegeben, wonach sie für die Zahlungsverpflichtungen der MATRONA im Zusammenhang mit der Übernahme der Nachrangverbindlichkeiten durch die MATRONA haftet.

Im Rahmen des Verkaufs der 50%igen Gesellschaftsanteile an der Movesta Lease and Finance GmbH, Pullach i. Isartal (vormals Düsseldorf), hat die IKB AG gesamtschuldnerisch mit der IKB Beteiligungen GmbH Garantien und Freistellungsverpflichtungen übernommen. Hierunter fallen zum Beispiel die übertragenen GmbH-Anteile sowie die ordnungsmäßige Abwicklung und die Erfüllung von Verpflichtungen aus der Vergangenheit (unter anderem Abgabe von Steuererklärungen und -anmeldungen).

Im Posten „Andere Verpflichtungen“ sind unwiderrufliche Kreditzusagen aus nicht abgerufenen Krediten und revolving Kreditlinien enthalten.

Die Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen erfolgt auf der Grundlage von Parametern aus der Kreditrisikosteuerung. Wird im Falle der Verschlechterung der Bonität des Kreditnehmers eine Inanspruchnahme ganz oder teilweise erwartet, werden Rückstellungen gebildet. Details zum Prozess innerhalb des Kreditrisikomanagements werden im Risikobericht des Lageberichts erläutert.

(49) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sonstigen finanziellen Verpflichtungen betragen zum 31. März 2014 insgesamt 1.395,6 Mio. € (Vorjahr: 1.407,0 Mio. €) im Konzern und 1.375,5 Mio. € (Vorjahr: 1.390,5 Mio. €) in der IKB AG.

Davon betrifft der wesentliche Teil Verpflichtungen aus der Bilanzierung von Forderungsverzichten durch Gesellschafter gegen Besserungsschein in Höhe von 1.151,5 Mio. € (Vorjahr: 1.151,5 Mio. €) im Konzern und der IKB AG.

Zudem bestehen Zahlungsverpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen für die Mietlaufzeit in Höhe von 221,3 Mio. € (Vorjahr: 241,4 Mio. €) im Konzern und 209,3 Mio. € (Vorjahr: 219,4 Mio. €) in der IKB AG. Die Bank hat für die Zentrale in Düsseldorf und ihre Niederlassungen Mietverträge für die bankbetrieblich genutzten Immobilien und Instandhaltung dieser Immobilien abgeschlossen. Für den Fall, dass die Aufwendungen den Nutzen des Mietvertrags übersteigen, werden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Das Risiko bzw. die Chance besteht darin, dass nach Auslaufen eines zeitlich befristeten Mietvertrags eine Verlängerung des Mietvertrags oder ein Anschlussmietvertrag zu ungünstigeren bzw. günstigeren Konditionen möglich ist.

Darüber hinaus bestehen Zahlungsverpflichtungen aus zukünftigen Leasingraten im Zusammenhang mit Leasingverträgen für Vermögensgegenstände im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Bei den Leasingverträgen wird das Recht auf die Nutzung eines Vermögensgegenstands durch den Leasinggeber auf den Leasingnehmer gegen regelmäßige Zahlungen übertragen.

Weitere Zahlungsverpflichtungen resultieren aus Abnahmeverpflichtungen im Zusammenhang mit Dienstleistungsverträgen. Bei Dienstleistungsverträgen besteht das Risiko, dass die Vertragskonditionen ungünstiger sind als die Konditionen zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung oder dass die mit dem Vertrag verbundenen Kosten den ökonomischen Nutzen übersteigen.

Zum Bilanzstichtag bestehen im Konzern und in der IKB AG keine Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie aus dem von der IKB Invest GmbH gehaltenen Anteilsbesitz und den Nachrangdarlehen.

Von den gesamten finanziellen Verpflichtungen der IKB AG betreffen 0,7 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €) verbundene Unternehmen.

Zahlungspflichten an den Einlagensicherungsfonds

Im Februar 2009 sind die Entschädigungszahlungen an Einleger der Lehman Brothers Bankhaus Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, aus dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. angelaufen. Das Bankhaus ist die deutsche Tochtergesellschaft der US-Bank Lehman Brothers Inc., die in den USA unter Gläubigerschutz gestellt wurde. Mögliche Nachschusspflichten für die IKB AG sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt.

Nacherhebung von Bankenabgabe

Es besteht die Möglichkeit, dass in dem Falle, in dem die IKB AG zukünftig Jahresüberschüsse erwirtschaftet, die Bankenabgabe nachträglich neu festgesetzt wird, sodass die Bankenabgabe den bisher gezahlten Mindestbeitrag übersteigt (Nacherhebung). Dies kann in der Zukunft zum Abfluss finanzieller Mittel in der IKB AG führen. Der mögliche Nacherhebungsbeitrag würde für die Beitragszeiträume 2011 bis 2014 insgesamt 14,3 Mio. € betragen.

(50) Außerbilanzielle Geschäfte

Gemäß § 285 Nr. 3 HGB sind Art und Zweck sowie Risiken und Vorteile von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften, soweit dies für die Beurteilung der Finanzlage notwendig ist, im Anhang anzugeben. Für die Beurteilung der Finanzlage können vor allem Angaben zu Geschäften notwendig sein, aus denen in erheblicher Höhe Verbesserungen oder Verschlechterungen der Finanzsituation zu erwarten sind oder die im Hinblick auf ihren Zeitpunkt bzw. Zeitraum oder den Geschäftspartner als ungewöhnlich anzusehen sind.

Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities) im Zusammenhang mit Verbriefungstransaktionen

Die Bank hat im Zusammenhang mit der Errichtung von Zweckgesellschaften unterschiedliche Vertragspositionen eingenommen. Die Zweckgesellschaften hatten die synthetische Ausplatzierung von Risiken oder eine Übertragung von Vermögensgegenständen zur Liquiditätsschöpfung zum Ziel.

Außerbilanzielle Risiken treten dann ein, wenn zwar das rechtliche Eigentum und die Bonitätsrisiken auf den Erwerber übertragen werden, aber in geringerem Umfang Restrisiken bei der IKB verbleiben. Dabei handelt es sich um die Haftung für den rechtlichen Bestand der Forderungen (Verität) und die Möglichkeit der Rückübertragung für den Fall der Unwirtschaftlichkeit der Transaktion (sogenannter Clean-Up Call). Diese Vertragspflichten können zu einem zukünftigen Abfluss von finanziellen Mitteln führen. Hat die Übertragung der Vermögensgegenstände zu keinem Abgang geführt, da die Bonitätsrisiken bei der IKB verblieben sind, sind diese Risiken im Rahmen der Bewertung der betreffenden Vermögensgegenstände berücksichtigt.

Die IKB tritt in einigen Transaktionen als Dienstleister auf, mit der Verpflichtung, die Kapital- und Zinszahlungen im Zusammenhang mit den übertragenen Vermögensgegenständen zu vereinnahmen und an die Zweckgesellschaft weiterzuleiten. Die Chancen bestehen hier im Zufluss von Serviceentgelten für den Zeit-

raum des Servicevertrags. Die Kosten der Leistungserbringung führen zu einem Abfluss der Mittel. Verletzungen vertraglicher Verpflichtungen können darüber hinaus zu Schadensersatzpflichten führen.

Bei Übernahme der Funktion des Investment Managers obliegt der Bank die Vornahme von Kauf- und Verkaufsentscheidungen für die Zweckgesellschaft. Die Chancen bestehen im Zufluss von Entgelten aus der Managementvergütung. Die Risiken bestehen in etwaigen Schadenersatzansprüchen bei Verletzung vertraglicher Verpflichtungen.

Forderungsverkäufe im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Auflagen

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Auflagen wurden diverse Vermögensgegenstände veräußert. Ein Teil der Umsetzung der EU-Auflagen betraf den Abbau des Kreditportfolios im Rahmen von Forderungsverkäufen. Dabei wurden teilweise Garantien vergeben, die im betreffenden außerbilanziellen Posten ausgewiesen werden. Die außerbilanziellen Risiken bestehen in der Haftung dafür, dass sowohl diese Forderung als auch die mit dem Forderungsbestand verbundenen Sicherheiten rechtlich bestehen. Bereits im Geschäftsjahr 2012/13 wurde die erfolgreiche Umsetzung durch die EU-Kommission bestätigt und die laufende Überwachung auf einzelne Sachverhalte beschränkt und im Geschäftsjahr 2013/14 eingestellt.

Termingeschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften. Diese dienen im Wesentlichen der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken und führen zu zukünftigen Mittelzu- oder -abflüssen. Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu Termingeschäften verwiesen (siehe Ziffer 59).

Sonstige Angaben

(51) Konsolidierungskreis zum 31. März 2014

	Kapitalanteil in %
A. Konsolidierte Tochterunternehmen	
1. Inländische Tochterunternehmen	
Aleanta GmbH, Düsseldorf	100
Equity Fund GmbH, Düsseldorf	1) ¹⁾ 100
IKB Leasing GmbH, Hamburg	1) ¹⁾ 100
IKB Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	1) ¹⁾ 100
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	100
IKB Data GmbH, Düsseldorf	100
IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf	1) ¹⁾ 100
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf	100
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	100
IKB Invest GmbH, Düsseldorf	1) ¹⁾ 100
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG i.L., Düsseldorf	3) ³⁾ 100
Istop 1 GmbH, Düsseldorf	100
Istop 2 GmbH, Düsseldorf	100
Istop 4 GmbH, Düsseldorf	100
Istop 5 GmbH, Düsseldorf	100
Istop 6 GmbH, Düsseldorf	100
IKB Struktur GmbH, Düsseldorf	1) ¹⁾ 100
Projektbeteiligung TH GmbH & Co. KG, Düsseldorf	89,8
Tempelhofer Hafen GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1) ¹⁾ 94,9
MATRONA GmbH, Düsseldorf	1) ¹⁾ 100
Zweite Equity Suporta GmbH, Düsseldorf	1) ¹⁾ 100
2. Ausländische Tochterunternehmen	
IKB Capital Corporation i.L., New York, Vereinigte Staaten von Amerika	3) ³⁾ 100
IKB Finance B.V., Amsterdam, Niederlande	100
IKB Funding LLC I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika	100
IKB Funding LLC II, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika	100
IKB International S.A. i.L., Munsbach, Luxemburg	2) ²⁾ 3) ³⁾ 100
IKB Leasing Austria GmbH, Wien, Österreich	1) ¹⁾ 100
IKB Leasing CR s.r.o., Prag, Tschechien	1) ¹⁾ 100
IKB Leasing Finance IFN SA, Bukarest, Rumänien	1) ¹⁾ 100
IKB Leasing France S.A.R.L., Marne La Vallée Cedex 4, Frankreich	1) ¹⁾ 100
IKB Leasing Kft., Budapest, Ungarn	1) ¹⁾ 100
IKB Leasing Polska Sp.z.o.o., Poznan (Posen), Polen	1) ¹⁾ 100
IKB Leasing SR, s.r.o., Bratislava, Slowakei	1) ¹⁾ 100
IKB Leasing S.R.L., Bukarest, Rumänien	1) ¹⁾ 100
IKB Lux Beteiligungen S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	100
IKB Pénzügyi Lízing Zrt., Budapest, Ungarn	1) ¹⁾ 100
STILL LOCATION S.à.r.l., Marne La Vallée Cedex 4, Frankreich	1) ¹⁾ 100
IKBL Renting and Service S.r.l., Lainate (MI), Italien	1) ¹⁾ 100
IKB Leasing geschlossene Aktiengesellschaft, Moskau, Russland	1) ¹⁾ 100
3. Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicle) nach § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB	
Bacchus 2008-1 Plc, Dublin, Irland	
Bacchus 2008-2 Plc, Dublin, Irland	
German Mittelstand Equipment Finance No. 1 S.A., Luxemburg, Luxemburg	
RIO DEBT HOLDINGS (IRELAND) LIMITED, Dublin, Irland	
B. Assoziierte Unternehmen	
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	1) ¹⁾ 30,0
European Liquid Bond S.A. SiCAV-FIS, Luxemburg, Luxemburg	1) ¹⁾ 27,3

1) Mittelbare Beteiligung

2) in Liquidation (Banklizenz zurückgegeben)

3) in Liquidation

(52) Anteilsbesitzliste zum 31. März 2014

31.3.2014	Geschäfts- jahr	Patro- natser- klärung	Kapital- anteil in %	Eigen- kapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €
1 Inländische Tochterunternehmen (vollkonsolidiert)					
Aleanta GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	1.550	1
Equity Fund GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.12.		100,00	13.525	0
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	79.742	0
IKB Data GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	13.000	0
IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.	X	100,00	23.524	84
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	1.1. - 31.12.	X	100,00	107	-4
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf ³⁾	1.1. - 31.12.	X	100,00	6.842	1.110
IKB Invest GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	334.008	0
IKB Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	5.824	0
IKB Leasing GmbH, Hamburg	1.4. - 31.3.	X	100,00	178.294	0
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG i.L., Düsseldorf ^{3),4)}	1.1. - 31.12.	X	100,00	21.624	17.782
IKB Struktur GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	103.750	0
Istop 1 GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.12.		100,00	122.525	0
Istop 2 GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.12.		100,00	155.025	0
Istop 4 GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.12.		100,00	100.325	0
Istop 5 GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	525	0
Istop 6 GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.12.		100,00	119.025	0
MATRONA GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	525	0
Projektbeteiligung TH GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		89,80	8	-7
Tempelhofer Hafen GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		94,90	0	3.936
Zweite Equity Suporta GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.12.		100,00	34.761	0
2. Ausländische Tochterunternehmen (vollkonsolidiert)					
IKB Leasing France S.A.R.L., Marne La Vallée Cedex 4, Frankreich	1.1. - 31.12.		100,00	2.154	478,7
STILL LOCATION S.à.r.l., Marne La Vallée Cedex 4, Frankreich	1.1. - 31.12.		100,00	15.325	808
IKB International S.A. i.L., Munsbach, Luxemburg ⁴⁾	1.4. - 31.3.	X	100,00	27.813	484
IKB Lux Beteiligungen S.à.r.l., Munsbach, Luxemburg	1.4. - 31.3.	X	100,00	8.334	-52
IKB Finance B.V., Amsterdam, Niederlande	1.4. - 31.3.	X	100,00	-3.984	-1.202
IKB Leasing Austria GmbH, Wien, Österreich	1.1. - 31.12.		100,00	588	49
IKB Leasing Polska Sp. z o.o., Poznan (Posen), Polen	1.1. - 31.12.		100,00	10.989	936
IKB Leasing Finance IFN S.A., Bukarest, Rumänien	1.1. - 31.12.		100,00	3.555	-200
IKB Leasing S.R.L., Bukarest, Rumänien	1.1. - 31.12.		100,00	983	-34
IKB Leasing geschlossene Aktiengesellschaft, Moskau, Russland	1.1. - 31.12.		100,00	4.302	446
IKB Leasing SR, s.r.o., Bratislava, Slowakei	1.1. - 31.12.		100,00	1.114	-117
IKB Leasing CR s.r.o., Prag, Tschechien	1.1. - 31.12.		100,00	3.794	-1.659
IKB Leasing Kft., Budapest, Ungarn	1.1. - 31.12.		100,00	4.754	680
IKB Pénzügyi Lízing Zrt., Budapest, Ungarn	1.1. - 31.12.		100,00	2.605	817
IKB Capital Corporation i.L., New York, Vereinigte Staaten von Amerika ⁴⁾	1.4. - 31.3.		100,00	306	-573
IKB Funding LLC I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika ²⁾	1.4. - 31.3.	X	100,00	392	2
IKB Funding LLC II, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika ²⁾	1.4. - 31.3.	X	100,00	1.432	123
IKBL Renting and Service S.r.l., Lainate (MI), Italien	1.1. - 31.12.		100,00	1.001	6
3. Zweckgesellschaften (in den Konzernabschluss gemäß § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB einbezogene Zweckgesellschaften)					
Bacchus 2008-1 Plc, Dublin 2, Irland					
Bacchus 2008-2 Plc, Dublin 2, Irland					
RIO DEBT HOLDINGS (IRELAND) LIMITED, Dublin 2, Irland					
German Mittelstand Equipment Finance No. 1 S.A., Luxemburg, Luxemburg					

		Ge- schäfts- jahr	Patro- nats- klärung	Kapital- anteil in %
31.3.2014				
4. Inländische Tochterunternehmen (nicht vollkonsolidiert aufgrund von untergeordneter Bedeutung)	1)			
Boxhagener Str. 76/78 Berlin GmbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
Brunnenstraße 105-109 Berlin Grundbesitz GmbH, Münster		1.1. - 31.12.		94,90
Büroprojekt sechste Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
Büroprojekt vierte Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
Einsteinufer 63-65 Berlin GmbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
Erste Equity Suporta GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.		100,00
Feldmühleplatz 1 Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
FRANA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
GAP 15 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		92,80
GARUMNA GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.		100,00
HAUSTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Yachtzentrum Berlin KG, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		94,67
IKB Projektentwicklungsverwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.	X	100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 1 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 2 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 3 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 4 GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.		100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 5 GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.		100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 6 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 7 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 8 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 9 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 10 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
ILF Immobilien-Leasing-Fonds Verwaltung GmbH & Co. Objekt Boxdorf KG, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		94,26
ilmenau center Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
IMAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.	X	100,00
INCO Ingenieur Consult Geschäftsführungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
INCO Ingenieur Consult GmbH & Co. KG i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
Istop 3 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
ISTOS Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
ISTOS Dritte Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
ISTOS Erste Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
ISTOS Zweite Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
Ligera GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
MD Capital Solingen Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
MD Capital Stromstrasse Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
MD Capital Verwaltungs GmbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
MD Objekt Lorsch Verwaltungs GmbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
MD Objekt Solingen Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
MD Objekt Stromstrasse Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
MFRSI Beteiligungsholding Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
Objekt Pankow Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
RAVENNA Vermögensverwaltungs AG, Berlin		1.1. - 31.12.		100,00
Restruktur 2 GmbH i.L., Düsseldorf	4)	1.4. - 31.3.		100,00
Restruktur 3 GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.		100,00

	Ge- schäfts- jahr	Patro- natser- klärung	Kapital- anteil in %
31.3.2014			
Rhondana GmbH, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		100,00
Robert Adams Str. 12 London GmbH i.L., Norderfriedrichskoog	4) 1.1. - 31.12.		100,00
SEQUANA GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00
5. Ausländische Tochterunternehmen (nicht vollkonsolidiert aufgrund von § 296 HGB)	1)		
Valin Asset Management S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	1.4. - 31.3.		100,00
IKB Funding Trust I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika	1.4. - 31.3.		100,00
IKB Funding Trust II, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika	1.4. - 31.3.		100,00
6. Inländische assoziierte Unternehmen	1)		
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	1.1. - 31.12.		30,00
7. Ausländische assoziierte Unternehmen	1)		
European Liquid Bond S.A. SICAV-FIS, Luxemburg, Luxemburg	1.1. - 31.12.		27,30
8. Inländische assoziierte Unternehmen / Joint Ventures (nicht at equity bilanziert aufgrund von untergeordneter Bedeutung)			
Argantis GmbH, Köln	1.1. - 31.12.		50,00
Argantis Private Equity Gründer GmbH & Co. KG, Köln	1.1. - 31.12.		39,17
AWEBA Werkzeugbau GmbH Aue, Aue	1.1. - 31.12.		25,10
AxlT AG, Frankenthal/Pfalz	1.1. - 31.12.		29,88
Chemtura Verwaltungs GmbH, Bergkamen	1.1. - 31.12.		50,00
equiNotes Management GmbH, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		50,00
FMD Feinmechanik GmbH, Weilheim	1.4. - 31.3.		49,03
FUNDIS Projektentwicklungsholding GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		50,00
FUNDIS Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		50,00
HABITO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt EINS KG, Pullach i. Isartal	1.1. - 31.12.		6,00
Hafenspitze Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg	1.1. - 31.12.		25,00
LOUDA SYSTEMS GmbH, Triptis	1.1. - 31.12.		45,00
MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4) 1.1. - 31.12.		50,00
MFRSI Beteiligungsholding GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		50,00
microTEC Gesellschaft für Mikrotechnologie mbH, Duisburg	1.1. - 31.12.		48,18
Mike's Sandwich GmbH, Hamburg	1.1. - 31.12.		35,59
MOTORRAD-ECKE GmbH, Villingen-Schwenningen	1.1. - 31.12.		38,86
ODS Business Services Group GmbH, Hamburg	1.1. - 31.12.		32,00
Vermögensverwaltungsgesellschaft DVD Dassow GmbH, Dassow	1.1. - 31.12.		30,00
9. Inländische Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet	1)		
ae group ag, Gerstungen	1.1. - 31.12.		12,72
AXA Immoselect Hauptverwaltungsgebäude GmbH & Co. Objekt Düsseldorf			
Uerdinger Straße KG, Köln	1.1. - 31.12.		5,10
CellGenix GmbH, Freiburg	1.1. - 31.12.		17,05
CoBaLe Immobilien GmbH & Co. Objekt Stuttgart KG, Frankfurt am Main	1.1. - 31.12.		5,10
GIP WestSite-Entwicklung GmbH & Co. KG	1.1. - 31.12.		5,10
Global Safety Textiles HoldCo One GmbH i.L., Maulburg	4) 1.1. - 31.12.		8,80
Industriedruck Krefeld Kurt Janssen, GmbH & Co., Krefeld	1.1. - 31.12.		12,00
Janßen-Druck Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Krefeld	1.1. - 31.12.		12,00
Könemann Verlagsgesellschaft mbH, Köln	1.1. - 31.12.		12,50
Oechsler Aktiengesellschaft, Ansbach	1.1. - 31.12.		10,00
10. Ausländische Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet	1)		
EPL Acquisitions (SUB) N.V. in liquidatie, Amsterdam, Niederlande	4) 1.1. - 31.12.		5,70
Ring International Holding AG, Wien, Österreich	1.1. - 31.12.		9,37
Valin Funds S.A., SICAV-SIF, Luxemburg, Luxemburg	5) 1.4. - 31.3.		5,04

- 1) Die Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB zum Eigenkapital und Ergebnis sind für die nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr.1 HGB unterblieben.
- 2) Nachrangige Patronatserklärung
- 3) Gesellschaft hat von der Befreiung nach § 264b HGB Gebrauch gemacht und keinen Anhang erstellt.
- 4) in Liquidation
- 5) Eingeschränkte Stimmrechte

(53) Besondere Beteiligungen

Mit Abschluss des Börsensegmentwechsels sämtlicher Wertpapiere der IKB vom geregelten bzw. regulierten Markt in Qualitätssegmente des Freiverkehrs am 7. November 2012 ist die IKB nicht mehr börsennotiert, sodass die Angabepflichten gemäß §§ 21 ff. WpHG für sie seit diesem Zeitpunkt nicht mehr gelten.

Mit Stand 7. November 2012 waren der Bank folgende Mitteilungen gemäß § 21 WpHG zugegangen:

Datum der Veränderung	Meldepflichtiger	Ort	Erreichter, überschrittener oder unterschrittener Schwellenwert	Direkt gehalten	Mittelbar	Gesamt
29. Oktober 2008	John P. Grayken	USA	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 %		90,81 %	90,81 %
29. Oktober 2008	Lone Star Europe Holdings, Ltd. (Bermuda)	Hamilton (Bermuda)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 %		90,81 %	90,81 %
29. Oktober 2008	Lone Star Europe Holdings, L.P. (Bermuda)	Hamilton (Bermuda)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 %		90,81 %	90,81 %
29. Oktober 2008	LSF6 Europe Partners, L.L.C. (Delaware)	Dallas (Texas)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 %		90,81 %	90,81 %
29. Oktober 2008	LSF6 Europe Financial Holdings, L.P. (Delaware)	Dallas (Texas)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 %	90,81 %		90,81 %
15. Juli 2009	LSF6 Rio S.à.r.l.	Luxembourg (Luxembourg)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 % und 5 %	7,62 %		7,62 %
15. Juli 2009	Lone Star Capital Investments S.à.r.l.	Luxembourg (Luxembourg)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 % und 5 %		7,62 %	7,62 %
15. Juli 2009	Lone Star Global Holdings, Ltd.	Hamilton (Bermuda)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 % und 5 %		7,62 %	7,62 %
20. Juli 2009	LSF6 Rio S.à.r.l.	Luxembourg (Luxembourg)	Unterschreiten der Schwellenwerte von 5 % und 3 %	0 %		0 %
20. Juli 2009	Lone Star Capital Investments S.à.r.l.	Luxembourg (Luxembourg)	Unterschreiten der Schwellenwerte von 5 % und 3 %		0 %	0 %
20. Juli 2009	Lone Star Global Holdings, Ltd.	Hamilton (Bermuda)	Unterschreiten der Schwellenwerte von 5 % und 3 %		0 %	0 %

Aktienrechtliche Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 1 oder Abs. 4 AktG sind der Bank im Berichtszeitraum nicht zugegangen. Nach § 20 AktG hat ein Unternehmen, sobald es mehr als 25 % (Abs. 1 AktG) bzw. 50 % (Abs. 4 AktG) der Aktien einer nicht börsennotierten Aktiengesellschaft mit Sitz im Inland besitzt, der Gesellschaft darüber eine schriftliche Mitteilung zu machen. Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 5 AktG, dass eine Beteiligung in der mitteilungspflichtigen Höhe nicht mehr besteht, hat die Bank ebenfalls nicht erhalten.

(54) Angabe der Abschlussprüferhonorare

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2013/14	2012/13	2013/14	2012/13
Abschlussprüfung	-2,6	-3,9	-2,0	-3,2
Andere Bestätigungsleistungen	-0,8	-0,8	-0,7	-0,8
Steuerberatungsleistungen	-0,1	-	-0,1	-
Sonstige Leistungen	-	-0,5	-	-0,5
Gesamt	-3,5	-5,2	-2,8	-4,5

Die „Anderen Bestätigungsleistungen“ betreffen neben der gesetzlichen Prüfung nach § 36 WpHG insbesondere Bestätigungsleistungen im Rahmen der prüferischen Durchsichten der Zwischenabschlüsse zum 30. September und 31. Dezember 2013.

(55) Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen werden grundsätzlich zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Wesentliche Transaktionen zu marktunüblichen Konditionen, über die nach § 314 Abs. 1 Nr. 13 HGB für den IKB-Konzern bzw. § 285 Nr. 21 HGB für die IKB AG zu berichten wäre, haben nicht stattgefunden.

(56) Patronatserklärungen

Die IKB AG trägt dafür Sorge, dass ihre Tochterunternehmen, die in der Liste über den Anteilsbesitz der IKB AG als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet sind, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können.

Die Patronatserklärungen gegenüber der IKB Beteiligungen GmbH, IKB Data GmbH, IKB Invest GmbH, ISTOS Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH und ISTOS Erste Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG wurden zurückgenommen. Da für die IKB Beteiligungen GmbH, IKB Data GmbH, IKB Invest GmbH Ergebnisführungsverträge bestehen, resultieren für die IKB AG aus dem Widerruf der Patronatserklärungen wirtschaftlich keine Nachhaftungsrisiken, die über die Verlustausgleichsverpflichtungen aus den bestehenden Ergebnisabführungsverträge hinausgehen.

Die Patronatserklärungen gegenüber ausländischen Tochtergesellschaften der IKB Leasing GmbH, Hamburg, wurden in 2012 zurückgenommen. Aus bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Dritten in Höhe von 0,5 Mio. € könnten noch Nachhaftungsrisiken erwachsen.

Die IKB Invest GmbH, Düsseldorf, hat für die IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf, eine Patronatserklärung ausgesprochen, damit diese ihren Verpflichtungen aus durch Ausgliederungs- und Übernahmevertrag auf sie übertragenen Darlehens- und Garantieverträgen nachkommen kann.

(57) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

31.3.2014		Konzern	IKB AG
in Mio. €			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		11.686,7	11.226,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		-	661,1
Verbriefte Verbindlichkeiten		78,1	-
Sonstige Verbindlichkeiten		-	274,6
Eventualverbindlichkeiten		11,2	10,6
Gesamt		11.776,0	12.173,2

Bei den als Sicherheit dienenden Vermögensgegenständen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen und Wertpapiere, die im Rahmen von Offenmarkt- und Wertpapierpensionsgeschäften, von Verbriefungstransaktionen sowie im Zuge des Fördermittelgeschäfts an dritte Kreditinstitute, Zweckgesellschaften oder Clearingstellen übertragen wurden.

(58) Termingeschäfte

Die abgeschlossenen Termingeschäfte dienen im Wesentlichen der Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken und betreffen insbesondere den Kreditrefinanzierungsbestand und die Investmentportfolios. Ein Handel in derivativen Instrumenten wird nur in eingeschränktem Umfang betrieben. Die Höhe des Zinsänderungsrisikos wird durch ein vom Vorstand verabschiedetes Limitsystem begrenzt und im Rahmen des Risikomanagements täglich überwacht. Zusätzlich wird das Volumen der Termin- und Derivategeschäfte durch kontrahentenbezogene Limite begrenzt.

In den Investmentportfolios und dem Kreditrefinanzierungsbestand werden die Zinsänderungsrisiken aus Wertpapieren und Kreditgewährungen sowie den dazugehörigen Refinanzierungsmitteln gesteuert. Derivate werden dabei zur Beseitigung bzw. Reduktion von Fristeninkongruenzen und Zins- und Wechselkursrisiken eingesetzt. Die eingesetzten Derivate sind überwiegend Zinsderivate.

Bezüglich der Marktwerte für zinsbezogene Derivate im Konzern und in der IKB AG wird auf Ziffer 59 verwiesen.

(59) Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Konzern:

31.3.2014	Nominal	Marktwert		Buchwert	
		positiv	negativ	Aktiva	Passiva
in Mio. €					
Zinsbezogene Derivate	41.679,9	1.269,0	2.683,7	36,6	111,2
Kreditbezogene Derivate	1.253,4	15,2	45,6	19,1	65,1
Währungsbezogene Derivate	1.286,9	10,4	13,2	9,1	10,8
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	1.132,2	117,4	104,6	57,3	40,0
Gesamt	45.352,4	1.412,0	2.847,1	122,1	227,1

31.3.2014 in Mio. €	Buchwert				Passiver Rechnungs- abgren- zungs- posten
	Sonst. Ver- mögens- gegen- stände	Aktiver Rech- nungs- abgren- zungs- posten	Rück- stel- lungen ¹⁾	Sonstige Verbind- lich- keiten	
Zinsbezogene Derivate	1,3	35,3	-	97,8	13,4
Kreditbezogene Derivate	0,3	18,8	40,6	6,9	17,6
Währungsbezogene Derivate	9,1	-	-	10,8	-
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	16,7	40,6	-	1,2	38,8
Gesamt	27,4	94,7	40,6	116,7	69,8

1) betrifft eingebettete Derivate

Den unrealisierten Verlusten aus dem Derivategeschäft stehen auf Konzernebene bei Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Forderungen an Kunden unrealisierte Gewinne in Höhe von 554,4 Mio. € gegenüber. Zusätzlich entfällt auf die IKB Leasing-Gruppe neben ihrem im Konzernabschluss vollkonsolidierten Nettovermögensüberschuss ein Substanzwert (nicht realisierte Gewinne aus dem Leasinggeschäft) von 161,0 Mio. €. Der Substanzwert wird grundsätzlich anhand des Schemas des Bundesverbands Deutscher Leasingunternehmen e.V. ermittelt.

Die Ermittlung des Saldos der unrealisierten Gewinne erfolgt durch einen Abgleich des Nettobuchwertes der Forderungen an Kunden (nach Einzel- und Pauschalwertberichtigungen) und des beizulegenden Zeitwertes. Für täglich fällige Forderungen sowie Rechnungsabgrenzungsposten wird der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert gleichgesetzt. Die für die Anhangberichterstattung ermittelten beizulegenden Zeitwerte der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Forderungen an Kunden werden auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode berechnet. Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts werden Annahmen zugrunde gelegt, die sich bei der Bestimmung von Marktpreisen zwischen unabhängigen Geschäftspartnern ergeben würden, die ähnliche Parameter für ihre Kaufpreiskalkulation verwenden. Dabei wird je Kredit ein risikoadäquater, aus den internen Risikomessverfahren der IKB abgeleiteter Credit Spread zugrunde gelegt. Die Diskontierung wird über laufzeitdifferenzierte Swapsätze zuzüglich des risikoadäquaten Credit Spread vorgenommen. Der Swapsatz ergibt sich aus den jeweils zu den Bewertungsstichtagen geltenden Marktkonditionen. Der Credit Spread des Kredites schwankt entsprechend der Veränderung der gemessenen Standardrisikokosten, die sich aus dem Kundenrating, der Besicherungssituation und der Restlaufzeit des Kredites am Bewertungsstichtag ermitteln. Zusätzlich werden Verwaltungskosten sowie am Markt beobachtbare Renditeforderungen Dritter (Genossenschaftszentralbanken, Landesbanken) und am Markt beobachtbare Funding-Kosten von Banken mit einem Rating von A oder AA berücksichtigt.

IKB AG:

31.3.2014 in Mio. €	Nominal	Marktwert		Buchwert	
		positiv	negativ	Aktiva	Passiva
Zinsbezogene Derivate	42.574,6	1.291,5	2.698,7	120,9	235,3
Kreditbezogene Derivate	1.253,4	15,2	45,6	19,1	58,2
Währungsbezogene Derivate	1.286,9	10,4	13,2	9,1	10,8
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	1.132,2	117,4	104,6	59,7	42,1
Gesamt	46.247,1	1.434,5	2.862,1	208,8	346,4

31.3.2014 in Mio. €	Buchwert				Passiver Rechnungs- abgren- zungs- posten
	Sonst. Ver- mögens- gegen- stände	Aktiver Rechnungs- abgren- zungs- posten	Rück- stel- lungen ¹⁾	Sonstige Verbind- lich- keiten	
Zinsbezogene Derivate	3,7	117,2	-	119,7	115,6
Kreditbezogene Derivate	0,3	18,8	40,6	-	17,6
Währungsbezogene Derivate	9,1	-	-	10,8	-
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	16,7	43,0	-	0,1	42,0
Gesamt	29,8	179,0	40,6	130,6	175,2

1) betrifft eingebettete Derivate

Bei den zins- und währungsbezogenen Derivaten handelt es sich um Caps/Floors, Cross Currency Swaps, Devisentermingeschäfte, Forward Forward Deposits, Forward Interest Rate Swaps, Devisenoptionen, Devisenswaps, Zinsswaps und Swaptions. In den kreditbezogenen Derivaten sind auch CDS im Zusammenhang mit strukturierten Wertpapieren enthalten.

Die ausgewiesenen Marktwerte enthalten – den Marktusancen folgend – die abzugrenzenden Stückzinsen.

(60) Die Vergütung des Vorstands

Für die im Geschäftsjahr 2013/14 tätigen Mitglieder des Vorstands sind Gesamtbezüge in Höhe von 5,1 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €) angefallen. Darin enthalten sind feste Grundgehälter, erfolgsabhängige variable Vergütungen, Pensionsersatzleistungen zum Ausgleich für eine nicht vereinbarte Altersversorgung und Sachbezüge. Die Angemessenheit der jeweiligen Gesamtvergütung wird regelmäßig vom Aufsichtsrat überprüft.

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtvergütung der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beläuft sich auf 3,0 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2013/14 betragen die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen 40,7 Mio. € (Vorjahr: 43,4 Mio. €).

(61) Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2013/14 belaufen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (inklusive Umsatzsteuer) auf 203 Tsd. € (Vorjahr: 226 Tsd. €). Hierin sind 6 Tsd. € Auslagenersatz (Vorjahr: 6 Tsd. €) enthalten.

(62) Bezüge des Beraterkreises

An Mitglieder des Beraterkreises wurden inklusive Umsatzsteuer 282 Tsd. € (Vorjahr: 281 Tsd. €) gezahlt.

(63) Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises

An Mitglieder des Vorstands und des Beraterkreises wurden keine Kredite vergeben. An Mitglieder des Aufsichtsrats wurden Kredite in einer Gesamthöhe von 18,9 Tsd. € (Vorjahr: 2 Tsd. €) vergeben.

(64) Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (gerechnet auf Basis von Vollzeitbeschäftigten)

	Konzern		IKB AG	
	2013/14	2012/13	2013/14	2012/13
Männlich	905	925	655	667
Weiblich	537	553	319	329
Gesamt	1.442	1.478	974	996

(65) Organe

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Bruno Scherrer, London, Vereinigtes Königreich
Senior Advisor der Lone Star Funds

Stellv. Vorsitzender

Dr. Karsten von Köller, Frankfurt
Chairman Lone Star Germany Acquisitions GmbH

Mitglieder

Stefan A. Baustert, Krefeld
Unternehmensberater

Dr. Karl-Gerhard Eick, London, Vereinigtes Königreich (seit 5. September 2013)
Director der KGE Asset Management and Consulting Ltd.

Dr. Lutz-Christian Funke, Oberursel
Leiter des Bereichs Vorstandsstab/Kommunikation der KfW Bankengruppe

Ulrich Grillo, Mülheim an der Ruhr (bis 5. September 2013)
Vorsitzender des Vorstands der Grillo-Werke Aktiengesellschaft

Arndt G. Kirchhoff, Attendorn
Geschäftsführender Gesellschafter und CEO der KIRCHHOFF Holding GmbH & Co. KG

Bernd Klein, Mönchengladbach
Arbeitnehmersvertreter

Rainer Lenz, Norheim (seit 5. September 2013)
Arbeitnehmersvertreter

Dr. Claus Nolting, München
Rechtsanwalt

Nicole Riggers, Düsseldorf
Arbeitnehmersvertreterin

Dr. Carola Steingräber, Berlin (bis 5. September 2013)
Arbeitnehmersvertreterin

Geschäftsbericht der IKB 2013/2014

Carmen Teufel, Neustetten
Arbeitnehmervertreterin

Dr. Andreas Tuczka, Wien, Österreich
Geschäftsführer Aldridge Capital Partners GmbH

Vorstand

Hans Jörg Schüttler
(Vorsitzender)

Dr. Dieter Glüder

Claus Momburg

Dr. Michael H. Wiedmann

Verzeichnis der Mandate von Mitarbeitern

Zum 31. März 2014 waren folgende Mitarbeiter in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften vertreten:

Dr. Reiner Dietrich
Tricor Packaging & Logistics AG

Helmut Laux (bis 31. März 2014)
Heinz-Glas Group Holding HGGH GmbH & Co.KGaA
Heinz-Glas Produktion GmbH & Co.KGaA
Heinz-Glas GmbH & Co. KGaA

Klaus Runzer (bis 30. April 2013)
Oechsler AG

Dr. Thomas Söhlke
ae group ag (seit 19. August 2013)

Düsseldorf, den 20. Mai 2014

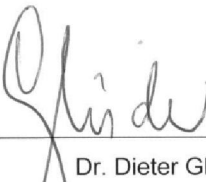
IKB Deutsche Industriebank AG
Der Vorstand




Hans Jörg Schüttler



Claus Momburg



Dr. Dieter Glüder



Dr. Michael H. Wiedmann

Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr vom 1. April 2013 bis 31. März 2014

Wir haben den Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel mit einem mit dem Anhang der Gesellschaft zusammengefassten Konzernanhang und den Konzernlagebericht der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst ist für das Geschäftsjahr vom 1. April 2013 bis 31. März 2014 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 2. Juni 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Mark Maternus)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Michael Meteling)
Wirtschaftsprüfer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr vom 1. April 2013 bis 31. März 2014

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, der mit dem Anhang des Konzernabschlusses zusammengefasst ist – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2013 bis 31. März 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 2. Juni 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Mark Maternus)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Michael Meteling)
Wirtschaftsprüfer

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über Annahmen und Erwartungen der IKB. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der IKB derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Die IKB übernimmt keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung und Entwicklung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo die IKB Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielt, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung der Managementagenda, die Verlässlichkeit der Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie die Liquiditätslage.

IKB Deutsche Industriebank AG
Kommunikation – COM
Wilhelm-Bötzkes-Straße 1
40474 Düsseldorf
Telefon +49 211 8221-4511
Telefax +49 211 8221-2511
E-Mail: investor.relations@ikb.de